

Jürgen Elsässer

# KRIEGSLÜGEN

Der NATO-Angriff auf Jugoslawien



Edition Zeitgeschichte Band 11

Kai Homilius Verlag



Jürgen Elsässer

# Kriegslügen

Der NATO-Angriff auf Jugoslawien



Kai Homilius Verlag  
Edition Zeitgeschichte Band. 11

Für meine Frau.

**Man kann alle Leute einige Zeit  
und einige Leute alle Zeit,  
aber nicht alle Leute alle Zeit  
zum Narren halten"**

*Abraham Lincoln*

## *Danksagung*

Bei der Aktualisierung des Kapitels über die Uranmunition hat mir insbesondere Professor Massimo Zucchetti wertvolle Hinweise gegeben. Sein Buch *Uranio impoverito. Con elementi di radioprotezione ed utilizzo delle radiazioni ionizzanti* (Torino 2006) sei ausdrücklich empfohlen. Ebenso hilfreich waren die Informationen, die Germinal Civikov für sein Buch *Der Milosevic-Prozess* (Wien 2006) zusammengetragen hat.

Für weitere Informationen danke ich Barbara Hug, Ljubica Bogdanovic-Höpfel, Ljiljana Verner und Carmen Leskova.

©Kai Homilius Verlag 2008

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Wege (Fotokopie, Mikrokopie) zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Kai Homilius Verlag  
www.kai-homilius-verlag.de  
E-Mail: home@kai-homilius-verlag.de

Autor! Jürgen Elsässer  
Satz: Jessika Hilscher  
Cover! Joachim Geissler  
Druck: Printed in E.U.  
ISBNs 978-3-89706-511-6

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort zur Neuauflage 2008</b> .....	9
Der Krieg, der nicht zu Ende ist	
<b>Einleitung</b> .....	11
Der deutsche Krieg	
<b>Sanjas letzter Tag</b> .....	17
Was ein serbisches Mädchen über den Krieg erzählen würde	
<b>Der rot-grüne Bluff</b> .....	35
Friedenspolitik - die Lüge, die den deutschen Kriegseintritt ermöglichte	
<b>Planmäßige Eskalation</b> .....	53
Völkermord - die Lüge, die den Krieg vorbereitete	
<b>Die Geheimnisse von Frau Ranta</b> .....	63
Ilacak - die Lüge, die den Krieg auslöste	
<b>Gefingert</b> .....	83
Rambouillet - die Lüge, die einen Frieden in letzter Minute verhinderte	
<b>Wag the Dog</b> .....	99
Hufeisenplan - die Lüge, mit der die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung überwunden wurde	
<b>Politik mit Auschwitz</b> .....	117
Serbische Konzentrationslager - die Lüge, mit der die Bundesregierung die NS-Vergangenheit entsorgte	
<b>Wo sind die Killing Fields?</b> .....	123
Hunderttausend Ermordete - die Lüge, mit der die Nato ihren Krieg als Nothilfe zur Rettung von Menschenleben rechtfertigte	
<b>Die vergessenen Toten</b> .....	153
Kollateralschäden - die Lüge vom sauberen Krieg	
<b>Wie eine schmutzige Atombombe</b> .....	173
Uranmunition – die Lüge von der sauberen Waffe	
<b>Epilog</b> .....	185
Der Erste und der Dritte Weltkrieg	
<b>Anhang</b> .....	189
Die UN-Resolution 1244	





**Der Krieg, der nicht zu Ende ist**  
**Und das Buch, das nicht zu Ende ist — Vorwort zur komplett**  
**aktualisierten Neuauflage 2008**

Der Kosovokonflikt und die Nato-Aggression gegen Jugoslawien sind nicht Geschichte, sondern bestimmen die Gegenwart. Das ist der Hauptgrund, warum dieses längst vergriffene Buch nun in einer neuen Fassung erscheint. Bereits vorher wurde es seit seinem ersten Erscheinen im Jahr 2000 fünf Mal überarbeitet und wiederaufgelegt und außerdem ins Französische, Italienische, Serbische und Griechische übersetzt.

Die Parzellierung des Balkan, die in den neunziger Jahren mit der Zerschlagung Jugoslawiens begonnen hat, fand im Jahre 2006 ihre Fortsetzung mit der Trennung Montenegros von Serbien. Bei Redaktionsschluß dieses Buches im Winter 2007 stand die Abspaltung des Kosovos bevor. An die Stelle der prosperierenden südslawischen Föderation, die der Partisanenführer Josep Broz Tito nach der Verjagung der Nazi-Besatzer 1944 geschaffen hatte, ist ein Flickenteppich instabiler Mini-Republikten getreten. Vor allem der albanische Irridentismus, der mit Unterstützung der Nato seine Ziele gegen Belgrad durchsetzen konnte, bedroht mit Gebietsansprüchen gegenüber Mazedonien, Montenegro und Griechenland weitere Staaten. Ob die Europäische Union diese Gefahr eindämmen kann oder ob die Region wieder zum weltpolitischen Pulverfaß wird, ist alles andere als ausgemacht. Im Juni 1914 waren Schüsse in Sarajevo der Auslöser eines Weltkrieges. Heute trifft im Gebiet zwischen Adria und Schwarzem Meer der Vormarsch der Nato-Mächte auf die Interessenssphären Rußlands und der islamischen Welt - eine Mischung, ähnlich explosiv wie vor 100 Jahren.

*Kriegslügen* wurde im Vergleich zur letzten Ausgabe vom Frühjahr 2004 komplett aktualisiert. Die seither erschienen Memoiren der verantwortlichen Politiker, etwa des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton, seiner Außenministern! Madeleine Albright und vor allem des grünen Außenministers Joseph „Joschka“ Fischer, wurden kritisch gesichtet. Daneben hat insbesondere der Prozeß gegen den früheren jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic in Den Haag eine Unmenge neue Erkenntnisse gefördert, die eingearbeitet wurden. Unzählige Zeugenaus-

sagen konnten Berücksichtigung finden und Zahlen über die Opfer des Bürgerkrieges wie der Nato-Aggression auf den neuesten Stand gebracht werden. Wer beispielsweise wissen will, wie viele UCK-Terroristen unter den angeblichen Ziviltoten des sogenannten Racak-Massakers waren, wie stark die Krebsrate nach dem Abwurf der Nato-Uranmunition anstieg oder wie viele Leichen von Kosovo-Albanern tatsächlich bei den Exhumierungsarbeiten gefunden wurden, wird kein besser belegtes und aktuelleres Kompendium als das hier vorliegende finden. Nicht nur überarbeitet, sondern komplett neu verfaßt wurde ein Kapitel über die Beratungen und Entscheidungsfindungen in der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder. Die Erinnerungen des damaligen Bundesfinanzministers Oskar Lafontaine waren dafür sehr hilfreich.

Trotz dieser Verbesserungen ist das Buch schlanker und damit preisgünstiger geworden. Die Verringerung der Seitenzahl war möglich, weil einige Kapitel nicht mehr berücksichtigt wurden, die Ereignisse außerhalb des Berichtszeitraum 1998/99 behandelten. Dazu gehören etwa die diversen Massaker von Srebrenica (1992-1995), der albanische Aufstand in Mazedonien (2001) sowie die Entwicklung im Kosovo nach Kriegsende. Verlag und Verfasser überlegen, diese Themen in Folgebänden aufzugreifen, die dann zusammen mit *Kriegslügen* in einer Kassette zusammengefaßt würden — ein Nachschlagewerk der westlichen Balkanpolitik von den späten achtziger Jahren bis zur Gegenwart. Zur Finanzierung dieses ehrgeizigen Projektes bittet der Autor um Honorarzuschüsse aus der Leserschaft.

Berlin, Oktober 2008

*Jürgen Elsässer* (info@juergen-elsaesser.de)

## **Einleitung**

### **Der deutsche Krieg**

Der Krieg der Nato gegen Jugoslawien und die Lügen, die ihm vorausgingen und ihn begleiteten, sind Geschichte. Neue und grausigere Geschehnisse haben die Erinnerung an das Jahr 1999 überlagert: die Terrorangriffe des 11. September 2001, die Niederwerfung Afghanistans im selben Jahr, der Feldzug gegen den Irak im Frühjahr 2003. Und während auf dem Balkan zumindest vorläufig Ruhe eingekehrt ist, geht in anderen Weltgegenden das Sterben weiter, nicht nur in den von der USA besetzten sogenannten Schurkenstaaten, sondern auch in Schwarzafrika, in Tschetschenien, in Israel und Palästina. Warum also soll man ausge-rechnet dieses Buch lesen?

Das Thema dieses Buches ist wichtig, weil die Zerstörung Jugoslawiens in den neunziger Jahren, die im Krieg 1999 lediglich ihren Höhepunkt hatte, ein Verbrechen vor allem der deutschen Außenpolitik war. Dabei wurde eine Traditionslinie sichtbar, die das gesamte zwanzigste Jahrhundert geprägt hatte. „Serbien muß sterben“ war schon die Parole im Ersten Weltkrieg gewesen. Dieser begann 1914 als Rachezug Österreichs und Deutschlands gegen die Serben, weil einer von denen es gewagt hatte, die Waffe gegen die Kolonialmacht auf dem Balkan zu erheben und den österreichischen Thronfolger zu erschießen. Die Rache war fürchterlich: Serbien verlor ein Viertel seiner Bevölkerung, 52 Prozent der erwachsenen Männer. Kein anderes Land hatte im Schlachten zwischen 1914-1918 einen prozentual ähnlich hohen Blutzoll zu entrichten.

Das 1918 aus dem bisherigen Königreich Serbien und den aus der Habsburgerherrschaft befreiten Gebieten gebildete Königreich Jugoslawien<sup>1</sup> war dem Deutschen Reich auch im Zweiten Weltkrieg ein Hindernis. Ein zunächst von der Belgrader Regierung mit Nazi-Deutschland geschlossener Pakt wurde Ende März 1941 durch putschende Militärs unter dem Jubel der Bevölkerung annulliert. Daraufhin überfielen die Nationalsozialisten das Land am 6. April 1941 ohne Kriegserklärung. Aufgrund des unerwarteten Widerstandes wurden starke Wehrmachtsverbände auf

1 Es hieß zunächst Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen und erhielt den Namen Jugoslawien erst 1929.

dem Balkan gebunden, die dann zum Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 nicht zur Verfügung standen. Dieses Mal rächten sich die Angreifer noch schlimmer als im Ersten Weltkrieg: Das Simon-Wiesenthal-Zentrum in Wien schätzt, daß im Nazi-Satellitenstaat Kroatien ein Viertel der zwei Millionen Serben, 77 Prozent der über 30.000 Juden und 20.000 Zigeuner ermordet wurden. Das Alliierte Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg gab die Toten des faschistischen Terrors für ganz Jugoslawien mit 1.251.000 an — Opfer von Kriegshandlungen nicht mitgerechnet. Die meisten Morde fanden im berühmten kroatischen KZ Jasenovac statt, für den jugoslawischen Historiker Vladimir Dedijer „das jugoslawische Auschwitz“.

Nach Kriegsende wurde von den im Kampf gegen die Nazis erfolgreichen Partisanen Jugoslawien ein zweites Mal gegründet. Unter Führung von Staatschef Josip Broz Tito galt das Land auch im Westen viele Jahrzehnte lang als Verwirklichung eines „Sozialismus mit menschlichem Gesicht“. Das Einparteiensystem wurde nach dem Bruch mit der Sowjetunion 1948 durch weitreichende Mitentscheidungsmöglichkeiten der Bürger im Rahmen der Arbeiterselbstverwaltung demokratisiert, dem Staatsbesitz stand eine breite Palette von Betrieben im Eigentum der Beschäftigten und ein bürgerlicher Mittelstand gegenüber. Der Lebensstandard war in den sechziger und siebziger Jahren durchaus mit dem in Italien oder in Spanien vergleichbar, das Ausbildungsniveau und die Produktivität genossen internationale Anerkennung. Millionen von Urlaubern aus Westdeutschland lernten die Gastfreundschaft und Liberalität des Landes kennen, umgekehrt kamen viele Hunderttausend Jugoslawen als Arbeitsemigranten zu uns, manche blieben für immer. Auch der unpolitische Otto Normalverbraucher bekam in jener Zeit eine Ahnung davon, wie sehr der jugoslawische Staat noch seine zurückgebliebensten Regionen fit für den Weltmarkt machte: In fast jedem Supermarkt gab es Rotwein aus dem Kosovo — den Amselfelder (Amselfeld ist die deutsche Übersetzung für Kosovo Polje, die historische Zentralebene der Provinz). Die Vergabe der Olympische Winterspiele im Jahre 1984 demonstrierte die Wertschätzung, die die Welt insbesondere dem Vielvölkerstaat Jugoslawien entgegenbrachte: Der Austragungsort Sarajevo stand für das gleichberechtigte Miteinander von Orthodoxen, Katholiken, Juden und Muslimen, das in dieser Form nirgendwo sonst in Europa gelungen war.

Als Ende der achtziger Jahre das Land in Schwierigkeiten geriet, traten die Großmächte in Ost und West zunächst für die Beibehaltung des Gesamtstaates ein und mahnten die abspaltungswilligen Teilrepubliken zur Zurückhaltung. Deutschland aber nutzte sein mit dem Anschluß der DDR gewonnenes Gewicht für einen Sonderweg: Im Jahre 1991 beschloß Bonn die einseitige Anerkennung von Kroatien und Slowenien und stachelte insbesondere die Regierung in Zagreb mit finanziellen Zusagen und Waffenlieferungen an. Hierbei spielte der Bundesnachrichtendienst eine wichtige Rolle, der seine vom NS-Geheimdienst in Kroatien übernommenen Agenten in der Sezessionsbewegung tätig weiden ließ. Auch bei den nationalistischen Strömungen der Muslime in Bosnien-Herzegowina und bei den Albanern im Kosovo waren Kräfte aktiv, die im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis kollaboriert hatten. Beide Volksgruppen hatten für die SS eigene Divisionen gestellt. Das wiedervereinigte Deutschland arbeitete also mit jenen Seilschaften zusammen, die schon dem Dritten Reich bei der Jagd auf Juden und Slawen hilfreich gewesen waren.

Zusammen mit den USA, die nach dem Amtsantritt von Präsident William („Bill“) Clinton im Januar 1993 den aggressiven anti-serbischen Kurs übernahmen, forderte die deutsche Regierung im bosnischen Bürgerkrieg (1992-1995) ein einseitiges Eingreifen der Nato gegen die Serben, während Großbritannien, Frankreich und Rußland auf einer Vermittlung durch die Uno bestanden. Es gelte, Serbien „in die Knie zu zwingen“, so ein Bonmot des damaligen Außenministers Klaus Kinkel.

Als Begleitmusik zur zunehmenden Einmischung auf dem Balkan nahm ab Ende der achtziger Jahre die anti-serbische Propaganda zunächst in Deutschland, dann in allen westlichen Staaten beträchtlich zu. Dieser Propaganda zufolge hatten die Serben schon in titoistischen Zeiten Jugoslawien beherrscht und die anderen Nationalitäten unterdrückt und ausgebeutet. Insbesondere seit dem Aufstieg Slobodan Milosevics zum starken Mann der Teilrepublik Serbien Mitte der achtziger Jahre habe sich diese Entwicklung verstärkt und dann in der Abschaffung der Autonomie für das Kosovo 1990 einen ersten Höhepunkt erfahren. Um dem Würgegriff des sogenannten großserbischen Nationalismus zu entkommen, hätte schließlich das „Völkergefängnis Jugoslawien“ — so die Standardformel der deutschen Presse — gesprengt werden müssen. Nach

Ausbruch des offenen Bürgerkrieges wurden die Serben immer öfter mit den Nazis gleichgesetzt. Das war ein geschichtsvergessener Zynismus, hatten doch die Serben neben den die Juden am meisten unter der Okkupation des Balkans durch die Nazis gelitten. Viele Politiker in den secessionistischen Teilrepubliken beriefen sich dagegen ganz ungeniert auf faschistische Traditionen, ohne daß dies in der westlichen Öffentlichkeit registriert wurde.

## **Der Inhalt des Buches**

Das erste Opfer im Krieg ist die Wahrheit, hört man oft. Doch der Satz ist falsch oder zumindest ungenau: Die Wahrheit stirbt lange vor dem Krieg, sonst gelänge es gar nicht, ihn zu entfesseln.

Bereits 1998, im Jahr vor der Nato-Aggression, rückte das Kosovo ins Zentrum der bundesdeutschen Politik und der Medien. Gezielt wurde der Eindruck erweckt, als herrschten in der Provinz völkermörderische Zustände — das war später die Hauptlegitimation, mit der das kriegsrische Eingreifen als Akt der Notwehr verkauft werden konnte. Die Wirklichkeit sah anders aus: Zwar boykottierte die große Mehrheit der Kosovaren seit der Beschneidung der Autonomie ihrer Provinz im Jahre 1989/90 die jugoslawischen und serbischen Institutionen, doch die Spannungen waren in den Folgejahren abgeflaut (vgl. Seite 36/37). Nur weil die Extremisten sich mit Waffen ausrüsten konnten, verschlechterte sich ab 1996/97 die Lage in der Provinz. Verantwortlich hiefür waren militärische Lieferungen aus dem gesetzlosen Nachbarstaat Albanien sowie finanzielle und logistische Hilfe aus Deutschland (vgl. S. 40). Während die Bundesregierung also eine erhebliche Mitschuld am Entstehen der albanischen Untergrundbewegung UCK trägt, bezeichnete die US-Administration diese Gruppierung noch bis zum Frühjahr 1998 als „terroristische Organisation“.

Berlin und Washington setzten in der Folge sowohl in den Nato-Gremien (vgl. S. 41 ff) wie auch auf der Konferenz von Rambouillet (vgl. S. 83ff) gezielt auf Eskalation. Die Erfindung eines serbischen Massakers in Racak Mitte Januar 1999, das für die Auslösung des Krieges entscheidend war, war ein Gemeinschaftswerk der deutschen und US-amerika-

nischen Politik (vgl. S. 63ff). Ausschließlich „made in Germany“ war der dem jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic zugeschriebene Hufeisenplan (vgl. S. 99ff). Mit Verweis auf die darin angeblich vorgesehene ethnische Säuberung des Kosovo konterte die Bundesregierung erfolgreich die Kriegsmüdigkeit, die sich in den ersten Tagen nach Bombardierungsbeginn (24. März 1999) in der Öffentlichkeit einstellte. Während Fantasiemeldungen über angeblich Hunderttausende getötete Albaner in der Folge zum Standardrepertoire der Propaganda in allen westlichen Ländern (vgl. S. 123ff) gehörte, blieben exzessive Vergleiche zwischen der serbischen und der nationalsozialistischen Politik eine deutsche Spezialität (vgl. S. 117ff). Das Schicksal der serbischen Opfer und die Wirkungen der neuen Schreckenswaffe Depleted Uranium (vgl. S. 153ff und S. 173ff) interessierten im Westen die wenigsten.

## **Ein Resume**

Läßt man die neunziger Jahre Revue passieren, so sind in der Folge der Einmischung der Nato aus Titos Vielvölkerstaat selbständige Mini-Republiken entstanden, die alle ethnisch homogen sind: Slowenien, Kroatien und das streng in einen serbischen sowie einen kroatisch-muslimischen Teil gesplante Bosnien-Herzegowina. Eine ethnisch gesäuberte Kosovo-Republik würde den Reigen vervollständigen. Einzig die Republik Serbien hat, der westlichen Propaganda zum Hohne, ihre Multikulturalität bewahrt und ist Heimat auch für viele nicht-serbische Minderheiten geblieben. Mit der auf westlichen Druck im Januar 2003 erfolgten Auflegung der Bundesrepublik Jugoslawien, die Serbien 1992 zusammen mit Montenegro als kleinen Nachfolger der vorherigen sozialistischen föderativen Republik gebildet hatte, erlischt jede Erinnerung an „Brüderlichkeit und Einheit“ (Tito) zwischen den verschiedenen Balkanvölkern. Mit anderen Worten: Während die Mächtigen der Nato und der Europäischen Union viel von einer transnationalen Vereinigung der Welt im Rahmen der Globalisierung fabulieren, haben sie die transnationale Vereinigung, die es in Südosteuropa in Gestalt Jugoslawiens gab, zerstört.

Ohne Zweifel tragen die Vereinigten Staaten die Hauptverantwortung für die Kriegführung gegen Jugoslawien und die oft gezielte Bombar-

dierung der Zivilbevölkerung (vgl. S. 1 53ff). Hinter dieser Feststellung sollte aber nicht die Tatsache verschwinden, daß Deutschland durch die frühzeitige Unterstützung der secessionistischen und terroristischen Bewegungen den Zerfall Jugoslawien 1990/91 und die Krise im Kosovo überhaupt erst provoziert hat. Zusammenfassend könnte man sagen: Die Krauts waren die Brandstifter, die Yankees löschten mit Benzin.

Der Krieg gegen Jugoslawien war der erste Krieg in der Geschichte der Nato und der erste Krieg in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zu seiner Entfesselung wurde das Völkerrecht gleich mehrfach gebrochen — sowohl die UN-Charta, wie das Nato-Statut und das Grundgesetz verbieten einen Angriffskrieg. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß es eine Bundesregierung aus Sozialdemokraten und Grünen war, die die Aggression autorisiert und sogar mit vorangetrieben hat. Besonders deprimierend ist, daß der vorher und später verspottete Verteidigungsminister Rudolf Scharping ausgerechnet in jener Zeit den Höhepunkt seiner Popularität erreichte, als er die absonderlichsten Lügengeschichten erzählte (vgl. S. 125ff). Die deutschen Medien brauchten keinen Joseph Goebbels, der sie zur Gleichschaltung zwang.

Durch den Angriff auf Jugoslawien hat sich Deutschland verändert — zur Kenntlichkeit verändert, muß man angesichts der deutschen Geschichte sagen. Mit dem ersten Sieg in einem Krieg seit 1871 sind einige der Verantwortlichen übermütig geworden. Die Verteidigung Deutschlands finde am Hindukusch statt, lautet jetzt die Devise. Wo soll das enden? Wo werden wir in zehn Jahren stehen?

Doch die Sorge des Autors gilt weniger den Deutschen als den Jugoslawen — und jenen, die ihr Schicksal in Zukunft teilen werden. Viele von uns hier haben unter den Lügen der Politiker und der Medien gelitten. Die Menschen auf dem Balkan aber haben unter den Bomben gelitten. Damit niemand den Unterschied vergessen möge, sei an das Schicksal des serbischen Mädchens Sanja Milenkovic erinnert, das auf den nächsten Seiten geschildert wird.



## Sanjas letzter Tag

### Was ein serbisches Mädchen über den Krieg erzählen würde

*Es geschah, daß eines Nachts ein kleiner verrückter Stern am heiterem Himmel sein Sternbild verließ und anfang, durch den ganzen unübersichtlichen Kosmos zu fallen und zu fallen und zu fallen und zu fallen. Und wie er so fiel, kam er zum Sonnensystem und landete zufällig auf dem Planeten Erde. Auf einem Kontinent, der Europa heißt... In einer Stadt, in die noch nie zuvor ein Stern gefallen war, und deshalb war dies ein richtiges Wunder.*

*Ein Mann, der die Straßenlaternen anzündete, wollte ihn fangen, damit er in seiner Laterne leuchten konnte.*

*Ein General wollte ihn auf seine Brust stecken, wie ein Abzeichen.*

*Aber der Stern gab sich niemandem hin, sondern fiel geradewegs in die Entbindungsstation eines Krankenhauses am Stadtrand...*

*Genau um Mitternacht, als ein Mädchen namens Sanja geboren wurde...*

*Auf ihrem linken Knie verwandelte sich der verirrte Stern in ein kleines liebliches Muttermal...*

(Momo Kapor, Sanja)

\*

Sanja Milenkovic wurde am 30. November 1983 im mittelserbischen Krusevac geboren. Zu Beginn des Nato-Angriffs war sie 15 Jahre alt und 1,80 Meter groß. Ihre braunen Augen funkelten bei Sonnenlicht golden, die halblangen braunen Haare waren links gescheitelt, manchmal ließ sie ein paar freche Strähnen in die hohe Stirn hängen. Sie trug unauffälligen Schmuck - eine dünne Kette mit Drehverschluß, einen Ring ohne Stein, kleine runde Ohrringe. Das Besondere in ihrem Gesicht war ihr Mund, eine geschwungene Ober- und eine volle Unterlippe, beim Lachen blitzten die Zähne durch, und die Ohren bekamen Besuch von den Mundwinkeln. Ein kleines Muttermal hatte sie tatsächlich, aber nicht am Knie, sondern am Arm.

Kurz und gut, man könnte sagen, sie sah ungefähr so aus wie die weibliche Ausgabe von Leonardo Di Caprio. Dessen Poster hing in ihrem Zimmer, wie wir alle suchte sie im Geliebten ein Stückchen Eigenes.

Sanja und Leonardo, das wäre was geworden, ein Traumpaar, warum mußte ein Eisberg dazwischenkommen und die Titanic rammen? Sanja war romantisch, sie las Liebesromane rauf und runter, und dann hörte sie gerne die Musik von Whitney Houston, Luna oder Hari Mata Hari. Bei denen sang sie immer mit: Znam pricu o sreci, ich kenne eine Geschichte über das Glück.

Doch Herz und Schmerz waren bei Sanja schnell vergessen, wenn es um Ziffern und Zahlen ging, um Algebra, Logarithmus, Binomische Formeln. Wer ist schon Leonardo Di Caprio gegen Albert Einstein? Und: Hat die Relativitätstheorie nicht Raum und Zeit besiegt und damit vorstellbar gemacht, daß in irgendeinem Paralleluniversum die Titanic gar nicht untergegangen ist? Außerdem war es ja eine Serbin gewesen, Mileva Marie, die als Einsteins erste Frau mit diesem zusammen die Relativitätstheorie erfunden hatte. Warum sollte ihr, Sanja, nicht auch so etwas gelingen? Jedenfalls galt Sanjas Leidenschaft von Anfang an der Mathematik, vielleicht hatte abgefärbt, daß ihr Vater Zoran Diplom-Mathematiker ist. In der Schule in Varvarin war sie immer die beste, immer mit einer Eins in Mathe. Dabei war Sanja ansonsten alles andere als ein Arbeitstier. Null Bock. „Du bist mein fauler Käfer“, hatte ihre Mutter Vesna immer zu ihr gesagt, wenn sie sich vor dem Haushak drückte. „Ich werde später einen Apparat konstruieren,“ antwortete Sanja, „da wird dann der ganze Kram auf Knopfdruck erledigt.“ Aber in der Schule war sie fleißig. Und als im Januar 1998, am Ende der achtjährigen Grundschulzeit, die Mathematikwettbewerbe begannen, büffelte sie bis spätnachts in der Küche. Mutter mußte mit dabeisitzen, schlief aber manchmal am Tisch ein. Sanja weckte sie erst, wenn sie eine knifflige Aufgabe gelöst hatte. Zwischendrin machten die beiden Gymnastik. Sanja dachte wie jeder Teenager, sie müsse schlanker werden. Bei den Wettbewerben jedenfalls war sie so erfolgreich, daß sie im Frühjahr 1998 den Sprung ins Gymnasium schaffte, und zwar nicht in irgendeines, sondern in das „Mathematische Gymnasium“ in Belgrad. Man nahm sie dort ohne Prüfung auf. Man bedenke: Ins Gymnasium! Nach Belgrad! Ohne Aufnahmeprüfung! Alle Träume schienen wahr zu werden. Znam pricu o sreci, Ich kenne eine Geschichte über das Glück.

Die ersten Wochen in Belgrad waren hart. Die Betreuerinnen des Mädchenwohnheims „Jelica Milanovic“ hörten sie manchmal weinen und

sprachen dann mit ihr, trösteten sie. Jeden Tag telefonierte sie nach Hause. Das half ihr, sich einzugewöhnen. Außerdem gefiel ihr der Unterricht. Niemand tuschelte mehr hinter ihrem Rücken, weil die „Streberin“ alles wußte, wie manchmal in Varvarin. Manchmal wußte sie auch gar nicht alles. Die anderen Schüler, kleine Mathegenies wie sie, halfen ihr dann.

Und nach der Schule eroberten sie sich die Stadt, Straße für Straße. Bummeln und Eisessen in der Fußgängerzone Knez Mihailova — gerade das Richtige nach dem Streß. Wenn man nur ein paar Dinars mehr in der Tasche hätte, um alle die schicken Klamotten zu kaufen — Armani, Versace, Escada, es gab einfach alles. Dann rüber zum Kalemegdan, der alten türkischen Festung — auf der Mauer sieht man noch einen Galgen, an dem sie die aufständischen Serben aufgehängt haben. Ganz schön gruselig! Am Schluß die Francuska den Berg runter und rein in das Musikantenviertel Skadarlija, wo die Tamburasi manchmal schon am Nachmittag auf ihren Mandolinen spielten — schade nur, daß Mama ihr eingeschärft hatte, immer frühzeitig im Wohnheim zu sein.

\*

*„Für Dich sind unsere Qualen Nichtigkeiten,  
du wirfst unsere Tränenperlen in den Staub.  
Doch über sie wird Deine Morgenröte fließen,  
in die ich mich verliebte, fröhlich und jung.“*  
(Milos Crnjanski, Klagegedicht über Belgrad)

„Ich möchte nicht nach Hause, Mama, jetzt habe ich mich gerade eingelebt!“ - „Du mußt, es ist zu gefährlich!“ Schon nach einem halben Jahr, im Oktober 1998, holte Vesna Milenkovic ihre Tochter wieder zurück nach Varvarin. Die Nato hatte Jugoslawien ein Ultimatum gestellt, ihre Luftwaffe aktiviert. Die ersten Schläge würden die großen Städte treffen, das war klar. Sanja folgte dem Wunsch ihrer Mutter. In Varvarin spazierten sie, wie früher, Hand in Hand durch die Straßen, trotz der Angst. Dann die Entwarnung: Der US-Amerikaner Holbrooke hatte mit Milosevic ein Abkommen geschlossen. Es war noch einmal gut gegangen. Sanja kehrte nach Belgrad zurück. Im Januar 1999 erschien ein Interview mit ihr in der Illustrierten „Nada Nova“. „Nada Nova“, das bedeutet „Neue Hoffnung“, so sah es Sanja auch, sie hoffte weiter auf ihr Glück.

Sie hoffte vergeblich. „Nicht nur in Brüssel wächst die Zahl derer, die glauben, daß ein militärisches Engagement im Kosovo unausweichlich werden kann“, notierte der deutsche Verteidigungsminister Scharping am 17. Januar 1999 in sein Tagebuch. Die Nachrichten von den Verhandlungen in Rambouillet hörten sich nicht gut an. In den Zeitungen sah man Fotos, die mehr sagten als die blumigen Kommuniqués: Die amerikanische Außenministerin umarmt Hashim Thaci, einen von Belgrad steckbrieflich gesuchten Terroristen. Der deutsche Außenminister schüttelt die Fäuste gegen Milan Milutinovic, den serbischen Präsidenten. Am 23. März hörte Vesna bei einer Freundin in Paracin die Nachricht über den Ausnahmezustand. Zusammen mit ihrer Mutter fuhr sie noch am Abend los nach Belgrad und lud Sanja mit Sack und Pack in den alten Mercedes von Opa ein. Um 1.00 Uhr am Morgen des 24. März hatten sie alles verstaut und fuhren los. Gerade rechtzeitig: Wenige Stunden später heulten in Belgrad die Sirenen, über der Stadt brüllten die Bomber, die überschallschnellen F-16 und F-18, die vermeintlich unsichtbaren F-117, die langsamen Warzenschweine vom Typ A-10 mit ihrer Uranmunition, die deutschen ECR-Tornados, unersetzlich zum Ausschalten der jugoslawischen Luftabwehr. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bombten die Deutschen mit, zum dritten Mal im 20. Jahrhundert führten sie einen Angriffskrieg gegen Serbien. Auf der Rückfahrt von Belgrad nach Varvarin schlang Vesna ihre Arme fest um ihre Tochter. „Nun bist Du sicher, Töchterchen“, tröstete sie Sanja.

\*

*Unwiderprüflich fest standen die Tatsachen, daß wir heute abend nicht in unsere Betten zurückkehren, daß wir morgen nicht wieder in die Schule gehen würden, daß wir nicht wußten, wer von den Verwandten noch am Leben war, wer von den Schulfreunden, den Lehrern, Nachbarn, Spielkameraden aus dem oder jenem Stadtteil. Formen und Züge vernebelten im aufsteigenden Rauch und in der einfallenden Dunkelheit. In den Ohren brummt die Flugzeugmotoren, die Gelenke erzitterten unter den Explosionen, die Luftschläge übertrugen sich unterirdisch, Staub wirbelte auf dann folgte das Dröhnen der Zerstörung, das aus unterirdischen Räumen hervorbrach ... Kein wegweisenderer, kein besserer Gedanke könne im Kopf des kindlichen Augenzugehen entstehen als — wegzulaufen, zu fliehen, wegzurennen*

*vor diesem heillosen Wettlauf, der jedem auf dem Fuße folgte wie der schadenfrohe Schwanz eines Drachens, dem man nicht entkommt. Zum ersten Mal empfanden wir völlige Schutzlosigkeit, das Ausgeliefertsein an das Böse, gegen das die Zerbrechlichkeit unseres Körpers nichts vermochte, als eben zu zerbrechen oder wegzulaufen. Wer wollte, begriff, daß Satan die Oberhand gewonnen hatte."*

(Miodrag Pavlovic, Usurpatoren des Himmels - Novelle über seine Erlebnisse bei Kriegsausbruch 1941)

\*

Satan war weit in Varvarin. Tatsächlich war kein besserer Zufluchtsort vorstellbar. Das Dorf mit seinen 4.000 Einwohnern liegt etwa 160 Kilometer südöstlich von Belgrad. Der Krieg hatte den Ort bisher nur gestreift: Ein Polizist aus Varvarin war am 8. Januar im Kosovo von albanischen Terroristen erschossen worden - in einem Dorf namens Racak, das später im Westen zum Synonym für Mord werden sollte, allerdings nicht für Morde an serbischen Polizisten, die interessierten im Westen niemanden.

Die meisten Einwohner arbeiten in der Landwirtschaft, es gibt Schuster und Schneider und Bäcker, ein paar Ärzte und Apotheken, Wirtshäuser, das Hotel Plaza. Industrie hat sich nicht angesiedelt, bis auf ein kleines Textilunternehmen, das Fußmatten für den Zastava-PKW produziert. In der Stadt und in der näheren Umgebung gab es keine militärischen Einrichtungen, die nächstgelegene war 22 Kilometer entfernt, ein Flugplatz in Cuprija. Das einzige Gefecht in der Geschichte Varvarins fand 1810 statt, als die Türken gegen serbische Aufständische vorgingen. Selbst der Erste und Zweite Weltkrieg verschonten das Städtchen. Erst 1944 zerstörten die Nazis die Brücke über die Morava, um den Vormarsch der Roten Armee zu erschweren. Die Einwohner wurden einen Tag zuvor gewarnt. Ganz anders im nahen Kragujevac: Dort richteten Einheiten der deutschen Wehrmacht zwischen dem 18. und 21. Oktober 1943 7.000 „Kommunisten, Juden und Serben“ hin, wie es in ihrem Jargon hieß, 100 für jeden zuvor erschossenen deutschen Soldaten. Unter den Massakrierten waren 300 Gymnasiasten und 15 Kinder zwischen acht und zwölf Jahren. Das 1976 eröffnete Gedenkmuseum wurde von fünf Millionen Menschen besucht.

\*

*Es ist geschehen und wahr,  
daß an einem Tag in einem Land  
auf dem bergigen Balkan  
eine Schülerschar  
den Märtyrertod fand.*

*Noch fünfzig Minuten  
bevor sie starben,  
saßen die Schüler  
in ihren Bänken,  
mußten Aufgaben lösen, denken:  
Wie weit kommt ein Wanderer mit Begleiter,  
wenn er fünf Stunden ... er soll... und so weiter.*

*Die Köpfe voll  
gleicher Zahlenreihen,  
und in den Heften, in den Mappen  
viele sinnlose  
Einsen und Dreien.  
Gestopft voll die Taschen  
Mit gleichen Träumen  
Von Heimatliebe und von Freunden,  
wie man als Schüler träumt im Geheimen.  
Und jeder glaubte,  
er hätte vor sich,  
noch endlos vor sich  
ein weites Feld,  
um endlich zu lösen  
alle Aufgaben der Welt.*

*Es ist geschehen und wahr,  
daß an einem Tag in einem Land  
auf dem bergigen Balkan  
eine Schülerschar den Märtyrertod fand.*

(Desanka Maksimovic, Blutige Mär - Gedicht über das  
Massaker von Kragujevac 1943)

\*

Daß die Weltkriege Varvarin verschont haben', bedeutet aber nicht, daß sie seine Menschen verschont hätten. Von 1914 bis 1918 kamen 2.000 Bürgerinnen und Bürger um, jeder zweite Einwohner. Während der deutschen Besatzung nach dem Einmarsch 1941 flüchteten 2.000 in die Wälder, zu den Partisanen. 500 wurden von den Deutschen erschossen oder aufgehängt. Bei der Rückeroberung der Region 1944 spielte die Vierte Proletarische Montenegrinische Brigade eine große Rolle, ihr Kommandant Blazo Jankovic ist bis heute Ehrenbürger Varvarins. Doch auch das ist längst vergessen, Sanja jedenfalls hatte von diesem Ehrenbürger noch nie etwas gehört. Die Proletarische Brigade, das war etwas für Veteranen. Nazi-Deutschland, das war vorbei. Der Krieg, das war Geschichte. So dachten alle vor dem März 1999.

Als am 24. März 1999 der Krieg begann, lag Kragujevac sofort unter Bomben, mit als erstes zerstörte die Nato das Denkmal für die Nazi-Opfer des Jahres 1941. In Varvarin blieb es im April und Mai dagegen ruhig. Der Ort ist nicht nur militärstrategisch, sondern selbst verkehrstechnisch unbedeutend: Wer Richtung Kosovo oder überhaupt nach Süden will, umfährt den Ort, wenn er nicht unnötig Zeit verlieren will. Die Autobahn E-75 führt weiter östlich über Nis, die E-761 weiter westlich über Krusevac.

Der 30. Mai 1999 war ein heißer Tag, blauer Himmel über Zentralserbien, bestes Flugwetter für die Nato-Bomber. Schon seit dem Morgen rasten sie, von der Adria kommend, in großer Höhe über Varvarin hinweg oder zogen ihre Schleifen. Sicherlich waren sie, wie schon in den Tagen und Wochen zuvor, auf dem Weg nach Novi Sad, Nis oder Belgrad. Um neun Uhr heulten in Varvarin die Sirenen, Luftalarm. Die meisten zuckten die Schultern. Routine. Tatsächlich geschah auch nichts. Vesna machte sich trotzdem Sorgen. Zwar hatte die Nachrichtenagentur Tanjug zwei Tage zuvor berichtet, daß Milosevic nach neunstündiger Diskussion mit dem russischen Gesandten Tschernomyrdin den Grundsätzen des Friedensplanes der G8 zugestimmt hatte, also die Bedingungen der sieben mächtigsten westlichen Industriestaaten und Rußlands akzeptiert hatte. Doch am 27. Mai hatte das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag seine Anklageschrift gegen denselben Milosevic veröffentlicht. Offensichtlich gab es Kräfte in der Nato, die keinen Friedensver-

trag mit Jugoslawien wollten, denn mit wem hätten sie ihn abschließen sollen, wenn nicht mit dessen Präsidenten?

„Meine Liebe, paß gut auf Dich auf, und komm' nicht so spät nach Hause!“, gab die Mutter Sanja an diesem Morgen mit auf den Weg. Die beiden anderen Mädchen, Marina und Marijana, kicherten, winkten, ihre Mütter hatten dasselbe gesagt, so etwas sagen Mütter immer. „Sei nicht albern, Mami, wer soll ein kleines Dorf angreifen? Noch dazu am Sonntag?“ Sanja zog einen Flunsch. Die drei hatten sich hübsch zurechtgemacht, mit etwas Gel und Haarlack die Haare hochtoupirt, Sanja hatte am Morgen noch Lippenstift und Lidschatten von der Mama stibitzt. Das blaue T-Shirt, die weiße Cordhose und die weißen Turnschuhe standen ihr gut. Vielleicht traf sie ja die Jungs aus der alten Klasse wieder? Auf so einem Kirchenfest war immer etwas los, selbst jetzt, im Krieg, denn der Krieg war weit weg, und außerdem war es Sommer.

\*

*Dieser Sommer „wird in der Erinnerung jener, die ihn hier verlebten, als der strahlendste und schönste Sommer seit Menschengedenken bleiben, denn in ihrem Bewußtsein glänzt und leuchtet er auf einem ganzen gewaltigen und düsteren Horizont des Todes und Unglücks, der sich bis ins Unabsehbare erstreckt. Und dieser Sommer begann in der Tat gut, besser als so viele frühere.“* (Ivo Andric, Die Brücke über die Drina — Romanauszug über den Sommer 1914)

\*

Der Weg zur Kirche führte die drei Mädchen zur Brücke über die Morava. Die war nach dem Zweiten Weltkrieg aus Deutschland gekommen, als Reparation für die von den Nazis gesprengte. Allerdings hatten die Deutschen diese Wiedergutmachung nicht selbst geschickt — es waren die Sowjets gewesen, die die Brücke in ihrer Besatzungszone demontiert und dem jugoslawischen Brudervolk geschenkt hatten. Sie war schnurgerade und hatte eine Fahrbahn, die Horizontale ruhte auf Betonblöcken, also nichts besonderes, keine Drahtseilkonstruktion, keine geschwungenen Bögen oder Marmorbrüstungen, keine Laternen und keine Bänke. Die Brücke hatte nur wenig Ähnlichkeit mit ihren kühnen Schwestern in New York oder den romantischen in Paris oder mit der „Brücke über die Drina“ in Visegrad, die Ivo Andric in seinem berühmten Buch schildert.



Trotzdem war es eine Brücke, und das ist immer ein kleines bißchen aufregend, denn es gibt ein Hüben — „bei uns“ -, und ein Drüben - „bei denen“. Manchmal trafen sich dort die Teenager. Die Jungs pfften den Mädchen hinterher, die Mädchen tippten sich an die Stirn. Die Verliebten versteckten sich in der Uferböschung oder hinter den Weidenbäumen, deren Laub das Wasser streichelt und die Sicht verdeckt. Als Sanja und ihre Freundinnen Marina und Marijana gegen 10 Uhr vormittags über die Brücke gingen, rauschte unter ihnen die Morava wie immer. Die vielen Jahre des Embargos hatten die Industrie in der Gegen kaputt und die Menschen arbeitslos gemacht, aber man konnte jetzt wieder baden. Jugoslawien war arm geworden. Nur die Fische freuten sich, daß die Fabriken verfielen und kaum noch Abwässer produzierten.

Jeden Sonntag war in Varvarin Markt, und an diesem Sonntag wurde zusätzlich noch am Platz vor der Kirche über dem Fluß das Dreifaltigkeitsfest gefeiert, das orthodoxe Pfingsten. Schon von weitem sah Sanja den Trubel, hörte das Rufen der Marketender, das Feilschen der Kunden. Wie immer boten Bauern Kartoffeln und Früchte an, fliegende Händler schicke Klamotten, Turnschuhe, allerhand Werkzeug. 3.000 Leute drängelten sich zwischen Plaza-Hotel und Flußufer, vielleicht sogar mehr. Die drei Mädchen gingen zunächst in die Kirche, Sanja stiftete eine Kerze. Der Pfarrer predigte, wie an Pfingsten der Heilige Geist gekommen ist: Als fünfzig Tage nach der Auferstehung Christi vergangen waren, begann ein Brausen vom Himmel, während die Apostel wie eine Seele zusammen beim Gebet waren. Es erschienen ihnen Zungen von Feuer und setzten sich auf jeden von ihnen. So wurden sie vom Heiligen Geist erfüllt. Die Mädchen hörten das gerne, aber sie kannten es schon. Nach dem Gottesdienst besuchten sie noch eine Freundin und tranken einen Fruchtsaft.

„Komm, wir müssen nach Hause, ich muß für Oma noch was vorbereiten, die will eine Torte backen“, drängte Sanja zum Aufbruch. „Ach wieso denn, es ist doch noch nicht einmal ein Uhr“, meinte Marina unwillig. Aber sie waren nun mal Freundinnen und hielten zusammen. Vielleicht könnten sie ja am Spätnachmittag noch einmal zurück zum Fest? Von der Kirche zum Fluß war es nur ein Katzensprung, etwa 150 Meter. Auf der Brücke trödelten die Mädchen, machten Witze über die anderen Fußgänger, ein Junge spuckte vom Geländer in die Fluten, *das*

sah vielleicht bescheuert aus. Sie alberten herum und bekamen nicht mit, was geschah: Zwei Düsenjäger flogen über Varvarin hinweg Richtung Norden, verschwanden und drehten hinter dem Horizont, flogen noch einmal von Süden kommend über das Städtchen, zogen eine Kurve nach Osten, vollendeten die Kurve zu einer Schleife nach Süden. Sie kamen zurück!

Die Kirchturmuhren schlugen ein. Die Eltern von Sanja werkten in der Küche und trafen Vorbereitungen für das Festessen am nächsten Tag. Plötzlich hörten sie eine gewaltige Detonation. Zoran vermutete einen Einschlag in Cuprija, doch Vesna kam es näher vor, viel näher. Sie rannte zum Telefon, wählte eine Nummer aus der Ortsmitte — die Leitung war tot. Das konnte bedeuten, daß die Brücke getroffen war, denn unter ihr lief das Telefonkabel durch. Vesna bekam keine Luft mehr, der Hals war wie zugeschnürt, Zoran mußte sie festhalten, sonst wäre sie zusammengebrochen. Was tun? Hinunter in den Keller, den sie als behelfsmäßigen Bunker eingerichtet hatten? Ausgeschlossen, nicht ohne Sanja. Da Zoran vom Volleyball kaputte Beine hatte, lief Vesna zur Nachbarin, der Mutter von Marina. Es ist manchmal schwierig, ein Auto zu starten, wenn einem die Hände zittern, aber dieses Mal klappte es problemlos, mit quietschenden Reifen fuhren die beiden Frauen los, Richtung Morava. Unterwegs sahen sie in jedes entgegenkommende Gesicht, viele Kinder waren darunter, aber keine Marina, keine Marijana, keine Sanja. Kurz vor Varvarin bestätigten Passanten, daß die Brücke getroffen worden sei, zu dem Zeitpunkt hätte man Mädchen darauf gesehen. Vesna wurde übel, dann schluckte sie es hinunter, gab Gas. Jetzt nicht denken. Schalten, kuppeln, das Pedal durchtreten. Es kam auf Sekunden an. Am Fluß war es gespenstisch still, über dem Wasser dunkel, wegen der Rauchwolken nach den Explosionen. Die Mütter riefen die Namen ihrer Liebsten: Marina, Marijana, Sanja.

*Die herrliche Gegend ... wurde plötzlich wie ein dünner und trügerischer Vorhang beiseite geschoben, und vor ihr stand der Wolf mit funkelnden Augen, mit eingerolltem Schwanz, und seine Zähne waren zu einem Lächeln gefletscht, das schrecklicher war, als es ihr die Mutter je ausgemalt hatte. Aska gefror das Blut, und ihre Beine wurden steif wie Holz. Es fiel ihr ein, daß sie die Ihren zu Hilfe rufen sollte, sie öffnete auch den Mund, aber es*

*kam keine Stimme heraus. Vor ihr stand der Tod, unsichtbar und einzig und  
allgegenwärtig, grausam und unglaublich in seiner Grausamkeit.*  
(Ivo Andric, Aska und der Wolf)

Die altersschwachen Autos auf der Brücke knattern, deswegen hören die Mädchen die Flugzeuge erst, als es schon zu spät ist. Um 13.01 Uhr sind sie in der Brückenmitte und sehen zwei Kampfbomber direkt auf sich zurasen. Wohin jetzt - zurück oder nach vorne? Sanjas mathematisches Gehirn schaltet sich ab, die Berechnung der Flugbahn und des Aufschlagswinkels der Geschosse wäre auch einem Einstein nicht gelungen. Gott würfelt nicht. Vielleicht hilft er wenigstens? Oh Gott, hilf mir. Die Piloten sind noch 300 Meter entfernt, noch 100 Meter, aus dieser Distanz und bei diesem klaren Wetter müssen sie alles sehen, den Markt, den Kirchenplatz voller Leute, die Autos auf der Brücke. Sie schießen zwei Raketen vom Typ AGM 65 ab. Sanja erinnert sich an die vorherige Predigt in der Kirche: „Es begann ein Brausen vom Himmel, während die Apostel wie eine Seele zusammen beim Gebet waren. Es erschienen ihnen Zungen von Feuer und setzten sich auf jeden von ihnen. So wurden sie vom Heiligen Geist erfüllt.“ Aber das hier ist nicht der Heilige Geist, denkt Sanja, das ist die Hölle. Sie hört noch ein Zischen, dann schleudert sie ein fürchterlicher Einschlag durch die Luft. Sie fühlt sich verglühen, eine entsetzliche Hitze. Plötzlich ist sie ganz leicht, schwebt in der Luft.

Die lasergesteuerten Bomben zerschneiden die Brücke in der Mitte, sie bricht ein, die Mädchen stürzen in die Tiefe, werden ohnmächtig. Nach zwei bis drei Minuten kommt Marina zu sich, sieht zuerst ihre blutende Hand. Ihr rechtes Bein ist unterhalb des Knies total zerschmettert, der Unterschenkel nur noch durch Fleischfetzen mit dem Körper verbunden. Wo sind die anderen beiden? Marijana stöhnt, schreit nach Hilfe. Sie versucht, sich am Geländer hochzuziehen, merkt dann aber, daß aus dem Oberarm ein Knochen hervorragt und sie keine Kraft mehr hat. Sanja hat die Hand auf der Brust, die Augen sind offen, sie atmet schwer, will etwas sagen, aber schafft es nicht. Sie lehnt mit dem Rücken am Geländer, eine Verletzung ist nicht zu sehen.

Nach fünf Minuten schreit irgend jemand gellend auf: „Sie kommen zurück!“ Sanja schaut nach oben, sieht noch den Kondensstreifen und

die beiden Raketen, die zischend direkt auf sie zukommen, dabei wie betrunken kreiseln. Das ist die Lasersteuerung, aber Sanja weiß es nicht. Was von der Brücke übrig ist, wird noch einmal getroffen. Die zweite Explosion ist noch heftiger als die erste, man hört sie bis ins 16 Kilometer entfernte Krusevac. Ein Betonstück von der Brücke, groß wie ein Panzer, wird gut 100 Meter in den Friedhofjenseits der Kirche geschleudert. Sanja rutscht nach unten, ihr Kopf hängt herab, nur wenig über der Wasseroberfläche. Sie fühlt einen Eisberg in sich wachsen. Das Becken, der Bauch, der Darm sind schon vereist. Jetzt kriecht die Kälte zum Herzen hoch. So muß es gewesen sein, als die Titanic sank, kurz vor dem Polarkreis. Wo ist das Rettungsboot? Plötzlich sieht sie Leonardo di Caprio. Ja er ist es wirklich. Er wird sie retten. Sanja lächelt. Znam pricu o sreci, ich kenne eine Geschichte über das Glück.

Marina robbt zu Sanja, robbt mit Hilfe der Ellenbogen — die zerschmetterten Beine kann sie nicht mehr benutzen. Dann hält sie den Kopf der Ohnmächtigen fest, damit er nicht unter Wasser gerät. Sie holt eine Sprudelflasche aus dem Rucksack, benetzt Sanjas Gesicht. Marina steht dabei im Wasser, doch die Strömung ist so stark, zerrt so sehr an den Fleischfetzen, die von ihrem Schenkel noch übrig sind, daß sie fürchtet, das Bein wird ihr weggerissen. Jedenfalls schwillt das Bein unter der Belastung an und schmerzt höllisch. Marina muß raus aus dem Wasser, zieht sich wieder auf den Brückenrest darüber. Sie und Marijana rufen um Hilfe, warten. Nichts passiert. Endlich hören sie Stimmen, die Stimmen ihrer Mütter.

Einige Stunden später, es ist immer noch hell und warm, liegen acht leblose Körper im Leichenschauhaus von Varvarin, fast alle grausig verstümmelt. Vojkan Stankovic, seine Gliedmaßen sind verrenkt, vielleicht gebrochen. Zoran Marinkovics Bein ist am Becken abgetrennt, jemand hat es ihm fein säuberlich über die linke Schulter gebettet, der blank geputzte Schuh ist noch festgeschnürt. Milan Savics Unterschenkel liegen abgerissen über dem Unterleib. In Dragoslav Terzics Schädel klafft ein Loch. Dem Prister Milivoje Cyric fehlt der Kopf, ein umherfliegendes Eisenteil hat ihn abgeschlagen. Sieben der acht Toten starben beim zweiten Angriff. So auch der erwähnte Milan Savics. Er wollte den drei Mädchen im Fluß zu Hilfe kommen, ein Freund warnte ihn: „Die kommen wieder, das machen sie immer so, haben mir Freunde aus Belgrad

erzählt." Milan schrie zurück: „Du bist ein Feigling, wir müssen doch helfen!" Das waren seine letzten Worte.

\*

*Umarme mich jetzt,  
so stark wie Du nur kannst,  
und gib mich dem schwarzen Vogel nicht her,  
nein, mach dir keine Sorgen,  
es vergeht im nächsten Augenblick.*

*Mich erschreckt der Glanz der Millionen Lichter,  
wenn der Himmel angezündet wird.  
Wo ist denn ein Ende,  
für wen haben sie das tiefe Grab ausgehoben?  
Löst der Mensch überhaupt ein Problem,  
oder sind wir nur da  
wegen des Gleichgewichts zwischen den Sternen?  
(Djordje Balasevic, Slawisches Lied)*

\*

Bei den Toten im Leichenschauhaus ist Sanja nicht dabei. Nachdem ihre Mutter die Verletzte am Fluß gefunden hat, wird sie auf ein Brett gelegt und in einen Krankenwagen geschoben. Vesna steigt mit ein. Ihr Kind ist nicht bei Bewußtsein, obwohl die Augen sich bewegen, der Mund offen steht. „Sei stark, ich bin doch bei Dir“, sagt Vesna. Und zum Doktor: „Tun Sie doch etwas, drehen Sie sie auf den Rücken, ich kann nicht zusehen, wie mir das Kind unter den Händen wegstirbt.“ Nach fünf Minuten Fahrt schließt Sanja langsam die Augen. Der Arzt befiehlt dem Fahrer, die Richtung zu wechseln und die nächste Ambulanz anzusteuern. Dort bekommt Sanja eine Adrenalin-Spritze, ihre Lider flattern, sie schlägt die Augen wieder auf. Vesna steigt um in einen PKW, der Krankenwagen mit Sanja und dem Arzt rast nach Krusevac ins Spital. Als die Mutter etwas später dort ankommt, sieht sie einen Arzt aus dem Krankenzimmer treten und sich die Handschuhe abstreifen. Wie im Film. Vesna weiß Bescheid. „Ich möchte zu meiner Tochter.“ — „Nein, das ist nicht ihre Tochter, das ist ein größeres Mädchen, sehen Sie selbst.“ Vesna stürmt ins Zimmer, irgendwo zwischen Angst und Hoffnung, doch die schreckliche Ahnung bestätigt sich. Die Leblose in grünem Tuch ist

ihre Sanja. Vesna stürzt hin, wirft sich über Sanja, fühlt etwas klopfen. „Herr Doktor, das Herz schlägt noch, sie ist nicht tot.“ Der Arzt zieht sie behutsam weg, blickt ihr in die flackernden Augen, schlägt den Blick nieder. „Doch.“

Viel später sitzt Vesna auf dem Rücksitz des Autos, im Arm Sanja, wie am 24. März, als sie von Belgrad kamen, aber jetzt ist alles anders. Zuhause wäscht und badet sie die Leiche. Sie hat eine Wunde an der linken Hüfte vom Rücken zum Bein und einen Splitter im Hinterkopf. Kleine Brückenteile sind in den ganzen Körper eingedrungen, in den Rücken, in die Beine, sogar in die Zehen. Alle inneren Organe sind verletzt, die Lunge vor allem. Von vorne sieht der Körper unverehrt aus. Zoran besorgt einen weißen Sarg. Vesna sucht die Lieblingskleidung ihrer Tochter heraus und streift sie ihr über. Vesna sagt: „Ich weiß nicht, was ich ohne Dich machen soll.“

\*

„Pilot: *Ich verlasse jetzt die Wolken. Ich sehe immer noch nichts.*

Basis: *Setzen Sie ihren Flugfort. Richtung Nord 4280.*

Pilot: *Ich bin unter 3.000 Fuß. Unter mir eine Kolonne von Fahrzeugen. Eine Art von Traktoren. Was soll das? Ich verlange Instruktionen.*

Basis: *Wo sind die Panzer?*

Pilot: *Ich sehe Traktoren. Ich nehme nicht an, daß die Roten die Panzer als Traktoren getarnt haben.*

Basis: *Was sind das für komische Geschichten? So ein Ärger! Da stecken sicher die Serben dahinter. Zerstören Sie das Ziel!*

Pilot: *Was soll ich zerstören? Traktoren? Gewöhnliche Fahrzeuge? Ich wiederhole: Ich sehe keine Panzer. Ich verlange weitere Informationen.*

Basis: *Es ist ein militärisches Ziel. Zerstören Sie das Ziel! Ich wiederhole: Zerstören Sie das Ziel!"*

\*

Diese Auszüge aus dem Funkverkehr zwischen Cockpit und Nato-Kommandostation, aufgezeichnet von der jugoslawischen Flugabwehr, stammen von einem anderen Angriff. Ob es in Varvarin ebenso war, wissen wir nicht. Die offizielle Nato-Version ist dürftig: „Zwei F-16 griffen die Brücke mit vier lasergesteuerten 2.000-Pfund-Bomben in kurzem Abstand an. Der erste Angriff zerstört den Mittelteil, der zweite Angriff den

Rest der Brücke." Oberstleutnant Michael Kämmerer, in der Öffentlichkeitszentrale des Nato-Oberkommandos Europa im südbelgischen Möns für die deutsche Presse zuständig, gibt immerhin noch preis, daß Varvarin ein „Sekundärziel" war. Mit anderen Worten: Das eigentlich ausgewählte Ziel sei schon zerstört gewesen, deshalb habe man ein Ausweichziel gesucht.

In der westlichen Öffentlichkeit gab es Kritik wegen der Kollateralschäden des 30. Mai. Die Nato rechtfertigte sich und sprach von einem „legitimen Angriff auf eine Hauptnachschieblinie der serbischen Armee". Nato-Pressesprecher Jamie Shea nannte Varvarin „ein ausgewähltes und gerechtfertigtes Ziel".

Wer hat Varvarin als Bombenziel ausgewählt? Die Nato weigerte sich gegenüber Reiner Luyken von der „Zeit", die Namen der Piloten zu nennen, selbst ihre Nationalität wurde verschwiegen. Der Großvater von Sanja ist überzeugt, daß ein deutscher Flieger seine Enkelin getötet hat. Ein Militärexperte wie John Erickson geht von US-Piloten aus, weil angeblich nur sie „die operative Kompetenz beim Einsatz lasergesteuerter Waffen" gehabt hätten. Und wer gab den Piloten die Befehle? Die Ziellisten wurden vom Nato-Planungsstab bestimmt und von den politischen Spitzen der Nato-Staaten - Clinton, Blair, Jospin und auch Schröder - abgesegnet. Bekannt ist, daß die französische Regierung in einigen Fällen erfolgreich ihr Veto gegen die Bombardierung ziviler Ziele, etwa von Donaubrücken, eingelegt hat. Im Kriegstagebuch von Minister Rudolf Scharping kann man nachlesen, daß die Zielauswahl immer auf der Tagesordnung des Nato-Rates stand. Da im Nato-Rat nur einstimmig entschieden werden kann, hätte auch die Bundesregierung mit einem Nein bestimmte Angriffe blockieren können.

Sekundärziele, so Oberstleutnant Kämmerer gegenüber „Zeit"-Autor Luyken, wurden allerdings ohne politische Gegenkontrolle festgelegt. Nach Meinung von Paul Beaver von der Fachzeitschrift „Jane's Defense Weekly" wurden die Koordinaten dieser Ausweichziele den Piloten von den Awacs-Flugzeugen mitgeteilt, also den fliegenden Nato-Kommandozentralen. An Bord waren auch deutsche Spezialisten und Offiziere. 1994 hatte die SPD noch vergeblich versucht, ihre Beteiligung durch das Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen.

Nato-Pressesprecher Shea lobte: „Es gab niemals in der Geschichte einen Luftwaffeneinsatz, der dem Militär so sehr geschadet hat und den Zivilisten so zu Gute kam wie dieser jetzt [...]“ Sheas deutscher Partner, General Walter Jertz, war der Meinung, daß die Nato gegen Jugoslawien „den zielgenauesten Bombenkrieg der Geschichte führte“. Phantastische Präzision? Der zielgenaueste Bombenkrieg der Geschichte? In 78 Tagen zerstörte die Nato nur 14 jugoslawische Panzer, aber 48 Krankenhäuser, 74 TV-Stationen und 422 Schulen. 20.000 Splitterbomben liegen noch heute als Blindgänger in der Erde und können jederzeit explodieren. Die Reste der urangehärtete Muniton werden noch viele tausend Jahre strahlen. Über 2.000 jugoslawische Zivilisten starben, ein Drittel davon Kinder.

Nach dem Krieg wurde die Brücke in Varvarin wieder aufgebaut, das Geld kam von Serben aus der Schweiz. Die damalige Belgrader Regierung gründete eine Sanja Milenkovic-Stiftung, die mathematisch begabte Schüler fördert. Vesna schlief noch lange im Bett ihrer toten Tochter. Am Grab konnte sie nicht weinen, dazu ging sie in Sanjas Zimmer. Wenn die Sonne schien, freute sie sich nicht, das erinnerte zu sehr an den sonnigen 30. Mai 1999. Als sie einige Zeit danach hörte, daß ihre Eltern einen schlimme Unfall hatten, blieb sie ganz ruhig. Wenn sie tot sind, sind sie bei Sanja, dachte sie. Für Marijana und Marina geht das Leben weiter, irgendwie, sie haben noch heute Splitter im Körper, die nicht entfernt werden können. Clinton, Albright, Schröder, Fischer, Scharping und Naumann genießen ihre Pension.

Serbische Opfer der Nato-Aggression, Hinterbliebene und Verletzte aus Varvarin wie die Mutter von Sanja, strengten schließlich einen Prozeß gegen die deutsche Regierung an, um wenigstens materielle Wiedergutmachung zu erreichen für etwas, was nicht wiedergutzumachen ist. Unterstützung bekamen sie von einer einer kleinen deutschen Aktivistengruppe um den Berliner Geschäftsmann Harald Kampffmeyer und seine Frau Cornelia, die für die Finanzierung des Verfahrens ihr Hab und Gut verpfändeten. Solche Nestbeschmutzer mag man im Lande der Kriegsgewinner nicht, die Presse schrieb durchweg abschätzig über den Mann.

Die Klage der Serben wurde bisher in drei Instanzen abgelehnt, zuletzt im November 2006 durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.



Was immerhin erreicht wurde, und das war schon viel: Das tote Mädchen und damit die weiteren namenlosen Opfer des Bombenkrieges für die Dauer des Prozesses dem Vergessen zu entreißen.

Aber soll das alles gewesen sein? Gibt es in diesem verdammten Deutschland keine Schülermitverwaltung und kein Lehrerkollegium, die den Kampf darum aufnehmen, daß ihr Gymnasium den Namen von Sanja Milenkovic trägt? Gibt es keinen evangelischen oder katholischen Pfarrer, der am 30. Mai für Sanja Milenkovic eine Messe liest und eine Kollekte für die Prozeßkosten durchführt? Keinen Betriebsrat der IG Metall oder von verdi, der eine Arbeitsniederlegung, wenigstens eine Schweißgeminute beschließt? Soll ein Mädchen vergessen werden, das nur aus einem einzigen Grund sterben mußte: Weil sie Serbin war? Sollen die Serben vergessen werden, weil sie drei Mal im 20. Jahrhundert den deutschen Plänen im Weg waren? Wagt es niemand, im Hause des Henkers vom Strick zu reden?

Dann klagen die Serben zu Recht mit den Worten ihres Schriftstellers Miodrag Pavlovic:

*Schöne Städte wird es nicht mehr geben  
in unserem Land.  
Lange Nächte wünschen wir und tiefe Wälder  
wo man auch ohne Augen siebt.  
Laßt uns singen und unser selbst gedenken,  
die anderen haben uns vergessen.*

\*

Spendenkonto für den Schadensersatzprozeß gegen die Bundesregierung (die serbischen Kläger haben Revision eingelegt): Vereinigung demokratischer Juristen e.V., Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nummer 33522014; Verwendungszweck: „Schadensersatz für Nato-Kriegsopfer“. Die Prozeßgruppe ist erreichbar über Harald und Cornelia Kampffmeyer, Telefon 030-65942908, E-Mail: [Hkampffmeyer@aol.com](mailto:Hkampffmeyer@aol.com)



# Der rot-grüne Bluff

## Friedenspolitik — die Lüge, die den deutschen Kriegseintritt ermöglichte

**Behauptet wurde:** „Es gab nie wirklich eine Alternative, selbst für die nicht, die diesen Krieg heftig kritisiert haben.“ (Bundesaußenminister Joschka Fischer)<sup>1</sup>

Tatsache ist: Die rot-grüne Bundesregierung wollte keine Alternative zum Krieg, sondern bereitete ihn aktiv mit vor.

Nach dem Sturz des sozialistischen Regimes in Albanien 1990 baute die Bundesregierung schnell gute Beziehungen zu der pro-westlichen Nachfolgeregierung auf. Die wichtigsten Verbindungsleute zwischen der damaligen Bundeshauptstadt Bonn und der albanischen Hauptstadt Tirana waren in dieser Zeit die Politiker Sali Berisha und Bujor Bukoshi. Berisha, 1993 zum Präsidenten Albaniens gewählt, warb schon immer für die Vereinigung des Mutterlandes mit den albanischen Siedlungsgebieten außerhalb der Staatsgrenzen. Deswegen war es nur konsequent, daß er schließlich - so jedenfalls die „New York Times“ im Juni 1998 - auch seinen Familiensitz im nordalbanischen Vucidol als Trainingslager für kosovarische Terrorgruppen zur Verfügung stellte.<sup>2</sup>

Berishas Regime wurde bis zu seinem Sturz 1997 massiv aus Bonn unterstützt. In Tirana hatten sowohl die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung wie die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU ihren Sitz, letztere war „bei der Formulierung eines auf Berisha zugeschnittenen Wahlrechts behilflich“, wie das Fernsehmagazin Monitor im März 1993 berichtete.<sup>3</sup> Im Januar 1992 referierte Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) in der Hauptstadt Tirana. „In meiner Rede sprach ich die KSZE-Verpflichtungen an, die auch für die albanische Bevölkerung des Kosovos Geltung haben müßten.“<sup>4</sup> Das Auswärtige Amt formulierte, den späteren Nato-Angriff vorwegnehmend, bereits im Februar 1993, daß „sich eine weitere

1 „Es gab nie eine Alternative“, Interview mit J. Fischer, Spiegel 25/1999

2 New York Times 10.6.1998

3 z.n. Marcel Noir / Carlos Kunze, Berisham Traum, Jungle World 24.6.1998.

4 Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995, S. 996, z.n. Roland Friedrich, Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt, Wiesbaden 2005, S. 27

Internationalisierung der Kosovo-Frage nur mit Hilfe von Zwangsmaßnahmen erreichen" ließe.<sup>5</sup> Im Februar 1995 unterzeichnete Bundespräsident Roman Herzog eine deutsch-albanische Grundlagenvereinbarung über „das Recht aller Völker zur freien Bestimmung ihres Schicksals“<sup>6</sup> Ungewöhnlich war das Angebot der Bundesregierung, eine gemeinsame deutsch-albanische Truppeneinheit zu bilden - sie wurde Ende 1996 als Teil des deutschen Bosnien-Unterstützungskontingents im kroatischen Zadar stationiert. Insgesamt wurden 1995 vierzehn gemeinsame Militärkooperationen durchgeführt, 1996 über zwanzig. Genschers Nachfolger Klaus Kinkel berichtete im Februar 1998, die Bundesregierung habe Albanien „in den vergangenen Jahren mit insgesamt rund einer Milliarde Mark unterstützt. Kein anderes Land hat... von Bonn pro Kopf der Bevölkerung so viel Entwicklungshilfe erhalten.“<sup>7</sup>

## **Offensive nach Dayton**

Der zweite deutsche Kontaktmann, Bujor Bukoshi, war 1992 von den Albanern im Kosovo zu ihrem Ministerpräsidenten gewählt worden — in einer Wahl, die klandestin durchgeführt werden mußte, weil sie von den jugoslawischen und serbischen Behörden nicht erlaubt worden war. Im Unterschied zu Ibrahim Rugova, der auf dieselbe Weise zum Titel eines Präsidenten der Kosovo-Albaner gekommen war und immer die Gewaltfreiheit betonte, gab Bukoshi von Anfang an den Hardliner. Trotzdem durfte er seit seinem Amtsantritt in Bonn residieren. Auf diese Weise war die damalige deutsche Hauptstadt gleichzeitig auch Vertretung des ansonsten international nicht anerkannten Proto-Staates der Kosovo-Albaner.

Besonders deutlich wurde die provokatorische Rolle von Bukoshi und seinen deutschen Gastgebern, als die Serben im Jahre 1995 im Kosovo-Konflikt eine „konziliantere Haltung“ einzunehmen begannen und der jugoslawische Präsident Slobodan Milosevic sogar erwog, der Provinz „eine Autonomie nach den Richtlinien der Verfassung von 1974 einzu-

5 Stellungnahme AA in BT-Drucksache 12/4361 vom 9. Februar 1993, z.n. Roland Friedrich, a.a.O., S. 33

6 Roland Friedrich, a.a.O., S. 31

7 FAZ 9.2.1998

räumen", also die Gleichberechtigung mit Serbien — so die Einschätzung des UN-Flüchtlingswerks UNHCR.<sup>8</sup> In dieser Situation, in der die Albaner im Kosovo gespalten waren „zwischen denen, die die Autonomie mittelfristig für das beste hielten und jenen, die auf Unabhängigkeit bestanden" (UNHCR), unterstützte Bukoshi die Extremisten.

Bei den Dayton-Verhandlungen über einen Friedensschluß in Bosnien im Oktober 1995 drängte Deutschland auf eine Einbeziehung der Kosovo-Frage. Doch die US-Administration hielt nichts von diesem Junktim, ihr war eine Übereinkunft mit Milosevic wichtiger. Gegen diese auf Ausgleich bedachte Realpolitik der USA formierte sich nun „eine Übereinkunft unter den Albanern und ihrer großen Diaspora, wonach, da der Kosovo von der Dayton-Agenda ausgeschlossen worden war, nun die Kosovo-Albaner selbst zur Tat schreiten müßten" (UNHCR).<sup>9</sup> Die Bundesregierung war ähnlicher Ansicht. „Jetzt müssen wir die Scheinwerfer auf das Kosovo richten!“, gab Kinkel nach Dayton als Devise aus.

Im Anschluß an den Friedensschluß, also ab Ende 1995 und während des Jahres 1996, „nahm die Bundesrepublik eine harte Position ein und weigerte sich in den folgenden Monaten hartnäckig, der europäischen Tendenz zur völkerrechtlichen Anerkennung Belgrads zu folgen,“ schreibt Roland Friedrich in einer im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) verfaßten Studie.<sup>10</sup>

In München fand im Januar 1997 eine „Vermittlung ... zwischen Beratern des serbischen Präsidenten Slobodan Milosevic und den Vertretern der kosovo-albanischen Führung" statt. Mit diesen Worten warben die Veranstalter der Tagung, das von der Bundesregierung finanzierte „Europäische Zentrum für Minderheitenfragen" (EZM) und das „Centrum für angewandte Politikforschung" (CAP), dessen Leiter Werner Weidenfeld damals zum engsten Beraterstab von Kanzler Helmut Kohl gehörte. Den uneigennütigen Vermittlern, zu denen sich auch Vertreter des Auswärtigen Amtes gesellten, lag zu Beginn des Treffens eine Studie vor, die eine offene Kampfansage an die bis dahin noch moderate Kosovo-Politik der Clinton-Administration war: „Der akuteste Krisenherd, der mit Hilfe der

8 <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/research?id=3ebf8ef14>

9 <http://www.unhcr.org/cgi-bin/texis/vtx/research?id=3ebf8ef14>

10 Roland Friedrich, a.a.O., S. 31

bereits deutlich demonstrierten Handlungsunwilligkeit des Westens bald zur Explosion kommen wird, ist der Kosovo, dessen albanische Mehrheitsbevölkerung [...] ihren Willen zur Sezession und einem eventuellen späteren Anschluß an Albanien eindeutig zum Ausdruck gebracht hat. Die historischen Gebietsansprüche der Serben müssen dem Recht auf Heimat der Albaner unzweifelhaft weichen [...] Die geschlossenen albanischen Siedlungsgebiete im Kosovo grenzen unmittelbar an albanisches Staatsgebiet, so daß ein Anschluß ohne größere Schwierigkeiten möglich ist. Dies gilt im Prinzip auch für die albanischen Siedlungsgebiete in Mazedonien, im Süden Serbiens und in Montenegro.""

### **Deutschmark Für die UCK**

Diese diplomatische und politische Vorbereitung des Terrains hätte freilich wenig genützt, wäre nicht ab Februar 1996 vor Ort eine starke Kraft in derselben Richtung aktiv geworden: die albanische Terrororganisation Ushtria Clirimtare e Kosoves, kurz UCK. Andererseits hätte ohne deutsche Unterstützung aus diesem marodierenden Freischärlerhaufen nicht innerhalb von zwei Jahren eine schlagkräftige Armee werden können.

„How Germany backed KLA“ (KLA - Kosovo Liberation Army - wird in den englischsprachigen Medien synonym für UCK verwendet) überschrieb das englische Wochenblatt „The European“ Ende September 1998 eine Recherche.<sup>12</sup> Dort wurde behauptet, daß „der deutsche zivile und militärische Geheimdienst in die Ausbildung und Bewaffnung der Rebellen verwickelt sind, um den deutschen Einfluß auf dem Balkan zu zementieren und das Flüchtlingsproblem anzupacken.“ Deswegen sei es zu „einem ernsthaften Bruch zwischen dem BND und der CIA gekommen“, hieß es mit Bezug auf französische Diplomaten. Weiter schrieb die Zeitung: „Die Entstehung der UCK im Jahr 1996 fiel mit der Ernennung von Hansjörg Geiger zum neuen BND-Chef zusammen.

11 Georg Brunner, Gutachten über Nationalitätenprobleme und Minderheitenkonflikte in Osteuropa. Im Auftrag des Centrums für angewandte Politikforschung, Forschungsgruppe Europa, 1996; auszugsweise in: Walter von Goldendach / Hans-Rüdiger Minow, Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas, Sonderausgabe Berlin 1997, S. 200ff.

12 'The European' 21-27 September 1998

Einer seiner ersten operativen Beschlüsse war die Einrichtung einer der größten Regionalvertretungen des BND in Tirana [...] BND-Agenten arbeiten eng mit den Führern des Shik, des albanischen Geheimdienstes, zusammen [...] Die BND-Männer hatten die Aufgabe, Rekruten für die UCK-Kommandostruktur herauszusuchen."<sup>13</sup> Ähnliches berichtete die ARD-Sendung „Monitor“: „Seit 1990 pflegt die Bundesregierung gute Beziehungen zu den albanischen Geheimdienstlern. Militärische Ausrüstung im Wert von zwei Millionen Mark wurde ins albanische Krisengebiet entsandt. Die Militärgüter seien zum Teil an die Rebellenarmee UCK gelangt.“ Ein beteiligter MAD-Mitarbeiter sagte gegenüber „Monitor“, die Aktion sei „von ganz oben“ erwünscht gewesen.<sup>14</sup> Von Bill Foxton, dem Leiter des OSZE-Beobachterbüros an der Grenze zwischen Albanien und Kosovo, wurde Ende Juni 1998 „erstmals entdeckt, daß die UCK plötzlich uniformiert ist. Und zwar mit deutschen Feldanzügen.“<sup>15</sup> Wesentlich weitergehende Anschuldigungen von serbischer Seite, wonach die Guerillausbildung auch in Deutschland selbst stattgefunden haben soll — genannt wurden u.a. geräumte Nato-Kasernen in Hechingen bei Tübingen, in der Nähe von Nürnberg und Bonn sowie ein Asylbewerberheim in Singen — sind nicht belegt.

Wichtiger als die logistische Unterstützung aus Deutschland dürfte die finanzielle gewesen sein. Von Bonn aus betrieb Bukoshi ein System illegaler Zwangsbesteuerung der in Deutschland lebenden Kosovo-Albaner. Obwohl eine ähnliche Praxis der kurdischen Untergrundbewegung PKK von den deutschen Behörden streng verfolgt wird und auch die USA ab Sommer 1998 die Bundesregierung zum Einschreiten drängten, konnte Bukoshi bis Ende 1999 nach eigenen Angaben 216,7 Millionen Mark eintreiben.<sup>16</sup> Sein Spendensammler in Deutschland, ein Kosovo-Albaner namens Kelmendi, dankte der Bundesregierung noch im Sommer 1998 ausdrücklich dafür, daß sie die Zwangskollekte nicht behindert hat. Gleichzeitig gab er zu, daß „ein großer Teil“ davon für die UCK bestimmt sei, schließlich seien deren Waffenkäufe auch eine Form „humanitärer Hilfe“.<sup>17</sup>

13 The European 21-27 September 1998

14 Monitor (ARD(WDR), 23.9.1998

15 Interview mit Foxton, Jungle World, 9.6.1998

16 Radio Free Europe / Radio Liberty, Balkan Report vom 4.2.2000

17 vgl. Oliver Hoischen, Die Befreiungsarmee des Kosovo wird mit Geld aus Deutschland unterstützt, FAZ 15.7.1998. Der Vorname Kelmendis wurde nicht angegeben.

## Deutschland als Antreiber

Die Krise in der Region eskalierte im Frühjahr 1998. Vermehrte Anschläge der UCK und heftige Gegenschläge der serbischen Sicherheitskräfte rückten das Kosovo auf die Agenda der Weltpolitik. Anfang März, am Vorabend der serbischen Gegenoffensive, besuchte US-Balkanemissär Robert Gelbard Pristina und bezeichnete die UCK „ohne jeden Zweifel“ als „terroristische Organisation“<sup>18</sup> - eine Bemerkung, die in weiten Kreisen dahingehend interpretiert wurde, daß er dem Vorgehen Milosevics grünes Licht gab.

In den nächsten Monaten war es die Bundesregierung, die innerhalb der westlichen Entscheidungsgremien ein militärisches Vorgehen gegen Jugoslawien vorantrieb. Die Abläufe sind mittlerweile ausgezeichnet durch verschiedene Monographien dokumentiert. Wichtiger als die Memoiren des grünen Außenministers Joseph Fischer sind die Studien von Günter Joetze, ehemals Präsident der Bundesakademie für Sicherheitsdienste,<sup>19</sup> und von Roland Friedrich, dessen Veröffentlichung von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik unterstützt wurde.<sup>20</sup> Beide Autoren konnten umfangreiche Akteneinsicht nehmen und mit politischen und militärischen Entscheidungsträgern sprechen. Ein wichtiges Gegengewicht zu diesen affirmativen Darstellungen sind die Bücher von Bundeswehr-General Heinz Loquai,<sup>21</sup> dem deutschen Militärattache bei der OSZE in Wien. Über seinen Schreibtisch liefen alle internen Lageberichterstattungen der OSZE-Beobachter aus dem Kosovo.

Ein Meilenstein war das Treffen der Nato-Außenminister am 28. Mai 1998 in Luxemburg. Loquai berichtet: „Dabei erregten die Deutschen erhebliches Aufsehen. Mit dem Argument, man müsse dem Kosovo-Problem dort begegnen, wo die Ursachen liegen, schien Deutschland eine

18 Richard Caplan, *International Diplomacy and the crisis in Kosovo*, *International Affairs* 1998/4, S. 753

19 Günter Joetze, *Der letzte Krieg in Europa. Das Kosovo und die deutsche Politik*, Stuttgart / München 2001

20 Roland Friedrich, *Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt*, Wiesbaden 2005

21 Heinz Loquai, *Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999*, Baden-Baden 2000; sowie ders., *Weichenstellung für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt*, Baden-Baden 2003



direkte Intervention im Kosovo zu befürworten. Die übrigen Bündnispartner dachten an stabilisierende Maßnahmen im Grenzgebiet Mazedoniens und Albaniens, wie z.B. gemeinsame Übungen [...]. Selbst den Briten und Amerikanern schien das deutsche Vorpreschen für eine direkte Intervention im Kosovo nicht geheuer."<sup>22</sup>

Der deutsche Außenminister exponierte sich. „Kinkel droht mit Eingreifen der Nato im Kosovo“, lautete die Schlagzeile in der „Süddeutschen Zeitung“ am 5. Juni. Die Bundesregierung treibe die Diskussion voran, „auch aus Verärgerung über den Kurs der USA, die weiter für eine Verhandlungslösung zwischen Rugova und Milosevic optierten“, hieß es am 6. Juni in der „International Herald Tribune“. Und die „FAZ“ wußte am selben Tag: „Die Vereinigten Staaten lehnen im Gegensatz zu Deutschland eine schnelle Entscheidung über ein militärisches Eingreifen im Kosovo-Konflikt ab.“<sup>23</sup>

Mitte Juli 1998 hatte die UCK bereits 40 Prozent der Krisenprovinz militärisch erobert.<sup>24</sup> US-Verteidigungsminister William Cohen sprach sich ganz offen dagegen aus, daß die Nato als „Luftwaffe für die UCK“ agiert.<sup>25</sup> Anders der deutsche Außenminister fast zur selben Zeit: „Kinkel ruft im Kosovokonflikt nach Zwangsmaßnahmen der Vereinten Nationen.“<sup>26</sup>

Doch die Bundesregierung forderte nicht nur als erste militärischen Zwang, sondern schlug außerdem „sowohl Luft- als auch Bodenoperationen“ vor, mit anderen Worten: eine Invasion.<sup>27</sup> Das deutsche Drängen in den Nato-Gremien begann im Mai 1998, erfuhr Friedrich von Vizeadmiral a.D. Ulrich Weißer, damals Leiter des Planungsstabes auf der Hardthöhe. Eine Kraftprobe war die Sitzung des Nato-Rats am 13. August 1998. General Klaus Naumann, der den Vorsitz im Nato-Militärausschuß hatte, schlug dem Gremium vier Optionen vor: „Die Luft-Optionen beinhalteten einzelne Luftschläge gegen Schlüsselziele (limited air response) sowie großflächige und gestaffelte Luftangriffe (phased

22 Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, a.a.O., S. 96

23 Alle drei Zitate z.n. Matthias Küntzel, Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo, Berlin 2000, S. 70/71

24 Günter Joetze, a.a.O., S. 33

25 Günter Joetze, ebenda

26 Günter Joetze, a.a.O., S. 34

27 Roland Friedrich, a.a.O., S. 40

air Operations); die Boden-Optionen bezogen sich auf die militärische Absicherung eines Kosovo-Friedensabkommens (A- und A-Minus) sowie dessen gewaltsame Durchsetzung (B- und B-Minus). Der Nato-Rat billigte schließlich die A-Varianten der Bodenplanung sowie die beiden Luft-Optionen."<sup>28</sup> Damit waren Naumanns weitergehende Planungen für eine Invasion gestoppt. Wir werden später sehen, wie die Debatte um eine Bodenoffensive nach dem katastrophalen Ergebnis der Bombenangriffe im April 1999 wieder einsetzt, (vgl. S. 166ff)

Als die UCK im Spätsommer 1998 durch eine Großoffensive der jugoslawischen Armee zurückgedrängt wurde, füllten sich die westlichen Zeitungen mit Berichten über serbische Massaker an der Zivilbevölkerung. Die Bundesregierung verbreitete ähnlich tendenziöse Einschätzungen. „Nach Ausbruch der Kämpfe im Kosovo im März 1998 wurde von den Sicherheitskräften eine gezielte Vertreibungsstrategie, eine Politik der verbrannten Erde betrieben: Nicht nur der UCK, sondern auch der Zivilbevölkerung sollte ein Verbleib in den Häusern und Dörfern unmöglich gemacht werden."<sup>29</sup> Wie es wirklich war, geht aus einer internen Lageanalyse des Auswärtigen Amtes hervor, deren Verbreitung durch den Vermerk: „Nicht zur Veröffentlichung bestimmt — Nachdruck verboten" unterbunden werden sollte. Auszüge: „Die UCK hatte in den 'befreiten Gebieten' breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Auch nach albanischer Darstellung hat sich die Bevölkerung teilweise aktiv an den bewaffneten Auseinandersetzungen beteiligt. Auf UCK-Seite sollen auch Frauen mitgekämpft haben, auch ein 15-jähriger UCK-Angehöriger wurde schon von internationalen Beobachtern angetroffen. Insofern ist die Abgrenzung zwischen UCK-Kämpfern, mitkämpfenden Einwohnern und reinen Zivilisten sowohl für die Sicherheitskräfte als auch für die objektive Bewertung der Sachlage schwierig ... Die Kampfhandlungen im Kosovo wurden von beiden Seiten mit militärischen Mitteln geführt, wobei auf serbisch-jugoslawischer Seite die Sicherheitskräfte bei der Einnahme von Ortschaften auch mit schweren Waffen vorgingen ... Die durch die Presse wiederholt gemeldeten ‚Massaker‘ und Meldungen über ‚Massengräber‘ trugen zur Beunruhigung der Flüchtlinge bei, konnten jedoch

28 Roland Friedrich, a.a.O., S. 44/45

29 Auswärtiges Amt, Die serbische Strategie der „ethnischen Säuberungen" (Bosnien-Herzegowina und Kosovo), unter [www.auswaertiges-amt.de/6\\_archiv/2/p/P9903331b.htm](http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/2/p/P9903331b.htm)

durch internationale Beobachter bislang nicht bestätigt werden. Serbische Regierungsmedien behaupten ihrerseits, Teile der Zivilbevölkerung seien durch Gewaltandrohung der UCK an der Rückkehr in ihre Dörfer gehindert worden."<sup>30</sup>

## **Rot-Grün ante Portas**

Nachdem die Unionsparteien die Bundestagswahl Ende September 1998 verloren hatten, waren die Erwartungen an die Nachfolgekoalition unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) und seinem Außenminister Joseph („Joschka“) Fischer (Bündnis90/Die Grünen) hoch. „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“, hatte die neue Mannschaft schließlich in ihren Koalitionsvereinbarungen postuliert. Weiter hieß es darin: „Die Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist an die Beachtung des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden. Die neue Bundesregierung wird sich aktiv dafür einsetzen, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu bewahren und die Rolle des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu stärken.“ Diese Sätze waren allerdings das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren, wie wir gleich sehen werden.

Schon vor dem Wahlsonntag am 27. September begannen Schröder und Fischer, die Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag zu hintertreiben. Am 24.9. beschlossen die Nato-Verteidigungsminister die Activation Warning (ActWarn) für Luftschläge gegen Jugoslawien - also die formale Aufforderung an die Mitgliedsstaaten, Einsatzkräfte für diesen Einsatz zu designieren. Damit erhielten die inoffiziellen Drohungen der Vormonate offiziellen Charakter. Rühle stützte sich bei seiner Befürwortung des Beschlusses „offensichtlich auf die inoffizielle Zustimmung der SPD und Joseph Fischers“.<sup>31</sup> Am 30. September beschloß das noch amtierende Kabinett Kohl, die ActWarn-Anfrage mit der Zurverfügungstellung von elf Tornado-Kampfflugzeugen zu beantworten. „Diese Entscheidung wur-

30 Auswärtiges Amt, Lagebericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Bundesrepublik Jugoslawien (Stand: November 1998), 514-516.80/3 YUG, 18. November 1998 (vollständige Kopie im Besitz des Autors)

31 Roland Friedrich, a.a.O., S. 40

de nach Abstimmung mit dem künftigen Bundeskanzler Schröder und dem designierten Außenminister Fischer getroffen, die mindestens von der Wahnacht an in den Entscheidungsprozeß hinsichtlich des Kosovos eingebunden waren."<sup>32</sup>

Nach ActWarn sollte ActOrd folgen: Activation Order, die Erklärung des Aktivierungsbefehls für die Nato-Luftflotte, die einen jederzeitigen Angriff ermöglichen sollte. Dafür war wieder die Zustimmung aller Mitgliedstaaten erforderlich. Zur Abstimmung der deutsch-amerikanischen Position flogen am 9. Oktober Schröder und Fischer, begleitet u.a. vom künftigen AA-Staatssekretär Ludger Volmer, dem designierten Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye und US-Botschafter John Kornblum, nach Washington. Fischer schreibt in seinen Memoiren, Clinton schien nach einem Vieraugengespräch mit Schröder dessen Argument akzeptiert zu haben, „daß Deutschland jetzt wegen der Übergangssituation zwischen alter und neuer Regierung nicht entscheiden könne.“<sup>33</sup> „Zeit“-Reporter Gunter Hofmann, vom Auswärtigen Amt mit Material gefüttert, vertritt die Ansicht, daß Schröder selbst bei diesem Gespräch in Aussicht stellte, nach seiner Vereidigung die Zustimmung nachzuholen. Eine etwas andere Version gibt Joetze. Demnach sagte Schröder dem US-Präsidenten lediglich zu, ActOrd nicht zu blockieren, betonte aber, daß sich deutsche Kräfte nicht an etwaigen Luftschlägen beteiligen würden. Die weitestgehende Interpretation kam vom noch amtierenden Verteidigungsminister Rühle. Von ihm las man am 11. Oktober in „Bild am Sonntag“: „Gerhard Schröder hat in Washington fest zugesagt, daß wir dem Aktivierungsbefehl der Nato (ActOrd) zustimmen ... Das ermöglicht es dem Bundeskabinett, morgen der Nato grünes Licht zu geben, so daß sie noch am selben Tag die notwendigen Beschlüsse fassen kann.“<sup>34</sup>

Oskar Lafontaine kritisiert im Rückblick, daß Schröder und Fischer ihn bei dieser Reise „ausgetrickst“ haben. „Warum sind sie am 9. Oktober zu Clinton geflogen, ohne mich mitzunehmen? Ich habe noch nicht einmal von der Reise gewußt.“<sup>35</sup> Tatsächlich war Lafontaine damals als SPD-Vor-

32 Roland Friedrich, a.a.O., S. 50

33 Joschka Fischer, Die rot-grünen Jahre. Deutsche Außenpolitik — vom Kosovo bis zum 1. September, Köln 2007, S. 104

34 z.n. Matthias Küntzel, a.a.O., S. 131

35 Hintergrundgespräch O.L. 6.7.2007

sitzender und als designierter Finanzminister der künftigen Koalition von mindestens demselben Gewicht wie Fischer. Die Fotos von der späteren Vereidigung der neuen Regierung zeigen exklusiv das Trio Schröder-Fischer-Lafontaine beim Champagnertrinken. Vor diesem Hintergrund ist es wirklich seltsam, daß er von den anderen beiden Politikern weniger in die Absprachen mit Washington einbezogen wurde als etwa Volmer.

## **Der 12. Oktober 1998**

Das entscheidende Datum ist der 12. Oktober, als die Spitzen der noch amtierenden Kohl-Regierung mit ihren rot-grünen Nachfolgern im kleinen Kreis die Kosovo-Frage beraten und entscheiden wollten. Bereits auf dem Weg zu dem Treffen soll Folgendes passiert sein: „Schröder und Fischer befinden sich auf dem Weg zum Kanzler, als ein Anruf Günter Verheugens sie einholt. In Washington habe man umgedacht. Man wünsche nun doch sofort eine Zustimmung (zum Nato-Einsatz, Anm. J.E.) aus Bonn. 'Fünfzehn Minuten', erinnert sich Joschka Fischer verknittert in irgendeiner stillen Stunde während des Krieges, 'blieben uns, um über Frage von Krieg und Frieden zu entscheiden.' Bevor sie bei Kohl eintreffen, entschließt sich das Duo Schröder und Fischer zu einem raschen Ja. Ohne UN-Mandat.“<sup>36</sup> Soweit die Version von „Zeit“-Reporter Gunter Hofmann nach Gesprächen mit dem grünen Außenminister.

Also US-amerikanische Erpressung? Blieb den rot-grünen Spitzenmännern nur der „Zeitraum einer Zigarrenlänge“, wie Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein griffig zusammenfaßte? Schröder selbst wies im Nachhinein die Version zurück, er habe sich in jenen Tagen US-Druck gebeugt: „Wir haben das aus freien Stücken getan.“<sup>37</sup>

Über die Entscheidungsfindung zwischen Schröder und Fischer existieren drei Versionen. Nach der ersten Version soll Schröder auf dem Weg zum Kanzleramt am 12. Oktober seinem designierten Vize gesagt haben: „Entweder du stimmst der amerikanischen Forderung zu, oder du wirst nicht Außenminister.“ Das erzählte dem „Zeit“-Reporter Michael

36 Gunter Hofmann, Wie Deutschland in den Krieg geriet, Zeit 12.5-1999

37 z.n. Michael Schwelien, Joschka Fischer. Eine Karriere, Hamburg 2000, S. 107

Schwelien jedenfalls die grüne Verteidigungsexpertin Angelika Beer, die es wiederum von Fischer selbst gehört haben wollte. Der jedoch sagte seinem Biographen Michael Schwelien, Schröder habe ihn nicht erpreßt: „Es war nur der übliche Druck der Fakten. [...] Wir standen vor der Frage, ob das Experiment Rot-Grün an internationalen Konditionen scheitern sollte, bevor es überhaupt gestartet war.“<sup>38</sup> In seiner Biographie erwähnt er kein Gespräch mit Schröder vor Beginn des Treffens. Vielmehr habe er allein in seiner „kleinen Bonner Wohnung“ gegrübelt. „Mist, großer, großer, Mist“, habe er gedacht.<sup>39</sup>

Das alles geschah, bevor die Runde am 12. Oktober im Kanzleramt zusammentrat. Was dann folgte, ist ebenfalls strittig. Anwesend waren seitens der bisherigen Bundesregierung Kohl, Kinkel, Rühle und Wolfgang Schäuble; seitens der künftigen neben Schröder, Fischer und Verheugen auch Oskar Lafontaine. Dieser berichtete dem Autor, daß auf Seiten von Rot-Grün im wesentlichen er selbst gesprochen habe. Seine Position: Die Bundesregierung dürfe der Nato nicht in den Rücken fallen, indem sie die Aktivierung der Luftwaffe des Bündnisses (ActOrd) blockiere, aber es müsse „klar sein, daß dies keine Angriffsermächtigung“ sei.<sup>40</sup> Dem habe Rühle widersprochen: Nach seiner Lesart sei beides identisch. Dem habe wiederum Kinkel widersprochen: ActOrd bedeute keinen Automatismus, der die Ermächtigung für Luftschläge in die Hände der Nato-Spitze lege. (Von Kinkel wird übrigens berichtet, daß er noch bis kurz vor dem Treffen „immer noch zögerte“, ActOrd überhaupt zu unterstützen<sup>41</sup>) Daraufhin will Lafontaine von Kinkel eine schriftliche Zusicherung verlangt haben, daß mit ActOrd keine Kriegsermächtigung ausgesprochen werde. Der FDP-Mann habe dies zugesichert und in der Folge dieses Dokument auch ausgefertigt, behauptet Lafontaine. Das Problem bei der Aussage: Der Saarländer selbst hat das Dokument nicht mehr, und das Archiv des Auswärtigen Amtes war auf Anfrage nicht willens, die Existenz eines solchen zu bestätigen oder gar eine Kopie auszufertigen. Der vom Autor angeschriebene Kinkel war nicht zu einem Gespräch über die damalige Zeit bereit und rechtfertigte dies mit Zeitgründen. Auf die Bitte um Beantwortung von Fragen per Email reagierte sein Büro nicht mehr.

38 Michael Schwelien, a.a.O., S. 109

39 Joschka Fischer, a.a.O., S. 105

40 Hintergrundgespräch mit O.L. 6.7.2007

41 Günter Joetze, a.a.O., S. 39

Fischer jedenfalls widerspricht der Darstellung des Treffens durch Lafontaine in seiner Biographie. Dieser „hielt sich weitgehend zurück“, behauptet er.<sup>42</sup> Außerdem habe er „nur formale Einwände“ vorgebracht, keinesfalls die militärische Einmischung generell abgelehnt.<sup>43</sup> Fischer bestätigt immerhin, daß Lafontaine eine Zusicherung verlangt habe, und schreibt weiter: „Diese Zusicherung wurde gegeben.“<sup>44</sup> Er stellt es aber so dar, als ob es Lafontaine dabei nicht darum gegangen sei, daß mit ActOrd kein Kriegsautomatismus ausgelöst werde, sondern lediglich abstrakt darum, daß „bei der heute anstehenden ActOrd-Entscheidung völkerrechtlich alles in Ordnung wäre“.<sup>45</sup>

Verschiedene Aussagen deuten darauf hin, daß Noch-Kanzler Kohl in der Kunde am 12. Oktober zur Vorsicht oder vielleicht sogar zur Ablehnung von ActOrd riet. Fischer weist darauf hin, daß der Pfälzer „sich in einer gedrückten Stimmung befand“. Man habe ihm angemerkt, „wie schwer ihm die zu treffende Entscheidung fiel“.<sup>46</sup> Der Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer (CDU), in den achtziger Jahren Staatssekretär auf der Hardthöhe und mit Kohl an den Verhandlungen zur deutschen Einheit 1990 beteiligt, vertritt die Meinung, mit dem Pfälzer als Kanzler „hätte es 1999 keinen Krieg mit deutscher Beteiligung gegeben“<sup>47</sup>. Der damalige russische Premier Jewgenij Primakow schreibt in seinen Erinnerungen, Kohl habe ihm gegenüber den Krieg gegen Jugoslawien „den größten historischen Fehler“ genannt. „Wäre ich zu jenem Zeitpunkt noch im Amt gewesen, hätte ich das niemals zugelassen“, habe er ihm gesagt.<sup>48</sup>

Schwelien bilanziert den 12. Oktober 1998 so: „Die Deutschen hätten sich, ohne daß die Nato zerbrochen wäre, vorläufig verweigern können [...]. Gerade weil die Amerikaner so viel Wert auf ihre Beteiligung legten, hatten sie mehr Einfluß, als sie glaubten. Aber es scheint, daß Fischer solche Gedanken in diesem kritischen Moment nicht kamen. [...] Er war offensichtlich viel zu versessen auf den Ministersessel im Auswärtigen

42 Joschka Fischer, a.a.O., S. 105

43 nach Michael Schwelien, a.a.O., S. I 10

44 Joschka Fischer, a.a.O., S. 106

45 Joschka Fischer, a.a.O., S. 106

46 Joschka Fischer, a.a.O., S. 106

47 Hintergrundgespräch W.W. am 17.3.2005

48 zitiert bei Joschka Fischer, a.a.O., S. 127

Amt, um dem Druck zu widerstehen, sei dieser nun ein Druck 'der Fakten' gewesen oder vom designierten Kanzler direkt ausgeübt worden."<sup>49</sup>

Am 16. Oktober trat der Bundestag zusammen, um die Beschlüsse der Regierungsspitze vom 12. Oktober abzusegnen. An der Debatte nahm Noch-Justizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) nicht teil; er hatte bereits zuvor im Kabinett gegen die Einsatzentscheidung ActOrd opponiert.<sup>50</sup> Im wesentlichen zogen im Plenum des Bonner Wasserwerkes alte und neue Staatsspitze an einem Strang. So wurde ein Beschluß herbeigeführt, der dann - ohne weitere Bekräftigung im Hohen Hause — im März 1999 die Grundlage der deutschen Beteiligung am Nato-Eingreifen abgab. Gezielt wurde vernebelt, worüber der Bundestag an jenem 16. Oktober tatsächlich entscheiden sollte, nämlich die erste deutsche Beteiligung an einem Krieg seit 1945. Statt dessen sprach der Antrag der alten Bundesregierung vom „Einsatz bewaffneter Streitkräfte [...] zu den von der Nato [...] geplanten, begrenzten und in Phasen durchzuführenden Luftoperationen."<sup>51</sup>

Allerdings setzten die Spitzenpolitiker, wie bei ihrer internen Vorabklärung am 12. Oktober, unterschiedliche Akzente, ob die Verabschiedung des Antrages einen Automatismus in Gang setzten würde, der ohne weitere parlamentarische Eingriffsmöglichkeiten den Nato-Militärstäben die Entscheidung zum Krieg übertrage. In aller Deutlichkeit bejahte dies der scheidende Verteidigungsminister Rühle: „Wenn Sie Ihre Stimme abgeben, müssen Sie das in dem Bewußtsein tun, daß dieser Einsatz durchgeführt und von uns abverlangt werden kann."<sup>52</sup>

Dagegen verteilte der designierte Bundeskanzler Schröder Placebos: Er sei sicher, „daß es so weit nicht kommen wird, daß wir militärisch intervenieren müssen [...] und es zur militärischen Gewaltanwendung höchstwahrscheinlich nicht kommen wird."<sup>53</sup> Fischer streute die Hoffnung, daß das Abkommen den Weg eröffne, „ohne den Einsatz von Gewalt zu einer friedlichen, dauerhaften Lösung zu kommen". Auch

49 Michael Schweben, a.a.O., S. 110/111

50 Schreiben von Herrn Schmidt-Jortzig an Michael Kraus vom 27.10.2000; Kopie im Besitz des Autors.

51 BT-Drucksache 13/1 1470

52 BT-Plenarprotokoll 13/248

53 Sitzungsprotokolle des Bundestages der 13. Wahlperiode, S. 23135



Günter Verheugen, damals Geschäftsführer der SPD-Fraktion, wandte sich vehement gegen die Interpretation, in dem Abstimmungstext einen „Vorratsbeschluß“ zu sehen.

Sowohl der künftige Kanzler wie der alte und auch der neue Außenminister sprachen sich dafür aus, einer Kriegsautomatik durch erneute Einschaltung der Vereinten Nationen einen Riegel vorzuschieben. Kinkel stellte fest, daß auch durch die ActOrd-Ermächtigung der Nato der Weltsicherheitsrat „Herr des Verfahrens“ bleibe. Der FDP-Mann befand eine neue Resolution des höchsten UN-Gremiums für nötig, „die auch hinsichtlich möglicher Zwangsmaßnahmen klare Regelungen vorsieht“. Fischer forderte, „daß wir jetzt eine UN-Resolution mit einer klaren, eindeutigen Rechtsgrundlage brauchen“. Schröder sagte dezidiert: „Ich hoffe sehr, daß es jetzt gelingen kann, eine neue Sicherheitsratsresolution mit einem klaren Durchsetzungsmandat zustande zu bringen. Wir sollten unsere guten Beziehungen zu Rußland nutzen, um dieses für die Lösung des Balkankonfliktes unverzichtbare große Land zur Gemeinsamkeit mit der übrigen Kontaktgruppe zu bewegen. [...] Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, daß für mich das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen und die Verantwortung des Sicherheitsrates für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unverzichtbar sind für die Entwicklung einer Weltfriedensordnung.“ Nur Schäuble hielt eine Situation für möglich, in der man ohne UN-Mandat zum Vorgehen „gezwungen“ sein könnte.<sup>54</sup>

Die Äußerungen aus der Plenardebatte vom 16. Oktober bestätigen indirekt, was Lafontaine über die internen Beratungen der alten und neuen Regierung vom 12. Oktober gesagt hatte: Die Vertreter von SPD und Grünen waren sich mit Kinkel einig, daß man zwar den Aufbau einer Nato-Drohkulisse unterstützen solle, nicht aber den automatischen Übergang zum Krieg. Explizit traten im Bundestag nur Rühle und abgeschwächt Schäuble gegen diese Interpretation auf. Kohl schwieg. Lafontaine versäumte es leider, an jenem Tag vor dem Hohen Hause sprechen; als Ministerpräsident des Saarlandes hätte er, wie der Niedersachsen Schröder, Rederecht gehabt, obwohl er dem alten Bundestag nicht angehörte.

54 BT-Plenarprotokoll 13/248

## Kriegseintritt per Telefon

Doch nach dem sogenannten Racak-Massaker (Siehe folgendes Kapitel) nutzte die rot-grüne Bundesregierung die Resolution vom 16. Oktober 1998 genau in dem Sinne, den sie vorher vehement dementiert hatte: Als Kriegsermächtigung, die keiner weiteren parlamentarischen Bestätigung mehr bedurfte. Am 30. Januar 1999 stimmte sie folgendem Entschluß der Nato zu: „Der Rat hat... heute zugestimmt, daß der Generalsekretär der Nato Luftschläge gegen Ziele auf dem Gebiet der BRJ autorisieren darf.“<sup>55</sup>

Der Bundestag bemühte sich allerdings nicht besonders darum, die Regierung in ihrem Drang zur Selbstermächtigung zurückzuhalten. So erwiesen sich etwa die Vorwürfe der „Tageszeitung“, der Außenminister habe wesentliche Unterlagen der Rambouillet-Verhandlungen wie den berüchtigten „Annex B“ (vgl. S. 86ff) dem Parlament vorenthalten, als falsch. Fischer konnte unwidersprochen darauf verweisen, daß er die Dokumente bereits am 24. Februar 1999 — also direkt nach der ersten Verhandlungsrunde und einen Monat vor Kriegsbeginn - dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses übergeben habe, damit sie von den Mitgliedern des Ausschusses eingesehen werden konnten. „Wie es sich zeigte, hatten die Abgeordneten es nicht für nötig gefunden, sich näher damit zu befassen und die Fraktionen zu unterrichten, auch und gerade nicht die Vertreter der PDS im Auswärtigen Ausschuß.“<sup>56</sup>

Schröder und Fischer mußten sich also nicht anstrengen, um dem Parlament eine erneute Beschlußfassung über den Kriegseintritt zu verweigern. Auffällig ist allerdings, daß sie sogar das Kabinett als Entscheidungsgremium ausschalteten. Lafontaine schreibt in seinen Memoiren: „Ich habe [...] während der Verhandlungen von Rambouillet daraufbestanden, daß es, bevor es zu einer Zustimmung Deutschlands zu einem militärischen Angriff käme, zu einer ausführlichen Erörterung der militärischen Planungen im Kabinett kommen müsse. Ich war der Auffassung, daß es nicht möglich sei, Militäreinsätzen zuzustimmen, ohne die Planungen und deren Auswirkungen zu kennen. Während der Verhandlungen von Rambouillet sagte Fischer im Kabinett, daß die Nato entschlossen sei,

55 z.n. Günter Joetze, a.a.O., S. 59

56 Joschka Fischer, a.a.O., S. 192

im Falle des Scheiterns mit den Luftschlägen zu beginnen. In Erinnerung an den Vermerk des Auswärtigen Amts ((gegen den Automatismus von ActOrd, s.o.)) war mir sofort klar, daß jetzt erneut politisch entschieden werden mußte. Nachdem Fischer seinen Vortrag beendet hatte, sagte Gerhard Schröder, an Fischer und Scharping gewandt: 'Wenn es soweit ist, telefonieren wir miteinander.' Ich meldete mich zu Wort und sagte, daß das nicht so gehen könne. Wenn Deutschland zum ersten Mal in einen Krieg eintrete, müsse zumindest eine Kabinettsberatung stattfinden, die zu einem Kabinettsbeschluß führen müsse. Kriegseintritt per Telefon, das sei wohl nicht das richtige Verfahren."<sup>57</sup>

Doch genau so kam es. Im Unterschied zu den absolutistischen Umgestaltungsformen des Schröderismus ging es selbst in den Vereinigten Staaten demokratisch zu. Dort wurde der Senat Mitte März 1999 zusammengerufen, um über militärische Zwangsmaßnahmen gegen Jugoslawien zu befinden. Mit 58 zu 31 Stimmen ermächtigte das Gremium den Präsidenten dazu.<sup>58</sup>

Hören wir zum Abschluß noch einmal, wie Fischers sein Vorgehen rechtfertigte. „Warum, so fragte ich mich, mußte ausgerechnet die erste Bundesregierung, die von der politischen Linken gebildet worden war, mit Deutschland wieder in den Krieg ziehen? [...] Die Welt kann sehr ungerecht sein. Warum wir?“, quälte sich der Außenminister bereits Ende Januar 1999. Gut sechs Wochen vor dem Nato-Angriff war für Fischer demnach schon klar, daß die Bomben fallen mußten. „Weil wir gewählt worden waren und weil es im Kosovo um unsere Grundwerte ging, beantwortete ich mir diese Frage selbst.“<sup>59</sup> Damit ist eigentlich alles gesagt: Wenn Leute wie Fischer einmal gewählt worden sind und wenn dann irgendwo auf der Welt eine Situation entsteht, wo es um „unsere Grundwerte“ geht, werden sie wieder den Angriffsbefehl geben — gegen UN-Charta und Völkerrecht, gegen das eigene Parteiprogramm und gegen das Grundgesetz.

57 Oskar Lafontaine, *Das Herz schlägt links*, München 1999, S. 242

58 vgl. Madeleine K. Albright, *Madam Secretary. Die Autobiographie*, München 2003, S. 492

59 Joschka Fischer, a.a.O., S. 127

Page 52

## Planmäßige Eskalation Völkermord — die Lüge, die den Krieg vorbereitete

**Behauptet wurde:** „Am 24. März 1999 sieht die Nato Vertreibung und Völkermord nicht länger zu.“ (Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping)<sup>1</sup>

**Tatsache ist:** Im Kosovo gab es weder Vertreibung noch Völkermord, sondern einen Bürgerkrieg. Am 24. März 1999 griff die Nato auf Seiten der albanischen Untergrundorganisation UCK in diesen Bürgerkrieg ein.

Bereits vor der Übertragung der Regierungsgeschäfte an Rot-Grün heizten der künftige Kanzler, vor allem aber der designierte Außen- wie der Verteidigungsminister die Stimmung gegen Jugoslawien auf. In der Überschrift des gemeinsamen Antrages von altem und neuem Kabinett zur Unterstützung von Nato-Luftschlägen vom 16. Oktober 1998 wurde von der „Abwehr einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt“ gesprochen. Der künftige Außenminister Fischer führte dazu aus, die humanitäre Lage habe sich in den Vorwochen „dramatisch verschlechtert ... Zehntausende Menschen haben sich aus Angst vor den serbischen Sicherheitskräften in die Wälder des Kosovo geflüchtet. Die über 290.000 Flüchtlinge und Binnenvertriebene sind ganz zweifellos in einer außerordentlich schwierigen ... verzweifelten Lage ... Wenn die Flüchtlinge und die Binnenvertriebenen nicht bald in ihre Dörfer zurückkehren können ... dann wird es angesichts des bevorstehenden Winters zu einer humanitären Katastrophe kommen.“<sup>2</sup> Das war falsch: Bereits Anfang Oktober, zwei Wochen vor der Bundestagsentscheidung, hatte sich die Lage im Kosovo deutlich entspannt. Nach Presseberichten vom 5. Oktober hatte Milosevic seine Truppen weitgehend zurückgezogen und „damit höchstwahrscheinlich die westlichen Forderungen erfüllt“.<sup>3</sup> „Armee und Spezialpolizei waren von der Bildfläche verschwunden. Die Polizei reduzierte Checkpoints und das dort vorhandene Personal. Die

- 1 Rudolf Scharping, Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999 (Klappentext)
- 2 Sitzungsprotokolle des Bundestages der 13. Wahlperiode, S. 23128
- 3 IHT, 5.10.1998

Kampfhandlungen wurden eingestellt. Flüchtlinge kehrten zurück. Die Anzahl der Flüchtlinge im Freien nahm ab, und es wurde erwartet, daß die Rückkehr der Flüchtlinge sich noch beschleunigen würde, wenn die Waffenruhe hielte", referierte der deutsche OSZE-Offizier Heinz Loquai die Lage mit Verweis auf „neutrale Beobachter vor Ort".<sup>4</sup>

Demagogisch agierte der designierte Verteidigungsminister Rudolf Scharping am 16. Oktober 1998 vor dem Bundestag. Er sagte: „Wir haben nämlich mit Blick auf die aktuelle Situation im Kosovo festzuhalten, daß der Rückzug der serbischen Polizeieinheiten, Spezialkräfte und Streitkräfte zwar zugesagt, aber nicht durchgeführt ist, daß von den 13.000 dort stationierten Soldaten noch immer 10.000 im Kosovo sind, davon 3.000 dieser besonders berüchtigten Spezialkräfte. Das ist die schlechte internationale Erfahrung, die man mit der Regierung Milosevic sammeln mußte und für die es viele, leider schreckliche Beispiele gibt."<sup>5</sup> Gerade wenn man Scharping zu Gute hält, daß seine Zahlen in diesem Fall ausnahmsweise stimmen, hätte er mit ihnen das Gegenteil von dem bewiesen, was ihm so offensichtlich am Herzen lag: Milosevic des Vertragsbruchs zu überführen. Denn vertraglich war am Vortag zwischen Präsident Milosevic, Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark und Nato-Militärausschußchef Klaus Naumann folgende Höchstzahlen für die Militärpräsenz im Kosovo ausgehandelt worden: 11.300 Soldaten Jugoslawischer Bundesarmee und 10.000 Mann Spezialeinheiten des serbischen Innenministeriums (MUP)/<sup>6</sup> Wären Scharpings Zahlen - 10. 000 serbische Soldaten, davon 3.000 MUP-Spezialkräfte - korrekt gewesen, dann hätte Milosevic zum Zeitpunkt der Bundestagsdebatte seine vertraglichen Zusagen nicht nur erfüllt, sondern er wäre bei weitem unter den vereinbarten Obergrenzen geblieben. Es kennzeichnet die Person Scharping, daß sein heiliger Zorn offenbar völlig beliebig durch statistisches Material angefacht werden kann.

4 Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, a.a.O., S. 31

5 Sitzungsprotokolle des Bundestages der 13. Wahlperiode, S. 23417

6 Dieses geheime Zusatzprotokoll zum Milosevic-Holbrook-Abkommen vom 13.10.1998 ist inhaltlich wiedergegeben in der Lageanalyse des Auswärtigen Amtes zur Situation im Kosovo vom 19.3.1999, abgedruckt in Ulrich Cremer/Dieter S. Lutz, Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg 1999

## Entspannung der Lage

Nachdem Milosevic am 15. Oktober einer Stationierung von OSZE-Beobachtern in der Krisenprovinz zugestimmt hatte und diese angelaufen war, beruhigte sich die Lage im Kosovo weiter. In einem Bericht der Vereinten Nationen wurde die Situation im November 1998 folgendermaßen dargestellt: „Es hat keine größeren Kämpfe zwischen den Parteien gegeben, doch einzelne Überfälle und Feuergefechte, für die man sich gegenseitig verantwortlich macht ... Die Rückkehr der Flüchtlinge ist substantiell gestiegen, ist jedoch regional sehr unterschiedlich.“<sup>7</sup> Im Dezember 1998 registriert der Bericht der Vereinten Nationen sogar eine noch erfreulichere Entwicklung, zumindest was das Agieren der serbischen Sicherheitsorgane angeht: „Es gibt keine Flüchtlinge mehr im Freien. Die Rückkehrbereitschaft ist unterschiedlich, insbesondere in den Grenzdörfern noch gering ... Die Zusammenarbeit der OSZE mit den serbischen Stellen ist im allgemeinen reibungslos, die mit der UCK hängt von den lokalen Kommandeuren ab. Die OSZE konnte in vielen Fällen vermittelnd und moderierend eingreifen und eine weitere Eskalation verhindern.“<sup>8</sup> In einer Gerichtsentscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg, gefällt mit Bezug auf Informationen des Auswärtigen Amtes, heißt es zur Situation am Jahresende 1998: „Die dem Senat vorliegenden Erkenntnisse stimmen darin überein, daß die zeitweise befürchtete humanitäre Katastrophe für die albanische Zivilbevölkerung ... nach dem Abflauen der Kämpfe im Anschluß an die Finde 1998 mit der serbischen Führung getroffene Übereinkunft ... abgewendet werden konnte und daß sich seitdem sowohl die Sicherheitslage wie auch die Lebensbedingungen der albanisch-stämmigen Bevölkerung spürbar gebessert haben ... Namentlich in den größeren Städten verläuft das öffentliche Leben zwischenzeitlich wieder in relativ normalen Bahnen Die erwähnten verwaltungsinternen Informationen des Fischer-Ministeriums blieben freilich zu jener Zeit unter Verschluß (Die Urteile wurden erst Ende April 1999 von der Marburger Juristenvereinigung IALANA zugänglich gemacht). In der Öffentlichkeit bemühte sich Scharping selbst in jener Entspannungs-Phase, das anti-serbische Ressentiment wach zu halten. „Der jugoslawische Präsident nutze alle

7 z.n. Heinz Loquai, Der Kosovokonflikt, a.a.O., S. 33

8 z.n. Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, a.a.O., S. 37

9 Urteil des VG Baden-Württemberg vom 4.2.1999, Aktenzeichen A 14 S 22276/98

Möglichkeiten, das Abkommen zum Rückzug der serbischen Truppen aus dem Kosovo zu hintertreiben", zitierte ihn die Presse kurz vor Weihnachten.<sup>10</sup>

## **An der Schwelle des Krieges**

Etwa seit den Weihnachtstagen 1998 setzte eine erneute Zuspitzung ein, über deren Gründe im folgenden noch zu sprechen sein wird. Die Gewaltspirale aus Entführungen, Morden, Überfallen und Vergeltungsaktionen ließ die relativ ruhigen Monate Oktober, November und Dezember als Intermezzo erscheinen und drehte sich bis Kriegsbeginn am 24. März schneller. Dennoch muß festgehalten werden, daß die Lage selbst im März 1999 noch besser war als im Spätsommer 1998 und insbesondere serbische Polizei und Armee mit mehr Zurückhaltung agierten.

Aufschlußreich sind hier die Tagesberichte des US-State Departments, die jeweils verschiedene verfügbare Quellen, darunter die Berichte der OSZE, des UN-Flüchtlingswerks UNHCR und verschiedener humanitärer Organisationen miteinander verglichen. Dort heißt es etwa am 17. März, eine Woche vor Kriegsbeginn: „Die serbische Offensive gegen die UCK, die die letzten zwei Wochen offensichtlich wurde, gewinnt nun an Schwung ... Belgrad scheint die Situation zu kontrollieren, um hohe zivile Verluste zu vermeiden, die dem Westen nur noch die Option einer Militäraktion lassen würden ... Der UNHCR-Bericht stimmt mit den OSZE-Beobachtern überein, daß die zivilen Verluste in den jüngsten Kämpfen 'relativ leicht' waren. Im Bericht heißt es, daß in zumindest einigen Orten die Armee offensichtlich gezielte Versuche mache, den Beschuß von Nicht-Kombattanten zu vermeiden.“<sup>11</sup>

Noch aufschlußreicher ist der Lagebericht des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1999, fünf Tage vor Kriegsbeginn. Dieser Bericht blieb allerdings, im Unterschied zu den zitierten US-Quellen, unter strengem Ver-

10 Berliner Zeitung, 24.12.1998

11 Bureau of European Affairs, Office of South Central European Affairs, U.S. Department of State, Kosovo Update, 17.3.1999 ([www.state.gov/www/regions/eur/](http://www.state.gov/www/regions/eur/))



**Schluß und wurde** erst später veröffentlicht.<sup>12</sup> Dort heißt es: „Die Zivilbevölkerung wird, im Gegensatz zum letzten Jahr, i.d.R. vor einem drohenden Angriff durch die VJ (Jugoslawische Armee, Anm. J.E.) gewarnt. Allerdings ist laut KVM (Kosovo Verification Mission der OSZE, Anm. J.E.) die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch UCK-Kommandeure unterbunden worden. Nach Beobachtungen des UNHCR ebnet die VJ die Dörfer entgegen der Vorgehensweise im letzten Jahr nicht vollständig ein und zieht ihre Kräfte nach Beendigung ihrer Aktion rasch wieder ab. Nach Abzug der serbischen Sicherheitskräfte kehrt die Bevölkerung meist in die Ortschaften zurück. UNHCR schätzt, daß bisher lediglich etwa 2.000 Flüchtlinge im Freien übernachten müssen. Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu beobachten.“ Besonders diese niedrige Zahl läßt aufhorchen, waren doch im Oktober 1998 nach derselben Quelle „30.000 bis 70.000 in die Wälder und Berge geflüchtet“.

Aufschlußreich auch die Beobachtung von Norma Brown, eine im Kosovo tätige US-Diplomatin: „Bis zum Beginn der Nato-Luftangriffe gab es keine humanitäre Krise. Sicher, es gab humanitäre Probleme, und es gab viele Vertriebene durch den Bürgerkrieg. Aber das spielte sich so ab: Die Leute verließen ihre Dörfer, wenn die Serben eine Aktion gegen die UCK durchführten — und kamen danach wieder zurück. Tatsache ist: Jeder wußte, daß es erst zu einer humanitären Krise kommen würde, wenn die Nato bombardiert.“<sup>13</sup>

Hören wir nun, wie der deutsche Verteidigungsminister diese Lage übertrieb, um auf dem SPD-Parteitag im April 1999 jede Kritik am Nato-Kurs zu ersticken. „Im März 1999, vor der Ausreise der OSZE-Beobachter [...] stieg die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen auf über 500.000.“ Freihändig hatte Scharping hier die Gesamtzahl des UN-Flüchtlingswerkes um 170.000 erhöht.<sup>14</sup> Noch dreister war eine andere

12 Auszugsweise unter anderem abgedruckt in Die Woche, 2.7.1999, sowie in Ulrich Cremer/Dieter S. Lutz, Nach dem Krieg ist vor dem Krieg. Die Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, Hamburg 1999, S. 219-221

13 in: Jo Angerer / Mathias Werth, Es begann mit einer Lüge, ARD/WDR, 8.2.2001

14 In seiner Übersicht vom 18. März 1999 gibt das UNHCR 333.300 Flüchtlinge an, davon 83.300 außerhalb des Kosovo. Hinzu kommen ungefähr 100.000 Kosovo-Albaner, die schon längere Zeit vorher Asyl in Westeuropa beantragt hatten, [www.unhcr.ch/refoworld/maps/europe/kos\\_1\\_8mar99.htm](http://www.unhcr.ch/refoworld/maps/europe/kos_1_8mar99.htm)

Angabe in derselben Rede: „Im Januar 1999 ... wurden im Kosovo und in seinen Randgebieten 300.000 Menschen vertrieben.“ Damit hatte er das UN-Flüchtlingswerk um das 10-fache überboten, das Ende Januar resümierte, daß „seit Ende Dezember ... annähernd 30.000 Menschen“ fliehen mußten.<sup>15</sup> Nach dem Waffenstillstand brach Scharping alle Rekorde und sprach von „600.000 Vertriebenen schon vor (!) dem März 1999“.<sup>16</sup>

Halten wir fest: Die Bundesregierung dramatisierte die Situation im Kosovo, dabei verlor insbesondere der Verteidigungsminister jedes Maß. Die gegenteiligen Fakten des AA-Lageberichts vom 19. März 1999 wurden unter Verschuß gehalten.

### **Komplizenhaftes Schweigen**

Die Hauptlüge der Bundesregierung bestand jedoch nicht in der Übertreibung der Krise im Kosovo, denn unstrittig ist ja, daß die Lage sich zwar nicht im Vergleich zum Oktober 1998, in der Tat aber im Vergleich zum Dezember 1998 verschlechtert hatte und sich dieser Trend verschärfte. Die Hauptlüge bestand vielmehr im bewußten Verschweigen der Tatsache, daß diese Verschlechterung nicht auf Aktionen der serbischen Sicherheitskräfte, sondern vor allem auf Terrorakte der UCK zurück ging, und daß unter dieser Verschlechterung serbische und albanische Zivilbevölkerung gleichermaßen zu leiden hatten.

Einzelheiten liefern erneut Tagesberichte des State Department.<sup>17</sup> Dort heißt es am 1. März 1999: „Nach einer Nichtregierungsorganisation gab es allein in den ersten drei Wochen des Februar 1999 über 40 Morde im Kosovo. Die Opfer waren sowohl ethnische Albaner wie Serben. Es wird klar, daß die serbischen Einwohner der Provinz in wachsender Gefahr sind, weil die Gewalt weitergeht.“ Am 5. März wird ein genauer Überblick über die Entwicklung der Flüchtlingszahlen seit Dezember

15 UN Inter-Agency, Update on Kosovo Humanitarian Situation Report 77, 25.1.1999

16 Bundestagsprotokoll 14/43 (10.6.1999), S. 3576

17 Bureau of European Affairs, Department of State, a.a.O.

gegeben, die in schreiendem Widerspruch zu Scharpings Zahlen vor dem SPD-Parteitag steht: „Der (UNHCR-)Bericht stellt fest, daß seit Weihnachten 60.000 neue Flüchtlinge innerhalb des Kosovo entstanden sind. Die Anzahl der Serben, die geflohen sind, ist in diesem Zeitraum dramatisch angestiegen, Schätzungen gehen bis auf 30.000. Sie haben 90 vormals ethnisch gemischte Dörfer verlassen und sich in Zentralserbien niedergelassen.“ Jeder zweite „neue“ Flüchtlinge seit der Zunahme der Kämpfe Ende Dezember war demnach ein Serbe — was vor dem Hintergrund, daß die Serben nach westlichen Angaben nur ungefähr ein Zehntel der Provinzbevölkerung stellen, zusätzliches Gewicht gewinnt. Am 9. März heißt es: „Während dieser Periode vor der Wiederaufnahme der Friedensgespräche in Paris gibt es wachsende Betroffenheit über die wachsende innerethnische Gewalt in Pristina. Der Exodus der serbischen Einwohner der Stadt geht weiter...“

Kurz und knapp wird die einseitige Schuldzuweisung an die Adresse der Serben auch im bereits erwähnten AA-Lagebericht vom 19. März dokumentiert. Dort stehen Sätze, die niemals von der Bundesregierung veröffentlicht werden sollten, weil sie alle Rechtfertigungen des Nato-Angriffs wie ein Kartenhaus hätten zusammenstürzen lassen: „Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo sind alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen. Etwa 90 vormals von Serben bewohnte Dörfer sind inzwischen verlassen. Von den einst 14.000 serbischstämmigen Kroaten leben noch 7.000 im Kosovo.“

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Willy Wimmer, Vizepräsident der parlamentarischen Versammlung der OSZE, bestätigte mit Verweis auf Erkenntnisse der OSZE-Beobachter im Kosovo, daß sich „die jugoslawische Armee an die getroffenen Festlegungen gehalten (hat). Von der UCK wurden sie systematisch unterlaufen, so daß es zu einer unheilvollen Kette von Provokationen gekommen ist.“<sup>18</sup>

Selbst der Nato-Militärausschußvorsitzende Naumann nannte — freilich erst lange nach dem Krieg - die Verantwortlichen für die Zuspitzung der Lage: „Die UCK spielte im Grunde eine Rolle, die uns den Erfolg des Herbstes 1998 kaputtgemacht hat. Sie stießen in das Vakuum, das der Abzug der Serben hinterlassen hat, nach und breiteten sich in ei-

18 Interview in Freitag 2.4.1999

ner Weise aus, die vermutlich niemand in irgendeinem unserer Staaten akzeptiert hätte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß in Deutschland akzeptiert würde, wenn da irgend jemand, der meint sich gegen den Staat auflehnen zu müssen, Straßensperren errichtet, Grenzposten, anfängt Uniformen zu tragen, Waffen zu schwenken. Wir würden das auch nicht tolerieren."<sup>19</sup>

Post festum gab auch die Parlamentarische Versammlung der Nato der UCK die Schuld an der Eskalation zum Krieg — eine Sensation, die allerdings in den Medien fast unterging. In ihrem Bericht vom Oktober 2000 heißt es: „Unter dem Einfluß der Kosovo Verification Mission (der OSZE, Anm. JE) ließ das Ausmaß der serbischen Repression im Zeitraum Oktober bis Dezember 1998 nach. Andererseits gab es einen Mangel an effektiven Maßnahmen, um die UCK zu zügeln ... Ab Dezember 1998 gab es einen starken Anstieg der UCK-Angriffe auf serbische Sicherheitskräfte und Zivilisten. Der Konflikt eskalierte wieder und löste eine humanitäre Krise aus, die die Nato zum Eingreifen motivierte."<sup>20</sup>

## **Wer tötete wen?**

„Vor dem Krieg, so vertrauliche Berichte der OSZE-Beobachter, habe die UCK mehr Kosovo-Albaner umgebracht als die Serben“, berichtete mehr als ein Vierteljahr nach dem Krieg eine ARD-Dokumentation.<sup>21</sup>

Auch der zusammenfassende Bericht der OSZE „Kosovo/Kosova - As Seen, As Told“ stützt die zitierte Aussage.<sup>22</sup> Bis zum Abzug der OSZE am 20. März 1999 konnten die zuletzt 1381 Verifikateure Beschwerden aller Bevölkerungsgruppen recht konkret und an den jeweiligen Tatorten

19 Naumann in der ZDF-Reportage Chronik eines angekündigten Krieges, 21.9.1999

20 Nato Parliamentary Assembly Report AT-261-PC-00-8 vom 20.10.2000, zu finden unter [www.naa.be/publications/comrep/2000/at-261-e.html](http://www.naa.be/publications/comrep/2000/at-261-e.html)

21 Wolfgang Landgraber / Albrecht Reinhardt (Redaktion), Jo Angerer / Sonia Michich u.a., Balkan - Gewalt ohne Ende, Teil 2: Der Krieg und ein fauler Friede, gesendet am 29.10.1999 ab 21.55 Uhr

22 OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Kosovo/Kosova As Seen, As Told. An analysis of the human rights findings of the OSCE Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warsaw December 1999

nachgehen — im Unterschied zur Situation in der Zeit danach, die die OSZE-Bericht dann nur noch „as told“ wiedergibt, was Kosovo-Albaner nach ihrer Flucht zu Protokoll gegeben haben.

Vom Beginn ihrer Untersuchungstätigkeit am 26. November 1998 bis zu ihrem Abzug am 20. März 1999 protokollierten die OSZE-Verifikateure Stadt für Stadt, Gemeinde für Gemeinde jede Menschenrechtsverletzung im Kosovo. Demnach wurden 87 Kosovo-albanische Zivilisten von Serben getötet, zumeist von Paramilitärs, 54 Tote gehen auf das Schuldkonto der UCK.

87 weitere Tötungsdelikte wurden nicht aufgeklärt. Bei diesen 87 ungeklärten Verbrechen waren in 33 Fällen Serben oder loyale Albaner die Opfer - es waren wohl kaum die Serben, die sie umbrachten. Addiert man diese 33 Toten zu den genannten 54 Opfern der UCK hinzu, so kommt man ebenfalls - wie bei den Serben - auf 87 Morde.

Zu den Ermordeten muß zumindest noch ein Teil der Entführten addiert werden. Wurden Kosovo-Albaner zu „Befragungen“ auf serbische Polizeistationen zitiert oder geschleppt, so kam es in Einzelfällen zu Totschlagsdelikten; diese sind allerdings in den obigen Zahlen bereits erfaßt. Nicht erfaßt in den obigen Zahlen ist das Schicksal der von der UCK Verschleppten oder in UCK-Gebieten Verschwundenen, laut einer Übersicht des Internationalen Roten Kreuzes waren es Mitte März 1999 146 Personen.<sup>23</sup> Der OSZE-Bericht nennt diese Zahl und fährt fort: „Eine Anzahl jener Serben, die nach den Ereignissen im Sommer 1998 vermißt gemeldet wurden, wurden tot aufgefunden. Bei Treffen im Dezember 1998 zwischen der Menschenrechtsabteilung und Adem Demaci, dem politischen Vertreter der UCK, drückte Adem Demaci Zweifel aus, daß irgendein während dieser Zeit entführter Serbe am Leben sei, die meisten wären wohl tot.“<sup>24</sup>

Bei diesen Angaben sollte man nicht vergessen, daß sie auf dem OSZE-Bericht fußen. Die offiziellen Zahlen Belgrads wichen davon ab. So ging die Jugoslawische Regierung nicht von 87 UCK-Morden aus, sondern

23 nach OSCE Office ..., a.a.O., S. 137

24 OSCE-Office..., a.a.O., S. 137

errechnete für denselben Zeitraum 156 Tötungsdelikte der Guerillas (127 Zivilisten, 27 Polizisten, zwei Soldaten).<sup>25</sup>

Vor allem aber gibt die OSZE-Ubersicht wahrscheinlich die Zahl der serbischen Morde viel zu hoch an. Denn die Mehrzahl der den Serben zugerechneten 87 Morde an Zivilisten, nämlich 45, hat demnach an einem einzigen Tag stattgefunden: am 15. Januar in Racak. Hätte dieses „Massaker“ (OSZE-Missionsleiter William Walker) nicht den Serben angelastet werden können, so wäre die Diskrepanz zwischen den Menschenrechtsverletzungen der UCK und der serbischen Sicherheitskräfte so riesig gewesen, daß sich eine einseitig gegen die Serben gerichtete Nato-Intervention niemals hätte begründen lassen.

25 Government of the Federal Republic of Yugoslavia, Positions and Comments concerning the OSCE Report As Told, As Seen, Belgrad 7.2.2000

# Die Geheimnisse von Frau Ranta

## Racak — die Lüge, die den Krieg auslöste

**Behauptet wurde:** „In Racak hat vorgestern ein Massaker stattgefunden, bei dem 45 Albaner ermordet wurden.“ (Verteidigungsminister Rudolf Scharping)<sup>1</sup>

**Tatsache ist:** Starke Indizien weisen darauf hin, daß das sogenannte Massaker eine Inszenierung für die Medien war, und daß die deutsche wie die US-Regierung an dieser Inszenierung beteiligt waren.

In einer Erklärung des Republican Policy Committee des US-Senats vom 12. August 1998 konnte man lesen: „Die Planung für eine US-geführte Nato-Intervention im Kosovo ist nun weitgehend angelaufen. Das einzige noch fehlende Element scheint ein Ereignis zu sein, das - mit der passenden Begleitung durch die Medien - die Intervention verkaufbar macht ... Es ist immer offensichtlicher, daß Clinton auf einen ‚Auslöser‘ im Kosovo wartet.“<sup>2</sup> Dieser Auslöser war das sogenannte Racak-Massaker.

### Die Inszenierung

Ein Berg von Leichen, angeblich aus kürzester Distanz von serbischen Mördern erschossen, angeblich verstümmelt, angeblich vor allem Zivilisten, Frauen und Kinder: Was am 15. Januar 1999 in dem Kosovo-Dörfchen Racak stattfand - oder vielmehr, was von dort berichtet wurde -, hat „die Balkan-Politik des Westens in einer Weise geändert, wie Einzelereignisse dies selten tun,“ urteilte die „Washington Post“.<sup>3</sup> Auch für den deutschen Außenminister Joseph Fischer war Racak ein „Wendepunkt“, für seine US-amerikanische Amtskollegin Madeleine Albright ein „galvanisierendes Ereignis“.<sup>4</sup>

1 Rudolf Scharping, a.a.O., S. 194/45, Tagebucheintrag vom 17.1.1999

2 z.n. Armen Georgian / Arthur Neslen, Not as it seems - was Racak Kosovos Gulf of Tonkin?, The New Statesman 5.4.2001

3 Washington Post 18.4.1999

4 z.n. Beilage der jW 24.3.2000

Wie unabdingbar das „Massaker“ von Racak bei der Legitimierung des Krieges war, zeigt auch der Umstand, daß es das einzige Verbrechen vor dem 24. März 1999 ist, das das Haager Kriegsverbrechertribunal in der Anklageschrift gegen Slobodan Milosevic nannte. Daraus muß man schlußfolgern, daß Den Haag keine Beweise für weitere schwere Menschenrechtsverletzungen hat, die vor dem Kriegsbeginn in die Verantwortung der jugoslawischen Staatsspitze fallen. Auch William Walker, damaliger Chef der OSZE-Mission im Kosovo, führt den Kosovokrieg unmittelbar auf Racak zurück. „Natürlich war die Episode in Racak entscheidend für die Bombardierungen.“<sup>5</sup> In seinem „Special Report“ unmittelbar nach den Ereignissen hatte Walker von Beweisen für „willkürliche Verhaftungen, Tötungen und Verstümmelungen von unbewaffneten Zivilisten“ gefunden und festgestellt, viele Opfer seien „aus extremer Nahdistanz erschossen worden“.<sup>6</sup> „FAZ“-Reporter Matthias Rüb wußte noch mehr schreckliche Details: „Viele Opfer waren außerdem verstümmelt: Schädel eingeschlagen, Gesichter zerschossen, Augen ausgestochen. Ein Mann war enthauptet.“<sup>7</sup>

Widersprüche in den westlichen Massaker-Berichten waren Beobachtern schon früh aufgefallen: So hatte Walker von 45 Toten gesprochen, die OSZE-Verifikateure vor Ort stellten schließlich 40 Leichen fest. Unter den Toten seien „drei Frauen und ein Kind“, hatte Walker behauptet, Außenminister Fischer sprach unspezifisch von „Frauen und Kindern“, Human Rights Watch ermittelte mindestens zwei Frauen und einen zwölfjährigen Jungen sowie neun UCK-Soldaten, Matthias Rüb will sogar vier Frauen und ein Kind unter den Opfern ausgemacht haben.<sup>8</sup> Die OSZE fand schließlich eine Frau und einen „zehn- bis fünfzehnjährigen“ Jungen.

Irritierend hatte besonders gewirkt, was ein Team des französischen AP-TV und die Korrespondenten von „Le Monde“ und „Figaro“ am 15. Januar vor Ort in Racak gesehen hatten. Die serbische Polizei hatte die Fernsehleute eingeladen, bei der Umzingelung und Eroberung der

5 Interview in Berliner Zeitung 8.4.2000

6 z.n. FR 24.3.2000

7 Matthias Rüb, Kosovo. Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa, München 1999, S. 121

8 nach Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, a.a.O. S. 50



UCK-Hochburg an jenem Tag zu filmen. Sowohl das Fernsehteam, das die Feuergefechte aus unmittelbarer Nähe filmte, als auch die Journalisten und OSZE-Verifikateure, die die Kämpfe von einem Hügel aus beobachteten, sahen nichts von dem, was am nächsten Tag Dorfbewohner gegenüber OSZE-Chef Walker behaupteten: Daß die serbische Polizei gegen Mittag die Frauen im Dorf von den Männern getrennt, letztere auf einen Hügel geschleppt und dort exekutiert hätte. Als die Reporter und OSZE-Leute am Nachmittag des 15. Racak inspizierten, landeten sie einen Toten und zwei verletzte Zivilisten." Die serbische Polizei behauptete am selben Nachmittag, insgesamt 15 UCK-Kämpfer getötet zu haben.<sup>10</sup>

Warum aber wurden dann am Morgen des 16. Januar mindestens 40 Leichen gefunden? Hatten die Beobachter einfach nicht bemerkt, daß etwa 20 Männer selektiert und dann außerhalb des Ortes hingerichtet wurden? „Le Monde“-Reporter Christoph Chatelot berichtete in der Ausgabe vom 21. Januar 1999, warum das nicht plausibel ist: „Wie hätte die serbische Polizei die Gruppe von Männern sammeln und ruhig zum Exekutionsplatz führen können, während sie ununterbrochen unter UCK-Feuer lag? Wieso konnte der am Rande von Racak gelegene Straßengraben der Aufmerksamkeit der mit der Umgebung vertrauten Einwohner (am Vortag) entgehen, die vor Einbruch der Nacht wieder in ihrem Dorf waren? Oder den OSZE-Beobachtern, die sich mehr als zwei Stunden in dem Ort aufhielten? Warum so wenig Patronen rund um die Leichen, so wenig Blut in jener Senke, wo doch angeblich 23 Menschen aus nächster Nähe mit einigen Kopfschüssen getötet worden sein sollen? Waren nicht eher die Körper der in den Kämpfen mit der Polizei getöteten Albaner in dem Graben zusammengetragen worden, um ein Horror-Szenario zu schaffen, das mit Sicherheit einen entsetzlichen Effekt auf die öffentliche Meinung haben würde?“<sup>11</sup>

In Deutschlang war es unter den etablierten Medien einzig die „Berliner Zeitung“, die diesen Fragen nachging. Sie berichtete am 13. März 1999: „Hochrangigen europäischen OSZE-Vertretern liegen ... Erkenntnisse vor, wonach die Mitte Januar im Kosovo-Dorf Racak gefundenen 45 Al-

9 William Walker, Interview in Berliner Zeitung 8.4.2000

10 William Walker, a.a.O.

11 Le Monde 21.1.1999

baner nicht einem serbischen Massaker an Zivilisten zum Opfer fielen. Intern, so heißt es bei der OSZE, gehe man längst von einer ‚Inszenierung durch die albanische Seite‘ aus. Zu diesem Ergebnis sei man auf der Basis der im McIdezentrum der Kosovo-Mission ausliegenden Daten gelangt, also unabhängig von der noch ausstehenden Expertise der finnischen Gerichtsmediziner. So seien ‚die meisten der Toten aus einem weiten Umkreis um Racak zusammengeholt und am späteren Fundort abgelegt‘ worden.“<sup>12</sup>

## **Verschwundene und vertauschte Tote**

Die „Berliner Zeitung“ beschäftigte sich im folgenden insbesondere mit der Identität der Leichen. Zu diesem Zweck hat ihr Redakteur Bo Adam die namentliche Opferliste des Internationalen Kriegsverbrechertribunals mit den Grabsteinen des „Märtyrerfriedhofs“ im Nachkriegs-Racak verglichen. Ergebnis: „Für mindestens 43 der 45 Personen, die das Haager Tribunal als ‚in Racak ermordet‘ auflistet, gibt es auf dem Märtyrerfriedhof von Racak keine Gräber ... Dafür tauchen auf den insgesamt 43 Gräbern fast ein Dutzend Namen auf, die nicht auf der Liste des Tribunals verzeichnet sind.“<sup>13</sup>

Das Blatt lenkte die Aufmerksamkeit auf die in Racak Gefallenen der UCK. In der fraglichen Zeit unterhielt nämlich die Guerilla - so ihr Chef Hashim Thaci — „eine Schlüsseleinheit in der Region“. Thaci in der BBC zu den Ereignissen am 15. Januar: „Es war ein wilder Kampf. Wir hatten viele Opfer zu beklagen.“<sup>14</sup> Über die Anzahl der UCK-Opfer gibt es unterschiedliche Angaben: Ein interner EU-Bericht vom 18. Januar — von dem die westliche Öffentlichkeit freilich in der damaligen Vorkriegszeit nichts erfuhr - war von sechs die Rede,<sup>15</sup> die UCK nannte später acht<sup>16</sup> bzw. neun,<sup>17</sup> Human Rights Watch neun (s.o.),

12 Berliner Zeitung 13.3.1999

13 Berliner Zeitung 5.4.2000

14 z.n. Berliner Zeitung, ebenda

15 Berliner Zeitung, ebenda

16 Berliner Zeitung, ebenda

17 Der örtliche Kommandant der UCK in Racak, Shukri Buja, am 5. Juni 2002 als Zeuge im Milosevic-Prozeß in Den Haag

die serbische Polizei — siehe oben — am Tag des Geschehens 15, später 60.<sup>18</sup> Bo Adam hat in Racak vier Namen von UCK-Kämpfern recherchiert, die am 15. Januar getötet wurden, aber weder auf der Liste von Den Haag auftauchen noch auf dem „Märtyrerfriedhof“ begraben sind, sondern gut versteckt auf einem abgelegenen Friedhof einige Kilometer weiter.<sup>19</sup>

## Die geheimen Akten

Die Zweifel verstummten weitgehend am 17. März 1999. An diesem Tag legte ein Team finnischer Ärzte, die im Auftrag von EU-Kommission und OSZE die 40 Leichen aus Racak untersucht hatten, einen vorläufigen gerichtsmedizinischen Bericht vor. (Vor den Finnen hatten schon serbische und weißrussische Pathologen mit der Autopsie begonnen, doch sie galten dem Westen nicht als unparteiisch.) Was Helena Ranta, die Leiterin des Teams, ausführte, wurde selbst in der zuvor kritischen „Berliner Zeitung“ schon in der Überschrift des entsprechenden Artikels mit den Worten resümiert: „Tote von Racak waren Zivilisten“.<sup>20</sup> Tatsächlich las sich ihr Bericht in einigen Passagen recht vage, doch an einem Punkt war er sehr kategorisch: „Es gab keine Hinweise, daß es sich bei den Betroffenen nicht um unbewaffnete Zivilpersonen handelte.“ Zwar wurde der Terminus „Massaker“ in dem Bericht nicht übernommen, da er nicht „in den Zuständigkeitsbereich des forensischen Teams“ falle.<sup>21</sup> Doch die von der Kommissionsvorsitzenden Ranta gebrauchte Formulierung der Nürnberger Prozesse „crimes against humanity“ war nicht weniger drastisch und heizte die Stimmung in den westlichen Staaten wenige Tage vor Kriegsbeginn weiter an.

18 Jugoslawisches Außenministerium, Terrorist acts of Albanian terrorist groups in Kosovo and Metohija, Documents and Evidence 1 January 1998 - 10 June 1999 (White Book III - Part One), Belgrade March 2000, S. 592

19 Berliner Zeitung 5.4.2000

20 Berliner Zeitung 18.3.1999

21 Bericht der Leiterin des forensischen Expertenteams der Europäischen Union, Frau Dr. Helena Ranta, Gerichtsmedizinisches Institut der Universität Helsinki, zu den Vorfällen von Racak (Kosovo, Bundesrepublik Jugoslawien) im Januar 1999 (unter anderem auf: [www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de))

Das an jenem 17. März veröffentlichte forensische Vorabkommunique umfaßte nur fünf Seiten — den eigentlichen Bericht, laut „Berliner Zeitung“ 21 Kilogramm schwer,<sup>22</sup> nahm der damalige EU-Ratspräsident Joschka Fischer unter Verschuß. Ein Jahr später war die Strategie der Geheimhaltung gescheitert: Neben der „Berliner Zeitung“ kam auch der Autor in den Besitz von Kopien aller 40 Einzelautopsie-Protokolle der Racak-Leichen. Besonders viel journalistischen Aulwand hatte die Beschaffung nicht erfordert: An der medizinischen Untersuchung waren zu viele Leute beteiligt gewesen, weshalb sich die Anfertigung von Kopien der Schriftstücke nicht kontrollieren ließ (Kopien von Autopsiefotos und -videos sind nicht so einfach zu erstellen, deshalb sind davon auch noch keine aufgetaucht). Eher muß gefragt werden, wieso sich in den 19 Monaten seit den Ereignissen außer „Konkret“ nur die „Berliner Zeitung“ um das Material bemüht hatte. Das Interesse bei den Medien scheint nicht allzu groß gewesen zu sein.

Nach Auswertung der Protokolle steht fest: Es gab keine Hinrichtungen, es gab keine Verstümmelungen, es gab keine Schüsse aus extremer Nahdistanz. Als unbewiesen muß ab sofort auch gelten, daß die Toten Zivilisten waren und daß sie alle in Racak getötet wurden. Damit ist der These vom „Massaker“ die Grundlage entzogen. Im einzelnen geht aus den Dokumenten hervor:

- *Besondere Grausamkeit.* Die Opfer waren nicht verstümmelt oder enthauptet worden. Nur in einem Fall gibt es Spuren von stumpfer Gewalt im Gesicht eines Opfers. In zwei Fällen war der Kopf post mortem von Tieren entwendet worden. Alle Opfer starben durch Schußwunden.
- *Zivilisten oder Kombattanten.* Unter den 40 Föten waren eine Frau und ein zehn- bis 15-jähriger Junge (letzterer starb durch einen Fernschuß aus mindestens 500 Meter Entfernung, wie ein albanischer Augenzeuge der „Berliner Zeitung“ berichtete<sup>23</sup>). Zur Kongruenz der Einschußwunden im jeweiligen Körper und den Einschußlöchern in der Kleidung wurden keine Feststellungen getroffen. Zur Frage der Schmauchspuren an den Händen wurden keine Tests vorgenommen. In allen Fällen trägt das Protokoll den Zusatz: „Aufgrund der

22 Berliner Zeitung 19.3.1999

23 Berliner Zeitung 24.3.2000

verifizierten Autopsie kann eine Kategorisierung der Todesursachen, wie sie von der Welt-Gesundheits-Organisation empfohlen wird, nicht erfolgen. Auf den Grundlagen der externen Untersuchungsergebnisse sind die möglichen Alternativen: krimineller Totschlag, Krieg oder unbestimmt."

- *Nabexekutionen*\ Von 40 untersuchten Leichen heißt es bei 39: „Es gab keinen Beweis für aufgesetzte Schüsse oder Schüsse aus kurzer Entfernung." In einem Fall war eine von zwei Kugeln „aus relativ kurzer Distanz, jedoch nicht aus aufgesetzter Waffe" abgefeuert worden.
- *Exekutionen überhaupt*. Wird durch ein Erschießungskommando exekutiert, müßten die Schußkanäle parallel verlaufen. Die Autopsie erbrachte aber bei allen Leichen mit einer Vielzahl von Kugeln, daß diese aus völlig unterschiedlichen, zum Teil entgegengesetzten Positionen abgefeuert worden waren — eine typische Gefechtssituation.
- *Bestätigung der vorherigen Analysen*: In sieben Fällen trägt das Protokoll den Zusatz: „Die Widersprüche zwischen den erhaltenen vorläufigen Informationen und den Ergebnissen der forensischen Autopsie können nur aufgelöst werden, wenn Informationen über die Todesumstände ... ergänzt oder bestätigt werden." Damit könnten Widersprüche zu den ersten Interpretationen von OSZE-Missionschef Walker, die Serben hätten ein Massaker veranstaltet, gemeint sein.

## Schmauchspuren

Offensichtlich hat die finnische Ärztekommision geduldet, daß die wesentlichen Fakten aus den Autopsieprotokollen in dem Kurzkommunique vom 17. März 1999 nicht oder völlig anders dargestellt wurden. In letzterem war etwa behauptet worden, die Kleidung der Toten sei „höchstwahrscheinlich weder gewechselt noch entfernt" worden — in den Protokollen sind aber keine Untersuchungen dazu aufgeführt. Aufsehen erregte auch, daß sich Frau Ranta ausführlich über Schmauchspurentests äußerte. Zuvor hatte in einer Presseerklärung des serbisch-weißrussischen Ärzteteams geheißen, daß „37 der 40 Toten Pulverpartikel an den Händen (hatten), ein klares Zeichen für Schußwaffengebrauch ihrerseits".<sup>24</sup> Frau Rantas Kurzkommunique enthielt zu diesem Thema

sehr detaillierte Ausführungen, die sich wie ein Dementi der weißrussisch-serbischen Erklärung lasen: „Für die Schußrückstandsanalyse wird üblicherweise ein Paraffintest verwendet. Zur Entfernung von Rückständen an den Händen wird ein Paraffinabdruck empfohlen. Dieser Test ist jedoch nicht genau genug, und auf der Interpol-Tagung 1968 wurde offiziell festgehalten, daß er nicht länger zum Einsatz kommen solle. Das bislang erfolgreichste Verfahren für die Schußrückstandsanalyse ist zweifellos das Rasterelektronenmikroskop (REM) mit einem energiedispersiven Röntgenstrahlenanalysator (SEM-EDX) ... Es wurden Tests für die SEM-EDX-Probeentnahme durchgeführt, die sich als negativ erwiesen.“ Der letzte Satz gibt Rätsel auf: Wurden SEM-EDX-Probeentnahmen durchgeführt - oder nur Tests dazu? An allen - oder nur an einigen Leichen? Was war negativ: die Tests oder die Probeentnahmen? Am meisten gab jedoch zur Verwirrung Anlaß, daß Frau Ranta sich überhaupt so ausführlich über Schmauchspurentests äußerte, da doch in den Autopsieprotokollen mit keinem Wort erwähnt ist, daß sie durchgeführt wurden.

Zu den Widersprüchen des Ranta-Berichtes konnte der Autor im Juni 2000 ein ausführliches Gespräch mit dem Belgrader Pathologen Dusan Dunjic führen, der als Mitglied der serbisch-weißrussischen Arztedelegation an der Autopsie der Racak-Leichen mitgewirkt hat. Dunjic stellte zunächst klar, warum in den Autopsieprotokollen keine Aussagen zu Schmauchspuren oder der Frage des Kleiderwechsels getroffen wurden: Weil diese Punkte nicht Teil der forensischen, sondern der kriminaltechnischen Untersuchung waren.

Die auch von Nato-Kritikern gerne vorgetragene These, daß den Opfern posthum Uniformen aus- und Zivilkleidung angezogen wurden, wies er zurück: Die Einschußwunden stimmten mit den Löchern in der Kleidung überein. Allerdings machte er darauf aufmerksam, daß die UCK-Guerilleros zu jener Zeit nur teilweise mit Uniformen ausgerüstet waren. In diesem Zusammenhang sei auffällig gewesen, daß die Toten in der Regel mehrere Hemden und Pullover übereinander und darunter dicke, militärähnliche Unterwäsche trugen - wie Leute, die sich über längere Zeit im Freien aufhalten. Einige der Toten hätten in schweren Stiefel gesteckt, die als Firmenzeichen ein „Ö“ trugen - ein Buchstabe, den es nur in der deutschen, ungarischen und türkischen Sprache gibt.

Was die Schmauchspurentests angeht, wies Dunjic darauf hin, daß sie wie alle anderen Untersuchungen im Einvernehmen mit den Finnen vorgenommen worden waren (Ein Punkt, der in Rantas Abschlußbericht indirekt bestätigt wird: „Auf der fachlichen Ebene hatte das Team keine Probleme bei der Zusammenarbeit mit Pathologen aus Jugoslawien bzw. Belarus. Nach einer Autopsie zu Demonstrationszwecken einigten sich alle auf gemeinsame Methoden und Verfahren.“<sup>25</sup>) Er bestätigte, daß der verwendete Paraffintest nicht absolut zuverlässig sei, da Dünger und Mist dieselben Rückstandspartikel hinterließen wie Pulver. Allerdings sei es extrem unwahrscheinlich, daß Mitte Januar „auf einem verschneiten, vereisten Gelände“ (Walker)<sup>26</sup> Menschen in Kontakt mit diesen landwirtschaftlichen Substanzen gerieten. Zudem habe die Verteilung der Partikel auf der Handober- bzw. Handinnenfläche nicht auf den Gebrauch von Mistgabeln oder ähnlichem, sondern von Schußwaffen hingewiesen.

Ein Jahr nach Kriegsende klärte Ranta die Widersprüche und ihre unklaren Auslassungen zum Thema Schmauchspuren auf: „Wir fragten Frau Ranta ... Nach kurzer Überlegung löste sie das Rätsel: Das finnische Team habe gar nicht danach gesucht. Bei den in der Pressekonferenz vom 17. März 1999 erwähnten Tests handelte es sich vielmehr um die Suche nach Spuren einer Hinrichtung durch aufgesetzte oder Nahschüsse. Es waren diese Tests, die negativ verliefen. 'Das war in der Pressekonferenz etwas mißverständlich', gibt Frau Ranta heute zu.“<sup>27</sup>

## **Frau Rantas Auftraggeber**

Alles nur eine mißverständliche Formulierung? Dazu paßt nicht, daß Ranta diese Formulierung nicht im mündlichen Vortrag, sondern in ihrem schriftlichen Bericht verwendet hat, und daß dieser Bericht sehr sorgfältig erarbeitet worden war. So sollte dessen Veröffentlichung zunächst bereits am 5. März erfolgen, war dann aber mehrfach verschoben, obwohl — oder weil? — „deren Kern Joschka Fischer, dem Ratspräsidenten

25 Bericht der Leiterin..., a.a.O.

26 Walker in Berliner Zeitung, 8.4.2000

27 Berliner Zeitung 24.3.2000

ten der EU, bereits bekannt sein wird" („Berliner Zeitung"). „Ob es ein Massaker war, will keiner mehr wissen", titelte die „Welt" jedenfalls am 8. März 1999 und zitierte einen OSZE-Diplomaten mit den Worten: „Eine heiße Kartoffel ist dieser Bericht, keiner will ihn so richtig." Währenddessen sickerten wohl Teile der Untersuchung durch und unterfütterten die eingangs zitierten „Erkenntnisse" von „hochrangigen europäischen OSZE-Vertretern", daß in Racak eine „Inszenierung durch die albanische Seite" stattgefunden habe.<sup>28</sup>

Als schließlich die Veröffentlichung am 17. März erfolgte, gab der Bericht kaum noch Anhaltspunkte für die These von der „Inszenierung", stattdessen fand sich Eindeutiges-Zweideutiges zum Thema Schmauchspuren. War da manipuliert worden? Zu den Verzögerungen teilte die finnische Pathologin jedenfalls mit, „daß das deutsche Außenamt die Verantwortung dafür übernommen hat".<sup>29</sup> Und über die Phase unmittelbar vor dem 17. März sagte sie an anderer Stelle ein: „Es gab natürlich Druck von verschiedenen Seiten [...]. Grundsätzlich habe ich in der Racak-Zeit meine Instruktionen vom deutschen Außenministerium bekommen. Botschafter Christian Pauls hat mich kurz vor der Pressekonferenz (vom 17.3.1999, Anm. J.E.) instruiert [...]. Die ganze Situation war sehr delikat. Vielleicht kann ich eines Tages ganz offen darüber sprechen, wie das mit Racak war. Jetzt geht das aber nicht."<sup>30</sup> Obwohl die Mitverantwortung der deutschen Diplomatie damit als erwiesen gelten kann, muß der manipulative Druck der US-amerikanischen Seite stärker gewesen sein. So scheint, nach einem Bericht des „Daily Telegraph" von der entscheidenden Pressekonferenz, Frau Ranta den Begriff eines „Crime against humanity" erst auf Insistieren von Walker verwendet zu haben.<sup>31</sup> Die Emissäre des Auswärtigen Amtes und der EU wollten

28 Berliner Zeitung 13.3.1999

29 z.n. Berliner Zeitung 10.3.1999

30 Interview in Jungle World 18.8.1999

31 Daily Telegraph 18.3.1999: „At the press conference, Mr. Walker and his aides shook their heads to show their disapproval as Mr. Ranta refused any questions that would support Mr. Walkers earlier claim that Racak amounted to a 'crime against humanity'. Then after several minutes of intense questioning from the press, Mrs Ranta seemed to reverse course and with a wavering voice said: 'It was a crime against humanity, yes.' Wilfried Gruber, the German representative of the European Union presidency who was seated next to Mrs Ranta, began to appear uneasy. A diplomat with the Organization for Security and Cooperation in Europe said later 'That was when she departed from the script. The European diplomats certainly got nervous.'



offensichtlich die politischen Folgen der Pressekonferenz eher begrenzen. So hob der deutsche Botschafter auf der Sitzung der OSZE am 18. März hervor, daß „nur eine umfassende kriminalistische Untersuchung ein Gesamtbild dessen liefern könnte, was in Racak wirklich geschehen ist“.<sup>32</sup> Das klang ganz anders als die antiserbischen Schuldzuweisungen direkt nach der Bluttat. Doch die Absetzbewegung von der durch Walker orchestrierten Medienkampagne kam zu spät und war zu zaghaft.

Diejenigen, die Frau Ranta so eingängig instruiert haben, paßten in der Folge ihre alten Sprachregelungen den neuen Zweifeln an. „AA sieht eigene Haltung zu Toten von Racak bestätigt“, wußte die „Frankfurter Rundschau“ Ende März 2000.<sup>33</sup> Dann aber folgen Sätze aus dem Außenamt, die man bis dato noch nie von dort gehört hatte: „Denkbar sei, daß die Zivilisten zwischen die Linien von Serben und UCK-Kämpfern gekommen waren oder daß die UCK sie als Opfer instrumentalisierte.“ Weiter verwies das AA darauf, „daß die Bundesregierung im Unterschied zu den ‚Vorverurteilungen‘ durch die USA nie von einem von Serben verursachten Massaker gesprochen habe [...] Außenminister Joschka Fischer (Grüne) [...] habe immer nur erklärt, ‚alle verfügbaren Anzeichen‘ deuteten auf serbische Täter hin.“ Und wenn es verfügbare Anzeichen gab, die nicht daraufhindeuteten, so nahm er sie unter Verschuß — wie die Autopsieprotokolle der finnischen Ärztekommision.

## **Die Wahrheit kommt ans Tageslicht**

Zu Beginn des Jahres 2001 wurde die Massaker-Version noch stärker erschüttert. Im Januar wurde der offizielle Abschlußbericht der finnischen Ärztedelegation bekannt. Die „Berliner Zeitung“ faßte unter der Überschrift „Neues in der Verschußsache Racak“ zusammen: „Für das angebliche Massaker im Kosovo-Dorf Racak vom 15. Januar 1999 finden sich auch in einem wissenschaftlichen Abschlußbericht finnischer Gerichtsmediziner keinerlei Beweise. In der renommierten rechtsmedizinischen Zeitschrift 'Forensic Science International' soll in Kürze ein

32 Heinz Loquai, Weichenstellung für einen Krieg. Internationales Krisenmanagement und die OSZE im Kosovo-Konflikt, Baden-Baden 2003, S. 103

33 FR, 25.3.2000

ausführlicher Aufsatz der Fachleute Juha Rainio, Kaisa Lalu und Antti Penttilä erscheinen, der die Untersuchung von 40 in Racak gefundenen Leichen zusammenfaßt. Der Bericht, den die 'Berliner Zeitung' vorab einsehen konnte, kommt nicht zu dem Schluß, in Racak sei eine Gruppe friedfertiger albanischer Dorfbewohner von serbischen Sicherheitskräften exekutiert worden."<sup>34</sup>

Geradezu sensationell waren zwei Wochen später die Äußerungen von Frau Ranta gegenüber dem ARD-Nachrichtenmagazin „Monitor“: „Ich bin mir bewußt, daß man sagen könnte, die ganze Szene in diesem kleinen Tal sei gestellt gewesen. Ich bin mir dessen bewußt. Denn dies ist tatsächlich eine Möglichkeit. Diesen Schluß legen unsere ersten Untersuchungsergebnisse genauso nah, wie auch unsere späteren forensischen Untersuchungen, die wir im November 1999 direkt vor Ort vorgenommen haben. Und diese Schlußfolgerungen haben wir auch direkt an den Gerichtshof nach Den Haag weitergegeben.“<sup>35</sup>

Daraufhin gab es einen Einbruch in der bis dato geschlossenen Medien-Phalanx. In einem langen „Spiegel“-Artikel hieß es: „Zwei Jahre nach dem Luftkrieg der Nato scheint die Kernfrage von Racak noch ungelöst. Gab es dort ein Massaker der Serben? Oder hat die kosovarische Guerillaarmee UCK das Blutbad inszeniert oder zumindest instrumentalisiert ...?“<sup>36</sup> Auch wenn sich die Autoren einer klaren Beantwortung der Frage entziehen, tendiert der Beitrag eher zur zweiten These. Unter anderem heißt es über den Fundort des Großteils der Toten: „„Erst später wurden die Leichen wohl in den nahen Gräben gelegt.“ Und: „Hinter vorgehaltener Hand geben die Uno-Ermittler zu, etwa die Hälfte der Opfer seien UCK-Helfer oder Sympathisanten der sogenannten Befreiungsarmee gewesen.“

Der „Stern“ stellte sich in einem Beitrag von Arno Luik zunächst voll hinter die Monitor-Redakteure, ihre Sendung gehöre zu den „Sternstunden im deutschen Fernsehen“. Fettgedruckt: „Die Regierung hat im Kosovo-Krieg ihre Bürger belogen.“ Zu den Ereignissen in Racak und

34 Berliner Zeitung, 17. 1.2001

35 ARD-Magazin Monitor 8.2.2001

36 Renate Flottau u.a., Täuschen und Vertuschen, Spiegel 12/2001

37 Renate Flottau, Täuschen ..., a.a.O.

Rugovo schrieb Luik: „Doch beide Massaker, das enthüllten nun mehrere Untersuchungen, haben so nicht stattgefunden, Anzeichen für eine Massenhinrichtung waren nicht festzustellen.“<sup>38</sup>

Doch in den folgenden Wochen wurde die Front wieder geschlossen — ein bemerkenswertes Lehrstück für den Meinungspluralismus in Deutschland. Offensichtlich wurde das ganze Thema beim „Stern“ zur Chefsache erklärt: Am 5. April 2001 erschien eine Reportage, mit der der Ausrutscher von Luik korrigiert wurde, und damit niemand auf den Eindruck kam, der Beitrag gebe bloß die persönliche Meinung der Autoren wieder, widmete Chefredakteur Andreas Petzold ihm eigens sein Editorial: „Stern-Reporterin Daniela Horvath war in Racak. Ihr Kollege Mario R. Dederichs sprach mit UN-Beobachtern und Nato-Diplomaten. Wochenlang haben sie recherchiert und Dokumente zusammengetragen. Ihr Bericht 'Als der Tod nach Racak kam' beginnt auf Seite 46. Am Ende besteht kein Zweifel mehr, daß hier albanische Zivilisten von serbischen Milizen hingerichtet wurden.“ Zum interessantesten Punkt der bis dato recherchierten Widersprüche — der Frage der Schmauchspuren an den Händen der Leichen — enthielt die „Stern“-Reportage nichts, kein Wort. Um so kategorischer war Petzolds Schlußfolgerung: „Zu diesem Krieg gab es [...] keine Alternative.“ Quod erat demonstrandum.

## Neue Enthüllungen

Brigadegeneral Heinz Loquai, Deutschlands Militärberater bei der OSZE in Wien, konnte die Berichte der OSZE-Beobachter im Kosovo aus den Monaten vor dem Krieg und weitere Verschlusssachen einsehen. Sein erstes Buch *Wege in einen vermeidbaren Krieg* führte im Frühjahr 2000 zu Debatten im Bundestag. In seinem zweiten Buch, erschienen im Frühjahr 2003, findet sich ein interessantes Dokument, das der Ex-General einsehen konnte. Das „Amt für Nachrichtenwesen der Bundeswehr“ hatte demnach bereits am 25. Januar 1999 der Bundesregierung berichtet: „In Racak sollen Experten der OSZE sowohl Beweise für ein Massaker als auch Manipulationen am Tatort gefunden haben. Es soll festgestellt worden sein, daß am Schauplatz Veränderungen vorgenommen wurden [...]

38 Stern 19.2.2001

Danach soll nur ein Teil der 45 Opfer an ihrem Fundort umgebracht worden sein [...] Einige der getöteten Kosovo-Albaner sollen nicht bei einem Massaker, sondern bei Kämpfen mit den serbischen Sicherheitskräften ums Leben gekommen sein."<sup>39</sup> Das ansonsten unzugängliche Dokument des Aufklärungsdienstes konnte von Loquai selbst eingesehen werden. Eine Überprüfung wird allerdings wohl nicht mehr möglich sein: Im Juni 2007 mußte das Verteidigungsministerium einräumen, daß „wichtige Geheimdienstinformationen über Auslandseinsätze der Bundeswehr aus den Jahren 1999 bis 2003“ verlorengegangen sind. Betroffen sind hauptsächlich Berichte über das Kosovo und den Irak.<sup>40</sup>

Auch Frau Ranta hat im Frühjahr 2004 noch einmal nachgelegt. Sie wisse, daß damals „UCK-Kämpfer in der Nähe von Racak begraben wurden“, äußerte sie gegenüber der „Berliner Zeitung“ und habe „schon seinerzeit Informationen erhalten, die beweisen, daß dort auch mehrere serbische Soldaten erschossen wurden.“ Ranta kritisierte, daß die Anklageschrift des Hager Tribunals gegen den jugoslawischen Ex-Präsidenten Milosevic im Fall Racak weitgehend der von US-Botschafter Walker überlieferten Tatversion folgt. „Wenn Botschafter Walker sagt, daß es sich in Racak um ein Massaker gehandelt habe, hat diese Aussage keinerlei rechtliche Wirkung. Ich habe schon damals erklärt, daß die OSZE-Beobachter sämtliche Schritte, die man bei der Sicherung eines Tatorts normalerweise erwartet, vergessen haben ...“ Ranta forderte, zusätzlich zu den OSZE-Fotos vom Tatort auch die Bilder von zwei weiteren Fotografen zu veröffentlichen, die einige Stunden vor Ankunft der OSZE-Beobachter gemacht wurden. Deren Fotos zeigten, „daß mindestens einer der Körper nachträglich bewegt wurde — dieser Leichnam ist auf den OSZE-Bildern nicht zu sehen“. Für sie sei klar gewesen, daß in den Tagen vor Kriegsbeginn „eine ganze Reihe von Regierungen Interesse an einer Version der Ereignisse von Racak hatten, die allein die serbische Seite verantwortlich machten“<sup>41</sup>.

39 z.n. Heinz Loquai, Weichenstellung ..., a.a.O., S. 107/108

40 AP, Verteidigungsministerium will Bericht zu Datenpannen vorlegen, 27.6.2007, 14:54:54

41 Markus Bickel, Kein Interesse an serbischen Opfern, Berliner Zeitung 17.1.2004

## Pleite in Den Haag

Mit Spannung durfte vor diesem Hintergrund erwartet werden, was die Beweisaufnahme zu Racak im Prozeß gegen den früheren jugoslawischen Präsidenten Milosevic erbringen sollte. Die Vernehmung von Frau Ranta am 12. März 2003 brachte für Kenner der Materie wenig Neues.<sup>42</sup> Bemerkenswert war immerhin, daß die Finnin erneut bestätigte, keine Schmauchspurentests an den Händen der Opfer vorgenommen zu haben — das wäre die einzig sichere Methode gewesen, um einen Schußwaffengebrauch der Opfer vor dem Tod auszuschließen. Daß sie dennoch auf ihrer abschließenden Pressekonferenz vom 17. März 1999 die Toten als „unbewaffnete Zivilisten“ bezeichnet hatte, sah sie weiterhin als unproblematisch an. Im Kreuzverhör gab sie Details preis, wie gezielt diese Pressekonferenz in Szene gesetzt worden war: Die nicht an Medienarbeit gewohnte Ärztin wurde vorher wochenlang von einem EU-Rechtsberater auf ihre Aufgabe vorbereitet und auf dem Podium von zwei EU-Diplomaten eingerahmt, ihre expressis verbis „persönliche“ Stellungnahme zum EU-Bericht umgetitelt und dadurch dessen Aussage verschärft. Expertisen anderer Forensiker, die die Leichen untersucht hatten, durften auf der Pressekonferenz eine Woche vor Kriegsbeginn nicht vorgetragen werden. Weil sie nicht zur Nato-Propaganda vom Mord an den „unbewaffneten Zivilisten“ paßten? Frau Ranta wich aus und gab Nichtwissen vor. Sie habe mit der Organisation der Pressekonferenz nichts zu tun gehabt.

Des weiteren hörte das Gericht am 22. Mai 2002 den gerichtsmedizinischen Experten Eric Bacard, der Leichen an verschiedenen Fundorten untersucht hatte, auch diejenigen von Racak. Allerdings hatte er seine Analysen erst nach dem Krieg vorgenommen, als die Leichen schon skelettiert waren, weswegen er sich nicht festlegen konnte und wollte, ob der Tod der Untersuchten auf Kampfeinwirkungen oder auf Exekutionen zurückging. Weil keine Schüsse aus kurzer Distanz oder aufgesetzte Schüsse festgestellt werden konnten, seien Exekutionen eher auszuschließen. Als er im Kreuzverhör nach den Pulverspuren an den Händen der Leichen gefragt wurde, die serbische und weißrussische Ärzte festgestellt und daraus auf den Schusswaffengebrauch der fälschlich als Zivilisten deklarierten Kämpfer geschlossen hatten, wies Bacard den angewende-

42 Wortlautprotokolle sämtlicher Zeugenaussagen und Vernehmungen unter [www.un.org/icty](http://www.un.org/icty)

teil Schmauchspurentest als unzuverlässig zurück. Allerdings konnte er nicht angeben, warum kein anderer Test vorgenommen worden war, etwa an Kleidungsresten, die auch bei den zur Zeit seiner Untersuchung schon skelettierten Leichen noch vorhanden gewesen seien.

Am 13. Mai 2002 konnte auch der Zeuge John Drewienkiewicz, operativer Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, der Anklage nicht weiterhelfen. In seiner schriftlichen Aussage hatte der britische General noch behauptet, nichts von militärischen Auseinandersetzungen am fraglichen Tag in Racak zu wissen. Weiterhin hatte er erklärt, seine Leute hätten auch gar nichts mitbekommen können, da ihr Beobachtungspunkt mindestens fünf Meilen von dem Dorf entfernt gelegen sei. Auf Milosevics Antrag wurde dann eine Videoaufnahme der Nachrichtenagentur AP gezeigt (vgl. S. 65), auf der deutlich Gefechtslärm zu hören ist. Der General bekannte, es sei „das erst Mal, daß er davon hörte, dort hätte es Zusammenstöße gegeben“. Drewienkiewicz wird von Mitgliedern der OSZE-Mission beschuldigt, Informationen der Verifikateure an militärische Dienststellen der USA und Großbritanniens weitergegeben zu haben.<sup>43</sup>

Drei albanische Zeugen berichteten am 31. Mai und 5. Juni 2002 in aller Ausführlichkeit von allerhand Scheußlichkeiten in Racak. So sollen die serbischen Sicherheitskräften ihren Opfern die Augen ausgestochen und ihre Herzen aus dem Leib geschnitten haben. Milosevic wies darauf hin, daß bei der vierwöchigen gerichtsmedizinischen Untersuchung der Leichen - vermutlich sind niemals in der Justizgeschichte Leichen länger und gründlicher autopsiert worden - keinerlei solche Verletzungen hatten festgestellt werden können (vgl. auch S. 68/69).

Am 7. Juni 2002 wurde Ian Robert Hendrie gehört, ein Londoner Polizist, der zur OSZE-Mission im Kosovo gehörte und mit deren Leiter, dem US-Amerikaner Walker, am Tatort war. Zum Beweis des angeblichen Massakers zeigte er Fotos der Leichen, die in einem Graben in der Nähe des Dorfes lagen. Milosevic fragte nach, warum unter den Leichen

43 John Drewienkiewicz leitete im OSZE-Hauptquartier die „Fusions“-Abteilung. Ein anonymer OSZE-Beobachter sagte über ihn: „Offiziell war seine Aufgabe die Koordination der Sicherheitsaufgaben. In Wirklichkeit wußte niemand so genau, wofür er verantwortlich war ... Zug um Zug bekamen wir mit, daß das ein Zentrum für die Koordination von Informationen war, die amerikanischen und britischen Militärs zugespielt wurden.“ (vgl. La Liberté - Genf/Lausanne - 22.4.1999)

nur kleine Blutansammlungen zu sehen seien und keine größeren Blutlachen, und warum, obwohl die Leichen zum Teil übereinander lagen und gleichzeitig exekutiert worden sein sollen, kein Blut von einem auf den anderen Toten gespritzt sei. Ein Indiz dafür, daß man die leblosen Körper post mortem zusammengetragen und TV-wirksam arrangiert hatte? Dem ratlosen Zeugen wurde von Richter May aus der Patsche geholfen: „Der Zeuge ist kein gerichtsmedizinischer Experte, und man kann nicht erwarten, daß er über solche Dinge Bescheid weiß.“<sup>44</sup>

Aufschlußreich war auch die Aussage von Shukri Buja, des UCK-Kommandanten von Racak. Dieser berichtete am 5. Juni 2002 detailliert über die Hochrüstung von Racak zu einem Vorposten der UCK. Demnach umstanden ihm in der unwegsamen Bergregion rund um den Ort insgesamt etwa 1.000 Kämpfer. Im Juni 1998 habe er die Dorfbewohner zusammengerufen und ihnen erklärt, daß Racak ab sofort unter Kontrolle der Freischärler stehe. Etwa 50 seiner Leute wurden dauerhaft dort stationiert und in der Folge mit Mörsern und schweren Maschinengewehren ausgerüstet. Milosevic kommentierte: „Ich bin froh, daß sie das klargestellt haben, denn ... ein Zeuge aus Racak hat ausgesagt, ihre Männer seien nur mit Jagdgewehren bewaffnet gewesen.“ Vorwürfe an die Adresse der Sicherheitskräfte, sie seien mit unverhältnismäßiger Härte gegen die Aufrührer vorgegangen, sind nach diesen Angaben wohl zu relativieren.

Außerdem mußte der UCK-Kommandant im Kreuzverhör einräumen, daß er schon am 13. Januar 1999 alle in Racak verbliebenen Zivilisten zum Verlassen des Ortes aufgefordert haben.

Bo Adam hat im Januar 2005 in den Unterlagen des Haager Gerichts einige Dokumente recherchiert, die im Prozeß selbst aus nachvollziehbaren Gründen keinen Eingang fand.<sup>45</sup> So haben die Kriminologen des Tribunals insgesamt fünf sogenannte Crime Locations in Racak festgestellt, wo Tote aufgefunden wurden. Ankläger Geoffrey Nice benannte zu allen Zeugen für die Verhandlung - außer zu Crime Location 2. „Ein Zufall? Wohl kaum. Denn ‚Crime Location 2‘ ist identisch mit dem

44 z.n. Ian Johnson, The Judge as Prosecutor: Two Days at the „trial“ of Slobodan Milosevic, 19.6.2002 (<http://emperors-clothes.com/articles/ian/day.litm>)

45 Bo Adam, Neues zum Kampf um Racak, jW 24.3.2006 (Kurzfassung; ausführliches Ms. Im Besitz des Autors)

Subhauptquartier der UCK in Racak."<sup>46</sup> Das mußte unbedingt gedeckelt werden, weil die Anklageschrift alle sechs Toten von dieser Location als Zivilisten führt.

Ähnlich liegt der Fall bei einem anderen Leichenfundort, dem Hohlweg, wo insgesamt 23 Tote lagen. Sie hatten sich am Nachmittag des 15. Januar 1999 im Gehöft von Sadik Osmani gesammelt. „Warum gerade hier? Das war lange Zeit nicht klar. Bis vor kurzem ein Buch auftauchte, in dem die Namen der im Kampf gegen die Serben gefallenen Helden der UCK verewigt sind. In diesem Buch ehrt die Organisation auf Seite 108 ihren Soldaten Sadik Osmani, gestorben 1999 in Racak. Neben ihm werden zwei weitere Männer, die in dem Hohlweg starben, als reguläre UCK-Soldaten in dem Buch genannt."<sup>47</sup>

Bo Adam hat sich noch einmal die forensischen Berichte zu den Hohlweg-Toten geprüft. Höchst Aufschlußreiches destillierte er aus den Befunden über festgestellten Schußverletzungen. „Dort wo die Leichen gelegen hatten, fand Frau Rantas Team (ein Jahr später) je ein Projektil im Boden. Nach diesem Szenarium hätten die serbischen Polizisten wie Adler über den auf dem Boden liegenden Kosovaren schweben müssen, als diese erschossen wurden. Laut Theorie der Anklage standen die Polizisten aber auf einem nur leicht erhöhten Plateau einige Meter neben dem Hohlweg. Von dort hätten sie die gegenüberliegende Böschung des Hohlwegs getroffen, aber nicht den Boden. Frau Ranta verzichtete darauf, vor Gericht diese wichtige Ungereimtheit auszuräumen. Sie sei keine Ballistikerin, erklärte die Finnin."<sup>48</sup> Adam weiter: „Ein Vergleich der Schußwunden der Toten bringt dafür eine ganz andere, äußerst bemerkenswerte Gleichförmigkeit zu Tage. Die Mehrzahl der Toten im Hohlweg wurde unter anderem durch Schüsse getroffen, die praktisch parallel zum Körper verliefen — von der Stirn oder die Schulter durch Brust oder Rücken in den Unterleib. Erfahrene Gerichtsmediziner wissen: Ein solcher Einschußwinkel ist genau genommen nur in einer Lage möglich — wenn man sich auf dem Boden liegend eine Schießerei mit ebenfalls liegenden Gegnern liefert."<sup>49</sup>

46 Bo Adam, a.a.O.

47 Bo Adam, a.a.O.

48 Bo Adam, a.a.O.

49 Bo Adam, a.a.O.



## Einsicht und Trotz

Vor dem Hintergrund immer neuer Widersprüche war es nicht verwunderlich, daß dem Haager Tribunal der Anklagepunkt Racak schließlich selbst zu heiß wurde. Anfang Juli 2006 empfahlen die Richter der Anklage, den Komplex fallenzulassen. Der Angeklagte Milosevic war zu diesem Zeitpunkt freilich schon tot — die Revision wirkt sich nur auf den Prozeß gegen seine Mitangeklagten aus.<sup>50</sup>

Wer den Anklagepunkt Racak nicht fallenließ, war Joseph Fischer. Ganz im Gegensatz zu der von der FR kolportierten Selbstkritik des Außenamtschefs und seines Ministeriums im Jahr 2000 (s. S. 73) verteidigte dieser in seinen 2007 erschienen Memoiren die Schuldzuschreibung an die Serben in vollem Umfang und tat alles andere als „Verschwörungstheorie“ ab, für die „der später veröffentlichte Untersuchungsbericht“ der Ranta-Kommission „keinen Raum“ gelassen habe.<sup>51</sup> Fischer kann das behaupten, weil er die Dokumente der Autopsie bis zum Jahr 2029 im Panzerschrank des Auswärtigen Amtes eingeschlossen weiß.

50 vgl. Jürgen Elsässer, Slobos letzter Sieg, jW 11.7.2006

51 Joschka Fischer, a.a.O., S. 120



## Gefingert

### Rambouillet - die Lüge, die einen Frieden in letzter Minute verhinderte

**Behauptet wurde:** „Während des Verhandlungsprozesses wurde deutlich, daß die serbische Seite absolut kein Interesse an einer friedlichen Lösung hatte.“ (Ludger Volmer, Staatssekretär im Auswärtigen Amt)'

**Tatsache ist:** USA und EU haben eine Verhandlungslösung gezielt torpediert, da in der Nato der Entschluß zum Krieg schon gefallen war.

Überschattet von ständigen Nato-Kriegsdrohungen kamen am 6. Februar 1999 die Beteiligten des Kosovo-Konflikts zu einer letzten Friedenskonferenz zusammen. Im Schloß Rambouillet bei Paris versammelten sich fünf Parteien: die Delegation der Kosovo-Albaner, an der Spitze der von Belgrad steckbrieflich gesuchte UCK-Terrorist Hashim Thaci; die Delegation Jugoslawiens unter Einschluß von Vertretern aller nicht-albanischen Volksgruppen im Kosovo, geführt vom serbischen Präsidenten Milan Milutinovic; die Delegation der USA, geführt von Chris Hill; die Delegation der Europäischen Union, geführt vom Österreicher Wolfgang Petritsch; sowie die Delegation Rußlands, geführt von Boris Majorski. Den Konferenzvorsitz hatten die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs, Robin Cook und Hubert Védrine, inne. Die Deutschen unterhielten „eine der umfangreichsten Delegationen“ am Konferenzort.<sup>2</sup> Neben Leiter Christian Pauls waren der Politische Direktor des AA, Gunter Pleuger, sowie Staatssekretär Wolfgang Ischinger ständig in Rambouillet, unterstützt von Experten und technischem Stab. Wenn es im Verlauf der wochenlangen Sitzungen zu Krisen kam, kamen die US-Außenministerin Madeleine Albright und ihr deutscher Amtskollege Joseph Fischer selbst an den Verhandlungsort, um in Einzelgesprächen Druck auszuüben.

1 Ludger Volmer, Krieg in Jugoslawien — Hintergründe einer grünen Entscheidung, in: Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, Der Kosovo-Krieg, Bonn 1999, S. 60

2 Roland Friedrich, a.a.O., S. 84

Am Agieren Fischers sollte sich die erste kriegskritische Debatte in der Bundesrepublik entzünden. „Die Rambouillet-Lüge: Was wußte Joschka Fischer?“ titelte am 12. April 1999 die grün-nahe „Tageszeitung“. Der Außenminister reagierte erregt: „Die Vorstellung, daß ich da was durchgefingert hätte, um die Nato in einen Krieg mit Milosevic zu bringen, finde ich übel.“<sup>3</sup>

Sechs Tage zuvor hatte die „Taz“ den geheimgehaltenen Annex B des gescheiterten Rambouillet-Abkommens veröffentlicht. Zum ersten Mal erfuhr die Öffentlichkeit, was von Jugoslawien verlangt worden war, damit es nicht zum Krieg käme. Eine knapp 30.000 Mann starke Nato-„Friedenstruppe“ sollte nicht nur im Kosovo, sondern „in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang genießen, unter Einschluß ihres Luftraums und ihrer Territorialgewässer.“<sup>4</sup> Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer bezeichnete den Annex als „Nato-Besatzungsstatut für ganz Jugoslawien“: „Selbst ein gemäßigter Politiker an der Stelle von Milosevic hätte diesen Text niemals unterzeichnet.“<sup>5</sup> Rudolf Augstein formulierte noch griffiger: „Die USA hatten in Rambouillet militärische Bedingungen gestellt, die kein Serbe mit Volksschulbildung hätte unterschreiben können.“<sup>6</sup>

Die Bundesregierung und ihre publizistischen Hilfstruppen versuchten die Vorwürfe mit zwei Legenden zu kontern: Zum einen und vor allem seien die Serben am Scheitern der Rambouillet-Konferenz schuld. Selbst habe man „nichts, aber auch gar nichts unversucht gelassen, eine friedliche Lösung des Kosovo-Konflikts zu erzielen“ - so Bundeskanzler Schröder am 26. März im Deutschen Bundestag.<sup>7</sup> Wenn man aber - zum zweiten - überhaupt von einer westlichen Mitschuld reden wolle, so läge diese bei den USA, während die deutsche Diplomatie immer bremsend auf den Großen Bruder gewirkt habe. Beides ist falsch.

3 Hamburger Abendblatt 13.4.1999

4 Der Annex B ist vollständig dokumentiert in: Jürgen Elsässer (Hrsg.), Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik, Hamburg 1999, S. 136 ff.

5 z.n. Andreas Zumach, „80 Prozent unserer Vorstellungen werden durchgepeitscht“, in: Thomas Schmid (Hrsg.), Krieg im Kosovo, Reinbek 1999, S. 75

6 Spiegel 18/1999

7 Bundestagsprotokoll 14/31, S. 2571

## M - ein Staat sucht einen Mörder

Lüge Nummer eins wird am prägnantesten von Fischers Staatssekretär Ludger Volmer erzählt: „Während des Verhandlungsprozesses wurde deutlich, daß die serbische Seite absolut kein Interesse an einer friedlichen Lösung hatte. Die grüne Vorstellung, mit Verhandlungen und auf friedlichem Wege auch die schwierigsten Konflikte lösen zu können, brach sich am Charakter Milosevics. Mehreren Gesprächspartnern gegenüber betonte M., er sei der Stärkere in diesem Konflikt und er sei bereit, über Leichen zu gehen, während der Westen Rücksicht zu nehmen habe auf die Sensibilität der zivilisierten Welt. M. weigerte sich nicht nur, den Vertragsteil zu unterzeichnen, der ein militärisches Peace-keeping unter Führung der Nato (Nato plus andere) vorsah, ohne das die Albaner den Text nie akzeptiert hätten. Nachdem er zwischenzeitlich signalisiert hatte, den politischen Teil unterzeichnen zu wollen, stellte er kurz vor Schluß wichtige Passagen wieder in Frage, um später schriftlich zu erklären, wer sich von außen einmische, sei ein 'Halunke'."8

Ein kleines Detail mag zunächst die Demagogie des grünen Politikers demonstrieren: Das angeblich sogar von „mehreren Gesprächspartnern“ bezeugte Zitat des über Leichen gehenden Milosevics bebildert die Anti-Milosevic-Argumentation — besser wäre wohl von einem Ressentiment zu sprechen - mit einem blutrünstigen Detail und wurde deswegen in der Folge auch noch von anderen übernommen, etwa vom Schriftsteller Peter Schneider9 und vom Verteidigungsminister Rudolf Scharping10. Daß das Diktum in Wirklichkeit gar nicht vom jugoslawischen Präsidenten kommt, konnte man dagegen der „Zeit“ schon Anfang Mai 1999 entnehmen: „Ziemlich erschrocken erinnerte Joschka Fischer sich später einmal an diesen Moment. Milosevic sei ihm vorgekommen wie einer, der ihm in die Augen sieht und schweigend mitteilt: 'Ich gehe über Leichen, und das kannst Du nicht.'“11

8 Ludger Volmer, a.a.O., S. 60

9 FAZ 26.5.1999

10 Scharping auf den „Mainzer Tagen der Fernsehkritik“ am 16.5.2000, Wortlautprotokoll in Konkret 7/2000

11 Zeit 12.5.1999

Da die Nato-offizielle Darstellung des serbischen Agierens in Rambouillet mittlerweile von einer ganzen Reihe vorzüglicher Studien widerlegt ist, kann man sich in dieser Stelle auf eine cursorische Entgegnung beschränken. Grundlegend ist in diesem Zusammenhang der Fakt, daß die Einladung der Bürgerkriegsparteien nach Rambouillet von der Balkan-Kontaktgruppe ausging, der neben den Nato-Staaten USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland auch Rußland angehört. Dies drückte sich auch in der Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation aus, die mit den Vertretern der Serben und Kosovo-Albaner zusammentraf: Sie wurde neben den US-Diplomaten Füll und dem EU-Vertreter Petritsch gleichberechtigt auch von dem Russen Majorski geführt. „Die Kontaktgruppe hatte Prinzipien aufgestellt, die den Parteien vor dem Beginn der Verhandlungen übermittelt wurden und als nicht verhandelbar galten. Das heißt, mit der Teilnahme an den Verhandlungen galten diese Prinzipien als von den Parteien anerkannt. Unter dem Punkt 'Implementierung' heißt es u. a.: 'Teilnahme der OSZE und anderer internationaler Gremien, soweit notwendig.'"<sup>12</sup> Nota bene: Genannt wird die OSZE, nicht die Nato. An diese Verhandlungsgrundlage haben sich die Belgrader und Moskauer Emissäre die ganze Zeit gehalten, während sie von der Nato einseitig gebrochen wurde. So stimmten die Serben am 16. Februar 1999 zum ersten Mal einer internationalen Militärtruppe auf jugoslawischem Gebiet zu und schlugen vor, die Implementierung einer Kosovo-Lösung" einer auf 5.000 bis 6.000 Mitglieder verstärkten OSZE-Mission zu übertragen. Den Verifikateuren könnte auch gestattet werden, leichte Waffen zu tragen."<sup>13</sup> Am nächsten Tag ging Milosevic sogar noch einen Schritt weiter und bot an, „für die Implementierung einen gemeinsamen Stab aus Nato und Jugoslawischer Armee zu bilden."<sup>14</sup>

Die Nato griff diese Offerte nicht auf, sondern legte am 19. Februar — also zwei Tage vor dem ursprünglich anvisierten Ende der Konferenz — den Annex B vor, gegen das Votum Rußlands, formell einem gleichberechtigten Einlader der Konferenz. „Wir distanzieren uns", erklärte der stellvertretende russische Außenminister Alexander Awdejew am 20. Februar, „von denjenigen Mitgliedern der Kontaktgruppe, die versuchen,

12 Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, a.a.O., S. 81

13 Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, S. 85

14 Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, S. 85

Fragen der Unterzeichnung eines politischen Dokuments zusammen mit der Stationierung eines ausländischen Militärkontingents in Kosovo zu einem Paket zu schnüren. Wir distanzieren uns von dem Druck, den sie auf Belgrad auszuüben versuchen, um mit Gewalt die Einwilligung zur Stationierung eines Militärkontingents zu erzielen."<sup>15</sup> Der serbische Delegationsleiter Milutinovic kritisierte, „man habe versucht, den Serben ein Abkommen nach den Vorstellungen der Terroristen und Separatisten aufzudrängen. Nur 18 Stunden vor dem Schlußtermin habe man überraschend ein einseitiges Dokument von 81 Seiten vorgelegt, davon 56 Seiten völlig unbekannter Text, über den nie verhandelt worden sei und der den serbischen Standpunkt in keiner Weise berücksichtigt."<sup>16</sup> Ähnlich heißt es im abschließenden Untersuchungsbericht des britischen Unterhauses vom 23. Mai 2000: „Wir schlußfolgern, daß die Nato, was immer die direkten Folgen des Militärannexes der Rambouillet-Vorschläge auf die Verhandlungen gewesen ist, sich einen ernsthaften Fehler hat zu Schulden kommen lassen, weil sie ein Truppenstatusabkommen (Status of Forces Agreement) im Verhandlungspaket zugelassen hat, das niemals für Jugoslawien annehmbar war, weil es einen schweren Verstoß gegen sein^Souveränität war."<sup>17</sup>

Fischer hatte also auf paradoxe Weise Recht, als er später zu seiner Rechtfertigung sagte, der fragliche Annex B des Vertrages habe in den Verhandlungen „nicht eine millionstel Sekunde eine Rolle gespielt“.<sup>18</sup> Der Annex B wurde nämlich tatsächlich nicht verhandelt. Er wurde den Serben trotz deren weitreichender Zugeständnisse als Ultimatum präsentiert - unter Bruch der Verhandlungsgrundlage der Kontaktgruppe und bei Brückierung Rußlands.

Zur Verteidigung des Annex B wurde später außerdem behauptet, daß er sich „an den Dayton-Vertrag anlehnte“ (Petritsch)<sup>19</sup> bzw. daß er sich an den Regelungen „der Verhandlungen von Dayton orientierte“ (Fischer).<sup>20</sup>

15 Archiv der Gegenwart 1999, S. 43335

16 z.n. NZZ 24.2.1999

17 [www.parliament.the-stationary-ofPice.co.uk/pa/cm199900/cmselect/cmfaff/28/2802.htm](http://www.parliament.the-stationary-ofPice.co.uk/pa/cm199900/cmselect/cmfaff/28/2802.htm)

18 z.n. Taz 12.4.1999

19 Wolfgang Petritsch, Kosovo/Kosova. Mythen, Daten, Fakten, Klagenfurt 1999, S. 316

20 Joschka Fischer, Die rot-grünen Jahre, a.a.O., S. 191

Damit wurde nahegelegt, daß die Aufregung der Jugoslawen überzogen war, denn dem bosnischen Friedensschluß von Dayton 1995 haben sie bekanntlich zugestimmt. Doch die Parallele stimmt nicht. Laut Dayton-Vertrag kann das jugoslawische Staatsgebiet nur zum Zwecke der „freien Durchreise“ von der internationalen Schutztruppe Sfor genutzt werden; im Rambouillet-Abkommen ist hingegen davon die Rede, die Nato müsse „in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang“ genießen, was „das Recht zur Errichtung von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen“ einschließt (Annex B, Artikel 8).

Daß diese Formulierungen des Annex B bewußt provokativ waren und offensichtlich nur dem Zweck dienten, Belgrad die Zustimmung unmöglich zu machen, beweist auch der Umstand, daß die spätere Natogeführte Kosovo-Besatzungstruppe KFOR „ganz ohne Transit durch Jugoslawien“ auskam. „Sie bezieht ihren Nachschub hauptsächlich aus Thessaloniki durch Mazedonien.“<sup>21</sup>

In einem letzten verzweifelten Versuch, den Krieg zu vermeiden, räumte Belgrad den USA das Recht ein, Militärbasen im Kosovo zu errichten. Der serbische Präsident Milan Milutinovic erinnert sich: „Ich habe Madeleine Albright Abkommen über zehn, zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahre für die Einrichtung dieser Basen angeboten. Unsere Vorschläge hatten nur eine Bedingung: Die Amerikaner konnten sich nicht frei in ganz Jugoslawien bewegen [...]“<sup>22</sup>

Diese gefährliche Zuspitzung war den meisten Abgeordneten des Deutschen Bundestages wohl nicht bekannt, als sie am 25. Februar über die Beteiligung der Bundeswehr an einer Implementierungstruppe eines möglichen Rambouillet-Abkommens entschieden. Von grotesker Verkennung der Lage zeugt etwa ein Positionspapier, mit dem die grüne Fraktionsvorsitzende Kerstin Müller und sechs weitere grüne Abgeordnete ihr Ja zu einer militärischen Kosovo-Mission begründeten: „Manche Kommentatoren sprechen vorschnell von einem Scheitern der Rambouillet-Verhandlungen [...]. Im Gegensatz zur Lage im Herbst (Nato-Drohung mit Luftangriffen) und im Dezember ist Rußland nun wieder

21 Günter Joetze, a.a.O., S. 82

22 zitiert in Dejan Lukic/Pera Simic, Vatre i potop, Belgrad 2001, z.n. Balkans-Info 61



mit im Boot. Damit haben sich die Chancen für ein UN-Mandat wieder entscheidend verbessert."<sup>23</sup>

## **Eine deutsche Idee**

Wer aber ist für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich? Selbst Kritiker des Nato-Krieges sehen die Schuld nicht in Berlin, sondern in Washington. „Die deutsche Politik lieferte sich den USA aus“, urteilt etwa Brigadeoffizier und Buchautor Heinz Loquai.

Solche Interpretationen ignorieren oder schätzen gering, welche aktive Rolle die Bundesregierung von Anfang an bei der Konferenz spielte. Hören wir dazu noch einmal Ludger Volmer: „[...] dann kam das Massaker von Racak. Das Hinschlachten von Zivilisten durch die Serben erforderte eine deutliche Reaktion des Westens [...] Auf westlicher Seite standen zwei Optionen nebeneinander. Die Amerikaner wollten sofort auf der Basis des noch gültigen ActOrd mit Bombardierung der Volksrepublik (Fehler im Original, Anm. J.E.) Jugoslawien beginnen. Dabei erwarteten sie die Beteiligung der anderen Nato-Staaten, auch Deutschlands. Ein politisches Ziel außer dem der Bestrafung war nicht erkennbar. Die zweite Option, die sich faktisch durchsetzte, war in der Führung des Auswärtigen Amtes entstanden: Auf einer Friedenskonferenz sollte unter dem Druck der internationalen Gemeinschaft erst ein Waffenstillstand erreicht, dann der endgültige Status des Kosovo als autonome Region innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien durchgesetzt und in einem dritten Schritt eine umfassende Balkankonferenz geplant werden. Es waren der grüne Außenminister Joschka Fischer und die Beamten des AA, die mit großem persönlichen Einsatz die anderen Außenminister dazu bewegten, statt einer schnellen Bombardierung den Verhandlungsprozeß von Rambouillet zu organisieren! Aus praktischen und diplomatischen Gründen wurde aber darauf verzichtet, diese Initiative als deutsche und grüne herauszustellen. [...] Das war grüne Friedenspolitik, die sich aus Effizienzgründen aber nicht öffentlich darstellte.“<sup>24</sup>

23 Kerstin Müller, Winfried Nachtweih, Christian Sterzing, Winfried Hermann, Volker Beck, Hans-Josef Fell und Klaus Müller, Stellungnahme vom 1.3.1999

24 Ludger Volmer, a.a.O., S. 59

In der Darstellung Volmers standen sich deutsche Option („grüne Friedenspolitik“) und amerikanische Option („kein politisches Ziel außer dem der Bestrafung“) gegenüber. Beispiele für das amerikanische Vorgehen hatte es in den letzten Jahren und Jahrzehnten gegeben: So war 1986 Libyen als Strafe für das Attentat auf die Westberliner Diskothek „La Belle“ bombardiert worden, 1994 und 1995 hatte es die bosnischen Serben getroffen, 1998 galten Angriffe einer mutmaßlichen C-Waffenfabrik im Sudan, und immer wieder seit dem Golfkrieg 1991 gab es tödliche Nadelstiche gegen den Irak. Diese Kriegführung „niedriger Intensität“ verstieß zwar gegen sämtliche internationalen Konventionen, war andererseits — sieht man vom Beispiel Irak ab — aber auch nach wenigen Stunden vorbei und forderte vergleichsweise wenig Opfer. Ob es die US-Amerikaner auch zur Vergeltung für Racak bei einem solchen einmaligen Terror-Angriff belassen hätten? Jedenfalls: Die Verknüpfung der archaischen Rache-Strategie der US-Amerikaner mit dem ehrgeizigen deutschen Ziel, den „endgültigen Status“ des Kosovo zu definieren, machte die Lage besonders explosiv. Indem Rambouillet zur „letzten Chance“ für die Lösung des Konflikts hochstilisiert wurde, mußte ein Scheitern der Verhandlungen den völligen Gesichtsverlust des westlichen Militärbündnisses nach sich ziehen. „Nun steht die Glaubwürdigkeit der Nato auf dem Spiel“, sagte US-Verteidigungsminister William S. Cohen Ende Januar 1999.

### **Berlin und Washington: Antagonistische Kooperation**

Der Politologe Matthias Küntzel sieht Berlin und Washington in Rambouillet nicht als Vertreter konträrer, sondern ähnlicher Positionen. „Die USA und Deutschland standen für eine harte Linie gegen Belgrad und für Nato-Luftangriffe, notfalls ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates ... Besonders Frankreich kämpfte für ein alternatives Konzept und bot dem deutsch-amerikanischen Konfrontationskurs lange die Stirn.“<sup>25</sup> Diese Sichtweise wird von James Rubin, dem Sprecher des US-Außenministeriums, unterstützt: „...in Rambouillet agierten die Franzosen und Italiener auf eine Art, die die Anstrengungen der (US-)Regierung, die Nato

25 Matthias Küntzel, *Der Weg in den Krieg. Deutschland, die Nato und das Kosovo*, Berlin 2000, S. 166

gegen das Belgrader Regime zu vereinheitlichen, aus der Bahn hätten werfen können."<sup>26</sup>

Frankreich trat im Falle eines Scheiterns von Rambouillet dafür ein, die Autorität zur Auslösung eines Militärschlages nicht beim Nato-Oberbefehlshaber zu belassen, sondern der Kontaktgruppe zu übertragen - was Rußland die Möglichkeit eines Vetos gegeben hätte. Auch Großbritannien wollte Jugoslawien entgegenkommen, und zwar in der Frage des Annex B. „Selbstverständlich muß der militärische Teil der Abmachung ein Teil dessen sein, über das verhandelt wird," erklärte Außenminister Cook zum Start des zweiten Teils der Konferenz am 15. März 1999.<sup>27</sup> Lamberto Dini, Außenminister des ebenfalls in der Kontaktgruppe vertretenen Italien, würdigte sogar die Bereitschaft Serbiens, „eine internationale Präsenz, wenn auch keine Nato-Streitkräfte im Kosovo zu akzeptieren" und wurde deswegen von US-Unterhändler James Rubin als „Wasserträger" Milosevics attackiert.<sup>28</sup>

Fischer war Protagonist einer harten Linie: „Es werde auf keinen Fall weitere Verhandlungen mit Serben und Kosovo-Albanern über die unterschriftsreif vorliegende Vereinbarung geben [...] Eine von der Nato geführte Friedenstruppe bleibe ein unumstößlicher Bestandteil der Vereinbarung", zitierte ihn die „Neue Zürcher Zeitung" am 15. März 1999.

Insbesondere in den Tagen zwischen den Schlußverhandlungen ab 15. März und dem Bombardierungsbeginn am 24. März gab es Phasen, in denen die US-Regierung zauderte, da das Pentagon und der Nationale Sicherheitsrat den Kriegskurs des State Department ablehnten,<sup>29</sup> während die deutsche Regierung immer hart blieb. So muß die letzte Vermittlungsmission von US-Vermittler Richard Holbrooke, nach dem formellen Ende der Konferenz am 19. März, gegen deutschen Widerstand zustande gekommen sein, denn Fischer hatte sich kurz zuvor gegen eine

26 James P. Rubin, Countdown to a very personal war, Financial Times (London) 30.9.2000

27 Pressekonferenz Vedrine/Cook, 15.3.1999 ([www.france.diplomatie/fr/actual/eccenements/ramb46.gb.html](http://www.france.diplomatie/fr/actual/eccenements/ramb46.gb.html))

28 James Rubin, Countdown to a Very Personal War, Financial Times 30.9.2000; Lamberto Dini, Letter to the editor, Financial Times 2.10.2000

29 vgl. Matthias Küntzel, a.a.O., S. 171 mit Verweis auf IHT 8.3.1999

Verlängerung des Ultimatums an Belgrad ausgesprochen, und seien es auch nur „drei bis vierTage(n)“.<sup>30</sup> Dagegen wird die amerikanische Haltung von der „NZZ“ noch am 19. März so wiedergegeben: „... auffallenderweise ist nicht einmal mehr von einem Ultimatum die Rede [...]; der amerikanische Außenamtssprecher Rubin verstieg sich gar zur Bemerkung, ein Militäreinsatz gegen die Serben könne nicht das Ziel der Staatenwelt sein.“ Diese Meldung war bei ihrem Erscheinen allerdings bereits Makulatur: Am Abend des 18. März, nach Redaktionsschluß der „NZZ“, hatten in Bonn Schröder, Fischer und Scharping mit ihren Amtskollegen aus Großbritannien und Frankreich konferiert. Zu später Stunden hätten die Europäer „die Clinton-Administration davon überzeugt, daß jedes neue diplomatische Ultimatum die westliche Entschlossenheit beeinträchtigen und die militärische Situation auf dem Boden in Kosovo verschlechtern könne.“<sup>31</sup> Insbesondere die Deutschen lehnten eine Fristverlängerung ab. „Meine Regierung sieht keinen Sinn in einem Ultimatum, solange die Entwicklungen auf dem Boden so unheilverkündend aussehen,“ sagte ein deutscher Regierungsbeamter.<sup>32</sup>

### **Petritsch - Frontmann der Deutschen...**

Daß die von Deutschland geführte EU in Rambouillet keine Zuschauerrolle spielte, sondern daß Fischer und seine Emissäre bisweilen gar Madeleine Albright und ihre Sherpas an Kompromißlosigkeit überboten, wird in den Aufzeichnungen der beteiligten Diplomaten deutlich, etwa in dem vom Auswärtigen Amt mit internen Akten gefütterte „Zeit“-Dossier „Wie Deutschland in den Krieg geriet“.<sup>33</sup> Demnach hat Fischer „alle Erfahrungen, die er in den Finten und Fehden seiner Partei gesammelt hat“, aufgeboten, „um der Entente Cordiale zwischen Paris und London (sowie Washington) eine Konzession abzurufen: ...daß für die Europäische Union nur einer verhandelt: Wolfgang Petritsch.“ Im AA-Rapport vom 8. Februar 1999 heißt es zufrieden, anders als Dayton „ist diese Konferenz nicht amerikanisch geprägt.“ Genauer: „Die Europäer

30 z.n. FAZ 15.3.1999

31 IHT 20.3.1999

32 IHT 20.3.1999

33 Zeit 12.5.1999

gestalten ernsthaft mit. Petritsch verblaßt nicht neben (US-Verhandlungsführer) Hill." Die Europäer? An anderer Stelle wird das Subjekt im Dossier unverschlüsselt genannt: „Die Deutschen...für sie spricht...der Österreicher."34

Nach Darstellung des Journalisten Andreas Zumach, in Rambouillet für die „Taz" die ganze Zeit vor Ort und in Tuchfühlung mit den Delegationen, war Petritsch in den Verhandlungen kompromißlos. „80 Prozent unserer Vorstellungen werden einfach durchgepeitscht [...] Vor Ende April wird der Kosovo-Konflikt entweder formal gelöst sein, oder die Nato bombardiert", drohte er bereits zum Auftakt der Konferenz.<sup>35</sup> Über die Sprengwirkung des Annex B war Petritsch durchaus informiert: „Es war uns vollkommen klar, daß sich ein souveränes Land mit diesen Bestimmungen am schwersten tut."36

Wie Petritsch als Frontmann der Deutschen in Rambouillet agierte, kann man vor allem in seinen eigenen Erinnerungen nachlesen. In seinem Buch *Kosovo/Kosova* bestätigt der Österreicher, was man in der Presse schon während der Konferenz über ihn lesen konnte. „Wolfgang Petritsch [...] genießt Sympathien bei der Kosovo-Befreiungsarmee UCK [...]. Er versteht ihre Anliegen [...] wie kaum ein anderer Politiker im Westen," schrieb etwa „Die Welt".<sup>37</sup>

Petritsch beansprucht, schon sehr frühzeitig den Kontakt zur UCK-Spitze gesucht und gefunden zu haben. „Nachdem die amerikanischen Versuche, die für den weiteren politischen Prozeß entscheidenden Personen der UCK zu identifizieren und mit ihnen Verhandlungen aufzunehmen, gescheitert waren,<sup>38</sup> wurden unter der Ägide von Petritsch seit Sommer 1998 inoffizielle Erkundungen über die relevanten politischen Führungspersonlichkeiten der Untergrundarmee durchgeführt. Nach einer längeren Phase der Recherche wurde die Gruppe um Hashim Thaci als die geeigneten zukünftigen Ansprechpartner identifiziert. Sowohl die EU als auch die Kontaktgruppe haben die Initiative Petritschs schließ-

34 Zeit, 12.5.1999

35 z.n. Andreas Zumach, a.a.O.

36 Petritsch im Interview, SZ 13.4.1999

37 Die Welt 10.2.1999

38 Petritsch spielt hier auf die ergebnislose Mission von US-Sonderemissär Richard Holbrooke im Sommer 1998 an

lich akzeptiert und die Notwendigkeit der Einbeziehung der UCK in den Verhandlungsprozeß als unumgänglich anerkannt."<sup>39</sup> Für das Zustandekommen der Konferenz seien seine UCK-Verbindungen unerlässlich gewesen: „In einem Telefonat mit Hashim Thaci erhielt Petritsch am 3. Februar (1999) schließlich die Zusage für die Konferenzteilnahme der UCK."<sup>40</sup> Welch ein Erfolg: Endlich konnte der von Belgrad steckbrieflich gesuchter Terrorist gleichberechtigt mit Ibrahim Rugova, dem immerhin von den Kosovo-Albanern gewählten Präsidenten, an den Verhandlungen teilnehmen.

In Rambouillet dürfte sich das Prestige von Petritsch bei der UCK-geführten Delegation weiter erhöht haben, denn die US-Außenministerin hatte einen sehr schlechten Start erwischt — sie wurde von der albanischen Delegation zunächst für eine Putzfrau gehalten und vor die Tür gesetzt. Der New Yorker Tageszeitung „Daily News“ zufolge wurde Frau Albright nicht erkannt, als sie in den Besprechungsraum der Kosovo-Albaner trat. „Es war schon nach Mitternacht und ein Mitglied der albanischen Delegation, der sie sicherlich für eine Reinemachefrau hielt, sagte einfach zu ihr: 'Wir brauchen noch fünf Minuten, bitte gehen sie weg.'“<sup>41</sup> Daraufhin sei die amerikanische Außenministerin so erbost gewesen, daß sie „einen Strom von nicht zu wiederholenden Beschimpfungen“ losgelassen habe. „Frau Albright hat eine sehr eindeutige Sprache benutzt, die der Dolmetscher nicht einmal ins Albanische übersetzen konnte“, erinnerte sich das Delegationsmitglied Veton Surroi.<sup>42</sup>

Den Guerilleros dürfte auch Petritschs Skepsis gefallen haben, als US-Emissär Holbrooke Anfang März sich zu Sondierungen mit Milosevic in Belgrad traf. Holbrooke könnte „die Dinge mit Aufnahme offener Verhandlungen komplizieren“, äußerte ein Sprecher Petritschs pejorativ.<sup>43</sup>

39 Wolfgang Petritsch, a.a.O., S. 251

40 Wolfgang Petritsch, a.a.O., S. 275

41 Daily News, 4.2.2000, z.n. jW 12./13.2.2000

42 Daily News, a.a.O.

43 z.n. IHT 8.3.1999

## und Vertrauter der UCK

Die Verhandlungen von Rambouillet hätten nicht unbedingt zu einem Krieg gegen Jugoslawien führen müssen. Zwar konnte die Nato die Ablehnung des Vertragsentwurfes durch die serbische Seite ganz einfach dadurch erreichen, daß sie in diesem Dokument Klauseln wie den erwähnten Annex B festschrieb, die für Belgrad unannehmbar waren. „Wir legen die Latte bewußt hoch“, hatte ein ranghoher Vertreter des US-Außenministeriums diese Taktik in der letzten Woche von Rambouillet beschrieben.<sup>44</sup> Aber nur dann, wenn die kosovo-albanische Delegation das Dokument nicht ebenfalls ablehnte, hatten die Serben den Schwarzen Peter und die Nato eine Legitimation, sie zu bombardieren. Deshalb war es von entscheidender Bedeutung, Thacis Delegation zu einer Unterschrift zu bekommen. Dies war ursprünglich sehr schwer, weil der politische Teil des Vertragsentwurfes die Zugehörigkeit der Provinz zu Serbien nicht in Frage stellte. Die UCK wollte zunächst nicht einsehen, daß eine solche Festlegung im Falle eines Kriegseintritts der Nato an ihrer Seite nur noch ein Stück Papier sein würde. Nicht einmal Frau Albright's Lockungen, daß der vorgesehene Vertragstext „sie nicht daran hindern würde, ein Referendum durchzuführen“ und das Abkommen ohnedies nur „für drei Jahre“ gelte, brachte die Starrköpfe zum Einlenken.<sup>45</sup> Als Zeichen ihrer strikten Ablehnung einer solchen Friedensregelung bestimmte die UCK kurz vor Ende der ersten Rambouillet-Runde einen neuen militärischen Oberbefehlshaber: Suleiman Selimi, „der [...] der extremistischen Drenica-Fraktion angehörte“<sup>46</sup>. Die US-Delegation schwankte zwischen Ver zweifeln und Entsetzen: "If you don't say Yes now, there won't be any Nato ever to help you", drohte Frau Albright Thaci.<sup>47</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint es wie ein Wunder, daß die kosovo-albanische Delegation den vorgelegten Text am 23. Februar 1999 doch wenigstens noch „im Prinzip“ annahm - sonst hätten die Serben die erste Runde der Verhandlungen als Punktsieger verlassen. Wer erreichte dieses Zugeständnis und wodurch? Hören wir zunächst die amerikanische Ver-

44 z.n.Taz 18./19.3.2000; demnach fiel die Äußerung auf einem Hintergrundgespräch für ausgesuchte US-Reporter und wurde von zwei Teilnehmern unabhängig voneinander bestätigt

45 Madeleine K. Albright, a.a.O., S. 487f.

46 Wolfgang Petritsch, a.a.O., S. 306

47 z.n. Wolfgang Petritsch, S. 301

sion: „Allein die raffinierten last-minute-Manöver des US-Chefunterhändlers Christopher Hill verhinderten, daß die Konferenz völlig aus der Kontrolle ihrer Initiatoren geriet: Mr. Hill beschwatzte die kosovarische Delegation, eines ihrer Mitglieder, Veton Surroi, ein Grundsatzpapier unterschreiben zu lassen, wonach die Gespräche im März fortgeführt werden sollen.“<sup>48</sup> Petritsch schildert die „intensivste Verhandlungsphase von Rambouillet“ ganz anders: „Nachdem die amerikanische Außenministerin Albright ohne Erfolg all ihren Einfluß in die Waagschale geworfen hatte, bedrängten die beiden Chefverhandler Fischer und Petritsch Thaci, der vor lauter Nervosität kaum noch ansprechbar war.“<sup>49</sup> Das war in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar. Drei Tage später sei der Durchbruch gelungen: „Nach einem nächtlichen Vier-Augen-Gespräch zwischen Petritsch und Thaci wurde dieser von der Notwendigkeit überzeugt, das Abkommen im Prinzip anzunehmen und die definitive Zustimmung erst nach einer Befragung des 'kosovarischen Volkes' zu geben. Nicht Thaci, der Delegationsleiter, würde das Abkommen unterschreiben, sondern der 'unabhängige' Veton Surroi, der als Sprecher des Verhandlungskomitees fungierte.“<sup>50</sup>

Mit der Unterschrift des Hinterbänklers Surroi war zwar verhindert worden, daß die Obstruktionshaltung der Kosovo-Albaner allzu offensichtlich wurde. Doch erst wenn die UCK selbst für das Abkommen gewonnen würde, könnte die Nato der Weltöffentlichkeit ein laides Schwarz-Weiß-Bild — böse Serben, gute Albaner — präsentieren. Dazu war die Verhandlungspause zwischen 23. Februar und 15. März nötig. Zunächst entwickelte sich alles nach Plan: Mit der Ersetzung des Rambouillet-Gegners Adem Demaci an der Spitze der UCK Anfang März durch Hashim Thaci schien der Weg für eine Unterschrift der Befreiungskrieger geebnet. Doch dann stockte der Entscheidungsprozeß bei der UCK, westliche Diplomaten mußten nachhelfen. Wieder waren die US-Amerikaner bei den direkten UCK-Kontakten weniger erfolgreich als Petritsch. Am 5. März trafen er und der deutsche Botschafter Christian Pauls sich „im Rebellengebiet mit führenden Mitgliedern des Generalstabs der UCK ... In den beiden folgenden Tagen sicherte Hasim Thaci, der bei den Besprechungen nicht persönlich anwesend war, in sei-

48 IHT 27.2.1999

49 Wolfgang Petritsch, a.a.O., S. 301

50 Wolfgang Petritsch, a.a.O., S. 308



ner Position als politischer Repräsentant der Untergrundarmee und führendes Mitglied des Generalstabs, dem EU-Sondergesandten Petritsch in mehreren Telefonaten zu, daß es von Seiten der UCK eine positive Antwort auf das Abkommen geben werde und daß man zur Unterzeichnung bereit sei." Die US-Amerikaner hatten zunächst große Probleme, überhaupt einen kompetenten Ansprechpartner zu finden. Noch am 10. März — zwei Tage, nachdem Petritsch schon Thacis Zustimmung bekommen hatte -, konnten die US-Außenministerin und Ex-Senator Bob Dole den heftig umworbenen Untergrundmann nicht erreichen. Sie mußten einen öffentlichen Rundfunkauftritt bei Radio Tirana zu einem verzweifelten Appell an den UCK-Führer nutzen. Dole: "...we have everyone in the delegation prepared to sign the agreement except this invisible leader, the mystery man, Mr. Thaci, who doesn't want to be found ... Well, where is he? He's not in Washington. We don't know where he is. I think he's hiding out, stalling, and it's a great disservice to the people in Kosovo."<sup>51</sup>

Als am 15. März die Rambouillet-Folgekonferenz in der Avenue Kleber in Paris fortgesetzt wurde, waren die Würfel gefallen. Drei Tage später unterschrieb Thaci zusammen mit Rugova den Vertrag, während die serbische Delegation boykottierte. In einem persönlichen Brief an Petritsch würdigte Thaci dessen Rolle: „Zu unserem gemeinsamen Erfolg hat Ihr Beitrag, wie auch der Ihres Landes, erheblich beigetragen ... Das Volk von Kosova war und ist Verbündeter Europas, und so wird es auch bleiben. Kosova braucht Freiheit und Demokratie. Ihr persönlicher Beitrag und der der Europäischen Union waren unerläßlich und werden als solche gewürdigt.“<sup>52</sup>

Selbst Günter Joetze, der den 1999er Krieg im allgemeinen und auch die Verhandlungsführung in Rambouillet unterstützt, resümiert das Ergebnis in drastischen Worten: „Ja, es war ein Diktat. Die Staaten der Kontaktgruppe verlangten revolutionär viel von der Bundesrepublik Jugoslawien [...] Mit dieser Forderungen wurde das ‚westfälische Staatensystem‘ verlassen.“<sup>53</sup>

51 Jane Perlez, Dole Returns From Rebels Without Assent to Kosovo Accord, NYT 7.3.1999

52 dokumentiert in Wolfgang Petritsch, a.a.O., S. 335

53 Günter Joetze, a.a.O., S. 83



# Wag the Dog

## Hufeisenplan - die Lüge, mit der die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung überwunden wurde

**Behauptet wurde:** „Die Auswertung des Operationsplans ‚Hufeisen‘ liegt vor. Endlich haben wir einen Beweis dafür, daß schon im Dezember 1998 eine systematische Säuberung und die Vertreibung der Kosovo-Albaner geplant worden waren [...]“ (Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping, Tagebucheintrag 7.4.1999)<sup>1</sup>

**Tatsache ist:** Es gibt keinen Beweis für die Existenz eines jugoslawische oder serbischen Planes dieser Art, aber zahlreiche Indizien, daß ein solcher Plan im deutschen Verteidigungsministerium erfunden und dem Kriegsgegner zugeschrieben wurde.

„Wer eine Wahl gewinnen will, muß Stärke beweisen. Ein amerikanischer Präsident erfindet einen Krieg, einen Angriff auf ein kleines Balkanland. Medienwirksam und rührend emotional wird die fingierte Attacke von seinen Soldaten niedergeschlagen. Dafür rennt in einem Filmstudio eine Schauspielerin als Flüchtling verkleidet durch die Kulisse eines zerstörten Dorfes. Das ist Hollywood — Szenen aus einem Kinofilm, ‚Wag the Dog‘ heißt er. In der Realität, erst recht bei uns, ist das natürlich undenkbar. Wenn sich Deutschland an einem Krieg beteiligt, muß das moralisch gerechtfertigt, die Notwendigkeit politisch begründet werden. Daß der Verteidigungsminister bei der Legitimation für den Kosovo-Krieg übertrieben hat, daß moralischer Eifer und erhöhter Legitimationsdruck der rot-grünen Regierung dabei eine Rolle gespielt haben, das haben wir alle gewußt. Aber nun redet erstmals ein General vor der Kamera und spricht von einer größeren Manipulationskampagne. Demnach hat Rudolf Scharping Fakten bewußt falsch wiedergegeben und Drohkulissen entworfen, die nicht der realen Gefahr entsprachen, nur um die mediale Heimatfront ruhig zu stellen. Bis vor kurzem hätte ich das auch noch für einen Hollywood-Klamauk gehalten.“<sup>2</sup> Mit diesen Worten eröffnete die Moderatorin des ARD-Magazins Panorama im Mai 2000 einen Beitrag,

1 Rudolf Scharping, a.a.O., S. 107f.

2 Moderatorin Patricia Schlesinger, Panorama vom 18.5.2000

der erstmals einem breiteren Publikum die Enthüllungen des deutschen OSZE-Offiziers Heinz Loquai (vgl. auch Seite 40) bekannt machte.

Seine Rekonstruktion der *Wege in einen vermeidbaren Krieg*, wie es im Titel seines Buches<sup>3</sup> heißt, schildert die Ereignisse beinahe minutiös. Die „mediale Heimatfront“ wankte nach den ersten Bombennächten. Anfang April 1999 berichtete der „Spiegel“: „Gerhard Schröder und Joschka Fischer ... fürchten, daß die Stimmung kippt, wenn die Bomben Milosevic nicht bald zur Kapitulation zwingen [...]. Im Unterholz von Grünen und SPD rumort es zunehmend. Eine Umfrage, von Emnid im Auftrag des 'Spiegel' Anfang der Woche erhoben, als die Meldungen über den Massenmord an den Kosovo-Albanern langsam einliefen, sagt aus, daß 64 Prozent der Deutschen sich Verhandlungen wünschen und - in diesem Falle - eine Einstellung der Luftangriffe [...]. Besorgt analysieren die außenpolitischen Berater des Kanzlers, wie labil die Stimmung unter den europäischen Verbündeten ist.“<sup>4</sup> Das war am 5. April. Einen Tag später wies der Bundesaußenminister zum ersten Mal auf einen serbischen Plan hin, den „Hufeisenplan“, der den an der Nato zweifelnden Europäern zeigen sollte, daß Milosevic die „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bereits lange vor dem 24. März angeordnet hatte.<sup>5</sup> Am 8. April veranstaltete der Verteidigungsminister mit der Bundeswehrspitze eine Pressekonferenz und präsentierte die Aufmarschpläne der angeblichen serbischen Operation.

In der Bundestagsdebatte vom 15. April stand der Hufeisenplan im Mittelpunkt der Debatte. Kanzler Schröder erklärte: „Die jugoslawische Regierung hat von Anfang an an den Feldzug der ethnischen Säuberung geglaubt und ihn geplant, einen Feldzug, dessen Zeuge wir heute sind. Das, meine Damen und Herren, kostete bis jetzt Tausende von Menschen im Kosovo das Leben [...] Vertreibung und Mord waren längst im Gange, als die Nato ihre Militäraktion begann | ...]“<sup>6</sup>. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck: „Seit Frühjahr 1998 führt Milosevic in großem Stil Vertreibungsaktionen und Dorfzerstörungen im Kosovo

3 Heinz Loquai, *Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Konflikt*. Die Zeit von Ende November 1997 bis März 1999, Baden Baden 2000

4 Spiegel 14/1999

5 Pressekonferenz von J. Fischer, Wortlaut ursprünglich unter [www.auswaertiges-amt.de/6\\_archiv/inf-kos/p/P990406a.htm](http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/inf-kos/p/P990406a.htm)

6 Stenographisches Protokoll 14/32, S. 2.620

durch. Nach und während des Holbrooke-Abkommens ist der Vertreibungsplan ‚Hufeisen‘ entworfen worden, während Milosevic seine Leute am Verhandlungstisch sitzen ließ. Dieser Plan sieht die Entvölkerung des Kosovo von Albanern vor. Dies darf nicht zugelassen werden.“<sup>7</sup> Rezzo Schlauch, der Fraktionsvorsitzende der Bündnisgrünen: „Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Verbrechen von Milosevic gegen die Menschlichkeit von langer Hand geplant waren.“<sup>8</sup>

Kein Wunder, daß Nato-Sprecher Jamie Shea Mitgliedern der Bundesregierung höchstes Lob spendete: „Nicht nur Minister Scharping, auch Kanzler Schröder und Minister Fischer waren ein großartiges Beispiel für politische Führer, die nicht der öffentlichen Meinung hinterher rennen, sondern diese zu formen verstehen. Es stimmt mich optimistisch, daß die Deutschen das verstanden haben. Und jenseits der sehr unerfreulichen Begleiterscheinungen, der Kollateralschäden, der langen Dauer der Luftangriffe, hielten sie Kurs. Wenn wir die öffentliche Meinung in Deutschland verloren hätten, dann hätten wir sie im ganzen Bündnis verloren.“<sup>9</sup>

## **Die Widersprüche**

Schon auf den ersten Blick sind viele Auslassungen Scharpings zum Hufeisenplan fadenscheinig und werden, wo nicht durch offenkundige Tatsachen, so durch Äußerung seiner eigenen Generäle oder anderer westlicher Quellen dementiert.

- Bereits der Titel des angeblichen Planes verweist auf eine stümperhafte Fälschung: Potkova ist das kroatische oder bulgarische Wort für Hufeisen, im serbischen heißt Hufeisen Potkovica.

- Zu den Übersichten und den Karten, die der Bundeswehr-Generalinspekteur Hans-Peter von Kirchbach am 8. April 1999 an die Presse gab und die in vielen Zeitungen nachgedruckt wurden, als handele es

7 Stenographisches Protokoll 14/32, S. 2.622

8 Stenographisches Protokoll 14/32, S. 2.633

9 Jamie Shea in: Jo Angerer / Mathias Werth, Es begann mit einer Lüge, ARD/WDR 8.2.2001

sich um serbische Angriffspläne, sind die Aussagen des österreichischen Verteidigungsministers Werner Fasslabend hochinteressant. Fasslabend schreibt in einer Antwort auf eine Anfrage der österreichischen Grünen vom 16. Juli 1999, diese Materialien „stellen nicht Planungen der Operation 'Potkova' dar, sondern eine graphische Aufarbeitung der von Jänner bis April 1999 aus offenen Quellen erkennbaren Ereignisse." Und weiter: „Die vom deutschen Verteidigungsministerium „angesetzten Stärken der jugoslawischen Streit- und Sicherheitskräfte (sind) unrichtig und widersprechen auch allen öffentlich zugänglichen diesbezüglichen Informationen".

- Eine völlige Konfusion gibt es über die Entstehungszeit und das Anlaufen des angeblichen Plans. Nach Scharpings Tagebucheintrag vom 7. April 1999 wurden die Planungen „schon im Dezember" gemacht (s.o.), die erste Phase habe „im Januar" begonnen. Am selben 7. April sprach er in einer Pressekonferenz hingegen davon, „was sich auf der Grundlage des Operationsplanes 'Hufeisen' schon seit Oktober 1998 im Kosovo vollzogen hat".<sup>10</sup> Außenminister Fischer wiederum hatte am Tag zuvor gesagt, daß die Operation „Potkova" „parallel zum Rambouillet-Prozeß geplant (wurde)" und „daß sie am 26. Februar 1999 anlief". Am 16. April behauptete Scharping, der Plan sei „im November/Dezember des letzten Jahres aufgestellt worden"<sup>12</sup>, nur um drei Tage später zu verkünden, er sei „im Dezember zwischen der militärischen und politischen Führung Jugoslawiens erörtert"<sup>13</sup> worden (Hervorhebung J.E.). Bei der Bundestagsdebatte im April 2000 sprachen für Scharping „alle Informationen dafür, daß es diesen Plan schon im späten Herbst 1998 gegeben hat".<sup>14</sup> Auch hier widerspricht der österreichische Verteidigungsminister in der erwähnten Antwort explizit: „In der Beilage der Anfrage (das waren Scharpings Pressematerialien, Anm. J.E.) wird von einer im Oktober

10 Pressekonferenz Scharpings mit dem britischen Verteidigungsminister Robertson ([www.bundeswehr.de/presse/news/1999/pk990407.htm](http://www.bundeswehr.de/presse/news/1999/pk990407.htm)) - Der Link wurde vom BmVg bei der Neuorganisation seiner Site verschoben oder gelöscht

11 Pressekonferenz am 6.4.1999 ([www.auswaertiges-amt.de](http://www.auswaertiges-amt.de))

12 Pressekonferenz 16.4.1999 ([www.bundeswehr.de/kosovo/pk\\_t\\_990416.htm](http://www.bundeswehr.de/kosovo/pk_t_990416.htm)) - Der Link wurde vom BmVg bei der Neuorganisation seiner Site verschoben oder gelöscht

13 Pressekonferenz 19.4.1999 ([www.bundeswehr.de/kosovo/pk\\_t\\_990419.htm](http://www.bundeswehr.de/kosovo/pk_t_990419.htm)) - Der Link wurde vom BmVg bei der Neuorganisation seiner Site verschoben oder gelöscht

14 Stenographisches Protokoll der Sitzung vom 5.4.2000

1998 beginnenden, langandauernden und in kleinen Schritten durchgeführten Opefation ausgegangen, während die Experten meines Ressorts immer die These vertreten haben, daß die Operation 'Potkova' als geschlossene, großangelegte Aktion von März bis Mai 1999 stattfinden würde, was sich in der Realität auch bestätigt hat." Selbst diese Darstellung eines relativ späten Anlaufens von „Potkova" wird bestritten, und zwar von Experten des Referates FüS II 3 des deutschen Verteidigungsministeriums. Unmittelbar vor Beginn der Nato-Luftangriffe schreiben sie: Es „gibt keine Anzeichen für den Beginn einer Großoffensive gegen die UCK."<sup>15</sup> Und weiter: „Zu einer großangelegten Offensive gegen die UCK im gesamten Kosovo sind Armee und Polizei auch noch nicht fähig." Demnach können die sprunghaft steigenden Flüchtlingszahlen nach diesem Datum kein Resultat von und kein Beweis für „Potkova" sein. Aus dem ganzen unglaublichen Wirrwarr über die Entstehungsgeschichte wies die Londoner „Times" schließlich einen eleganten Ausweg: „Der Hufeisenplan hatte seine Wurzeln in einem Dokument, das vor mehr als 60 Jahren [...] verfaßt worden ist."<sup>16</sup>

- Scharping behauptet, der Plan habe die ethnische Säuberung des gesamten Kosovo zum Ziel gehabt. In besagter Übersicht des Generals von Kirchbach liest man jedoch: „Hauptziel der Operation ‚Hufeisen‘ ist hiesigen Erachtens die Zerschlagung bzw. Neutralisierung der UCK im Kosovo." Im weiteren Text werden dann vor allem Operationen gegen die UCK und nur örtlich begrenzte Vertreibungen der Zivilbevölkerung dargestellt, um der UCK „Basis und Rückhalt" zu entziehen.

- Scharping spricht schon in der Phase II (Februar 1999) von erheblichen jugoslawischen Verstärkungen im Kosovo, in der Übersicht General von Kirchbachs werden erst für März „einige Verstärkungen der Landstreitkräfte" im Kosovo erwähnt.

- Der einzige Kronzeuge, den Scharping präsentieren konnte, ist ein Wackelkandidat. Dragan Vuksic, seinerzeit Mitarbeiter des von Milosevic im Winter 1998 geschafften jugoslawischen Generalstabschefs Momcilo Perisic, sprach auf einer Tagung des österreichischen Verteidigungsministeriums am 18. März 2000 laut Redemanuskript tatsächlich von

15 z.n. HA 21.3.2000

16 The Times (London) 9.4.1999

einem Hufeisenplan. Drei Monate später aber korrigierte er sich, wie der oppositionelle Belgrader Sender Radio B2-92 meldete: „Vuksic sagte, es stimme nicht, daß er der Wiener Tageszeitung 'Die Presse' gegenüber erklärt habe, vor der Nato-Intervention im Kosovo habe es eine 'Operation Hufeisen' gegeben.“<sup>17</sup> Vuksics früherer Vorgesetzter Perisic, der laut Scharping abgelöst worden war, weil er den Hufeisenplan ablehnte, hat sich zu dem Thema übrigens nie geäußert.

Loquai bilanzierte seine Nachforschungen so: „Man hat mir im Verteidigungsministerium bei einem ausführlichen Gespräch über den Hufeisenplan gesagt, es lag kein Plan vor, sondern was vorlag, war eine Beschreibung der Operationen der serbischen Polizei und des serbischen Militärs.“ Sein Fazit: „Ich kann nur sagen, daß der Verteidigungsminister bei dem, was er über den Hufeisenplan sagt, nicht die Wahrheit

## Aussagen in Den Haag

Nicht einmal das ansonsten fantasievolle Tribunal in Den Haag war bereit, Scharpings Hufeisen-Kreation zu übernehmen. „Wäre das ein Dokument mit Deckblatt, Datum und Unterschrift, so wäre es fantastisch. Aber meist sieht so etwas eher nach Gesprächswiedergaben und Schlußfolgerungen aus“, erklärte Chefanklägerin Louise Arbour, nachdem sie den angeblichen Plan vom deutschen Verteidigungsminister erhalten hatte.<sup>19</sup>

17 Radio B2-92, 12.7.2000. Vuksic hatte seine Rede im März übrigens auf Deutsch gehalten. Dies enthob ihn der Peinlichkeit, für den Hufeisenplan entweder das von Fischer eingeführte kroatische Wort Potkova zu benutzen und sich damit lächerlich zu machen, oder serbisch korrekt von Potkovicica zu sprechen und dadurch Fischer zu blamieren. Vuksics Hufeisenplan hat übrigens mit dem gleichnamigen Fischer/Scharping-Konstrukt wenig zu tun. So betonte er auf besagter Tagung die „Tatsache, daß sich Milosevic nie zugunsten der 'ethnischen Säuberung' äußerte“ und bezeichnete „die Vertreibung eines Teils (!) der albanischen Bevölkerung als Begleiterscheinung“ einer antiterroristischen Aktion (!) vor allem während (!) der Nato-Aggression (!)“. (Hervorhebung J.E.; Redemanuskript im Besitz des Autors)

18 ARD-Magazin Panorama 18.5.2000

19 z.n. Hamburger Abendblatt 24.3.2000; bei den Mainzer Tagen der Fernsehkritik stritt Scharping die Äußerung von Frau Arbour ab. Sie wird jedoch durch eine schriftliche Erklärung ihres Sprechers Paul Risley bestätigt, die dem HA vorliegt.



Auch im Prozeß gegen Slobodan Milosevic in Den Haag ließen sich keine Beweise für die Existenz des ominösen Dokuments erbringen. Zwar gab im Unterschied zu General John Drewienkiewicz, dem operativen Leiter der OSZE-Mission im Kosovo, dessen Stabsoffizier Richard Ciaglinski, am 16. April 2002 vor Gericht an, er habe von einem serbischen Offizier von der Existenz serbischer Pläne zur Vertreibung der Kosovo-Albaner gehört. Obwohl sich der Brite weigerte, den Namen seines Gewährsmannes zu nennen, gab dieser Hinweis der Anklage neue Hoffnung. Schließlich hatten sie noch einen weiteren Zeugen, der die Andeutung des Briten aufgreifen und belegen wollte: RatomirTanic, der erste Serbe, der gegen Milosevic aussagte.

Sein Auftritt dauerte vom 14. bis zum 21. Mai 2002 und war damit einer der längsten im Prozeß. In einem schriftlichen Statement hatte er behauptet, daß es einen militärischen Übungsplan namens Hufeisen gegeben habe, der später in der Realität ge- und mißbraucht worden sei. Die Staatsführung habe sich ein „kleines Bombardement" durch die Nato gewünscht, um die Albaner aus der Provinz treiben zu können. Im Auftrag seiner der Partei „Neue Demokratie", die in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre Koalitionspartner in Milosevics Regierung war, habe er an vielen Sitzungen auf Spitzenebene teilgenommen, auf denen über das Kosovo verhandelt worden sei. Er bezeugte auch, es habe eine zweite Kommandostruktur gegeben, die Milosevic nutzte, um unter Umgehung der polizeilichen und militärischen Kommandokette die ethnische Säuberung anzuordnen.

Anläßlich seines persönlichen Auftretens im Zeugenstand büßte Tanic indes seine Glaubwürdigkeit vollkommen ein. Der Angeklagte präsentierte die Aufzeichnung einer Fernsehtalkshow mit Dusan Mihajlovic, der bereits zu Milosevics Zeiten den Vorsitz der „Neuen Demokratie" inne gehabt hatte und danach (also auch noch während des Prozesses) Polizeiminister der neuen pro-westlichen Regierung des Parteienbündnisses DOS war. Über sein Parteimitglied sagte Mihajlovic: „Tanic hat niemals bei der Fassung von Durchsetzung von Beschlüssen teilgenommen, er war nur ein Beobachter so wie jeder Bürger." Und weiter: „Ich wußte, daß Ratomir verrückt genug war, um sich als Zeuge zu bewerben, aber ich hätte nie gedacht, daß man ihn nehmen würde." Der Vizechef der Partei, Nebojsa Lekovic, erklärte: „Tanic hat nie in irgendeiner Weise

an Verhandlungen mit Kosovo-Albanern teilgenommen und mußte das Land wegen riesiger unbezahlter Schulden verlassen ..."

Noch desaströser war freilich, daß Tanic selbst zugab, mit dem britischen, italienischen und russischen Geheimdienst zusammengearbeitet zu haben. Am 15. und 16. Mai 2002 bekannte er, daß er seine schriftliche Stellungnahme zum Prozeß im Beisein von mindestens zwei britischen Agenten abgefaßt hatte. Die entsprechende Zusammenarbeit mit dem MI-6 habe schon 1993 „im Zuge der Vorbereitung von Dayton“ begonnen. Kleiner Schönheitsfehler: Die Dayton-Verhandlungen wurden sehr kurzfristig erst im Herbst 1995 angesetzt. Im Augenblick, so gab er auf Befragung zu, arbeite er an einem Buch, das vom britischen Nachrichtendienst finanziert werde.<sup>20</sup>

## **Scharpings Hufschmied**

Angestoßen durch die von Loquai aufgedeckten Widersprüche hat das „Hamburger Abendblatt“ im Jahr 2000 direkt im Verteidigungsministerium recherchiert, wie Scharping den Fake inszeniert hat. „Drei Offiziere erinnern sich an Gespräche, die sie im Herbst vergangenen Jahres mit Oberst Karl Gunter von Kajdacsy, Referatsleiter des Führungsstabes der Streitkräfte, geführt haben. Dabei hat ihnen der Oberst im Generalstabsdienst erzählt, er habe den Titel ‚Hufeisen‘ für die Analyse erfunden, die Scharping kurz zuvor aus dem Außenministerium auf die Bonner Hardthöhe geschleppt hatte. ‚Für mich war das Scharpings Schmied‘, sagt einer der Offiziere.“<sup>21</sup>

20 Tanics Behauptung einer zweiten verdeckten Kommandokette wurde am 5. Juli 2002 auch von Shukri Aliu, einem ehemaligen Oberst der jugoslawischen Armee von der Zivilverteidigung in Pristina, wiederholt. Demnach habe es neben dem regulären einen geheimen Generalstab gegeben. Allerdings hatte Aliu den Treffen dieses Generalstabes - angeblich jeden Dienstag um 17 Uhr in Pristina - nicht selbst beigewohnt, sondern nur von einem Vorgesetzten davon erfahren. Angeblich gebe es auch eine geheime Verordnung aus dem Jahre 1997, die Milosevic ein Umgehen der normalen Kommandostruktur gestatte. Doch der Zeuge benannte weder seinen Gewährsmann, noch konnte er das entsprechende Dokument präsentieren.

21 Hamburger Abendblatt 4.4.2000

Daß das Copyright der Erfindung nicht bei den Nato-Partnern liegt, wird auch aus dem Umstand deutlich, daß Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark am 19. April in einer Sendung der BBC jede Kenntnis des Planes bestritt.<sup>22</sup> „[...] die Nato griff" nicht zu, als ihr der Bonner Hufeisenplan in Brüssel zugestellt wurde. ‚Das ist nie in unsere Bewertung der jugoslawischen Seite einbezogen worden‘, weiß ein General“, berichtete das „Hamburger Abendblatt“.<sup>23</sup>

In der Bundestagsdebatte Anfang April 2000 darauf angesprochen, versuchte Scharping, sekundiert von Fischer und dem SPD-Abgeordneten Gernot Erler, seine Spuren zu verwischen. Erstens könne er nichts zu der Herkunft des Planes sagen, weil er seine Quellen schützen müsse. Zum zweiten habe Wesley Clark sich „kürzlich“ in einer BBC-Sendung als „certainly familiar“ mit dem Plan bezeichnet. (Selbst wenn das stimmen sollte, so wird doch damit nicht dementiert, daß Clark im April 1999 eben noch nicht „familiar“ gewesen ist). Zum dritten habe die Londoner „Times“ am 8. April 1999 - also zwei Tage nach Fischer, aber am selben Tag wie Scharping - über den Plan geschrieben: „Die CIA erfuhr bereits im Herbst (1998) von einem Plan mit dem Codenamen ‚Operation Hufeisen‘ mit dem Ziel, massenweise über Monate hinweg die Albaner zu töten und zu vertreiben.“

Nun hat die „Times“ das zwar tatsächlich geschrieben. Ob damit die CIA den Schwarzen Peter hat und Scharping von dort angestiftet wurde, ist aber dennoch strittig. Ein Artikel des Magazins „U.S. News“ vom 12. April 1999 widerspricht. Darin heißt es, im Weißen Haus habe man Kenntnis von einem „sorgfältigen Angriffsplan“ Milosevics gehabt. „Tatsächlich waren zwei CIA-Beamte, die zur Rambouillet-Delegation gehörten, so überzeugt von der Tatsache, daß sie die Verhandlungen verließen. Ein europäischer Geheimdienst erfuhr sogar den Namen des Angriffsplans: Er wurde Operation Hufeisen genannt.“ Offensichtlich hatte die CIA also gewisse Kenntnisse gesammelt, aber nicht den Titel erfunden. Vor allem hat der US-Geheimdienst aus diesen Erkenntnissen ganz andere Schlußfolgerungen als Scharping gezogen. Die BBC hat dazu ein Mitglied des Geheimdienstausschusses des US-Repräsentantenhauses befragt: „Im Februar 1999 briefte CIA-Chef George Tenet

22 vgl. BBC News 23.4.1999, 23.13 Uhr MEZ

23 Hamburger Abendblatt 4.4.2000

die Parteiführer, nachdem die Order zur Kriegsvorbereitung ergangen war. Er sagte, daß eine Militäraktion zu ethnischer Säuberung führen könnte [...] ,Wenn wir in diesem Wespennest herumstochern, könnte es noch schlimmer werden.'"<sup>24</sup> Während für Scharping die Geheimdienstkenntnisse zur Kriegsbeurteilung erhalten mußten, waren sie für den CIA-Chef also Anlaß zur Warnung, daß ein militärisches Eingreifen alles nur schlimmer machen würde.

Bemerkenswert übrigens, wie andere Medien auf die investigativen Glanzleistungen von Loquai und „Abendblatt“-Reporter Franz-Josef Hutsch reagierten. Die „Taz“ schrieb: „Um den verbrecherischen Charakter des Milosevic-Regimes zu belegen, braucht es keinen Hufeisenplan.“<sup>25</sup> Ähnlich die „Berliner Zeitung“: „Die Entscheidung zur Intervention war auch im Rückblick richtig, ganz unabhängig von der Frage, ob die Toten von Racak Zivilisten waren oder Kämpfer der UCK.“<sup>26</sup> Und die „Süddeutsche Zeitung“ beschied lapidar: „Ob der Plan nun Hufeisen hieß oder gar nicht existiert, interessiert höchstens die Historiker.“<sup>27</sup>

## **BND und HNA**

Licht in das Dunkel der „Hufeisen“-Fabrikation brachte vor allem die Diskussion in Österreich über die Rolle des eigenen Geheimdienstes, des Heeresnachrichtenamtes (HNA). „Er selbst, so (der damalige Außenminister, Anm. J.E.) Schüssel am Dienstag, habe die geheimdienstlich ermittelte Information über die 'Operation Hufeisen' bei einer EU-Außenministerkonferenz mündlich weitergegeben“, meldete das Wiener Wochenmagazin „Profil“ Ende April 1999.<sup>28</sup> Allerdings handelt es sich bei dieser „geheimdienstlichen Information“ keineswegs um einen Plan oder auch nur um ein konsistentes Dokument. So sagte der damalige Kanzler Viktor Klima gegenüber „Profil“: „Und zu diesem von Ihnen genannten Geheimdienstpapier möchte ich nur sagen: Ich persönlich habe

24 BBC-News 23.4.2000, 23.13 Uhr MEZ

25 Taz 1.4.2000

26 Berliner Zeitung 6.4.2000

27 SZ, 6.4.2000

28 Profil 26.4.1999

es bis heute nicht gesehen."<sup>29</sup> Der damalige Verteidigungsminister Werner Fasslabend erläuterte in seiner bereits zitierten Stellungnahme vom Sommer 1999, was Schüssel an die EU-Partner weitergegeben haben könnte - und was nicht: „Vorbereitung und Durchführung der Operation 'Potkova' wurden ab Mitte Jänner d. J. in den wöchentlichen Berichtslegungen (des Heeresnachrichtenamtes) dargestellt, ein spezieller, ausschließlich die Operation 'Potkova' betreffender Bericht wurde dazu nicht verfaßt [...]. Wie schon erwähnt, existiert über die gegenständliche Operation kein gesonderter 'HNA-Bericht'."<sup>30</sup>

Es gab also weder einen serbischen Plan noch ein Dossier des österreichischen Geheimdienstes. „Offensichtlich ist nur eines: Daß das Heeresnachrichtenamt in Wien der erste Träger dieser - für die westliche Politik nicht ganz unwesentlichen — Information war“, stellten die österreichischen Grünen fest.<sup>31</sup>

Das HNA ist in der Balkanaufklärung jedenfalls sehr leistungsfähig. Unter anderem kann sich der österreichische Geheimdienst auf ein in Jahrzehnten gewachsenes Informantennetz jenseits der Karawanken stützen. „Schon seit den frühen sechziger Jahren hat sich die österreichische Auslandsaufklärung auf das südliche Nachbarland konzentriert. Ein Nachrichtendienstler: 'Wir haben als junge Offiziere eingebleut bekommen, daß es zweieinhalb Aktionsfelder für uns geben könnte: Das halbe war der Westen; je ein ganzes waren der Osten und Jugoslawien.'<sup>32</sup>

Dabei fühlte sich das HNA noch nie an das Neutralitätsgebot der Verfassung gebunden. „Seit jeher hatte der österreichische Geheimdienst also seine Antennen auch nach Südosten gerichtet. Die Hardware dafür bezahlten die Amerikaner. Schon Ende der fünfziger Jahre wurde mit US-Geldern an Österreichs Ostgrenze, auf der Königswarte bei Hainburg, eine potente Lauschstation errichtet [...]. Im Gegenzug für die Finanzhilfe mußte sich Österreich verpflichten, die Informationen an 'befreundete' westliche Dienste weiterzugeben. So geschah es dann auch:

29 Profil 21.5.1999

30 Antwort von Werner Fasslabend auf eine parlamentarische Anfrage der Grünen, 16.7.1999

31 Grüne Fraktion im österreichischen Parlament, Anfrage an den Bundesminister für Landesverteidigung vom 19.5.1999

32 Profil 26.4.1999

Viele Jahre hindurch wurden die entsprechenden Bänder nach Frankfurt weitergesandt, ohne daß sie in Österreich überhaupt ausgewertet wurden."»

Die Verbindungen ins Altreich haben eine lange Tradition. So heißt es in einem Protokoll einer BND/HNA-Besprechung aus dem Jahre 1957: Der BND-Vertreter „verwies [...] darauf, daß die Funkaufklärung des BND trotz der ausreichenden personellen und materiellen Mittel nicht in der Lage sei, alle umfassenden Aufgabengebiete zu bearbeiten. Insbesondere der Süd-Ost-Raum (Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Teile von Ungarn usw.) könne teils aus personellen, teils aus empfangstechnischen Gründen schwer oder überhaupt nicht erfaßt werden."<sup>34</sup> Das Problem wurde gelöst — und wie! „Eingeweihten ist bekannt, daß die Aufgabenstellung für unsere Nachrichtendienste z. T. weniger von österreichischen Stellen als aus Pullach (der BND-Zentrale, Anm. J.E.) erfolgt. Nicht wenige HNA-Offiziere betrachten die Anstellung beim HNA nur als eine Pensionsberechtigung und als einen Deckmantel ihrer Haupttätigkeit für den BND", schrieb 1979 ein HNA-Insider an den damaligen Verteidigungsminister Otto Rösch.<sup>35</sup> Die Belgrader Zeitung „Nedeljni Telegraf" berichtete: „Noch 1989 beschlossen die Geheimdienste der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs eine vertragliche Zusammenarbeit auf dem Balkan."<sup>36</sup>

## Operation Südwind

In der jugoslawischen Krise Anfang der neunziger Jahre funktionierte das HNA jedenfalls ganz im Sinne der von Bonn und Wien unterstützten Sezessionisten. Eine wichtige Rolle spielte dabei ein österreichischer Nazi aus dem Funktionärskader der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Über diesen FPÖ- und HNA-Mann Helmut Stubner berichtete „Profil" im August 1995: „Zehn Jahre lang war Stubner Ausbildungs-

33 Profil 26.4.1999

34 Technischer Kontrolldienst, Reisebericht, Zu ZI. 2 streng geh/TKD/57 (Faksimile im Besitz des Autors)

35 z.n. Hans Wolker, Schatten über Österreich. Das Bundesheer und seine geheimen Dienste, Wien 1993, S. 141

36 Nedeljni Telegraf (Belgrad) 3.9.1997, übersetzt in Balkan Press 12.9.1997

fizier im Wiener Landwehrstammregiment 21. Jahrelang bewegte sich der Mann im extrem rechten Umfeld. Erst unterstützte er die ‚Aktion Neue Rechte‘, dann kam er an der Universität Wien mit rechten Burschenschaften zusammen - darunter auch mit dem Briefbomben-Angeklagten Franz Radi [...] In den Jahren darauf betätigt sich Stubner mit einer Gruppe von Hardlinern als FPÖ-Bezirksrat [...], vorübergehend arbeitet er sogar in der Wiener Parteizentrale in der Umgebung von Obmann Rainer Pawkowicz [...] Der deutschnationale Burschenschafter Stubner interessiert sich besonders für europäische Minderheitenfragen, zusammen mit Mitgliedern der Österreichischen Landsmannschaft setzt er sich für deutsche Minderheiten in Siebenbürgen und anderswo ein. Seine Völkerrechts-Diplomararbeit handelt vom Minderheitenschutz in Slowenien und Kroatien.“<sup>37</sup>

Als sich am 1. Juli 1991 in Wien eine „Österreichisch-Slowenische Gesellschaft“ (ÖSG) formiert, ist Stubner einer der Protagonisten, der sich die Anerkennung des Sezessionsstaates zum Ziel setzt. Die Gründungsmitglieder kommen zumeist aus der FPÖ, so unter anderem Günter Enzensdorfer, der Volksgruppen-Referent der Partei. Mit FPÖ-Chef Jörg Haider selbst, so heißt es in einem späteren Aktenvermerk eines Wiener FPÖ-Funktionärs, soll Stubner mehrere Gespräche geführt haben. In einem Schreiben an den damaligen FPÖ-Generalsekretär Walter Meischberger brüstet sich Stubner im Februar 1992 mit dem Erfolg einer „großzügig konzipierten Operation“ für den „Selbstbestimmungsweg Sloweniens und Kroatiens“.<sup>38</sup> Was er damit gemeint haben mag? Einige Monate später fliegt Stubner wegen des Versuchs der Bildung einer Privatarmee in Südtirol auf. Seine zeitweiligen Bozener Gesprächspartner geben gegenüber der Staatsanwaltschaft Innsbruck zu Protokoll, was er ihnen gesagt hat: „Wenn Slowenien weitgehend ohne Kampfhandlungen die Unabhängigkeit erlangen konnte, dann sei das auf die jahrelange gute militärische Vorbereitung zurückzuführen gewesen, die durch den Heeresnachrichtendienst durchgeführt worden sei. Für den Tag X (Bürgerkrieg oder kriegerischer Konflikt mit Serbien) habe er, Stubner, im Auftrag des Heeresnachrichtendienstes mit anderen österreichischen Offizieren in Slowenien die Zellen für eine eigene Territorialverteidigung aufgebaut und geschult, mit Waffen versorgt und vorbereitet. Nur dieser

37 Profil 28.8.1995

38 z.n. Profil 28.8.1995

guten Vorbereitung sei der Erfolg zu verdanken, daß Slowenien heute unabhängig sei."<sup>39</sup> Bei der Hausdurchsuchung wird auf Stubners Computer-Festplatte der „Entwurf eines Szenarios für die politische Zielfindung im aktuellen Sezessionskonflikt in Jugoslawien“ gefunden. Dateiname: „Südwind“. In einer Adressenliste findet sich Name und Anschrift des slowenischen Geheimdienstchefs Renato Krajinč.

Daß Stubner kein Angeber ist, beweist nicht nur der Umstand, daß einer seiner ÖSG- und FPÖ-Spezln 1992 beim Waffenschmuggel nach Kroatien erwischt und trotzdem von der österreichischen Justiz freigesprochen wurde. Auch die Erkenntnisse, die die Konkurrenzorganisation Staatspolizei (Stapo) über das HNA gesammelt hat, lassen Stubner\* als Teil einer „großzügig konzipierten Operation“ erscheinen. (Dazu muß man wissen, daß der HNA traditionell eine Domäne von ÖVP und FPÖ ist, während die Stapo, der die Inlandsaufklärung obliegt, eher unter SPÖ-Einfluß steht.) „Bei der Stapo erinnert man sich sehr genau daran, daß während des Angriffs der serbisch dominierten Bundesarmee gegen Slowenien HNA-Beamte einen fertigen Evakuierungsplan für die slowenische Regierung in der Tasche hatten. Im Fall des Falls hätten die Slowenen in Österreich eine Exilregierung installieren sollen. Gattinnen slowenischer Spitzenpolitiker waren bereits in einem Versteck im Burgenland untergebracht, schrieb die Tageszeitung „Kurier“.<sup>40</sup>

Schon damals ging die Stapo von einer „Agentengruppe mit einem auffälligen Näheverhältnis zur FPÖ“ („Kurier“) aus, das HNA sei ein „unterwanderter Geheimdienst“. Neben Stubner soll(t)en auch die HNA-Brigadiers „W.“ und Wolfgang Jung zu dieser Gruppe gehören. „W.“ hat laut „Kurier“ „beste Beziehungen zu Verteidigungsminister Werner Fasslabend“, Jung ist der Leiter von Haiders „sicherheitspolitischem Arbeitskreis“ - und stellvertretender Chef der Auswertungsabteilung im HNA. „Über den Schreibtisch des ranghohen Offiziers wandern die heikelsten Verschlusssachen der Republik“ — also vermutlich auch die Materialien, aus denen dann der Hufeisen-Plan zusammengebastelt wurde.<sup>41</sup>

39 z.n. Profil 28.8.1995

40 Kurier 15. 01.1996

41 Profil 21.8.1995



## Die Sofia-Connection

Aber waren die Österreicher überhaupt die wichtigsten Zuträger für die deutsche Regierung? Scharping sagt ja, Fischer sagt nein. Hören wir zuerst die Version von Scharping: „Im übrigen kam das ((gemeint: der Hufeisenplan)) [...],das ist öffentlich bekannt, deswegen kann ich auch darüber reden, es kam über den österreichischen Geheimdienst, es wurde dem Außenminister übergeben, von ihm erhielt ich die Unterlagen am 4. oder 5. April (1999, Anm. J.E.).“<sup>42</sup>

Scharpings Ministerium unterstützt die Darstellung seines Dienstherrn. Die Truppenzeitung „Bundeswehr aktuell“ schrieb im April 2000. „Das in Militärkreisen hoch gelobte österreichische Heeresnachrichtenamt soll ihn (den Hufeisenplan, Anm. J.E.) beschafft haben. Dafür sprächen uralte Kontakte des Wiener Abwehrdienstes zum Balkan, die auf die Kaiserzeit zurückgehen.“<sup>43</sup>

Der bundesdeutsche Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom geht im Unterschied dazu nicht davon aus, daß die österreichische Aufklärung zum Ausspionieren der Jugoslawen in der Lage war. Zwar könnten die Antennen in Hainburg alle Funkprüche vom Balkan aufnehmen, doch nur mit Hilfe der US-Satelliten könnten sie sie auch lokalisieren. „Es handelt sich nicht um eine bloße Datenübermittlung, vielmehr gab es von vornherein ein operatives Zusammenwirken amerikanischer und österreichischer [...] Aufklärer unter Führung der NSA (National Security Agency).“<sup>44</sup>

Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob die Erkenntnisse, aus denen später Potkova entstand, überhaupt aus der Funkaufklärung stammten. „Profil“ widerspricht: „Die Informationen über die geplante ‚Operation Hufeisen‘ dürften nicht auf dem Weg der ‚electronic intelligence‘ nach Österreich gekommen sein: Die militärisch gewieften Jugoslawen würden so brisante Geheimnisse kaum dem unsicheren Funkverkehr anver-

42 Scharping auf den Mainzer Tagen der Fernsehkritik am 16.5.2000

43 Bundeswehr aktuell 10.4.2000

44 Erich Schmidt-Eenboom, Kurzvortrag zur Enquete Polizeistaat Europa, Wien, 1.6.1999 (Ms), S. 8.

trauen."<sup>45</sup> Vielmehr habe es sich bei dieser Information, so ergänzte ein „österreichischer Geheimdienstmitarbeiter" gegenüber dem „Hamburger Abendblatt", um „unstrukturiertes analytisches Material eines Wissenschaftlers des bulgarischen Geheimdienstes" gehandelt.<sup>46</sup> Erst später seien Abhörergebnisse aus dem Funkverkehr hinzugekommen.

Diese Version wird auch von Fischer gestützt, der offensichtlich von Scharping — siehe oben — fälschlich als Kronzeuge für die Austrian Connection vereinnahmt wurde. In seinen Memoiren schreibt der ehemalige Außenminister vielmehr, seine bulgarische Amtskollegin Nadeshda Michailowa habe ihm das Hufeisen-Material auf einer humanitären Konferenz Ende März 1999 übergeben. „Sie bat mich am Rande der Konferenz um ein Vier-Augen-Gespräch. In diesem teilte sie mir mit, daß der bulgarische Geheimdienst den Operationsplan der Serben für den Krieg im Kosovo kennen würde, der unter dem Namen ‚Operation Hufeisen‘ (‚Operation Horseshoe‘) seit Ende letzten Jahres existierte und der die Pläne zur Vertreibung der Kosovo-Albaner enthielte."<sup>47</sup>

Was gilt jetzt? Hat der Außenminister Recht oder der Verteidigungsminister? Nicht einmal innerhalb der deutschen Regierung herrscht offensichtlich eine einheitliche Sprachregelung darüber, wo der famose Hufeisenplan hergekommen sein soll. Ist jemals stümperhafter gelogen worden?

Fest steht jedenfalls, daß die Serben mit der Operation Potkova am wenigsten zu tun hatten. Viel wichtiger waren die Bulgaren mit ihrem „unstrukturierten analytischen Material" („Hamburger Abendblatt"), im weiteren der österreichische HNA mit seiner „wöchentlichen Berichterlegung" unter anderem aus Erkenntnissen der Funkaufklärung (Fasslabend). Diese Bruchstücke wurden vom österreichischen Außenminister und/oder von seiner bulgarischen Amtskollegin an die EU-Partner weitergegeben, eventuell auch an die USA.<sup>48</sup> Im Unterschied zu allen ande-

45 Profil 26.4.2000

46 HA 21.3.2000

47 Joschka Fischer, Die rot-grünen Jahre, a.a.O., S. 170

48 Dies behauptete die Washington Post Ende April 1999; Profil vom 26.4.1999 spekuliert darüber, ob die angebliche Weitergabe an die USA nicht von Washington gezielt gestreut wurde, um der Wiener Regierung, die der Nato Überflugrechte verweigert hatte das Stigma der Neutralitätsverletzung anhängen zu können, um ihr innenpolitisch zu schaden.

ren entschloß sich dann die Bundesregierung angesichts ihres Umfragetiefs nach den ersten Kriegstagen, aus diesen Elementen einen Plan zu basteln und damit in die Offensive zu gehen.

## **Späte Einsicht**

Im September 2005 konnte man in der „FAZ“ lesen, wenn auch nur in einer TV-Film-Besprechung im Feuilleton: „Auch der angebliche 'Hufeisenplan' hoher serbischer Stellen, den der damalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping der Presse vorstellte, um die Angriffe der Nato gegen Serbien 1999 zu rechtfertigen, gehört wohl eher zu den Ruhmesblättern der Geschichte der Desinformation. Heute will keiner mehr etwas damit zu tun haben; Scharping gibt im Interview den Schwarzen Peter weiter, Fischer erklärt, kein Geheimdienstexperte zu sein. Ludger Volmer merkt vorsichtig an, man habe den Plan mehr erschlossen als wirklich besessen. Wiederum ist es Bernd Ulrich („Die Zeit“), der sich zum Anwalt der Vernunft macht: In demokratischen Gesellschaften benötige die öffentliche Meinung für Kriegspläne nun einmal eine gewisse Dramatisierung, in solchen Fällen pflege regelmäßig eine Karte aufzutauchen, in welcher der Feind seine Absichten schwarz auf weiß fixiert habe. Mehr ist dazu nicht zu sagen; allenfalls die Churchill-Frage, ob man nicht am Ende, angesichts antiserbischer Übergriffe von Seiten der Kosovo-Albaner, das falsche Schwein geschlachtet habe, ließe sich anschließen.“<sup>49</sup>

49 Lorenz Jäger, Vom Hufeisenplan spricht keiner mehr, FAZ 13.9.2005

10E

## Politik mit Auschwitz

### Serbische Konzentrationslager — die Lüge, mit der die Bundesregierung die NS-Vergangenheit entsorgte

**Behauptet wurde:** „Der Nationalismus wird aufbrutalste Art und Weise von Herrn Milosevic betrieben. Man kann fast schon sagen, in einer Art und Weise, wie sie seit den vierziger Jahren, seit den Nazis und seit der Hochzeit des Faschismus in Europa nicht mehr für möglich gehalten wurde.“ (Außenminister Joseph Fischer)<sup>1</sup>

**Tatsache ist:** Milosevic hat nichts getan oder angeordnet, das mit den faschistischen Verbrechen der dreißiger und vierziger Jahre vergleichbar ist. Mit solchen Vergleichen hat die Bundesregierung den Holocaust verharmlost.

Es war der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping, der drei Tage nach Kriegsbeginn als erster westlicher Politiker einen Genozid im Kosovo und Konzentrationslager festgestellt haben wollte: „Im Kosovo wird Völkermord nicht nur vorbereitet, sondern ist eigentlich schon im Gange“, notierte er am 27. März 1999 in sein Kriegstagebuch.<sup>2</sup> Einige Tage später resümierte die regierungsnahe US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch: „Es kommt zu einzelnen Morden, und es gibt auch Hinweise auf größere Mordaktionen. Sie reichen jedoch nicht aus, um von 'Massakern' zu sprechen [...] Ein Völkermord sei zwar zu befürchten, man könne jedoch nach den vorliegenden Informationen nicht von einem solchen sprechen.“<sup>3</sup> Auch die UN verwendete damals, so ihr Sprecher Fred Eckardt am 31. März, explizit den Terminus „Völkermord“ nicht.<sup>4</sup> Erst am 7. April schloß UN-Generalsekretär Kofi Annan propagandistisch zu Scharping auf und warnte vor einem möglichen (!) Völkermord. „Obwohl wir keine unabhängigen Beobachter am Boden haben, lassen bestimmte Anzeichen daran denken, daß man vielleicht im Begriff ist, derselben Sache (dem Völkermord, J.E.) auch im

1 Pressekonferenz des AA am 6.4. 1999

2 Rudolf Scharping, (Kriegstagebuch) Wir dürfen nicht wegsehen. Der Kosovo-Krieg und Europa, Berlin 1999, S. 84

3 Taz 3.4. 1999

4 nach Heinz Loquai, Der Kosovo-Konflikt, a.a.O., S. 136

Kosovo beizuwohnen," so Annans Formulierung.<sup>5</sup> Teile der Weltpresse hielten sich nicht lange mit den vorsichtigen Formulierungen des UN-Generalsekretärs auf. „Der Generalsekretär der Uno klagt die Serben an, einen Völkermord im Kosovo zu begehen", meldete am selben Tag der französische TV-Kanal Europe 1.

Internationaler Stichwortgeber war Scharping auch in Sachen Konzentrationslager. Am 28.März berichtete er in der ARD-Talkshow „Christiansen" von einem Konzentrationslager „im Norden von Pristina". Die deutsche Presse war begeistert und schrieb gleich im Plural. „Scharping enthüllt: ER (Milosevic) baut KZs im Kosovo [...] Wo sind ihre Männer, Väter, Brüder? In den KZs von Milosevic, enthüllt Scharping", titelte das Berliner Boulevardblatt „B.Z." am 1. April, die „Bild" erschien am selben Tag mit der Riesenschlagzeile „[...] sie treiben sie ins KZ" (und zeigte darunter ein Foto mit Flüchtlingen auf dem Weg zur mazedonischen Grenze). Weiter hieß es in dem Springer-Blatt: „Nun wird der Alltag im Kosovo zur KZ-Wirklichkeit. Hitler und Stalin sind in Milosevic wieder auferstanden. Menschenfeinde, Menschenjäger, Menschenvernichter." Drei Tage nach Scharping zog die US-Außenministerin nach: „Madeleine Albright bekräftigt, daß ein Konzentrationslager im Kosovo eingerichtet worden ist. 20.000 Albaner, zumeist Frauen und Kinder, würden festgehalten, mißhandelt und als menschliche Schutzschilde benutzt."<sup>6</sup>

Nach der Erfindung von KZs wurde das Arsenal der Holocaust-Erinnerungen weiter geplündert. Scharping sah Ende März Anzeichen „für eine systematische Ausrottung, die an das erinnert, was zu Beginn des Zweiten Weltkrieges im deutschen Namen angerichtet worden ist, zum Beispiel in Polen".<sup>7</sup> Fischer sekundierte eine Woche später: „Der Nationalismus wird auf brutalste Art und Weise von Herrn Milosevic betrieben. Man kann fast schon sagen, in einer Art und Weise, wie sie seit den vierziger Jahren, seit den Nazis und seit der Hochzeit des Faschismus in Europa nicht mehr für möglich gehalten wurde."<sup>8</sup> Auf die Nachfrage des US-Magazins „Newsweek", ob er eine direkte Parallele zwischen den

5 zitiert nach Hassan M. Fodha, Direktor des Informationszentrums der Uno, in einem Beitrag für Figaro 17.4.2000

6 der französische TV-Sender Europe 1 31.3.1999

7 z.n.Taz 1.4.1999

8 Pressekonferenz des AA am 6.4.1999

Ereignissen im Kosovo und der Nazi-Zeit sehe, antwortete er: „Ich sehe eine Parallele zu diesem primitiven Faschismus. Es ist offensichtlich: Die 30er Jahre sind wieder da, und das können wir nicht akzeptieren.“<sup>9</sup>

Bei einem Bundeswehrbesuch sagte Verteidigungsminister Scharping: „Die Bundeswehr operiert im Kosovo, um ein neues Auschwitz zu verhindern.“ Am 7. April 1999 erklärte Außenminister Fischer: 'Ich habe nicht nur gelernt: Nie wieder Krieg. Ich habe auch gelernt: Nie wieder Auschwitz.“<sup>10</sup>

## Jüdische Proteste

Zahlreiche jüdische Organisationen und bekannte Persönlichkeiten protestierten gegen diese Instrumentalisierung des Holocaust, wie Mira Beham zusammengetragen hat.“ Noam Chomsky initiierte einen „Appell amerikanischer Juden an die grüne Partei Deutschlands“.<sup>12</sup> Der Auschwitz-Überlebende Elie Wiesel sagte Anfang April: „Was die Serben im Kosovo machen, stellt keinen Völkermord dar ... Der Holocaust war konzipiert worden, um auch noch den letzten Juden auf diesem Planeten zu vernichten. Glaubt irgend jemand, daß Milosevic und seine Komplizen ernsthaft planten, alle Bosniaken, alle Albaner, alle Moslems in der Welt auszulöschen?“<sup>13</sup> Die „Jewish World Review“ erinnerte daran, daß die Juden in Deutschland keine Untergrundarmee hatten, deren Ziel die Schaffung eines eigenen jüdischen Staates auf deutschem Boden war — wie es analog die kosovoalbanische UCK verfolgte. Selbst in der renommierten Fachzeitschrift „Foreign Affairs“ fanden die Einwände Widerhall. „Deutschlands Politik in den frühen 1940er Jahren war die totale Vernichtung eines ganzen Volkes [...]. Alle Juden sollten gefunden und getötet werden. Zugladungen voller Menschen wurden in Todesfabriken geschickt. [...] Etwa 200.000 Albaner leben heute sicher und komfortabel (so komfortabel es eben unter einem Nato-Bombar-

9 z.n.Taz 13.4.1999

10 z.n. Arno Lustiger, Ein Schatten über der ganzen Welt, FAZ 27.1.2007

11 Mira Beham, Informationskrieg um das Kosovo, S + F 3/2000, S. 218 ff.

12 [www.counterpunch.org/greenappeal.html](http://www.counterpunch.org/greenappeal.html)

13 AFP 5.4.1999

dement geht) im Gebiet von Belgrad und Nordserbien. Wenn es einen Völkermord gäbe, wäre dies nicht der Fall. Selbst wenn man als gegeben hinnimmt, daß 800.000 Flüchtlinge von den Serben mit Gewalt vertrieben wurden [...] — sie sind immer noch am Leben. Sie wurden nicht in Massentodeslager gesteckt und ausgelöscht. Es ist eine groteske Verzerrung der Wahrheit, die Erfahrungen der ethnischen Albaner mit jenen der Juden im Zweiten Weltkrieg zu vergleichen. [...] Es gibt noch einen anderen Grund, warum Juden es als widerwärtig empfinden, daß der Holocaust dazu benutzt wird, die Unterstützung für das tödliche Bombardement des jugoslawischen Volkes hochzupfeitschen. Es ist eine wohlbekannte historische Tatsache, daß serbische Juden während des Zweiten Weltkrieges von der serbischen Bevölkerung in größtmöglichen Maße vor den Nazis versteckt und geschützt wurden."<sup>14</sup>

Der Holocaust-Überlebende Arno Lustiger nutzte noch Jahre nach dem Krieg eine Gedenkveranstaltung des Hessischen Landtages zum Auschwitz-Jahrestag am 26.01.2007 zu geharnisstem Protest: „Der fabrikmäßige Massenmord von Juden wurde unter der Metapher Auschwitz zu vielen Zwecken mißbraucht. [...] Die Opfer der Nazis mußten die Parallelisierung Kosovo — Auschwitz als eine neue Art der Auschwitz-Lüge betrachten, denn dies ist die Leugnung der Einmaligkeit des Verbrechens und des mit Auschwitz verbundenen Zivilisationsbruches. Es war eine Funktionalisierung und Instrumentalisierung von Auschwitz für anderweitige Zwecke."<sup>15</sup>

Dennoch machten eine ganze Reihe prominenter Juden die Instrumentalisierung von Auschwitz mit. Die bekanntesten Beispiele sind die US-Außenministerin Madeleine Albright (die die Jugoslawen in Belgrad im Zweiten Weltkrieg samt ihrer Familie vor den Nazis versteckt hatten, was sie ihnen offensichtlich schlecht dankte), der Buchautor Daniel Goldhagen (dazu gleich mehr) und in Deutschland der Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Michel Friedman. Daraus aber — wie neofaschistische Gruppen und andere Antisemiten — die Schlußfolgerung zu ziehen, die Juden seien eine treibende Kraft in dieser Kampagne gewesen, ist eine böswillige Verzerrung. Auch auf der Seite der Gegner des Krieges wa-

14 Tockl Emoff, Hijacking the Holocaust. A Jewish-American Perspektive of the U.S./ Nato bombing of Yugoslavia, in: Foreign Affairs 24.5.1999

15 Arno Lustiger, a.a.O.



ren nämlich ebenfalls jüdische politische Schwergewichtige zu finden, etwa Henry Kissinger oder Ariel Scharon. Der langjährige US-Außenminister schrieb der Clinton-Regierung noch während der Rambouillet-Konferenz ins Stammbuch: „Von Jugoslawien, einem souveränen Staat, verlangt man die Übergabe der Kontrolle und Souveränität über eine Provinz mit etlichen nationalen Heiligtümern an ausländisches Militär. Analog dazu könnte man die Amerikaner auffordern, fremde Truppen in Alamo einmarschieren zu lassen, um die Stadt an Mexiko zurückzugeben, weil das ethnische Gleichgewicht sich verschoben hat.“<sup>16</sup> Scharon, damals israelischer Außenminister, machte aus seiner Ablehnung der Nato-Angriffe keinen Hehl. Die Unterstützung der albanischen Separatisten könne zur Entstehung eines „gefährlichen islamischen Blocks“ in der Region führen, meinte er Anfang April 1999.<sup>17</sup>

Doch solche jüdischen Stimmen wurden aus der Mainstream-Berichterstattung ausgeschlossen. Juden kamen während des Krieges nur dann in den großen deutschen Medien zu Wort, wenn sie die Nato unterstützten. Ein Beispiel dafür war der Umgang mit dem bekannten deutsch-jüdischen Autor Autor Rafael Seligmann. „Damals rief eine große Fernsehgesellschaft bei mir an und wollte mich für eine Talkshow gewinnen. Sinngemäß sagte man mir: Sie sind doch bestimmt, wie Michel Friedman auch, für den Krieg [...] Ich antwortete, daß ich [...] die Bombardierung für das falsche Mittel hielte [...] Da wurde ich wieder eingeladen.“<sup>18</sup> Die Juden wurden nach vorne geschoben, wenn sie die Kriegspolitik befürworteten — ansonsten wurden sie zensiert.

## Der Fall Goldhagen

Beispiele für die Instrumentalisierung von Auschwitz für die Kriegführung gab es auch in anderen Nato-Staaten. Eines der schlimmsten war sicherlich ein Aufsatz von Daniel J. Goldhagen am 29. April 1999 im britischen „Guardian“. Goldhagen, der 1996 international und vor allem in Deutschland mit seinem Buch *Hitlers willige Vollstrecker* ein Tabu

16 Financial Times (London) 24.3.1999

17 Robert Fisk, Ariel Sharon, Independent (London) 6.1.2006

18 Interview mit Rafael Seligmann: Gänse auf dem Kapitol, Konkret 1/2001

gebrochen und erstmals von der Mitschuld „ganz gewöhnlicher Deutscher“ am Holocaust gesprochen hatte, postulierte in diesem Essay: „Im Grunde unterscheiden sich die serbischen Untaten nur in ihrer Größenordnung von denen der Deutschen ... Milosevic ist kein Hitler ... Doch haben die Serben alles in ihren Kräften Stehende getan, um die Welt an den Holocaust zu erinnern.“ Schlußfolgerung: Die Alliierten müßten Serbien — wie damals Nazi-Deutschland - „besiegen, besetzen und umerziehen“.<sup>19</sup>

So unwissenschaftlich Goldhagens Analogiebildung war, so hatte er sich doch immerhin in Nebensätzen bemüht, einige Unterschiede zwischen dem Nazismus und dem heutigen Serbien deutlich zu machen. Es kennzeichnet den Geschichtsdiskurs in Deutschland, daß diese Nebensätze in der Übersetzung des Artikels für die „Süddeutsche Zeitung“ wegfielen oder verfälscht wurden.. Im Original hieß es beispielsweise: „The Serbs did not begin their imperial and mass murdering wars, as the Germans did, without suffering injury or any conceivable threat, but did so in the context of simmering ethnic conflicts and having suffered some injuries themselves at the hands of Croats and even of Bosnians and ethnic Albanians.“ Diese ganze Passage wurde in der „SZ“ in ihr Gegenteil verkehrt und stark gekürzt: „Die Serben haben zwar ihren völkermörderischen Krieg begonnen, ohne selbst verfolgt oder bedroht worden zu sein. Aber er wurde entfesselt in einer Atmosphäre ethnischer Konflikte.“ Im folgenden Absatz hieß es ursprünglich: "The majority of Serbs may not be, as many Germans were, in the grip of an apocalyptic ideology that essentially called for — and produced policies — that would have led to an end to western civilisation." Dieser Satz entfiel in der „SZ“. Der nächste Satz — „Die große Mehrheit der Serben wird von einer besonders gemeinen Variante des Nationalismus animiert“ — ist bis dahin richtig übertragen; doch die Weglassung des Attributs von nationalism — „characteristic of western civilisation“ - war ebenfalls eine inhaltliche Verfälschung. So wurde der Nationalismus von einer Krankheit der westlichen Zivilisation zu einer exklusiv serbischen Verirrung.

19 Daniel Jonall Goldhagen, German Lessons, Guardian 29.4.1999, sowie ders., Deutschstunde, SZ 30.4.1999

# Wo sind die Killing Fields?

## Hunderttausend Ermordete - die Lüge, mit der die Nato ihren Krieg als Nothilfe zur Rettung von Menschenleben rechtfertigte

**Behauptet wurde:** „Tausende, Zehntausende, Hunderttausende Tote [...] Das ist keine Theorie, sondern Praxis auf dem Balkan; sie ist als Ergebnis der Politik von Milosevic zu sehen.“ (Joseph Fischer Anfang April 1999 im Bundestag)<sup>1</sup>

**Tatsache ist:** Bis Herbst 2007 wurden im Kosovo etwas über 4.000 albanische Leichen gefunden. Es ist in den meisten Fällen nicht bekannt, ob diese Menschen von serbischen Sicherheitskräften oder albanischen Terroristen ermordet wurden, ob sie Opfer der Nato-Bomben oder gewöhnlicher Kriminalität wurden.

Schon 14 Tage nach der Erfindung der serbischen KZs Ende März 1999 hieß es: „Kehrtwende auf der Hardthöhe: Nachdem Verteidigungsminister Rudolf Scharping noch vor Ostern von Konzentrationslagern' im Kosovo gesprochen hatte, sind seine Militärs auf einmal vorsichtiger geworden. In einer Auswertung der Gespräche, die im mazedonischen Flüchtlingslager Neprosteno geführt wurden, äußern die Offiziere den Verdacht, „daß eine größere Anzahl von Befragten überzeugt ist, den Druck auf die Nato für den gewünschten Einsatz von Nato-Bodentruppen durch einzelne Übertreibungen erhöhen zu müssen.“<sup>2</sup> Das Scharping-KZ in Pristina dementierte bereits ein Augenzeugenbericht in der „FAZ“ vom 7. April 1999: „Seit bei uns in Pristina die serbischen Angriffe begonnen haben, werden über alles und jedes Gerüchte verbreitet [...] Man berichtete auch, Menschenmassen würden in der Sportarena der Stadt zusammengetrieben. Von meiner Wohnung aus konnte ich jedoch sehen, daß nichts dergleichen geschah.“ (Das war freilich auf Seite 7 der „Zeitung für Deutschland“. Auf der Titelseite der „FAZ“ wurde am selben Tage weiter kolportiert, „daß in Pec und Pristina die Sportstadien mit Männern gefüllt seien“.)

1 z.n. Plenarprotokoll 14/31, S. 2.584

2 Hamburger Morgenpost 15.4.1999

Aber auch ohne Konzentrationslager wollte man die Behauptung vom „Völkermord“ nicht zurücknehmen, ganz im Gegenteil. Bereits am zweiten Kriegstag hatte Joschka Fischer demonstriert, wie man auch mit Zahlenakrobatik schockieren kann: „Wir können nicht zulassen, daß sich in Europa eine Politik der Gewalt durchsetzt, eine Politik, die keine Skrupel hat, Gewalt einzusetzen, und die bereit ist, über Leichen zu gehen, auch wenn es Tausende, Zehntausende, Hunderttausende Tote bedeutet.“ Damit keiner im Plenarsaal des Reichtages auf den Gedanken käme, er beschwöre nur bloße Möglichkeiten der serbischen Politik, suggerierte der Außenminister im nächsten Satz die sechsstellige Opferzahl als Realität: „Das ist keine Theorie, sondern Praxis auf dem Balkan; sie ist als Ergebnis der Politik von Milosevic zu sehen.“<sup>3</sup> Ein Vertreter der US-Regierung vertraute der „New York Times“ am 4. April an: „Es könnte fünfzig Srebrenicas geben“ — das wären bei der gängigen Zahl von 7.000 Srebrenica-Toten 350.000 Ermordete/<sup>4</sup>

Die „Magie der großen Zahl“ ersetzte in der Nato-Propaganda ab Mitte April fehlende Aufklärungsergebnisse über angebliche Serbengreuel. Der Fernsehsender ABC zitierte am 18. April einen US-Regierungsvertreter mit den Worten: „Es könnten schon zehntausende junger Männer exekutiert worden sein.“<sup>5</sup> Das State Department verkündete am nächsten Tag bereits: „500.000 Kosovo-Albaner werden vermißt, und es wird befürchtet, daß sie getötet wurden.“<sup>6</sup> Am 16. Mai sagte US-Verteidigungsminister William S. Cohen im Fernsehsender CBS: „Wie wir gesehen haben fehlen ungefähr 100.000 Männer im wehrfähigen Alter [...] Sie könnten ermordet worden sein.“<sup>7</sup>

Die Presse griff in allen kriegführenden Ländern die Zahlen begierig auf. Der französische Fernsehsender TF am 21. April: „Laut Nato gelten 100.000 bis 500.000 Menschen als vermißt. In der Tat ist zu befürchten, daß sie von den Serben exekutiert wurden.“ „Die Presse“ aus Wien am 18. Mai: „Die Serben haben vermutlich 100.000 Kosovo-Albaner getötet.“ Am 7. April entdeckte der Wiener „Standard“ vermeintliche „Ähnlichkeiten“ zwischen der aktuellen Lage im Kosovo und den Morden in Ruanda

3 z.n. Plenarprotokoll 14/31, S. 2.584

4 z.n. Le Monde Diplomatique März 2000

5 z.n. Le Monde Diplomatique März 2000

6 z.n. Le Monde Diplomatique März 2000

7 z.n. The Lord Byron Foundation (Chicago), Byronica, 12.12.1999

1994: „Drei Monate wütete eine enthemmte Soldateska [...] In einem wahren Blutrausch wurden rund 800.000 Menschen erschlagen.“

Gleichzeitig gab es in einigen Medien, wenn auch kaum beachtet, Meldungen, die der Nato-Interpretation von der Ermordung der „Männer im wehrfähigen Alter“ widersprachen. So schrieb der Reporter der „Süd deutschen Zeitung“ in der Ausgabe vom 1. April: „In langen Kolonnen fahren die Busse (der Flüchtlinge) die Straße hinunter, die in die 200 Kilometer entfernte Hauptstadt Tirana führt. Doch schon nach 15 Kilometern werden alle Fahrzeuge an einer Straßensperre gestoppt. Hier hat die UCK das Kommando. Rund 30 Uniformierte mit Kalaschnikows kontrollieren jeden Wagen. Die Männer im kampffähigen Alter müssen aussteigen. 'Wir erlauben ihnen nicht zu fliehen', erklärt ein UCK-Offizier mit grauem Stoppelbart. 'Sie müssen zurück in den Kosovo.' Eine junge Frau fleht die Kämpfer an, ihren Mann weiterfahren zu lassen. 'Laßt ihn mit uns kommen', bittet sie. 'Mein Bruder ist schon getötet worden, und ich brauche ihn.' Doch der Mann muß mit. Auch die UCK kennt kein Erbarmen mit den Flüchtlingen.“ Bundeswehr-Soldaten, die in den Flüchtlingslagern Befragungen vornahmen, erhielten ähnliche Auskünfte. „Die Befragten haben auch eine Erklärung dafür, daß meist nur Frauen, Kinder und alte Männer geflohen sind: 'In den Flüchtlingslagern befinden sich kaum junge Männer. Sie sind nach Aussage der Befragten größtenteils untergetaucht und haben sich der UCK angeschlossen“, berichtete das „Hamburger Abendblatt“ am 15. April 1999. Scharping, dem diese Berichte seiner Untergebenen auch vorgelegen haben müssen, erwähnt sie in der Öffentlichkeit kein einziges Mal.

## **Sex, Lügen und Video**

Doch die Magie der großen Zahl konnte nur wirken, wenn sie durch anschauliche Schilderungen konkreter Gewaltaktionen bebildert wurde — anders ist das vom Sex-and-Crime-Fernsehen abgestumpfte Massenpublikum nicht zu erregen. Auf einer Pressekonferenz am 16. April 1999 präsentiert Scharping eine Splatter-Story, die nicht einmal ein billiger Privatsender ausstrahlen würde: „Wenn beispielsweise erzählt wird, daß man einer getöteten Schwangeren den Fötus aus dem Leib schneidet,

um ihn zu grillen und dann wieder in den aufgeschnittenen Bauch zu legen; wenn man hört, daß systematisch Gliedmaßen und Köpfe abgeschnitten werden; wenn man hört, daß manchmal mit den Köpfen Fußball gespielt wird, dann können Sie sich vorstellen, daß sich da einem der Magen umdreht." Auf der Fressekonferenz drei Tage später spricht Scharping erneut wieder über „schwängere Frauen mit aufgeschlitztem Unterleib und toten, ungeborenen Kindern, die man aus den Leibern ihrer ermordeten Mütter herausgerissen hat".<sup>8</sup>

Scharping kündigt gleichzeitig an: „Wir werden das, wie gesagt, in geeigneter Form schriftlich zusammenstellen.“<sup>9</sup> Doch seltsam: Im schriftlichen Bulletin, das noch am selben Tag von Verteidigungsministerium an die Presse gegeben wurde, fehlen die zitierten Greuelstories.<sup>10</sup> Und in Scharpings „Kriegstagebuch“ finden sich unter dem Datum 19. April 1999 zwar Berichte über „Frauen mit aufgeschlitztem Unterleib und toten, aus dem Leib gerissenen ungeborenen Kindern“, aber - anders als am selbigen Tag auf der Pressekonferenz dargestellt — sollen die nicht „in der Nähe des Postamtes in Pristina“ gesichtet worden sein, sondern „bei der Ortschaft Drenica.“ Einen solchen Ort aber gibt es ausweislich der OSZE-Liste in *As Seen, As Told* nicht. Von gegrillten Föten ist im Buch Scharpings nicht die Rede, möglicherweise das Verdienst eines gnädigen Lektors.

Scharpings Erzählungen wecken Erinnerungen an den CDU-Bundestagsabgeordneten Stefan Schwarz. Der hatte in einer Bundestagsrede im Januar 1993 von „Mengeies serbischen Erben“ berichtet, die muslimischen Frauen Hundeföten eingepflanzt hätten. „Schwarz kündigte Videobänder an, die seine Behauptungen belegen sollten, [...] ein Jahr später gestand er, daß er dem verwöhnten Publikum da vielleicht etwas zuviel versprochen habe.“<sup>12</sup>

8 Unkorrigierter Tonbandabschrift der Pressekonferenz, ursprünglich auf [www.bundeswehr.de/kosovo/pk\\_t\\_990419.htm](http://www.bundeswehr.de/kosovo/pk_t_990419.htm)

9 Pressekonferenz des BmVg 19.4.1999

10 „Zusammenfassung von Befragungsberichten, die Bundesminister der Verteidigung Rudolf Scharping an die Chefanklägerin des Haager Kriegsverbrechertribunals am 19. April 1999 übergeben hat“, ursprünglich unter [www.bundeswehr.de/kosovo/pm\\_001.html](http://www.bundeswehr.de/kosovo/pm_001.html)

11 Rudolf Scharping, a.a.O., S. 128

12 Boris Gröndahl, Ein Lichtblick gegen die Politikverdrossenheit, in: Klaus Bittermann (Hg.), *Serbien muß sterben. Wahrheit und Lüge im jugoslawischen Bürgerkrieg*, Berlin 1994, S. 175/176

Immer wieder verwendet der Verteidigungsminister Bilder sexuell konnotierter Gewalt. So schreibt er in seiner Tagebuchnotiz vom 25. Mai 1999: „Ein Bericht kam vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA). In dieser Studie wird von grausamen Sexualverbrechen serbischer Soldaten an kosovo-albanischen Frauen berichtet.“<sup>13</sup> Wie Scharping Informationen manipuliert und verfälscht, läßt sich insbesondere anhand seines Tagebucheintrages vom 6. Mai 1999 zeigen: „Der Bericht von Human Rights Watch dokumentiert die vorsätzliche und systematische Vernichtung von Menschen, ihrer Würde und Identität. Die vergewaltigten Flüchtlingsfrauen benutzten, lese ich, nach der Vergewaltigung eine Art Ersatzsprache, um nicht über ihre demütigenden Erlebnisse berichten zu müssen. Vergewaltigung allein ist schon eine abscheuliche Grausamkeit, wenn aber Frauen vor Zeugen, möglicherweise vor ihren Kindern, vergewaltigt werden, steigert sich die Grausamkeit ins Grenzenlose und hat auch Folgen für den Zusammenhalt in den traditionell geprägten albanischen Familien. Vergleichbare Berichte lagen beim UN-Kinderhilfswerk Unicef oder auch bei Medica Mondiale vor.“<sup>14</sup>

Wir wissen nicht, welchen Human Rights Watch-Bericht der Verteidigungsminister im Mai 1999 gelesen hat. Das im Jahre 2000 von dieser Menschenrechtsorganisation veröffentlichte zusammenfassende Dossier kommt jedenfalls zu vollkommen anderen Schlußfolgerungen als Scharping. Nach 700 Interviews mit kosovo-albanischen Frauen, die zwischen März und September 1999 geführt wurden, heißt es: „Insgesamt fand Human Rights Watch glaubhafte Hinweise auf 96 Fälle sexueller Übergriffe [...] Die 96 Fälle schließen auch Berichte über Vergewaltigungen ein, die von anderen NGOs gesammelt wurden ...In sechs dieser Fälle war es Human Rights Watch möglich, die Opfer ausführlich zu befragen.“<sup>15</sup> Demnach wurden die 90 übrigen Fälle nicht von den Betroffenen selbst, sondern von Augenzeuginnen (oder Zeuginnen vom Hörensagen) berichtet. Weiter heißt es über die 96 registrierten Fälle: „Es ist beachtenswert, daß einige dieser Fälle möglicherweise von örtlichen und

13 Rudolf Scharping, a.a.O., S. 181/182

14 Rudolf Scharping, a.a.O., S. 152

15 HRW-Jahresbericht 2000 zu Jugoslawien unter [www.hrw.org/reports/2000/fry/Kosov003.htm](http://www.hrw.org/reports/2000/fry/Kosov003.htm), S. 1. Genannt werden folgende NGOs: Center for the Protection of Women and Children, Pristina; Albanian Counseling Center for Women and Girls, Albanien; Humanitarian Law Center, Jugoslawien; Council for the Defense of Human Rights and Freedoms, Kosovo.

internationalen Organisationen doppelt gezählt wurden."<sup>16</sup> Zwar betont der Bericht, daß die wirkliche Zahl der Vergewaltigungen „vermutlich viel höher" ist als diese 96 Fälle, weil die kosovo-albanischen Opfer nicht über ihre schlimmen Erfahrungen sprechen wollten. Doch unzweideutig heißt es weiter: „Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß Human Rights Watch die Behauptung über Vergewaltigungslager nicht bestätigen konnte, die während des Krieges von der US-amerikanischen und britischen Regierung präsentiert wurden."<sup>17</sup>

Selbstverständlich brauchten manche Medien nicht Scharping, um zu wissen, daß die Devise „sex sells" auch bei der Dämonisierung der Serben gilt. Die „Tageszeitung" wußte schon bald, was Auflage bringt: „Es häufen sich Berichte, daß Kosovo-Albanerinnen von serbischen Soldaten vergewaltigt werden ... Es heißt auch, die Serben würden diesmal ihre Ankündigung wahr machen und die Frauen nach der Vergewaltigung töten, damit sie nicht mehr aussagen können."<sup>18</sup> Die Gynäkologin Monika Hauser galt als Kronzeugin, nachdem sie albanische Flüchtlingscamps besucht hatte. Ob die kosovo-albanischen Frauen eine „Holocaust-Situation" durchmachten, wollte die „Taz" begierig wissen. „Ich denke, wenn wir die volle Wahrheit wissen werden, wird es für uns unvorstellbar sein, was die Frauen erlebt haben. Für die Kosovo-Frauen ist das noch mal schlimmer, weil sie seit zehn Jahren in der Unterdrückung gelebt haben." Nachfrage „Taz": „Kann man deshalb von Holocaust sprechen?" Hauser: „Holocaust? Irgendwann beschreibt das Wort nicht mehr das, was die Menschen erlebt haben."<sup>19</sup>

Im Unterschied zu Monika Hauser hat der deutsche Arzt Richard Münz die Flüchtlinge nicht nur auf einer Stippvisite befragt, sondern monatelang betreut. Er hat bis nach Kriegsende im größten Flüchtlingslager für kosovo-albanische Flüchtlinge im mazedonischen Stenkovac gearbeitet. In der Tageszeitung „Die Welt" berichtete er von der Ignoranz westlicher Medien gegenüber dem, was er erlebt hat: „Es gab die fast konstante Frage, was wir mit den vergewaltigten Frauen machen, ob wir Abtreibungen vornehmen oder ähnliches. Unsere Antwort war einfach: Wir hatten in der ganzen Zeit, die wir hier sind, keinen solchen Fall einer vergewaltigten Frau. Und

16 HRW-Jahresbericht, a.a.O., S. 1

17 HRW-Jahresbericht, a.a.O., S. 2

18 interview mit Monika Hauser, Taz 27.4.1999

19 Interview mit Monika Hauser, a.a.O.



wir sind insgesamt für 60.000 Flüchtlinge zuständig, für Stenkovac I und II, sowie noch zwei weitere kleinere Lager. Auch wir hatten uns zuvor wegen der kursierenden Gerüchte über Vergewaltigungen überlegt, wie wir damit umgehen wollen, aber der Fall ist real nicht eingetreten. Wir haben keine gesehen, was natürlich nicht heißen muß, daß es keine gab."<sup>20</sup>

## **Auferstanden von den Toten**

Einige besonders tolle Geschichten hatten allerdings eine recht kurze Halbwertszeit.

Die exekutierten Lehrer: Der britische Außenminister Cook „bestätigte“ am 29. März 1999, „daß Serben in einem Dorf im Südwesten des Kosovo 20 Lehrer vor den Augen ihrer Schüler erschossen haben“.<sup>21</sup> Der aufmerksame Kosovo-Korrespondent von „France-Info“ hatte allerdings schon drei Tage zuvor darauf hingewiesen: „Wenn man auf fünf oder sechs Dörfer auch nur einen Lehrer findet, ist das schon viel. 20 Lehrer am selben Ort zu finden, das scheint unwahrscheinlich.“<sup>22</sup>

Die liquidierten Spitzenpolitiker: „Gestern wurden zwei Spitzenpolitiker der Kosovo-Albaner hingerichtet: Fehmi Agani und Baton Haxhiu“, berichtete das Berliner Boulevardblatt „BZ“ am 30. März 1999. Die seriöse „Süddeutsche Zeitung“ wußte es nicht besser: „Serben exekutieren fünf Albaner-Führer, darunter auch Fehmi Agani und der 37jährige Journalist Baton Haxhiu.“ Am 6. April konnte man der „Frankfurter Rundschau“ entnehmen, daß die beiden von den Toten wieder auferstanden waren: „Am Montag sind sechs namhafte kosovo-albanische Intellektuelle mit Hilfe der deutschen Botschaft in einer Bundeswehr-Maschine nach Bonn gekommen: Fehmi Aghani, Baton Haxhiu [,..]“<sup>23</sup>

20 Welt 18.6.1999

21 z.n. Bild 30.3.1999

22 z.n. David Mathieu, Bombes et bobards. Propagande, bourrage de crane, mensonges et manipulations de la guerre du Kosvo, Lausanne 2000, S. 130

23 Fehmi Agani wurde am 9. Mai doch noch ermordet. Er hatte sich, anders als Rugova, nicht unter serbische Protektion gegeben. Während westliche Quellen behaupten, deswegen sei er von Serben liquidiert worden, gehen serbische Quellen davon aus, daß er ohne serbische Schutz ein wohlfeiles Opfer von UCK-Killern geworden sei, die zuvor auch schon Rugova bedroht hatten.

Der drangsalierte Albanerpräsident Rugova: „Ibrahim Rugova konnte untertauchen, sein Haus wurde dem Erdboden gleichgemacht“, erzählte die „BZ“ am 30. März. Im „Spiegel“ vom 12. April berichtet Korrespondentin Renate Flottau von einem Besuch in Pristina: „Die Straße vor Rugovas weißgetünchter Residenz wirkt merkwürdig leer. Erst nach langem Klingeln öffnet Rugova.“

Terror in Pristina: „Die Bewohner Pristinas wagen sich kaum ins Freie. Die Männer vegetieren aus Angst in den Kellern“, wußte die „Zeit“ am 27. Mai. Einen Tag später erscheint in der „Los Angeles Times“ ein Bericht ihres Reporter Paul Watson über den UCK-Führer Adem Demaci: „Er lebt nicht nur wohlbehalten in der Hauptstadt des Kosovo, sondern geht auch täglich durch die Straßen, kauft sein Gemüse beim Bauern auf dem Markt und zeigt keine Angst inmitten der kriegsmüden Polizisten und Soldaten, die ihm begegnen.“

### **„Kein Völkermord“**

Wie fadenscheinig die Greuelgeschichten waren, beweist schon der Umstand, daß die Ende Mai 1999 - also noch während des Krieges - veröffentlichte Anklageschrift des Haager Tribunals dem damaligen Präsidenten Slobodan Milosevic keinen Völkermord im Kosovo zur Last legte — „obwohl das der wesentliche Grund für den Nato-Luftkrieg war“, wie sich sogar die „Frankfurter Allgemeine“ wunderte.<sup>24</sup> Als Chefanklägerin Carla del Ponte von „Le Monde“ gefragt wurde, warum dieser Anklagepunkt fehle, mußte sie zugeben: „Weil es keine Beweise dafür gibt.“<sup>25</sup>

Anstelle des Völkermords im Kosovo wurde Milosevic der Tod von „Hundertern kosovo-albanischer Zivilisten“ vorgeworfen, die Anklage listet 607 namentlich auf, zumeist Männer im wehrfähigen Alter. Doch dem Tribunal gelang es bis zum Ableben des Angeklagten im März 2006 nicht, Milosevic den Tod auch nur dieser 607 anzulasten, da kein von ihm unterzeichneter oder zumindest nachweislich abgesegneter Mordbefehl oder wenigstens ein Vertreibungsplan auftauchte (vgl. auch S. 99ff).

24 FAS 24.3.2002

25 z.n. John Laughland, Visitors' Justice, "The Spectator" 9.2.2002

Mehr noch: Die jugoslawischen Generäle Dusan Vilic und Bosko Todorovic sichteten im Jahr 2001 den Dokumentenbestand des Verteidigungsministeriums und fanden „im gesamten Archiv des Prislina Korps und der Dritten Armee kein einziges Dokument [...], das nicht auf dem Schutz der Zivilisten besteht“.<sup>26</sup>

In ihrem Buch *Zastosa optuzeni* (Verlag Grafomark, Belgrad 2001) zitieren Vilic und Todorovic einige „streng vertrauliche“ Armee-Verschlusssachen ausführlich und im Wortlaut. So fordert der Befehl 873-367 vom 4. Mai 1998, die „Rückkehr der Flüchtlinge ... zu gewährleisten“, alle Dorfbewohner „mit jeder möglichen Höflichkeit ... zu behandeln“, verboten werden „ausdrücklich alle Belästigungen, Sachbeschädigung und Beschlagnahme von Eigentum“. Der Befehl 873-458/1 vom 17. Juni 1998 gibt strenge Anweisungen zur Behandlung von Gefangenen und verbietet Mißhandlungen, Folter und Verurteilungen ohne Kriegsgericht. Am 27. März 1999, drei Tage nach Beginn der Nato-Angriffe, werden die Militärgerichte auf ihre „Pflicht“ aufmerksam gemacht, gegen brandschatzende und plündernde Soldaten und Einheiten „die Höchststrafen des Gesetzes“ zu verhängen und diese Strafen zur Abschreckung öffentlich bekanntzugeben (Befehl 250-152/7). Wenig später heißt es im Befehl 455-101, alle Flüchtlinge müßten „freies Geleit“ bekommen und gegen „unkorrektes Verhalten von Individuen und Gruppen“ — eine Anspielung auf die Aktivitäten von serbischen Freischärlern — „geschützt werden“. Im Befehl 872-92/1 vom 19. April 1999 wird die Armee aufgefordert, den Flüchtlingen Nahrung und Unterkünfte zur Verfügung stellen, sie selbst und ihr zurückgelassenes Eigentum zu schützen und „die Inbrandsetzung von Häusern und anderer Objekte, deren Besitzer albanischer Nationalität sind, zu verhindern“. Zum häufigen Vorwurf, die Armee habe Leichen ermordeter Zivilisten beseitigt, um ihre Verbrechen zu vertuschen, wird der Befehl 28-141 vom 31. März 1999 zitiert, der - gemäß international üblicher Regularien - eine Säuberung von Schlachtfelder und Gefechtsorten zum Schutz vor Seuchen vorsieht, „jedes Detail“ müsse „von den örtlichen Zivilbehörden“ protokolliert werden.

26 Dusan Vilic/Bosko Todorovic, *Zasto su optuzeni*, Belgrad 2001, engl. Übersetzung *Why they were indicted* unter [www.emperors-clothes.com/book/book1.htm](http://www.emperors-clothes.com/book/book1.htm). Wichtige Dokumente daraus finden sich auch im lesenswerten Buch von Ralph Hartmann, *Der Fall Milosevic*, Karl Dietz Verlag Berlin

Die Generäle räumen ein, daß sich Armeeinghörige Verstößen gegen diese Befehle — mit anderen Worten: Verbrechen gegen die albanische Zivilbevölkerung - haben zuschulden kommen lassen. So ist in der Verfallsache 12-378 vom 20. Mai 1999 von einer „großen Anzahl krimineller Aktivitäten in verschiedenen Formen“ die Rede, die „sowohl von Einheiten, die direkt in Kampfhandlungen verwickelt waren, als auch von Einheiten, die zur Kontrolle des Territoriums und Sicherung lebensnotwendiger Infrastruktur“ verlegt worden waren, begangen wurden. In diesem Zusammenhang werden die Kommandanten noch einmal zum Durchgreifen aufgefordert. Insgesamt seien nach einer späteren Armeeaufstellung 172 Personen wegen solcher Vergehen verurteilt worden. Auffällig ist, daß zwei Drittel der Delinquenten Kosovo-Serben waren. „Das ist ein Indiz dafür, daß Armeeinghörige aus dieser Provinz oft zu Vergeltungsmaßnahmen griffen, weil Familienangehörige von albanischen Terroristen ermordet oder auf andere Weise drangsaliert worden sind,“ schlußfolgern Vilic und Todorovic. General Radomir Gojokovic sagte als Zeuge in Den Haag aus, daß zwischen 23. März und 12. Mai 1999 6.078 Anklagen gegen Angehörige der Streitkräfte erhoben wurden. Bei etwa einem Zehntel der Delikte handelte es sich um Mord. Bis Kriegsende kam es in 2.185 Fällen zu Verurteilungen in erster Instanz, der Rest der Fälle wurde an Zivilgerichte übergeben.<sup>27</sup>

Kriminelle Handlungen einzelner Soldaten oder ganzer Einheiten sind schändlich, aber keineswegs „typisch serbisch“, sondern eher typisch für den Krieg als Verfallsform von Sozietät und Humanität im allgemeinen. In jedem Fall bleibt festzuhalten, daß Straftaten und Kriegsverbrechen nicht nur gegen mehrfachen und ausdrücklichen Befehl der jugoslawischen Militärspitze begangen, sondern auch entsprechend geahndet wurden. Zwar darf man bezweifeln, daß die Kommandeure die Truppendisziplin während der Bombardierung mit der erforderlichen Konsequenz durchsetzten. Doch auszuschließen ist nach dieser Aktenlage der Umkehrschluß, daß die Delikte im Auftrag der Armeeführung erfolgten.

27 vgl. Germinal Civikov, Der Milosevic-Prozess, Bericht eines Beobachters, Wien 2006, S. 161

## Flucht und/oder Vertreibung?

Paul Watson ist eine einzigartige Quelle, die während des 1999er-Krieges in Deutschland — sieht man von „Konkret“ und „Junge Welt“ ab — überhaupt nicht berücksichtigt wurde, obwohl er sich während der ganzen Zeit im Kosovo aufhielt. Der preisgekrönte Reporter der „Los Angeles Times“ - unter anderem erhielt er mehrfach den „Canadian National Newspaper Award“ und für seine Reportagen aus Somalia auch den Pulitzer-Preis — wurde zwar zunächst, wie alle Journalisten aus Nato-Ländern, vom serbischen Innenministerium ausgewiesen; doch als er auf eigene Faust nach wenigen Tagen wieder nach Pristina zurückkehrte, wurde ihm von den örtlichen Beamten desselben Ministeriums der Aufenthalt und die Berichterstattung weiter gestattet. Ausführlich kommt er in einem französischen Dokumentarfilm zu Wort, der über ein Jahr nach dem Krieg von „Arte“ ausgestrahlt wurde.<sup>28</sup> Neben ihm äußern sich dort auch viele andere Journalisten, die ständig während des Krieges im Kosovo waren: Renaud Girard („Le Figaro“), Alexander Mitic (AFP), Yannis Behrakis (Reuters), Maria Kaschikali (Mega Channel, ein griechischer Fernsehsender) und Serif Turgut (ATV, ein türkischer Fernsehsender). Nicht alle äußerten ihr Urteil so kategorisch wie Watson - „Keinen Moment glaube ich an den Völkermord im Kosovo“ —, aber alle stellten die Genozid-These in Frage.

Besonders interessant ist, was diese Augenzeugen über die Flucht bzw. Vertreibung der Albaner aus Pristina zu sagen haben, also über das, was für den britischen Sender ITN „dieselbe Geschichte wie vor 60 Jahren“ darstellte — eine Deportation im Nazi-Stil. Watson: „Was ich sah, war ein organisiertes Fortschaffen von Menschen, kein Massenmorden, keine Vergewaltigungen in den Straßen, keine Betrunknen, die aus Flaschen tranken und Dinge in Brand setzten. Es war ein organisierter, erzwungener Auszug.“ Und seine türkische Kollegin Turgut - immerhin aus einer Gesellschaft stammend, die durch jahrhundertelange geschichtliche Erfahrungen nicht gerade serbenfreundlich geworden war: „Ich kann den auf unserer Seite verbreiteten Geschichten nicht zustimmen. OK, die Serben zwangen einige Menschen (wegzugehen, Anm. J.E.), jeder weiß das. Aber Tausende andere gingen, weil die Nato Fehler machte, als sie

28 Daniel Schneidemann, Claude Vajda, Betrice Pigne, Des Journalistes dans la Guerre, Arte 9.6.2000

Zivilisten bombardierte, als sie das Zentrum (von Pristina, Anm. J.E.) traf. Die Menschen hörten, daß es Nato-Bomben waren, die Zivilisten getötet hatten. Und in Pristina und Prizren zum Beispiel gab es die meisten Flüchtlinge, nachdem die Bomben die Stadt getroffen hatten."<sup>29</sup>

Im Haager Milosevic-Prozeß präsentierte Vlatko Vukovic, während des Krieges Oberst der Jugoslawischen Armee im Kosovo, als Zeuge der Verteidigung mehrere Nato-Flugblätter, die über der Provinz abgeworfen worden waren. „Darin drohte die Nato rücksichtslose Bombenangriffe an, um die Soldaten zu demoralisieren. Man habe damit aber vor allem die Zivilbevölkerung verängstigt und sie zur Massenflucht vor dem zu erwartenden Bombenhagel getrieben“, referiert Prozeßbeobachter Germinal Civikov.<sup>30</sup>

Mit Dobreta Aleksovski trat ein weiterer Zeuge in Den Haag auf, der Informationen zur Frage „Flucht oder Vertreibung“ beisteuern konnte. Er war zu Kriegszeiten Chef des notärztlichen Rettungsdienstes der mazedonischen Hauptstadt Skopje. Er brachte die Tagebücher seines Dienstes mit, ein offizielles und vertrauliches Dokument, in dem alle Dienstleistungen und die Namen aller Notfall-Patienten akkurat vermerkt sind. Demnach hat von den 350.000 Kosovo-Albanern, die nach Mazedonien geflohen waren, kein einziger den Notarzt wegen einer Schußwunde aufgesucht. „Auch habe man keine Prellungen oder sonstige Spuren von Prügeln oder Mißhandlungen bei ihnen feststellen können. In den ersten Tagen hätten sie außerdem alle erzählt, sie seien vor den Bomben aus dem Kosovo geflohen. Nachdem sie allerdings Anfang April 1999 in den Flüchtlingscamps untergebracht worden waren, in Stenkovac 1 und Stenkovac 2, behaupteten plötzlich alle, die serbische Polizei und Armee hätten sie gewaltsam vertrieben.“<sup>31</sup>

Wie der Sinneswandel zustande gekommen sein könnte, berichtete dem Haager Gericht der Zeuge Goran Stojcic, zu Kriegszeiten Fahrer beim Rettungsdienst von Skopje. „Um die zwei Zelte des Notdienstes habe es viele, viele Fernsehteams gegeben, und er habe sie aus nächster Nähe bei der Arbeit beobachtet. Man sei sehr selektiv vorgegangen, man habe

29 alle Zitate in Daniel Schneidemann u.a., a.a.O.

30 Germinal Civikov, Der Milosevic-Prozeß, a.a.O., S. 171

31 Germinal Civikov, Der Milosevic-Prozeß, a.a.O., S. 153

sich kleine Kinder und alte Leute herausgesucht, er habe Regieanweisungen beobachtet. So habe man einen Großvater mit zwei Kindern an der Hand mehrmals zurückgeschickt, bis die Kinder richtig weinten. Jugendliche hätten einige Tragbahnen entwendet, um sie bei der Inszenierung von Verwundetentransporten zu verwenden."<sup>32</sup> Auf Nachfrage nennt der Zeuge den Namen einer Reporterin, die er als Anstifterin solcher Inszenierungen hatte identifizieren können: Christina Amanpour vom US-Sender CNN, die Ehefrau des State Department-Sprechers James Rubin.

Daß ein großer Teil der Albaner vor den Bomben flüchtete, legt auch ein statistischer Vergleich nahe. Nach Angaben der OSZE wurden bis zum 9. Juni 862.000 Kosovo-Albaner aus der Provinz vertrieben. Weiter heißt es in dem OSZE-Bericht: „Zusätzlich haben schätzungsweise 100.000 serbische IDPs (Internally displaced persons, Flüchtlinge innerhalb Kosovos) das Kosovo verlassen und sind in Serbien und Montenegro registriert worden."<sup>33</sup> Da aber westliche Quellen von 1.890.000 albanischen und lediglich 168.000 serbischen Bewohnern im Kosovo ausgingen,<sup>34</sup> bedeuten diese Zahlen, daß prozentual weniger Albaner als Serben aus der Provinz flüchteten bzw. vertrieben wurden, nämlich 45,7 Prozent im Vergleich zu 59,5 Prozent. Wären „ethnische Säuberungen" die hauptsächliche Fluchtursache und nicht die Nato-Bomben, wäre dieses Verhältnis nicht zu erklären, denn Serben waren wohl kaum Objekt serbischen Terrors.

Über die Hintergründe der Greuelmärchen berichtete einer, der es wissen muß, Pit Schnitzler, Reporter des mit Sensationsgeschichten quotenstark gewordenen Privatsenders Sat-1: „Heute reicht es aus, wenn es auf den Malediven ein Gerücht gibt, daß es im Kosovo Konzentrationslager gibt." In TV-Anstalten regiere der Grundsatz: „Sachkenntnis trübt die Urteilsfähigkeit."<sup>35</sup> Schnitzlers Statement ist um so bemerkenswerter, als

32 Germinal Civikov, Der Milosevic-Prozeß, a.a.O., S. 154/155

33 OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights, Kosovo/Kosova - As Seen, As Told. An Analysis of the human rights findings of the OSCE Kosovo Verification Mission October 1998 to June 1999, Warsaw December 1999, S. 99

34 Bei 2,1 Millionen Kosovo-Bewohnern gingen albanische Annahmen von 90 Prozent Albanern, acht Prozent Serben und zwei Prozent anderen Volksgruppen aus. Vgl. [www.albanian.com/main](http://www.albanian.com/main).

35 Hamburger Abendblatt 17.6.1999

er während des Krieges mehrere Wochen im Gefängnis in Belgrad saß und einigen Grund für Ressentiments gegen die Serben hätte.

Den Stand der seriösen Nachforschung während des Krieges gab wohl am besten Peter Schatzer wieder. Der Direktor der Internationalen Organisation für Migration erklärte nach einer Reise durch das verwüstete Kosovo Mitte Mai 1999: „Von Massengräbern, Lagern und Vergewaltigungen wußten die Menschen, mit denen wir in den drei Tagen im Kosovo sprachen, nichts. Wir fanden auch keine direkten Hinweise auf solche Greuelthaten. Aber wir haben auch nicht danach gesucht, die Zeit war zu kurz, und es war nicht unsere Aufgabe.“<sup>36</sup>

### **Schwindel mit Massengräbern**

Als nach dem Waffenstillstand am 10. Juni 1999 die Nato-Soldaten und die internationale Presse ungehinderten Zugang zu allen Orten im Kosovo hatten, erhielt die Greuelpropaganda neuen Auftrieb. Ein „mit Massengräbern übersätes Kosovo“ hätten die abziehenden Milošević-Truppen hinterlassen, konstatierte die „Frankfurter Rundschau“ am 18. Juni. Auch der „Spiegel“ meinte: „Im Kosovo bestätigen sich die schlimmsten Befürchtungen: Tag für Tag werden neue Massengräber entdeckt.“<sup>37</sup> David Gowan, der Sprecher der britischen Regierung, ging sogar noch weiter: „Es ist sehr schwierig, eine Gesamtzahl zu nennen, aber klar ist, daß sich ein wesentlich schlimmeres Bild ergibt, als wir es erwartet hatten.“ Ähnlich sah es die „Tageszeitung“ am 19./20. Juni: „Die Zahl von Massakern und Morden im Kosovo scheint die schlimmsten Befürchtungen der letzten Monate zu übertreffen.“

Eine Lüge: Denn die Zahl von 10.000, die Politiker und Medien nach dem Krieg sehr schnell und sehr einvernehmlich für die mutmaßlich von Serben Massakrierten angeben (z. B. der britische Außenminister Cook<sup>38</sup> oder der deutsche Kulturstaatsminister Naumann<sup>39</sup>), ist um eine

36 Spiegel 31.5.1999

37 Spiegel 25/1999

38 vgl. Welt 10.6.1999

39 vgl. Neues Deutschland 6.7.1999



Zehnerpotenz kleiner als die während des Krieges kolportierten Opferzahlen (s.o.). Auf die Zahlenimplosion angesprochen, erklärte Kenneth Bacon, Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, lapidar: „Ich glaube nicht, daß man sagen kann, das Töten von 100.000 sei zehn mal moralisch verwerflicher als das Töten von 10.000.“<sup>40</sup>

Aber auch die 10.000 Toten machten von Anfang an einige Mühe. Hilfreich war dabei der Umstand, daß für das US-Außenministerium „als Massengrab jede Grabstelle gilt, in der mehr als eine Leiche liegt“,<sup>41</sup> die Öffentlichkeit jedoch bei „Masse“ stets an Zahlen über hundert denkt. Das erleichtert die Hochrechnung: Die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ wollte von 65 Massengräbern wissen,<sup>42</sup> das US-Außenministerium von 85,<sup>43</sup> Scharpings Staatssekretär Peter Wichert von 95,<sup>44</sup> Kulturstaaatsminister Michael Naumann von 100.<sup>45</sup> (Oft wußte die linke Hand nicht, was die rechte fingerte: So dementierte sich das britische Außenministerium, das am 17. Juni erstmals von „mehr als 100“ Massengräbern gesprochen hatte, kurz darauf indirekt selbst, indem es eine Karte mit 50 Massaker-Orten veröffentlichte.<sup>46</sup>) Im November 2006 legte die UN-Verwaltung im Kosovo eine Bilanz der Exhumierungsarbeiten vor und machte damit deutlich, was von den grotesken Übertreibungen der Kriegspropaganda übrig geblieben ist: „Bis jetzt sind nur zwei Massengräber im Kosovo gefunden worden.“<sup>47</sup>

## Leichenfunde

Durch Grabungen entdeckt wurden bis Mitte Juli 1999 im ganzen Kosovo 584 Leichen, und auch die waren nur zum Teil materiell vorhanden. So schrieb die „Taz“ zu den von ihr berichteten drei Massengräbern in

40 USA Today 1.7.1999

41 Hamburger Morgenpost 18.6.1999

42 Gesellschaft für bedrohte Völker, Aufstellung vom 17.6.1999

43 Hamburger Morgenpost 18.6.1999

44 Pressekonferenz 22.6.1999

45 Veranstaltung in Berlin, 4.7.1999

46 FR 18.6. und 22.6.1999

47 UNMIK, Finding the Missing. Sciences in the service of truth, Focus Kosovo, November 2006, S. 6

Koronica, daß diese 150 Tote „enthalten sollen“. „Bewohner des Dorfes Korenica glaubten, daß ... 120 Menschen, die von Serben getötet wurden, verscharrt seien“, schränkte die Zeitung „15 Uhr aktuell“ (Ausgabe Hamburg) am 16. Juni weiter ein.

Ähnlich verhielt es sich mit einer Meldung vom 10. Juli über einen „Horrorfund“ („Bild“) nahe der Stadt Pec, wo das „vielleicht größte Massaker“ (AP) „mit über 350 Leichen entdeckt“ („Bild“) worden sei. Die „Neue Zürcher Zeitung“ reportierte den korrekten Sachverhalt: Es ging nicht um „über“, sondern um „bis zu“ 350 Leichen, und diese waren keineswegs „entdeckt“, sondern lediglich „vermutet“ worden. Am 31. Dezember 1999 resümierte das „Wall Street Journal“ Legende und Realität: „Am 9. Juli erwähnte der niederländische Kommandeur Jan Joosten in einer Presseerklärung in Pristina auf der Basis eines 'Operationsberichtes' der Italiener die Entdeckung eines Massengrabes, das 350 Leichen enthalten könnte. 'Bevor noch die Pressekonferenz zu Ende war, begannen die Journalisten bereits ihre Sachen zu packen, um nach Ljubenic aufzubrechen, berichtete Joosten [...] In Wirklichkeit fanden die Ermittler auf diesem Feld keine einzige Leiche.“<sup>48</sup>

Einige Hundert Leichen haben sich vor dem Eintreffen der westlichen Spezialisten in Luft aufgelöst. Auch „Taz“-Reporter Erich Rathfelder, der wieder einmal „Den Verbrechen auf der Spur“<sup>49</sup> war, hatte Pech: Die 106 Albaner, die in Pustasel exekutiert worden sein sollen, konnte er am Tatort nicht auffinden. Ersatzweise sollen die Serben - ordentlich wie sie sind — 35 von ihnen im nahen Orahovac auf dem Friedhof begraben haben, wie Rathfelder von drei Friedhofsarbeitern erfahren haben will, und zwar „genau unterhalb der Massengräber des Massakers von Orahovac vom Juli 1998“ (für dessen Erfindung in der Wiener „Presse“ Rathfelder damals eine Rüge des österreichischen Presserates bekommen hatte). Auch die Ausgrabung und Obduktion der Leichen durch Spezialisten der Kriminalpolizei Bremen erhellen die Todesumstände nicht. Sie fanden heraus, daß „manche Leichen schon obduziert waren“. Ihre vorschnelle

48 Wall Street Journal 31.12.1999. Das US-amerikanische Magazin Byronica berichtet in seiner Ausgabe vom 12.12.1999 von fünfgefundenen Leichen, der US-amerikanische Nachrichtendienst Stratfor in einer Expertise vom 17. Oktober von sieben „nachdem die Exhumierung beendet war“. Le Monde Diplomatique verweist im März 2000 auf eine UCK-Opferliste mit 65 Namen.

49 Taz 30.6.1999

Erklärung: „Man hat offenbar Projektile entfernt [...] Jeder Täter versucht in der Regel, sein Verbrechen zu vertuschen. Und offensichtlich ist hier sowas versucht worden.“ Also ein serbischer Vertuschungsversuch, ausgeführt mit krimineller Energie und mitten im Krieg? Schon der nächste Satz widerspricht dem: „Was das Entfernen der Kugeln angeht, war es ein schlampiger Vertuschungsversuch. Die serbischen Vorobduzenten haben sogar Sektionsinstrumente bei den Leichen vergessen, eine Wundkanalsonde zum Beispiel.“<sup>50</sup> Auf den Gedanken, daß all dies auf Opfer hindeutet, die mutmaßlich von der UCK oder von Kriminellen ermordet wurden und deshalb ebenso nachweisbar wie sorgfältig von serbischen Pathologen untersucht wurden, kamen die deutschen Kriminalisten nicht.

In Verlegenheit waren die Leichenfahnder auch in der Kosovo-Kapitale Pristina. Hätten in der weitaus größten Stadt der Provinz nicht auch eine stattliche Anzahl von Massakrierten zu finden sein müssen, zumal unter anderem von Scharping sogar von einem KZ im Sportstadion der Stadt berichtet worden war? Bis heute wurde nichts dergleichen gefunden.

Wie man auch ohne Massengräber halb Europa schauerlich unterhalten kann, bewiesen die Medien mit den tagelangen Berichten über „Milosevics Folterkeller“ in Pristina. Die „Bild“-Zeitung, die am 18. Juni 1999 unter diesem Titel „immer mehr Beweise für entsetzliche Massaker“ im Gebäude der serbischen Militärpolizei verspricht, präsentiert „eine Motorsäge“ („um Aussagen zu erpressen“) und einen Raum mit Pornoheften und Präservativen („Vergewaltigungszimmer“, „Sex-Kammer“). An „bestialische(n) Folterwerkzeuge(n)“ wird gezeigt, was die Lehrer auf jedem zweiten deutschen Schulhof täglich einkassieren: Schlagringe, Messer, Holzknüppel, Tschakos. Im übrigen: Wenn das die corpora delicti unsagbarer Greuelthaten sind — warum sollten die serbischen Polizisten, die angeblich in diesem Gebäude tagelang belastendes Aktenmaterial vernichtet haben, ausgerechnet diese Beweisstücke am Tatort zurückgelassen haben? Eine Frage, die, so nahe sie lag, kein Journalist gestellt hat.

Greuelgeschichten gaben albanische Zeugen auch im Haager Milosevic-Prozeß zum besten. Ein besonders unglaubliches Beispiel: „Am 14.

50 ARD-Magazin Report (Mainz), Kosovo — die „verschwundenen“ Massengräber, 22.11.1999

Juni 2002 präsentiert der Ankläger Dermot Grum den Zeugen Lazim Taci, der auch eine Massenerschießung überlebt habe. Als Beweis läßt der Ankläger Fotos von Jacke, Weste und Hemd des Zeugen sehen, die alle drei Einschußlöcher aufweisen. Daraufhin bestätigt der Zeuge, daß er zu einer größeren Gruppe gehörte, die von einem Polizisten mit einem schweren Maschinengewehr von 11 Meter Entfernung niedergemäht wurde. Der Zeuge habe sich fallen lassen und sei später unter den Leichen herausgekrochen. Zu Hause angekommen zieht er seine Jacke aus und da fallen drei Kugeln auf den Boden. Sie hatten Jacke, Weste und Hemd durchbohrt, ihn aber unversehrt gelassen. Als Erklärung dieses Wunders meint der Zeuge im Kreuzverhör, daß Gott es offensichtlich so gewollt habe, damit er, Lazim Taci, von diesem Massaker berichten kann."<sup>51</sup>

### **Rätsel aus Den Haag (I)**

Besonders widersprüchlich sind die Angaben zu einem Massaker in Izbica: Dort soll eines von acht „Crimes against Humanity“ stattgefunden haben, die das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag in seiner Anklageschrift gegen Milosevic auflistet.<sup>52</sup> Demnach sollen in dem Dorf in der Zeit um den 28. März „ungefähr 130 Männer“ von serbischen und jugoslawischen Einheiten ermordet worden sein. Die Anschuldigung war bereits während des Krieges erhoben worden: Ein Amateurvideo, vom State Department im Mai 1999 verbreitet, zeigte das Begräbnis von 10-15 Albanern, die am 28. März in Izbica getötet worden sein sollen. Auffällig: Die Bestattung wird von UCK-Uniformierten geleitet, und einige der Toten sind schon in sehr hohem Alter. Zum Gegenbeweis schickte das serbische Fernsehen seinerseits ein Kamerateam nach Izbica, das ein verschlafenes Dörfchen inmitten ordentlich gepflegter Felder dokumentierte. Zwei albanische Bewohner stritten gegenüber den serbischen Reportern ab, daß es in dem Ort zu Massakern gekommen sei. Daraufhin präsentierte das State Department Satellitenaufnahmen mit einer Reihe schwarzer Punkte, die bei Vorkriegsaufnahmen aus Izbica fehlen — angeblich ein Beweis für frisch aufgeworfene Einzelgräber, allesamt nach

51 Germinal Civikov, Der Prozeß des Jahrhunderts, Ms. im Besitz des Autors.

52 Anklageschrift vom 24.5.1999, unter: [www.un.org/icty/indictment/english/24-05-99milo.htm](http://www.un.org/icty/indictment/english/24-05-99milo.htm)

muslimischer Tradition gen Mekka ausgerichtet. Sollten die Serben so viel Mühe und so viel religiöse Einfühlsamkeit bei der Bestattung ihrer Opfer aufgebracht haben? Wichtiger noch: Vergleicht man die drei verschiedenen Bilddokumente, so stellt man fest, daß verschiedene Landschaftsmerkmale des Videos nicht nur mit dem serbischen Filmmaterial, sondern auch mit den US-Luftbildern nicht übereinstimmen.<sup>53</sup>

Auch nach dem Krieg ließ sich das Rätsel nicht auflösen. „Die Leichen sind weg," mußte Yves Roy, Mitarbeiter eines der acht Teams, die im Kosovo Kriegsverbrechen untersuchen, feststellen.<sup>54</sup> Paul Watson traf mit den Kfor-Soldaten als erster westlicher Journalist in Izbica ein: „Ein Zeuge, den ich interviewte, [...] er gehörte zu denen, die während des gesamten Krieges da gelebt hatten, [...] sagte, daß er (bei den angeblichen Exekutionen, Anm. J.E.) in vorderster Linie mit zwei oder drei Männern gestanden hätte. [...] Und er schilderte Folgendes: Der serbische Soldat, der das Feuer eröffnete, sagte zu einem Mann aus den beiden langen Reihen: Geh' aus dem Weg, bevor er das Feuer eröffnete. Also ging er zur Seite. Dann schoß der Soldat, und zahlreiche Menschen waren im Kugelhagel sofort tot. Wenn Sie mich als Journalisten fragen: Ist es logisch, daß jemand, der dabei ist, einen Massenmord zu begehen, einer einzigen Person sagt, sie solle aus dem Weg gehen, und diese Person überlebt dann und sonst niemand? Ich halte das nicht für sehr logisch. Als Journalist stellen sich mir dann zehn weitere Fragen."<sup>55</sup>

Im Haager Milosevic-Prozeß bezeugten am 26. August 2002 zwei UCK-Anhänger das angebliche Massaker in Izbica. Einer von beiden legte allerdings nur eine schriftliche Aussage vor und war nicht zur mündlichen Auskunft bereit. Das mitgebrachte Videoband mit den erwähnten Aufnahmen des US-Fernsehens wurde vom Gericht zunächst als Beweismittel zurückgewiesen. Der zweite Zeuge mußte sich selbst von Ankläger Geoffrey Nice die Frage gefallen lassen, ob das umstrittene Band tatsächlich Originalaufnahmen zeige.

Bis zum Redaktionsschluß dieses Buches wurden in Izbica keine Leichen gefunden.

53 Bildmaterial dokumentiert in dem Film von Daniel Schneidemann u.a., a.a.O.

54 NYT 30.6.1999

55 Watson im Film von Daniel Schneidemann u.a., a.a.O.

Ebenso umstritten blieb die Frage, ob im Dubrava-Gefängnis in Istok Mitte Mai 1999 eine Massenexekution von über 100 Gefangenen stattgefunden hat. Am 27. August 2002 bezeugten dies im Milosevic-Prozeß zwei Mitglieder der UCK. Sie selbst hätten nur durch Glück überlebt. Neben der Unwahrscheinlichkeit ihrer Darstellung widerspricht dem auch die Analyse des Sachverständigen Eric Bacard, der am 22. Mai 2002 in Den Haag aussagte. Demnach starben die untersuchten Opfer nicht durch Schüsse, sondern durch herabfallende Trümmer und Explosionsverletzungen. Das könnten die Folgen eines Handgranateneinsatzes durch serbische Wärter gewesen sein. Plausibler ist allerdings, daß die Verletzungen auf die Bomben zurückgeht, mit der die Nato das Gefängnis kurz vor dem angeblichen serbischen Verbrechen zerstört hatte.

## **Erste Zweifel**

Trotz der vergleichsweise spärlichen Ausbeute bei der Untersuchung der Massengräber gab es zunächst keine kritischen Nachfragen in der westlichen Öffentlichkeit. Selbst als Bernard Kouchner, erster Chef der frischgebackenen UN-Verwaltung im Kosovo, am 2. August 1999 erneut von einer Zahl von 11.000 Opfern serbischer Greuelataten berichtete und als Quelle dafür das UN-Kriegsverbrechertribunal angab,<sup>56</sup> Den Haag jedoch noch am selben Tag bestritt, eine solche Auskunft gegeben zu haben und überhaupt über exakte Zahlen zu verfügen,<sup>57</sup> hielten die Medien still; die meisten deutschen Zeitungen meldeten das Dementi aus Den Haag nicht einmal.

Dies änderte sich erst, als ein Team spanischer Pathologen von ihren Exhumierungsarbeiten im Kosovo berichtete, und zwar in der angesehenen spanischen Tageszeitung „El Pais“ vom 23. September 1999. „Kriegsverbrechen ja, Völkermord nein. Das spanische Team aus Polizeiexperten und zivilen Gerichtsmedizinern ist gerade aus Istok in der Nordzone des Kosovo [...] zurückgekehrt. Die 187 Leichen, die in neun Dörfern gefunden und autopsiert worden sind, waren in Einzelgräbern bestattet,

56 vgl. FAZ 3.8.1999

57 Internationales Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, Weekly Press Briefing, 4.8.1999

die meist mit Rücksicht auf die Religion der Kosovo-Albaner nach Meksiko ausgerichtet waren und keinerlei Anzeichen von Folter aufwiesen. 'Es gab keine Massengräber. Meistens sind die Serben nicht so schlimm, wie sie dargestellt wurden, sagt der Gerichtsmediziner Emilio Perez Pujol. [...] Auch die Zahlenangaben wurden in Frage gestellt, die die Alliierten in Bezug auf die Tragödie im Kosovo zur Verfügung gestellt hatten. 'Ich habe die Daten der UN gelesen', sagte Perez Pujol, Direktor des Forensisch-Anatomischen Institutes in Cartagena. 'Sie begannen mit 44.000 Toten, dann gingen sie auf 22.000 herunter, und nun sind sie bei 1.100. Ich bin gespannt, was die letztendliche Zahl sein wird.' Die spanische Mission [...] ist Anfang August aus Madrid mit der Erwartung abgereist, man werde sich in die Hölle begeben. 'Man sagte uns, wir würden in die schlimmste Zone des Kosovo kommen, müßten uns auf über 2000 Autopsien gefaßt machen und hätten bis Ende November zu tun. Das Ergebnis sieht ganz anders aus: Wir haben 178 Leichen entdeckt, und wir sind bereits zurück', erklärte [...] Chefinspektor Juan Lopez Palafox, Leiter der Anthropologie-Abteilung [...] Gerichtsmediziner wie Polizisten beziehen sich auf ihre Erfahrungen in Ruanda, wenn sie versichern, daß man die Ereignisse im Kosovo - zumindest in dem Gebiet, das dem spanischen Kontingent zugeeilt ist - nicht als Völkermord bezeichnen können." Gegenüber der Tageszeitung „ABC“ präzisierte Pujol: „Nur einmal fanden wir 97 Tote an einer Stelle, auf einem Friedhof. Sie wiesen keine Zeichen von Folter oder Verstümmelung auf — eher von Kugeln und Granatsplintern.“ Wegen der Unterschiedlichkeit der Verletzungen läßt sich nach Ansicht der Pathologen nicht eindeutig sagen, ob es sich um ein Massengrab mit Opfern ethnischer Säuberungen handelt. An anderen, zuvor als mögliche Massengräber bezeichneten Orten habe das Team höchstens acht, manchmal auch gar keine Leichen gefunden.<sup>58</sup>

Am selben Tag, an dem dieser Artikel in „El Pais“ erschien, gab es in vielen anderen westlichen Medien eine scheinbar plausible Erklärung über den Verbleib der Leichen, die die Pathologen nicht hatten finden können. „Neues Massengrab im Kosovo entdeckt“, titelte etwa die „Neue Zürcher Zeitung“. „Das Massengrab liegt in einer Mine in Trepca in der Nähe der Stadt Kosovska Mitrovica [...] In einen bis zu 35 Meter tiefen Belüftungsschacht der Mine sollen serbische Einheiten laut Angaben von Augenzeugen bis zu 700 getötete Kosovo-Albaner geworfen haben.“

<sup>58</sup> zitiert bzw. indirekt wiedergegeben in Taz 3.12.1999

Schon am 7. Juli glaubte der britische „Daily Mirror“ aufgrund der Aussage des albanischen Augenzeugen Hakif Isufi, eines angeblich früher in der Trepca-Grube beschäftigten Bergmannes, eine grausige Entdeckung vermelden zu können: „Was Hakif gesehen hat, stellt eine der abscheulichsten Taten im Krieg des Slobodan Milosevic dar: Massenweise wurden Leichen von Ermordeten abgeladen, im verzweifelten Versuch, die Spuren zu verwischen. Die Ermittler [...] befürchten, in dem weitläufigen Bergwerk mit seinen tiefen Schächten und Stollen könnten nach dem Vorbild von Auschwitz in Ofen bis zu 1.000 Leichen verbrannt worden sein.“ Und weiter: „Trepca - der Name wird weiterleben an der Seite von Belsen, Auschwitz und Treblinka.“<sup>59</sup> Die „Bild“-Zeitung wartete mit einem Augenzeugen auf: „Die Öfen prasselten nächtelang.“<sup>60</sup> Als das Haager Tribunal nach diesen Berichten ein Team mit französischen Höhlenforschungsexperten zur Spurensuche entsandte, wurden die vorschnellen Horrormeldungen jedoch restlos widerlegt. „Sie fanden absolut gar nichts“, resümierte Kelly Moore, eine Sprecherin des Tribunals Ende Oktober 1999.<sup>61</sup>

Die steigende Verunsicherung auch in konservativen Kreisen der westlichen Öffentlichkeit drückte eine Expertise des privaten US-amerikanischen Nachrichtendienstes Stratfor Intelligence vom 17. Oktober 1999 aus.<sup>62</sup> Unter der Überschrift „Wo sind die Killing Fields des Kosovos“ wird dort sehr detailliert über die Exhumierungsarbeiten berichtet: „Unter der Anleitung des (Den Haag-)Tribunals werden Polizei und gerichtsmedizinische Teams aus den Nato-Ländern und einigen neutralen Staaten angewiesen, bestimmte Gräberstätten zu untersuchen (...) Die Vereinigten Staaten haben das größte Team mit 62 Mitgliedern (...) Bis jetzt gibt es jedoch noch keine amtliche Zahl für die von den gerichtsmedizinischen Teams gefundenen Leichen. Wenn wir wissen wollen, was wirklich im Kosovo geschehen ist, sind wir gezwungen, uns ein Bild auf der Grundlage der bisher bekannt gewordenen Tatsachen zu machen. Von dieser Basis ausgehend ist klar, daß die Teams keine ausreichend große Anzahl von Toten gefunden haben, um die Behauptung des 'Genozids' zu bestätigen. Trotz größter Anstrengungen. Die Arbeit

59 z.n. Byronica 12.12.1999

60 Bild 23.6.1999

61 New York Times 13.10.1999

62 vollständig dokumentiert in jW 28. und 29.10.1999



des FBI-Teams ist dafür ein gutes Beispiel. Das FBI hat bereits zwei verschiedene Untersuchungen durchgeführt; eine im Juni und eine im August, und vermutlich wird es nochmals in das Kosovo zurückrufen werden. Nach Angaben des FBI-Sprechers Dave Miller fand das FBI bei seinem jüngsten Einsatz im britischen Sektor insgesamt 124 Leichen [...] Bei seinen zwei Einsätzen im Kosovo seit Ende des Krieges hat das FBI-Team zusammengenommen 30 Gräberstätten mit insgesamt fast 200 Leichen untersucht." Die Stratfor-Autoren bilanzieren, „daß die Zahl der Toten nur in die Hunderte und nicht in die Tausende geht. Es ist jedoch nicht gänzlich auszuschließen, daß sehr große neue Gräber noch ihrer Entdeckung harren. Aber es darf davon ausgegangen werden, daß die Kosovo-Albaner vermutlich am meisten daran interessiert wären, daß die größten Gräberfelder zuerst geöffnet würden, alleine schon, um Gewißheit über den Verbleib von vermißten Familienangehörigen zu erhalten."

Als Reaktion auf Fragen nach einer mangelnden Berücksichtigung von Leichen, die die serbischen Täter postum beseitigt haben könnten, präziserte Stratfor-Geschäftsführer George Friedman die Untersuchungsmethoden und Resultate der Studie: „Es ist möglich, daß Leichen abtransportiert oder sonstwie weggeschafft worden sind. Deshalb sind die gerichtsmedizinischen Teams vor Ort. Sie sind darin ausgebildet, Verbrechen zu erkennen, auch lange nachdem die Leichen weggeschafft worden sind. Deshalb haben wir auch sehr sorgfältig die Sprecher verschiedener Teams interviewt, einschließlich des FBI. Wir fragten spezifisch, ob sie Beweise für weggeschaffte Leichen gefunden hätten. Als Beweismittel gelten z.B. Blutspuren oder Körperfragmente in den geleerten Gräbern oder Gase in den Erdklumpen und so weiter. Nach Aussagen des FBI und der anderen Teams haben sie keine Beweise dafür gefunden, daß in den Gräbern je Leichen gelegen haben, in denen nach Angaben der Kosovo-Albaner die Serben ihre Opfer zuerst begraben hätten, um sie anschließend wieder wegzuschaffen."<sup>63</sup> Ähnlich wie das Stratfor Institute äußerte sich wenig später der kanadische General a. D. Lewis McKenzie, vor seiner Pensionierung Oberbefehlshaber der UN-Blauhelme in Bosnien (Unprofor): „Nachdem seit dem Ende des Krieges 15 Untersuchungsteams aus 15 Ländern einschließlich Kanadas gesucht haben, fragen viele Europäer: 'Wo sind die Leichen?' 1 50 der 400 vermuteten

63 ebenfalls vollständig dokumentiert in jW 29.10.1999

Massengräber wurden untersucht [...] Die Teams wurden zuerst zu den Plätzen geschickt, an denn die größten Massengräber vermutet wurden - von einigen waren bei den täglichen Nato-Auftritten sogar Luftaufnahmen präsentiert worden. Es gab auch viel mehr Zeugen, die die Greuel-taten an diesen Stellen bekundet hatten, so daß angenommen wurde, die erforderlichen Beweise würden leicht gefunden werden. Bis zum heutigen Tag wurden weniger als 500 Leichen gefunden, von denen hunderte einzeln begraben wurden — was keineswegs auf eine Massenmordkam-pagne hinweist. Untersuchungsteams haben sich beschwert, daß sie den Schauergeschichten nachgehen und dann keine Beweise finden."<sup>64</sup>

## Rätsel aus Den Haag (II)

Die zunehmenden Zweifel über die Existenz von Massengräbern verstummten jedoch, als die Vorsitzende des Kriegsverbrechertribunals Carla del Ponte am 10. November 1999 einen Zwischenbericht über die Exhumierungen vorlegte, die mit einem Schlag die Berichte der spanischen und US-amerikanischen Gerichtsmediziner in den Hintergrund treten ließ. Sie sagte, daß ihre Behörde „Berichte über 11.334 Ermordete in Grabstätten" erhalten habe.<sup>65</sup> De facto, so gab sie an, seien 2.108 Leichen gefunden worden. Selbst diese Zahl, weniger als ein Fünftel der auf unerklärte Weise „berichteten" 11.334 Ermordeten, muß verblüffen, hatten doch — siehe oben — das US-Ermittlungsteam, die größte Gruppe der internationalen Inspektoren, lediglich „fast 200" und das spanische Team nur 178 Leichenfunde gemeldet, und McKenzie war bei seiner Überschlagsaddition für das ganze Kosovo wenige Tage vor del Ponte auf eine Gesamtzahl von „weniger als 500" gekommen. Haben die Experten des Haager Tribunals, die die Ausgrabungen im Kosovo ohne serbische Beteiligung vornahmen, die Zahlen der gefundenen Leichen im Sinne ihrer Chefanklägerin nach oben korrigiert? Dieser Verdacht wird sich niemals verifizieren lassen, deshalb wird im weiteren von den Haager Angaben ausgegangen.

64 The Globe and Mail (kanadische Tageszeitung) 9.11.1999

65 Nachrichtenseite der Vereinten Nationen vom 10.11.1999 ([www.un.org/peace/kosovo/news/kos60day.htm](http://www.un.org/peace/kosovo/news/kos60day.htm))

In jedem Fall hatte del Pontes Multiplikation der 2.108 auf 11.334 Leichen keinen Bezug zu den Fakten. Einen Hinweis darauf lieferte schon damals die Bundesregierung. Nur wenige Tage vor del Pontes Erklärung antwortete sie auf eine Kleine Anfrage der PDS-Fraktion: „Hochrechnungen des IStGHJ (Internationalen Strafgerichtshofes für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag, ansonsten in diesem Buch mit der englischen Abkürzung ICTY angegeben, Anm. J.E.), die die Gesamtzahl der vermuteten Massengräber berücksichtigen, kommen zu einer Gesamtzahl von ca. 4.000 Leichen.“<sup>66</sup> Dies wurde schließlich durch die offiziellen Zahlen der UN-Verwaltung im Kosovo bestätigt: Demnach wurden bis Februar 2002 exakt 4.019 Leichen gefunden, davon waren 2.122 identifiziert.<sup>67</sup>

## **Gefrierleichen und Zeugenerpressung**

Die Lücke zwischen den gefundenen 4.019 und den behaupteten 11.334 Leichen versuchte die Anklage im Milosevic-Prozeß dadurch zu schließen, daß sie dem seinerzeitigen jugoslawischen Präsidenten ein großes Vertuschungsmanöver zur Last legte. Auf seinen Befehl hin seien tote Albaner mittels Kühllastwagen nach Zentralserbien verfrachtet und dort heimlich vergraben worden. Polizeiminister Dusan Mihajlovic, der die Vorwürfe gegen Milosevic im allgemeinen stützte, hatte gegenüber der Presse jedoch für Verwirrung mit der Aussage gesorgt, von den 86 Leichen eines aus der Donau geborgenen LKWs weise nur eine einzige eine tödliche Schußverletzung auf. „Alle anderen wurden auf unterschiedliche Weise getötet, sagte er, ohne weitere Einzelheiten zu nennen.“<sup>68</sup>

Pünktlich zur Auslieferung von Milosevic nach Den Haag Ende Juni 2001 wurden dann „mindestens 36“ Albaner aus Suva Reka in der Nähe von Belgrad ausgegraben, meldete die „Neue Zürcher Zeitung“. „Alle

66 Antwort der Bundesregierung vom 29.10.1999, BT-Drucksache 14/1946

67 UNMIK Presseerklärung vom 3.2.2003, z.n. Amnesty International, Serbia and Montenegro (Kosovo/Kosova), Prisoners in our own homes, Mai 2003, S. 31, Fußnote 90

68 Albanians Killed in Kosovo Were Systematically Removed, AFP 8.6.2001

hätten in derselben Straße gelebt, wie die gefundenen Dokumente zeigten", hieß es mit Verweis auf das serbische Innenministerium.<sup>69</sup> Wenige Sätze weiter war jedoch zu lesen: „Die Identifizierung der Opfer werde mehrere Monate dauern.“ Ist es glaubhaft, daß die Täter Leichen zur Vertuschung von Verbrechen über mehrere hundert Kilometer nach Belgrad transportierten, ihnen dann aber, um es Den Haag leichter zu machen, die Personalpapiere ließen? Und: Was sind das für seltsame Dokumente, aus denen man den Wohnort der Opfer bis auf die Straße genau ablesen kann - nicht aber deren Identität?

Am 4. Juni 2002 traf für die Anklage im Milosevic-Prozeß ein serbischer Zeuge auf, der bestätigen sollte, „er habe mit seinem LKW Leichen ermordeter Kosovo-Albaner nach Serbien gebracht, um die Spuren von Kriegsverbrechen im Kosovo zu verwischen“. Berichten der niederländischen Presse zufolge handelte es sich um den „einzigsten Zeugen, der aus erster Hand zu dieser Affäre aussagen könnte“. Dies läßt sich nicht überprüfen, da über die Aussage des Zeugen nur bekannt wurde, daß er sie verweigerte. „Zwei Tage schon setzen Sie mich unter psychischen Druck, Sie machen mich noch verrückt“, fuhr er Richter Richard May an. Obwohl der Zeuge unter Ausschluß der Öffentlichkeit und anonym hätte aussagen können — bekannt wurde er deswegen nur unter seinem Decknamen K-12 — und obwohl ihm das Gericht bei fortdauernder Weigerung Beugehaft androhte, blieb der Mann bei seinem Schweigen.<sup>70</sup> Fünf Jahre später wurde der Zeuge erneut in Haft genommen, dieses Mal als Beschuldigter: Er sei in Kriegsverbrechen im Kosovo verwickelt gewesen.<sup>71</sup>

Am 26. Juli 2002 sollte im Haager Verfahren ein Insider auftreten, mit Hilfe dessen Milosevic des Vertuschungsmanövers doch noch überführt werden sollte. Der Chef der jugoslawischen Staatssicherheit Rade Markovic war im März 2001 in Serbien verhaftet worden und hatte eine schriftliche Aussage unterzeichnet, die seinen früheren Vorgesetzten der planmäßigen Vertreibung der Kosovo-Albaner und der anschließenden Beseitigung der Spuren seiner Verbrechen bezichtigte. Doch im Kreuzverhör nahm er diese Aussagen nicht nur zurück, sondern beschuldigte darüber hinaus die Belgrader Vernehmungsbehörden, ihn zu diesen

69 NZZ 29.6.2001

70 Germinal Civikov, Der Milosevic-Prozeß, a.a.O., S. 65/66

71 Meldung in Kurier (Wien) 18.6.2007

Falschaussagen gepreßt zu haben. „Sie sprachen über meine schwere Lage und machten mich auf alle möglichen weiteren Konsequenzen **aufmerksam**. Dann boten sie mir als Alternative an, Milosevic als Auftraggeber der Verbrechen zu beschuldigen, dadurch werde meine Verantwortung getilgt.“ Im Gegenzug für eine Falschaussage hätten ihm die Behörden „eine neue Identität, die Ausreise in ein anderes Land und lebenslange finanzielle Unterstützung“ angeboten.<sup>72</sup>

Aufschlußreich ist auch eine Geschichte, die mit der Beglaubigung durch das Kosovo-Büro des Internationalen Roten Kreuzes im Frühsommer 2007 Eingang in Agenturmeldungen fand. Demnach berichteten fünf Zeugen, daß während des Krieges 1999 rund 500 Leichen aus dem Kosovo mit LKWs über die administrative Grenze nach Zentralserbien gebracht und in der Nähe von Raska (160 Kilometer südlich von Belgrad) vergraben worden seien.<sup>73</sup> Eine genauere Prüfung durch Staatsanwälte des eigens für Kriegsverbrechen eingerichteten Sondergerichtshofs Serbiens Anfang Juni 2007 erbrachte keinen einzigen Leichenfund.<sup>74</sup>

### **Eine grundsätzliche Frage**

Im britischen Magazin „Spectator“ machte John Laughland darauf aufmerksam, daß man ohnedies die gefundenen Leichen nicht ohne weiteres auf das Schuldkonto der Serben buchen dürfe: „Für einen gewaltsamen Tod in der Provinz waren die verschiedensten Ursachen denkbar. Über hundert Serben und Albaner starben seit Beginn des Aufstandes im Jahr 1998 durch terroristische Angriffe der UCK; 426 serbische Soldaten und 114 Polizisten des serbischen Innenministeriums wurden im Verlauf des Krieges getötet. Die UCK mit ihren zehntausenden bewaffneten Kämpfern hatte ebenfalls Verluste, wie die Todesanzeigen in den Dörfern des Kosovo belegen. Überdies sind sei Beginn des Krieges über 200 Personen umgekommen, die auf nicht-explodierte Splitterbomben der Nato traten.“

72 Germinal Civikov, Der Milosevic-Prozeß, a.a.O., S. 44-46

73 Kastriot Zeka, Das Massengrab in Raska wird weiter untersucht, kosova-aktuell 7.6.2007

74 b92, No bodies fund at suspected mass grave near Kosovo, judge says, 8.6.2007

Zweifel an den Zahlen aus Den Haag erreichten schließlich auch die Berliner „Tageszeitung“, die 1998/99 immer an vorderster Front bei der Berichterstattung vermeintlicher serbische Greuelthaten gewesen war. Am 3. Dezember 1999 titelte sie auf Seite eins: „Keine Hinweise auf systematisches Massentöten im Kosovo - Die bisher gefundenen Gräber liefern keinen Beleg für den von der Nato stets behaupteten Völkermord.“ Selbstkritische Worte suchte man indes vergeblich. Die „Taz“-Beilage „Le Monde Diplomatique“ brachte da im März 2000 schon mehr Konsequenz auf. Zur eigenen Rolle im Spiel der Medien heißt es: „Auch die 'Monde diplomatique' behauptet auf der Titelseite ihrer August-Ausgabe (1999) leichtfertig, inzwischen sei 'die Hälfte der vermuteten 10.000 Opfer' exhumiert.“ Weiter heißt es unmißverständlich: „Neun Monate nach der Stationierung der Kfor im Kosovo stützt nichts [...] die Anschuldigung eines Völkermords.“

## **Die Ausgrabungsarbeiten bis 2007**

Zu den Exhumierungsarbeiten im Kosovo teilte Unmik im September 2007 auf Anfrage mit, daß ihr Office of Missing Persons and Forensics seit Jahresbeginn 2002 insgesamt 1.500 Leichen gefunden habe.<sup>75</sup> Wenn man diese Zahl mit den 4.019 Toten addiert, die vorher unter Verantwortung des Haager Tribunals ausgegraben wurden (siehe oben), kommt man auf insgesamt 5.519 im Kosovo gefundene Leichen.

Allerdings handelt es sich dabei nicht nur um Albaner: Von den 1.500 hat Unmik nach eigenen Angaben 1.100 identifiziert. Davon waren 260 keine Albaner, also etwa 23,5 Prozent, und 840 Albaner, also etwa 76,5 Prozent. Legt man diesen Prozentsatz für die Gesamtzahl von 5.519 Leichen zugrunde, die im Kosovo seit Kriegsende exhumiert wurden, so waren darunter 4.222 Albaner.

Zwei weitere Opfergruppen könnten die Zahl der getöteten Kosovo-Albaner noch erhöhen:

75 Myriam Dessables (dessables@un.org), Unmik-Informationsbüro, Email-Antwort vom 14.09.2007, im Archiv des Autors

So sind laut Unmik 850 Leichen in Zentralserbien exhumiert worden, „die meisten von ihnen angeblich Albaner, die im Kosovo getötet worden und dann im Geheimen nach Serbien transportiert und vergraben worden sind“.<sup>76</sup>

Im August 2007 wurden im Kosovo außerdem noch 2.031 Personen vermißt. Darunter waren laut Angaben des Internationalen Roten Kreuzes „mehr als 1.300“ Albaner.<sup>77</sup> Bei den übrigen handelt es sich in der überwiegenden Mehrheit um Serben und Roma.

Aber eine simple Addition der drei Zahlen — Kosovoleichen, zentralserbische Leichen und Vermißte — wäre unseriös. Zum einen dürften sich unter den bereits gefundenen (aber noch nicht identifizierten) Toten höchstwahrscheinlich auch Personen befinden, die bis dato als Vermißte geführt werden. Zum anderen ist der ganze Komplex der angeblich aus dem Kosovo herausgeschmuggelten Leichen nicht seriös geklärt. Deswegen ist es sehr unwahrscheinlich, daß der albanische death toll die Zahl 5.000 wesentlich überschreiten wird. Abseits aller Berechnungen bleibt offen, wie viele Bombenopfer, von der UCK getötete loyale Albaner und im Gefecht gefallene UCK-Kombattanten in dieser Summe eingeschlossen sind.

76 Unmik, In Search of the Missing, 6.12.2006

77 Myriam Dessables, a.a.O. Zu Jahresbeginn 2002 waren im Kosovo noch 5.236 Personen, im Dezember 2005 noch 2.464 Personen vermißt worden.





## Die vergessenen Toten

### Kollateralschäden — die Lüge vom sauberen Krieg

**Behauptet wurde:** Die Nato führte gegen Jugoslawien „den zielgenauesten Bombenkrieg der Geschichte“. (Bundeswehrgeneral Walter Jenrtz)<sup>1</sup>

**Tatsache ist:** Zahlreiche zivile Ziele wurden absichtlich bombardiert.

Die Beweislage ist eindeutig: Die Nato war für die kosovo-albanischen Zivilbevölkerung eine mindestens ebenso fürchterliche Bedrohung wie serbische Paramilitärs. Bei der angeblich irrtümlichen Bombardierung eines Flüchtlingskonvois am 15. April 1999 in der Nähe von Djakovica starben wahrscheinlich 74, am 14. Mai 1999 in der Nähe von Korisa wahrscheinlich 81 Menschen. Die genaue Zahl hat sich nicht ermitteln lassen, weil ein Teil der Opfer restlos verschmort und zu Asche pulverisiert war. Ansonsten sind die Vorfälle - im Unterschied zu den im vorigen Kapitel genannten Berichten über serbische Massaker - genauestens belegt: Vertreter der westlichen Presse waren am Tatort und lieferten beweiskräftige Foto- und Videoaufnahmen; nach einigem Hin und Her hat in beiden Fällen die Nato die Verantwortung übernommen.<sup>2</sup>

Verteidigungsminister Rudolf Scharping, der mit zitternder Stimme über das Leid der Kosovo-Albaner sprach, sofern er die Serben als Täter identifiziert hatte, berührten diese Fälle nicht. Fotos der Ereignisse und Augenzeugenberichte Betroffener, ansonsten seine Spezialität bei der Emotionalisierung von Bundestagsdebatten und Pressekonferenzen, blieben in der Schublade. Ungewohnt trocken kommentierte er das Massaker von Djakovica: „Daß wahrscheinlich Nato-Piloten einen Flüchtlingstreck tragischerweise mit einem Militärkonvoi verwechselt hatten, war ein weiteres trauriges Beispiel dafür, daß es einen Krieg ohne Opfer in der Zivilbevölkerung nicht gibt.“ Den Massenmord in Korisa wollte er Belgrad anlasten und äußerte den Verdacht, daß Milo-

1 Nato-Pressekonferenz, Brüssel, 27. Mai 1999, z.n. amnesty international, Nato/Federal Republic of Yugoslavia: "Collateral Damage" or Unlawful Killings? Violations of the Laws of War by Nato during Operation Allied Force; unter [www.amnesty.org/ailib/intcam/kosovo/index.html](http://www.amnesty.org/ailib/intcam/kosovo/index.html), S. A93

2 ausführliche Darstellung mit Quellen s.u.

sevic der Nato „hier ein schreckliches Ereignis in die Schuhe schieben will“.<sup>3</sup> Bundeskanzler Gerhard Schröder machte fünf Tage nach Korisa seine Haltung klar: „Ich bin einverstanden mit der gegenwärtigen Nato-Strategie, halte sie für erfolgversprechend und bin deswegen gegen ihre Änderung.“<sup>4</sup>

Scharping und Schröder waren keine Einzelfälle. Blanker Zynismus findet sich auch in anderen Stellungnahmen der Verantwortlichen. So äußerte sich der damalige Nato-Generalinspekteur Klaus Naumann ganz offen über die Berechtigung, ja Notwendigkeit der Bombardierung ziviler Ziele: „Wo treffe ich den Gegner am empfindlichsten? Und was hätte Milosevic denn getroffen? Doch nicht die Zerstörung von Bodentruppen. Einem kommunistischen Diktator ist es egal, wieviel Menschen sterben. Was ihn trifft, ist der Verlust jener Mittel, die seine Macht stützen. Das ist die Polizei, das ist die Beherrschung der Medien und das sind die Industriebarone, die ihn mit seinem Geld unterstützen, und natürlich dann auch deren Anlagen. Als wir diese Ziele mit phantastischer Präzision zerstört haben, da fing der Prozeß des Einlenkens an.“<sup>5</sup> Nato-Pressesprecher Jamie Shea lobte: „Es gab niemals in der Geschichte einen Luftwaffeneinsatz, der dem Militär so sehr geschadet hat und den Zivilisten so zu Gute kam wie dieser jetzt [...]“<sup>6</sup> Sheas deutscher Partner, General Walter Jertz, war der Meinung, daß die Nato gegen Jugoslawien „den zielgenauesten Bombenkrieg der Geschichte“ führte.<sup>7</sup>

## Militärisches Stümpertum

Ein ungerechter Krieg wird noch verachtenswerter, wenn er vor allem zivile Opfer fordert. Dies trifft auf den Nato-Krieg gegen Jugoslawien zu. Betrachten wir die offiziellen Zahlen: Die Nato-Flugzeuge waren 78 Tage lang fast ununterbrochen im Einsatz, flogen nach eigenen Angaben insgesamt 38.400 Einsätze und warfen bzw. feuerten 23.614 Bomben,

3 z.n. Bild am Sonntag 16.5.1999

4 z.n. ARD-Magazin Monitor 20.5.1999

5 Europäische Sicherheit 11/99

6 Nato-Pressekonferenz, Brüssel, 3.5.1999, z.n. amncsty international, a.a.O., S. 13

7 Nato-Pressekonferenz, Brüssel, 27.5.1999, z.n. amnesty international, a.a.O., S. 13

Cruise Missiles und Raketen ab.<sup>8</sup> Bundeswehr-Tornados stiegen in 436 Fällen zu Angriffen auf und schossen dabei 244 Harm-Raketen ab." Das erscheint vergleichsweise wenig, doch mit diesen Lenkfeuerwaffen wurden gegnerische Radarstellungen ausgeschaltet. Die deutschen Flugzeuge sorgten als Begleitschutz dafür, daß die US-amerikanischen Bomber ihre Ziele ohne Angst vor der jugoslawischen Flak angreifen konnten. „Die deutschen Kräfte spielten für den operativen Fortgang von Allied Force also eine dem Umfang nach geringe, qualitativ aber gewichtige Rolle“, resümiert auch Roland Friedrich.<sup>10</sup>

Trotz des massiven Einsatzes modernster Waffen waren die zivilen Schäden höher als der militärische Erfolg. Scharping verbreitete zwar noch in seinem Buch die Erfolgsbilanzen der Nato: „Die jugoslawische Luftwaffe hatte 70 Prozent ihrer Mig 29, ein Viertel ihrer Mig 21 und rund die Hälfte ihrer übrigen Flugzeuge verloren [...] Elf Gefechtsstände und eine große Anzahl von Kasernen waren beschädigt, 300 Panzer, Schützenpanzer und Artilleriegeschütze vernichtet.“<sup>11</sup> Doch im Mai 2000 veröffentlichte das US-Magazin „Newsweek“ einen Schadensreport der US-Air Force, der bis dato vom Pentagon zurückgehalten worden war. Die Experten, die wochenlang zu Untersuchungen im Kosovo gewesen waren, stellten darin fest, daß die Nato nur 14 Panzer, 18 Truppentransporter und 20 Artilleriegeschütze getroffen hatte.<sup>12</sup>

Ein Bericht des britischen Verteidigungsministeriums machte deutlich, daß die sogenannten Präzisionswaffen der Royal Airforce nur in 40 Prozent der Fälle ihre Ziele getroffen hatten. Von den klassischen Bomben seien nur zwei Prozent am vorgesehenen Ort eingeschlagen. Selbst lasergesteuerte Lenkwaffen trafen nur in 65 Prozent der Fälle — beim Angriff auf Irak im Jahr 1991 hatte die Quote noch bei 100 Prozent gelegen.

8 Vgl.: International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY/Den Haag), Final Report to the Prosecutor by the Committee Established to Review the Nato Bombing Campaign Against the Federal Republic of Yugoslavia, 13.6.2000, S. 16

9 Günter Joetze, Der letzte Krieg in Europa, a.a.O., S. 8 ; Friedrich nennt 438 Einsätze mit ECR-Tornados und 66 mit RECCE-Tornados und ebenfalls 244 abgeschossene HARM-Raketen (vgl. Roland Friedrich, a.a.O., S. 93)

10 Roland Friedrich, a.a.O., S. 93

11 Rudolf Scharping, a.a.O., S. 171

12 Newsweek 15.5.2000

Von den 150 abgeworfenen 1.000-Pfund-Bomben gingen 147 fehl. Mit anderen Worten: Sie explodierten nicht — oder trafen zivile Punkte.<sup>13</sup>

Der Zusammenhang zwischen militärischem Stumpertum einerseits und Rücksichtslosigkeit gegenüber der Zivilbevölkerung andererseits läßt sich vielleicht am besten am Einsatz der DU-Munition demonstrieren - siehe dazu das ausführliche folgende Kapitel ab S. 173.

Ahnlich verhält es sich mit dem Einsatz von Splitter- und Clusterbomben, die für viele der im folgenden geschilderten Opfer verantwortlich sind. Allein die USA haben etwa 1.000 Bomben vom Typ CBU-87/B eingesetzt; jede dieser Bomben stößt über dem Zielgebiet 202 Einzelbomben aus, die alles Lebendige im Umkreis von 150 mal 1.000 Metern töten.<sup>14</sup> Daneben setzte die britische Luftwaffe diese Bomben ein. Die Bundeswehr, die sie ebenfalls für ihre Tornados vorrätig hält, verzichtete.<sup>15</sup>

Das ARD-Magazin „Monitor“ zitierte aus einer internen Studie der US-Air Force vom Juni 1996, wonach der kommandierende General Michael Ryan den Einsatz dieser Waffe im Bosnienkrieg ausdrücklich verboten hatte. Seine Begründung: „Die Streuung der Splitter ist zu groß, um den Schaden an der Zivilbevölkerung ausreichend zu begrenzen, und es gab weiterhin das Problem der nichtexplodierenden Munition, die später unter hohem Risiko geräumt werden müßte [...]“ Die „FAZ“ schreibt zum Gefährdungspotential dieser Bomben: „Allein von den gegen serbische Ziele eingesetzten amerikanischen Splitterbomben sind — statistisch gesehen — mehr als 20.000 nicht explodiert. Die genaue Zahl kennt niemand, doch wird in der Nato auch nicht ausgeschlossen, daß auf dem früheren Kriegsschauplatz bis zu 30.000 nicht explodierte Splitterbomben der Nato liegen könnten ... Im Gegensatz zu den von den Serben gelegten Landminen ist es der Nato unmöglich zu sagen, an welchen Stellen heute nicht explodierte Splitterbomben liegen [...]. Im Irak haben Splitterbomben der Alliierten - trotz der auffälligen Lackierung — nach Angaben der Vereinten Nationen seit dem Kriegsende 1991

13 Vgl. Udo Ulfkotte, So lügen Journalisten. Der Kampf um Quoten und Auflagen, München 2001, S. 235

14 Angaben nach FAZ 24.6.1999

15 low., Streubomben: Auch im Arsenal der Bundeswehr, FAZ 2.9.2006

16 Monitor 20.5.1999

'mindestens 2.600 Zivilisten, zumeist Kinder' getötet [...]. Die Nato hatte vor mehreren Tagen mitgeteilt, daß sie Minen und nicht explodierte Splitterbomben im Kosovo nur dort räumen werde, wo dies zum Schutz der Kfor-Truppen notwendig sei."<sup>17</sup> Nach Angaben der UN-Verwaltung Unmik wurden in den ersten zwei Jahren nach Kriegsende (bis Juni 2001) 86 Personen durch Splitterbomben-Blindgänger getötet, weitere 351 verletzt.<sup>18</sup>

## Die Befehlsstruktur

Die Ziele für jeden Einsatz wurden vom Deskofficer des Combined Allied Operations Command im italienischen Vicenza zusammengestellt. Grundlagen waren die Listen der Primärziele, die - so die „Washington Post“ - ein Nato-Planungsstab angefertigt hatte und die von den politischen Spitzen der Nato-Staaten — Clinton, Blair, Jospin und auch Schröder — abgeseignet worden sind.<sup>19</sup> Bekannt ist, daß die französische Regierung in einigen Fällen erfolgreich ihr Veto gegen die Bombardierung ziviler Ziele, etwa von Donaubrücken, eingelegt hat. Im Kriegstagebuch von Minister Scharping kann man nachlesen, daß die Zielauswahl immer auf der Tagesordnung des Nato-Rates stand. Da im Nato-Rat nur einstimmig entschieden werden kann, hätte auch die Bundesregierung mit einem Nein bestimmte Angriffe blockieren können.

Falls diese Primärziele nicht angegriffen werden konnten, zum Beispiel wegen der Wetterlage, wurden den Flugzeug-Besatzungen während der Einsätze Sekundärziele genannt. Diese wurden allerdings, so der deutsche Oberstleutnant Michael Kämmerer, Sprecher des Nato-Hauptquartiers Europa (Supreme Headquarters Allied Powers) in Möns, gegenüber „Zeit“-Autor Reiner Luyken, wurden ohne politische Gegenkontrolle festgelegt.<sup>20</sup> Nach Meinung von Paul Beaver von der Fachzeitschrift

17 FAZ 24.6.1999

18 AFP 11.7.2001, z.n. Cathrin Schütz, Die Nato-Intervention in Jugoslawien. Hintergründe, Nebenwirkungen und Folgen, Wien 2003, S. 24

19 Vgl. Reiner Luyken, Die Brücke, Zeit 51 /1999

20 Reiner Luyken, Die Brücke, Zeit 51 /1999

„Janc's Defense Weekly" wurden die Koordinaten dieser Ausweichziele den Piloten von den Awacs-Flugzeugen mitgeteilt, also den fliegenden Nato-Kommandozentralen. An Bord waren auch deutsche Spezialisten und Offiziere.<sup>21</sup> 1994 hatte die SPD noch vergeblich versucht, ihre Beteiligung durch das Bundesverfassungsgericht verbieten zu lassen.

Daß der Einfluß der deutschen Generäle auf die Zielliste der Nato-Bomber sehr hoch gewesen sein könnte, behauptet der Rüstungslobbyist und Medienmanager Moritz Hunzinger. In seinem Politischen Salon gaben sich Ende der neunziger Jahre Politprominente, Militärs und Industrielle ein Stelldichein. Hunzinger berichtete, wie der Inhaber des deutschen Chemieunternehmens Messer um Schutz für seinen Tochterbetrieb in Serbien bat: „Auf unserem Salon am 7. April (1999) wandte ich mich im Auftrag des Messer-Chefs Herbert M. Rudolph an Minister Scharping und den späteren ersten Kommandeur der Nato-Schutztruppe Kfor, General Klaus Reinhardt, mit der Bitte, die Anlage nicht zu bombardieren. [...] Bei einer unserer nächsten Begegnungen im September 1999 hat sich Herr Rudolph persönlich bei Scharping und Reinhardt bedankt, daß sein Belgrader Tochterunternehmen verschont wurde."

Als Interviewer fragte ich bei Hunzinger nach: „Um zu rekapitulieren: Es reichte also aus, daß Sie in Ihrem Salon mit Scharping und Reinhardt gesprochen haben, und dann hat die Nato ihre Liste der Bombenziele verändert? Hätten das nicht die Nato-Gremien beschließen müssen? Hätten Sie nicht wenigstens statt mit Reinhardt mit dem Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark sprechen müssen?"

Hunzinger antwortete: „Wenn Reinhardt was gesagt hat, hat Clark gespürt: ‚Yes, Sir!‘ Was Reinhardt anordnete, war Gesetz — er war während des Krieges Befehlshaber Alliierte Landstreitkräfte Europa Mitte und Befehlshaber Joint Command Center der Nato."<sup>22</sup>

21 Reiner Iuyken, a.a.O.

22 „Meine Miete ist bezahlt", Interview mit Moritz Hunzinger, jW 28.2.2004

## Der Bericht von amnesty international

Ein Jahr nach Kriegsende, im Juni 2000, legte amnesty international einen Bericht über die Verstöße der „Operation Allied Force“ gegen das Kriegsrecht vor.<sup>23</sup> Das Urteil der traditionsreichen Menschenrechtsorganisation: „Nato-Streitkräfte haben sich schwere Verstöße gegen das Kriegsrecht zuschulden kommen lassen. Dadurch haben sie unrechtmäßig Zivilisten getötet.“ Die Bombeneinsätze mit den schlimmsten „Kollateralschäden“ wurden einer genauen Prüfung unterzogen, die Rechtsfertigungen der Nato mit eigenen Recherchen verglichen:

\* Der Angriff auf einen Zug auf der Grdelica-Brücke am 12. April mit „mindestens 12 Toten“:

Die Nato rechtfertigte sich damit, daß der Pilot bei der hohen Anfluggeschwindigkeit die Fahrzeuge leider zu spät bemerkt habe. Amnesty weist darauf hin, daß der Pilot nach dem ersten Angriff noch einmal umdrehte, um auch den Rest des Zuges zu zerstören. Ein Video, mit dem Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark auf einer Pressekonferenz das hohe Tempo des Zuges und die daraus resultierende Entscheidungsnot des Piloten hatte demonstrieren wollen, erwies sich später als manipuliert — Clark hatte es mit dreifacher Geschwindigkeit abgespielt.<sup>24</sup>

\* Die (bereits erwähnten) Angriffe auf kosovo-albanische Flüchtlingstrecks bei Djakovica (am 14. April mit über 70 Toten) bzw. bei Korisa (am 13. Mai mit über 80 Toten):

In beide Fällen hieß es aus zunächst aus Brüssel, die Trecks seien nicht von der Nato, sondern von den Serben beschossen wurden. Diese Behauptung wurde jeweils erst nach mehreren Tagen zurückgezogen, nachdem westliche Journalisten die Tatorte besichtigt und Munitionsreste gefunden hatten, die eindeutig auf westliche Produktion hinwiesen. Daraufhin gab die Nato den Beschuß zu, rechtfertigte ihn jedoch damit, daß die Serben die albanischen Flüchtlinge als „menschliche Schutzschilde“ für Militärtransporte benutzt hätten und man diese militärischen Ziele habe treffen wollen. Human Rights Watch ist dieser Behauptung im Falle von Djakovica nachgegangen und fand „keinen Beweis“, daß die Serben die

23 amnesty international, a.a.O.

24 vgl. AFP 5.1.2000; FAZ 8.1.2000

Flüchtlinge als menschliche Schutzschilde für militärische Einrichtungen mißbraucht hätten.<sup>25</sup> Amnesty selbst hat sich im Falle von Korisa eigens die Mühe gemacht, albanische Flüchtlinge aufzusuchen, die gegenüber der Presse zunächst die Nato-Version gestützt hatten. Resultat: „Keiner der Männer hatte Informationen aus erster Hand, [...] und was sie von den Ereignissen im Dorf berichten, entspricht nicht dem Zeitpunkt der Bombardierung.“<sup>26</sup>

\* Die Zerstörung der Sendezentrale des serbischen Fernsehens RTS in Belgrad am 23. April, bei der „mindestens 16“ RTS-Mitarbeiter getötet wurden:

Am nächsten Tag hatte der britische Premier Tony Blair zur Rechtfertigung gesagt, „dieser Apparat [...] hält ihn (Milosevic, Anm. J.E.) an der Macht und wir als Nato-Verbündete sind vollständig im Recht, solche Ziele zu zerstören.“<sup>27</sup> Für Amnesty dagegen sind Angriffe auf Ziele, die nur von Bedeutung für die Kampfmoral des Gegners sind, aber ansonsten keine militärische Relevanz haben, nicht von der Genfer Kriegsrechtskonvention gedeckt. Als eindrucksvolles Beispiel, daß selbst schlimmste Formen der Propaganda nach internationalem Recht nicht verboten sind, führt Amnesty den Fall Hans Fritzsche an: Der Nazi-Propagandist, der ab 1942 den Großdeutschen Rundfunk leitete, wurde 1946 vom Nürnberger Kriegsverbrechertribunal freigesprochen. Diese Position war auch in den siebziger Jahren vom US-Verhandlungsführer bei den Debatten über das Zusatzprotokoll 1 der Genfer Konvention gestützt worden: „Es erscheint fragwürdig, Fernsehstudios als legitime Ziele anzusehen, die anzugreifen einen effektiven Beitrag zur militärischen Kriegführung darstellt, nur weil sie Propaganda unter der zivilen Bevölkerung verbreiten.“ Auch zu der von der Nato nachgeschobenen Behauptungen, die RTS-Zentrale hätte für den militärischen Funkverkehr eine Rolle gespielt und es sei eine rechtzeitige Warnung vor dem Angriff erfolgt, legt Amnesty Gegenbeweise vor.

\* Weiterhin wurden von Amnesty folgende Nato-Bombardements untersucht: die Attacke auf einen Bus und der anschließende Beschuß von

25 amnesty international, a.a.O., S. 33

26 amnesty international, a.a.O., S. 53

27 z.n. International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), a.a.O., S. 22



Rettungsfahrzeugen bei Luzane am 1. Mai mit 40 Toten; der Angriff auf Markt und Krankenhaus in Nis am 7. Mai mit 14 Toten; die Zerstörung der chinesischen Botschaft in Belgrad am 8. Mai mit drei Toten; die Attacke auf die Varvarin-Brücke in Zentralserbien am 30. Mai mit zehn Toten sowie auf eine Tuberkulose-Klinik in Surdulica am 31. Mai mit 16 oder 17 Toten.

Amnesty nennt einige Indizien, daß die Suche der Nato nach den Ursachen für diese „Kollateral-Schäden“ gar nicht ernstgemeint war, sondern nur dazu dienten, die Öffentlichkeit hinzuhalten. Ein Nato-General äußerte etwa: „Für die Behandlung unglücklicher Fehler wandten wir eine ziemlich effektive Taktik an. Meist wußten wir die genauen Gründe und Folgen dieser Irrtümer. Aber um die öffentliche Meinung stillzustellen, sagten wir, daß wir eine Untersuchung durchführten und daß es mehrere mögliche Erklärungen gäbe. Wir gaben die Wahrheit dann erst nach ein oder zwei Wochen zu, wenn sich keiner mehr dafür interessierte. Auch an der öffentlichen Meinung muß man arbeiten.“<sup>28</sup>

Viele der geschilderten Katastrophen waren laut Amnesty der Nato-Vorschrift geschuldet, daß die Kampffjets eine Mindesthöhe von 15.000 Fuß (= 5.000 Metern) einzuhalten hatten, um nicht von der Flugabwehr getroffen werden zu können.<sup>29</sup> Die Erklärung ist recht plausibel, denn aus fünf Kilometern Höhe mag es tatsächlich schwierig sein, einen Traktor von einem Unimog zu unterscheiden. Amnesty schlußfolgert daraus, daß die 15.000-Fuß-Regel eine „volle Berücksichtigung des humanitären Völkerrechts tatsächlich unmöglich machte.“<sup>30</sup> Die Nato hätte die Flughöhe von Anfang an niedriger ansetzen müssen, „anstatt die Sicherheit ihrer Flugzeuge und Piloten über den Schutz von Zivilisten zu stellen, einschließlich solcher Zivilisten, um deretwillen sie angeblich intervenierte.“<sup>31</sup>

28 Le Nouvel Observateur 1.7.1999

29 amnesty international, a.a.O., S. 14/15

30 amnesty international, a.a.O., S. 22

31 amnesty international, a.a.O., S. 23

## Die Antwort Den Haags

Nur wenige Tage nach dem Bericht von Amnesty International legte auch das Haager Kriegsverbrechertribunal eine Bewertung des Bombenkrieges vor.<sup>32</sup> Bereits zu Jahresanfang hatte die Chefanklägerin des Tribunals Carla del Ponte angedeutet, daß sie keine Anklageerhebung gegen die Nato zulassen wollte. Daß Den Haag diese Nicht-Anklage ausführlich begründete — die Nicht-Anklageschrift ist beinahe so umfangreich wie die Anklageschrift gegen Milosevic et. al. —, ist ungewöhnlich. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dürfte mit der Publizität des Amnesty-Dossiers zusammenhängen - offensichtlich sollte gegengesteuert werden, und zwar ohne jede Differenzierung: In allen untersuchten Einzelfällen widerspricht Den Haag den Einschätzungen von Amnesty. So heißt es über den Personenzug an der Grdelica-Brücke: „Es scheint nicht so, daß der Zug absichtlich angegriffen wurde.“<sup>33</sup> Zum Flüchtlingstreck in Djakovica: „Es ist die Meinung des Komitees, daß die Zivilisten bei diesem Ereignis nicht absichtlich angegriffen wurden.“<sup>34</sup> Zur Zerstörung der Sendezentrale von RTS-TV: „Von der Annahme ausgehend, daß es ein legitimes Ziel war, waren die zivilen Opfer unglücklicherweise hoch, aber sie scheinen nicht eindeutig unverhältnismäßig.“<sup>35</sup> Zu den getöteten Flüchtlingen in Korisa: „Auf der Basis der verfügbaren Informationen ist das Komitee der Meinung, daß das Anklagebüro keine Untersuchung über das Bombardement bei Korisa einleiten sollte.“<sup>36</sup>

Besonders bemerkenswert ist, daß das Internationale Kriegsverbrechertribunal den Einsatz von mindestens 1.000 Clusterbomben durch die Nato nicht verwirft, obwohl es 1996 Milan Martić, den Präsidenten der Krajina-Serben, bereits wegen des Abschusses einer (!) entsprechend bestückten Rakete auf die kroatische Hauptstadt Zagreb verurteilt hatte. „[...] der Angeklagte beabsichtigte, die Stadt als solche anzugreifen [...]. Es gibt kein Anzeichen, daß Clusterbomben in dieser Art von der Nato verwendet wurden.“<sup>37</sup>

32 International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), a.a.O.

33 International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), a.a.O., S. 17

34 International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), a.a.O., S. 20

35 International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), a.a.O., S. 23

36 International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), a.a.O., S. 27

37 International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), a.a.O., S. 8

Generell hat sich das Kriegsverbrechertribunal nur auf frei verfügbares Material und auf die von der Nato zur Verfügung gestellten Informationen gestützt. Diese Genügsamkeit führte dazu, „daß das Komitee nicht mit jenen gesprochen hat, die in die Kommandierung oder Ausführung der Bombenkampagne verwickelt waren“. Den Haag äußert zwar ein gewisses Unbehagen über die mangelnde Auskunftsfreudigkeit des westlichen Bündnisses (bei der Nachfrage „nach spezifischen Einzelereignissen war die Nato-Antwort in allgemeine Begriffe gehüllt und verfehlte den Bezug auf die spezifischen Einzelereignisse“), schließt aber aus diesen weißen Flecken nicht auf die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen, sondern auf das Gegenteil: ihre Einstellung. „[...]Das Komitee ist der Meinung, daß weder eine in die Tiefe gehende Untersuchung in Bezug auf die Bombenkampagne als Ganzes noch Untersuchungen spezifischer Einzelereignisse gerechtfertigt sind. In allen Fällen ist entweder die Rechtsgrundlage ungenügend oder es ist unwahrscheinlich, daß ausreichende Beweise, um die Anklagen zu untermauern [...], beigebracht werden können.“ Worin die Schwierigkeiten bei der Beweiserhebung bestanden und inwiefern die mangelnde Auskunftsfreudigkeit der Nato dazu beigetragen hat, wird nicht geschrieben. Es drängt sich der Eindruck auf, daß Den Haag der Nato einen Persilschein ausstellte, ohne auch nur ansatzweise eine Beweiserhebung gemacht zu haben - nicht gerade ein Ausweis der Unparteilichkeit des Haager Tribunals.

Die Haager Erklärung war kaum veröffentlicht, als Amnesty noch am selben Tag seine Kritik an der Nato in einer mehrseitigen Stellungnahme bekräftigte. „Die Organisation betont, daß die Tatsache, daß die Anklage des Internationalen Kriegsverbrechertribunals entschieden hat, keine strafrechtliche Untersuchung gegen die Nato einzuleiten, die Nato nicht dazu verleiten sollte, den detaillierten und nuancierten Inhalt des Berichts zu ignorieren, oder die Empfehlungen zurückzuweisen, die Amnesty International und andere Organisationen gemacht haben.“<sup>38</sup>

38 amnesty international, News Service Nr. 116, 13.6.2000

## „Nato deeply regrets" - nothing?

Mittlerweile gibt es viele Hinweise, daß der Beschuß von Zivilisten absichtlich erfolgte. Daraufläßt etwa ein von der jugoslawischen Armee aufgezeichnetes Funkprotokoll des Angriffs auf den Flüchtlingszug in Djakovica schließen.

„Pilot: *Ich verlasse jetzt die Wolken. Ich sehe immer noch nichts.*

Basis: *Setzen Sie ihren Flugfort. Richtung Nord 4280.*

Pilot: *Ich bin unter 3.000 Fuß. Unter mir eine Kolonne von Fahrzeugen. Eine Art von Traktoren. Was soll das? Ich verlange Instruktionen.*

Basis: *Wo sind die Panzer?*

Pilot: *Ich sehe Traktoren. Ich nehme nicht an, daß die Roten die Panzer als Traktoren getarnt haben.*

Basis: *Was sind das für komische Geschichten? So ein Arger! Da stecken sicher die Serben dabinter. Zerstören Sie das Ziel!*

Pilot: *Was soll ich zerstören? Traktoren? Gewöhnliche Fahrzeuge? Ich wiederhole: Ich sehe keine Panzer. Ich verlange weitere Informationen.*

Basis: *Es ist ein militärisches Ziel. Zerstören Sie das Ziel! Ich wiederhole: Zerstören Sie das Ziel!*<sup>39</sup>

Das war kein Einzelfall. „Die Nato bombardierte die Chinesen absichtlich“, schrieb die britische Tageszeitung „The Observer“ über die Zerstörung von deren diplomatischer Vertretung in Belgrad am 8. Mai. Als Beleg zitiert wurden Militär- und Geheimdienstquellen sowohl aus den USA wie auch aus Europa. Demnach war die Bombardierung erfolgt, weil die Chinesen den Funkverkehr der jugoslawischen Armee nach der Ausschaltung einiger Transmitter mit ihren eigenen Anlagen unterstützten.<sup>40</sup> Auch der französische Oberst Pierre-Henri Bunel, bis Oktober 1998 Verbindungsoffizier seines Landes im Nato-Hauptquartier in Brüssel, geht von einem gezielten Angriff aus. Die Nato-Behauptung, daß falsches Kartenmaterial zu einer falschen Zielprogrammierung geführt habe, weist er zurück, da er aus eigener Kenntnis wisse, daß in den Karten im Nato-Hauptquartier die chinesische Botschaft korrekt vermerkt gewesen sei.<sup>41</sup>

39 abgehörte Funkaufzeichnung gesendet im Jugoslawischen Fernsehen, z.n. Defense & Foreign Affairs Strategie Policy 3/1999

40 The Observer 17.10.1999

41 Interview in Konkret 8/2000

Der spanische Pilot Adolfo Luis Martinez de la Hoz berichtete der spanischen Wochenzeitung „Articulo 20“, daß Piloten für den Angriff auf zivile Objekte sogar ausgezeichnet worden seien. Sein Vorgesetzter habe wiederholt gegen die völkerrechtswidrige Zielauswahl protestiert und sei deswegen auf amerikanischen Druck abberufen worden: „Die Anweisung gaben amerikanische Generäle und niemand sonst. Wir waren Nullen [...] Dieser brutale Krieg, der einzig ein Krieg der Yankees war, wird von uns allen bezahlt werden.“<sup>42</sup>

## Die Bilanz

Wie viele Menschen während des elfwöchigen Bombenkrieges starben, ist nicht genau bekannt. Das Weißbuch des jugoslawischen Informationsministeriums vom Herbst 1999 listet 400 Zivilisten auf, die bei vierzig Angriffen getötet wurden, die US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch hat bei 90 Angriffen zwischen 489 und 528 zivile Opfer errechnet. Beide Aufstellungen waren vorläufig.<sup>43</sup>

Im Februar 2000 veröffentlichte die Belgrader Regierung eine umfassendere Bilanz. Demnach zerstörten oder beschädigten die Nato-Bomben 82 Brücken, 422 Schulen, 48 Einrichtungen des Gesundheitswesens, 74 TV-Stationen oder Transmitter sowie zahlreiche Elektrizitätswerke, Fabriken und Straßen. Der Gesamtschaden beträgt 100 Milliarden US-Dollar. Mehr als 7.000 Menschen wurden verwundet, mehr als 2.000 Zivilisten starben.<sup>44</sup> Außer den Zivilisten wurden — so eine weitere Aufstellung - während des Krieges 1.002 jugoslawische Militärangehörige getötet, wobei in dieser Statistik nicht zwischen Angriffen der Nato und der UCK unterschieden wurde.<sup>45</sup>

Eine Veröffentlichung aus Kreisen ehemaliger Politiker und Diplomaten der Milosevic-Ära aus dem Jahr 2006 präziserte diese Zahlen weiter.

42 z.n.jW 6.7.1999

43 nach amnesty international, a.a.O., S. 26

44 Government of the Federal Republic of Yugoslavia concerning the OSCE Report "Kosovo/Kosova As Seen, As Told", 7.2.2000

45 nach amnesty international, a.a.O., S. 26

Demnach sind während des Nato-Angriffes 524 Armeeeingehörige und 114 Polizisten sowie 2.000 Zivilisten getötet worden, davon 30 Prozent Kinder.<sup>46</sup>

## Die Bodenoffensive

Hätte die Nato die Beschränkung auf den Luftkrieg fallen gelassen und Jugoslawien auch mit Bodentruppen angegriffen, wäre der Blutzoll unvergleichlich höher gewesen. Daß eine solche Möglichkeit ernsthaft auch von den deutschen Verantwortlichen ins Auge gefaßt wurde, beweist eine Äußerung von Fischer ein dreiviertel Jahr nach Kriegsende. Auf die Frage, warum Milosevic schließlich in einen Waffenstillstand eingewilligt habe, nannte er drei Gründe. Zum einen die Wirkung der Bomben, zum zweiten den russischen Einfluß auf Milosevic, und drittens: „Das Wissen, daß der Landkrieg kommt [...] er hatte begriffen, daß er den verlieren wird.“<sup>47</sup> Allerdings versucht Fischer in seinen Memoiren den Eindruck zu erwecken, daß die Bundesregierung keine deutschen Truppen für eine solche Eskalation zur Verfügung gestellt hätte, weil es dafür „niemals“ eine Mehrheit im Bundestag gegeben hätte.<sup>48</sup> Fischer-Biograph Schweben dagegen sah die Bundesregierung in dieser Frage noch fahrlässiger mit dem Feuer spielen als die US-Amerikaner: „Während Gerhard Schröder vor den Luftangriffen ziemlich unbekümmert auch Bodentruppen in Aussicht gestellt hatte, hatte (US-Präsident) Bill Clinton ehemals davon nichts wollen.“<sup>49</sup>

Ein deutsches Drängen in den Nato-Diskussionen um einen Bodenkrieg war schon im Sommer 1998 zu beobachten gewesen, noch unter der alten Bundesregierung (vgl. S. 40ff). Auch Rot-Grün zündelte weiter, und zwar im Zusammenhang mit der sogenannten Extraction Force. Diese 1.700 Nato-Soldaten standen Gewehr bei Fuß an den jugoslawischen Grenzen, zuerst ab Oktober 1998 in Mazedonien, später

46 Radoslav Gacinovic, Medjunarodni teror - nasilje prema gradjanima SRJ, in: Beogradski Forum (Hrsg.), Agresija Nato na Jugoslaviju - sedam godina posle, Beograd 2006, S. 172/173

47 Michael Schwelien, a.a.O., S. 106/107

48 Joschka Fischer, a.a.O., S. 206

49 Michael Schwelien, a.a.O., S. 105

auch in Albanien, angeblich zur Sicherung des Rückzuges der OSZE-Beobachter. Als sich nach dem Racak-Zwischenfall Mitte Januar 1999 die Spannungen verstärkten, diskutierte und beschlossen Nato-Gremien und der Bundestag eine Vergrößerung der Mission. Aus dem Verteidigungsministerium kam eine Stellungnahme, daß die Extraction Force bei einer Lageverschärfung „durchaus auch für einen Kampfeinsatz in Frage käme“.<sup>50</sup> Die „FAZ“ meldete: „Regierung zur Entsendung von Bodentruppen in den Kosovo bereit“.<sup>51</sup> Schröder ließ erklären, er wolle nicht ausschließen, daß Deutschland „in und mit der internationalen Staatengemeinschaft“ Landstreitkräfte auch in „nicht befriedete Gebiete“ schicken werde.<sup>52</sup> Scharping übte den moralischen Einpeitscher: „Jetzt ist nicht mehr die Zeit für Ultimaten, sondern des bloßen Handelns. Wir werden nicht zusehen, wie Menschen abgeschlachtet werden.“<sup>51</sup> Auch Friedrich, der Chronist der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, resümiert erschreckt: „Ganz ähnlich dem Vorstoß Kinkels im Mai 1998 nahm Deutschland hier ein weiteres Mal eine Vorreiterrolle ein, indem es als erstes Nato-Mitglied öffentlich den Offensiveinsatz von Landstreitkräften ins Spiel brachte.“<sup>54</sup> Die Union verhielt sich, anders als im Sommer zuvor, eher zurückhaltend. Nach Kriegsbeginn sprachen sich vor allem CSU-Chef Edmund Stoiber, Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle und Friedbert Pflüger gegen einen Bodenkrieg aus, während Ex-Generalsekretär Heiner Geißler diese Möglichkeit offenließ.<sup>55</sup>

Als am 20. März der Abzug der OSZE-Beobachter aus dem Kosovo erfolgte, blieb die angeblich zu ihrem Schutz stationierte Extraction Force jedenfalls vor Ort. Anfang Mai 1999 spitzte sich die Diskussion um ihre Verwendung wieder zu. Fischer schreibt in seinen Memoiren, daß sich die „Option 'Bodenkrieg' intern immer bedrohlicher in den Vordergrund zu schieben begann“.<sup>56</sup> Kein Wunder: Die Nato-Luftangriffe zeigten nach wie vor keine Wirkung, obwohl die Zahl der täglichen Bomberattacken

50 Roland Friedrich, a.a.O., S. 69

51 FAZ 23.1.1999

52 Heinz Loquai, Weichenstellung..., a.a.O., S. 117

53 FAZ 23.1.1999, z.n. Roland Friedrich, a.a.O., S. 69

54 Roland Friedrich, a.a.O., S. 69

55 Günter Joetze, a.a.O., S. 132

56 Joschka Fischer, a.a.O., S. 208

seit 6. Mai von 50 auf 300 heraufgesetzt worden war. (Bis zum Kriegsende sollte sich die Rate auf 500 pro Tag steigern).<sup>57</sup>

Die entscheidende Debatte zur Vorbereitung einer Invasion muß am 28. Mai 1999 zwischen den fünf Verteidigungsministern der Nato-Führungsmächte stattgefunden haben — für den Außenamts-Chronisten Joetze das „bestdokumentierte Geheimgespräch des Konflikts“. Wer hat auf dieser Konferenz den Einmarsch gefordert, wer hat gebremst? Selbst die Buchautoren mit Akteneinsicht und Zugang zu den Entscheidungsträgern geben unterschiedliche Antworten. Joetze berichtet, Clintons Sicherheitsberater Sandy Berger habe eine Bodenoffensive ohne Deutschland, nur mit einer „Koalition der Willigen“, ins Auge gefaßt. Frankreich, Italien und Großbritannien hätten sich schon auf der Geheimkonferenz bereiterklärt, die US-Army dabei zu unterstützen. Friedrich attestiert dagegen Paris und Rom Regierungen „äußerste Zurückhaltung“ in dieser Frage. Noch größer sind die Differenzen über Scharpings Haltung an diesem 28. Mai. Laut Tim Judah lehnte der Deutsche eine Invasion keineswegs ab,<sup>58</sup> und Ivo H. Daalder und Michael E. O'Hanlon schreiben, daß vor allem „Deutschland und die USA unnachgiebig blieben“. Demgegenüber haben Zeitzeugen aus dem Bundesverteidigungsministerium Friedrich versichert, Scharping und seine Beamten hätten sich während der Sitzung und auch schon in deren Vorfeld „strikt“ gegen eine Bodenoffensive ausgesprochen.<sup>60</sup> Das wurde auch Joetze vermittelt: „In jedem Gespräch der zweiten Maihälfte sagte der Kanzler: Deutschland wird an den Luftoperationen bis zum Endergebnis mitwirken, eine Bodeninvasion ist ausgeschlossen.“<sup>61</sup>

Als einzige autorisierte Quelle zu dem Fünfer-Treffen am 28. Mai existiert das Kriegstagebuch von Rudolf Scharping. Darin streift er die Zusammenkunft nur und beruft sich dabei auf die „absolute Vertraulichkeit“, die man vereinbart habe. Verräterisch ist aber schon das Wenige, das er wiedergibt: „Darüber hinaus wollten wir erreichen, daß die Truppen

57 vgl. Günter Joetze, a.a.O., S. 130

58 Tim Judah, *War and Revenge*, Suffolk 2000, S. 270f., z.n. Roland Friedrich, a.a.O., S. 116

59 Ivo H. Daalder / Michael E. Hanion, *Winning Ugly. Nato's War to save Kosovo*, Washington 2000, S. 158, z.n. Roland Friedrich, S. 116

60 Roland Friedrich, a.a.O., S. 116

61 Günter Joetze, a.a.O., S. 132



unverzüglich stationiert werden sollten, die der Nato mit Blick auf die Beratungen innerhalb der G-8 als Garantie für ein politisches Ergebnis angemeldet worden waren."<sup>62</sup> Der Satz ist so verkorkst, daß man ihn kaum versteht. Wenigstens soviel ist klar: Nato-Bodentruppen, zusätzlich zur bisherigen Extraction Force, sollten auf dem Kriegsschauplatz stationiert werden, angeblich zur Sicherung einer politischen Lösung. Doch die war an diesem 28. Mai noch gar nicht in Sicht, ganz im Gegenteil: Am Vortag, am 27. Mai, hatte das Haager Tribunal nämlich offiziell Anklage gegen Milosevic erhoben. Der mit der Nato abgesprochene Vorstoß machte deutlich, daß man mit dem jugoslawischen Präsidenten nicht verhandeln, ergo keine politische Lösung finden wollte.

### **Juristische Aufarbeitung**

Vier Jahre nach dem Krieg begann der Versuch einer juristischen Aufarbeitung der Verantwortung für die Opfer. 35 serbische Bürger aus der Kleinstadt Varvarin klagten im Oktober 2003 vor dem Landgericht Bonn auf Schadensersatz wegen des Nato-Bombardements am 30. Mai 1999. (vgl auch cjas Kapitel Sanjas letzter Tag, S. 1711) Das Städtchen hatte keinerlei militärische Bedeutung, die altersschwache Brücke über den Fluß Morava war für Armeetransporte ungeeignet. Als zwei Kampfbomber diese an jenem Tag angriffen, fand direkt daneben ein Kirchenfest mit über 3.000 Besuchern statt. Ein Versehen kann ausgeschlossen werden: Die Flugzeuge kehrten nach dem ersten Beschuß zurück und feuerten ihre Laserbomben ein zweites Mal ab. So starben auch die Retter, die den Überlebenden hatten zu Hilfe kommen wollen.

Das Urteil vom 10. Dezember 2003 klammerte ausdrücklich die Frage nach der Völkerrechtswidrigkeit des Nato-Angriffes und der deutschen Mitverantwortung aus und ließ damit einen Schwerpunkt der Klage unter den Tisch fallen. Statt dessen fällte Richter Heinz Sonnenberg eine Grundsatzentscheidung: Können Individualkläger aus einem Staat A einen Staat B verklagen? Die bisherige Rechtsprechung in der Bundesrepublik hatte dies verneint, zuletzt im Sommer 2003 in einem Prozeß, den Hinterbliebene der Opfer eines SS-Massakers in der griechischen

62 z.n. Michael Schweben, a.a.O., S. 104/105

Ortschaft Distomo angestrengt hatten. Sie sollten sich statt dessen, wie andere Naziopfergruppen, an ihren eigenen Staat wenden, der ein Reparationsabkommen mit der BRD aushandeln müsse und sie dann mit diesem Geld entschädigen könne.

Das Bonner Gericht schloß sich dieser Argumentation an und wies die Klage ab. In der Urteilsbegründung hieß es zur Begründung, daß sowohl die Haager Landkriegsordnung als auch das Genfer Abkommen zum Schutz der Zivilbevölkerung im Kriege nur den Vertragsparteien, also den Unterzeichnerstaaten, das Recht zur Klage gäben.<sup>63</sup> Eine Ausnahme sei lediglich in solchen Fällen möglich, wo Staaten für grenzüberschreitende Individualklagen ein vertragliches Regelsystem geschaffen hätten. Dies sei etwa in Form der Europäischen Menschenrechtskonvention aus dem Jahre 1950 geschehen. Bedauerlicherweise können sich aber nur Bürger der Staaten darauf berufen, die diese Konvention ratifiziert haben - Jugoslawien gehört nicht dazu. Sonnenberg: „Individualrechte gibt es, aber nicht für unsere Kläger.“ So wurden die Bürger eines Landes diskriminiert, das für seine buntgemischte Bevölkerung - fünf Nationen, drei Religionen und zahllose Minderheiten - verfassungsmäßige Rechte garantiert hatte, von denen - Europäische Menschenrechtskonvention hin oder her - ein Türke oder ein Italiener in Deutschland nur träumen können.

Wie stark das Völkerrecht im Umbruch ist, zeigt die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag (englisch: International Criminal Court/ICC, nicht zu verwechseln mit dem oben mehrfach erwähnten Jugoslawien-Tribunal International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia/ICTY), vor dem Staaten auch wegen individueller Menschenrechtsverletzungen angeklagt werden können. Nach Ratifizierung durch 60 Staaten trat der Vertrag zur Einrichtung des ICC am 1. Juli 2002 in Kraft, die Vereidigung der ersten 18 Richter fand am 1. März 2003 statt. Im August 2006 begann der erste Prozeß wegen Verbrechen im kongolesischen Bürgerkrieg.

Dieser weltweiten Förderung des Individualklagerechtes trug das Urteil des Landgerichts Bonn keinerlei Rechnung, obwohl die deutsche Re-

63 schriftliche Urteilsbegründung unter: [www.justiz.nrw.de](http://www.justiz.nrw.de) (in der Rechtsbibliothek unter „Varvarin“ suchen)

gierung, anders als die US-amerikanische, zu den Förderern des ICC gehört. Damit entsteht ein gespaltener Bezug auf die Menschenrechte, der schlimmer ist als ihre Ignorierung: Ihre Verteidigung sei wichtiger als die Staatssouveränität, heißt es immer dann, wenn USA und Nato den Angriff auf einen sogenannten Schurkenstaat rechtfertigen wollen. Melden sich nach dem Krieg die Opfer dieser „humanitären Intervention“ und klagen gegen die Angreifer, steht deren Staatssouveränität wieder über den Menschenrechten der geschädigten Individuen.

Auch die zweite Instanz (Oberlandesgericht Köln, Urteil vom 28. Juli 2005) und die dritte Instanz (Bundesgerichtshof Karlsruhe, Urteil vom 2. November 2006) wiesen die serbischen Kläger ab.

172

## Wie eine schmutzige Atombombe Uranmunition - die Lüge von der sauberen Waffe

Behauptet wurde: „Risiko besteht nur, wenn jemand Staub dieser Munition unmittelbar einatmet, zum Beispiel bei der Detonation.“ (Verteidigungsminister Rudolf Scharping)<sup>1</sup>

Tatsache ist: Besonders die Langzeitwirkung der Uranmunition ist verheerend.

Soviel Betroffenheit war nie: Nachdem im Frühjahr 2001 ein paar „unserer“ Soldaten an Krebs erkrankt waren, sahen selbst hartgesottene Befürworter des Nato-Krieges gegen Jugoslawien Gelegenheit zu einer lauwarmen Verfahrenskritik am elfwöchigen Bombardement. Anlaß war der damalige Einsatz von Munition, die mit abgereichertem Uran (engl. Depleted Uranium - DU) gehärtet war. „Wir haben den begründeten Verdacht, daß die Dinge nicht so einfach sind, wie sie immer von der Nato dargestellt werden“, meinte der italienische Ministerpräsident Giuliano Amato,<sup>2</sup> sein portugiesischer Amtskollege Antonio Guterres forderte „lückenlose Aufklärung“.<sup>3</sup> Auch in Deutschland sprangen Politiker, die sich bisher noch für keine Kriegslüge zu schade waren, auf den Zug auf: Von Joschka Fischer hörte man, er sei „kein Freund dieser Munition“,<sup>4</sup> die frischgebackene Ministerin Renate Künast und die grüne Bundeswehr-Seelsorgerin Angelika Beer bezeichneten einen befristeten Einsatzstop für die Uranwaffe als nicht ausreichend.<sup>5</sup> Auch die finnische Pathologin Helena Ranta, deren Expertise über das „Racak-Massaker“ der Nato 1999 einen entscheidenden Kriegsgrund lieferte, forderte das Verbot der DU-Munition.<sup>6</sup> Daß die ganze Empörung nicht dem Schicksal der betroffenen Bevölkerung auf dem Balkan galt, machte der deutsche Kanzler deutlich: „Ich habe eine gesunde Skepsis gegen die Verwendung einer Munition, die zur Gefährdung der eigenen Soldaten führen kann.“<sup>7</sup>

1 z.n. SZ 28.3.2000

2 z.n. Jungle World 10.1.2001

3 z.n. Jungle World 10.1.2001

4 so sein Sprecher Rolf Michaelis lt. Taz 9.1.2001

5 jW 8.1.2001

6 Jungle World 10.1.2001

7 Berliner Zeitung 9.1.2001

Immerhin ein deutsches Regierungsmitglied wollte nicht in den Chor der DU-Kritiker einstimmen. „Die Einlassung von Verteidigungsminister Rudolf Scharping war nicht besonders glücklich. Auf die liegengebliebene Uran-Munition im Kosovo aus der Zeit des Luftkrieges angesprochen, sagte der SPD-Politiker jüngst in Berlin, Mediziner und Ratgeber hätten ihm erklärt, ein Risiko bestehe nur, wenn jemand Staub dieser Munition unmittelbar einatme, 'zum Beispiel bei der Detonation'. Abgesehen davon, daß Umstehende einer Detonation zumeist andere Probleme haben als eine Uranstaublung, ließ Scharping im weiteren wenig Eleganz erkennen, sich diesem Thema zu widmen. Nachfragen wimmelte er mit dem Hinweis ab, diese müßten von entsprechenden Fachleuten beantwortet werden.“<sup>8</sup>

Zunächst hatte Scharping den Einsatz der gefährlichen Waffe abgestritten und als serbische Desinformation abgetan, etwa im Eintrag in seinem „Kriegstagebuch“ vom 28. Dezember 1998. Damals, drei Monate vor dem Beginn der Bombenangriffe, hatte er als „einen Vorgeschmack auf das, was an Propaganda auf die Nato [...] zukommen wird“ perhorresziert: „Behauptungen über Umweltzerstörung, die angebliche Verwendung atomarer Munition usw.“<sup>9</sup>

## **Verheerende Wirkung**

Die kritische Debatte im Frühjahr 2001 war eine Ausnahme. In der Folge hat sich der Protest wieder gelegt, und die öffentliche Aufmerksamkeit wandte sich eher anderen Einsatzmitteln zu, etwa den Landminen und den Splitterbomben. Dies könnte damit zusammenhängen, daß DU-gehärtete Munition sich als unverzichtbares Tötungsinstrument im Arsenal vor allem der USA erwiesen hat. Ihr Einsatz bedroht zwar auf mittlere Sicht das Leben auch vieler eigener Soldaten — aber kurzfristig, nämlich auf dem Schlachtfeld, eliminiert DU-Munition vor allem gegnerische Kräfte.

8 SZ 28.3.2000

9 Rudolf Scharping, a.a.O., S. 44

Mit ein wenig Mathematik und einem Minimum an militärischem Sachverstand kann man sich die zunächst lebensrettende Wirkung der Uranwaffen - jedenfalls für die angreifenden Soldaten - klarmachen. Bei der Intervention der Alliierten 1991 kamen mindestens 190.000 irakische Soldaten ums Leben - teilweise durch den in den ersten Wochen geführten Luftkrieg, teilweise im Laufe der danach einsetzenden Bodenoffensive von Kuwait aus.<sup>10</sup> Auf den Landkrieg waren die Irakis eigentlich gut vorbereitet: Da der Angriff nicht überraschend kam, sondern monatelang durch ein Ultimatum vorbereitet war, konnten sie dichtgestaffelte Artilleriestellungen im Wüstensand eingraben und dahinter einige hundert 1-72 sowjetischer Bauart in Stellung bringen. Trotz dieser ausgezeichneten Abwehrposition wurden die Panzerschlachten zu einem blutigen Fiasko für die Truppen Saddam Husseins. Die Amerikaner konnten ohne nennenswerte Verluste durchstoßen: Ganze 126 tote GIs blieben auf den Schlachtfeldern zurück, mehr als die Hälfte davon starben durch versehentlichen Beschuß aus den eigenen Reihen. Das Verhältnis von irakischen Gefechtstoten zu denen der anti-irakischen Koalition dürfte also bei mindestens 500:1 liegen - eine um ein Vielfaches schlechtere Relation zwischen Angreifern und Angegriffenen als etwa im Zweiten Weltkrieg oder in den israelisch-arabischen Kriegen.

Mit ausschlaggebend dafür war die Verwendung abgereicherten Urans durch US-amerikanische und britische Streitkräfte: Durch die Härtung mit DU erreichten die Panzergeschosse der Alliierten auf eine weitaus größere Distanz durchschlagende Wirkung als die der Irakis. Im Schnitt konnte ein M-1-Panzer einen T-72 auf eine Distanz von drei km ausschalten — dieser hätte auf knapp zwei km herankommen müssen, um seinerseits in eine effektive Schußposition zu kommen. Es wurde sogar ein Fall bekannt, wo ein britischer Challenger-Tank aus einer Distanz von über 5 km einen irakischen Panzer zerstörte. In einem anderen Fall durchschlug eine amerikanische DU-Granate den Turm eines T-72 glatt und bohrte sich dahinter in einen zweiten irakischen Panzer - auch die-

10 100.000 Soforttote, außerdem verstarben lt. Greenpeace weitere 90.000 der insgesamt 300.000 Verletzten (Zahlenangabe nach: International Action Center, Depleted Uranium - How the Pentagon Radiates Soldiers & Civilians with DU Weapons, New York 1997; Kurzfassung unter [www.iacenter.org](http://www.iacenter.org))

ser wurde zertrümmert." Auf diese Weise kamen die alliierten Panzer nur selten unter feindliches Feuer - und wenn doch, dann erwies sich das abgereicherte Uran ein weiteres Mal als lebensrettend: Durch die Verstärkung der M1-Panzerungen mit DU prallten die irakischen Geschosse oft wirkungslos ab.

## Die Verharmloser

Die Verharmloser der DU-Munition bemühen die Fakten, wenn auch recht selektiv. So wird die radioaktive Wirkung von DU in Frage gestellt — abgereichertes Uran hat mit 0,2 Prozent tatsächlich weitaus weniger Zerfallsisotope vom Typ U-235 als Natururan mit 0,7 Prozent, von AKW-Brennelementen (drei Prozent) oder gar Atomwaffen (über 90 Prozent) ganz abgesehen. Allerdings werden bei diesen Angaben die chemotoxische Wirkung des Schwermetalls ebenso ignoriert wie die noch wenig erforschten Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung.

Ein konkretes Beispiele verdeutlicht, wie man mit Wissenschaft und Statistik lügen kann. Edward Luttwak, Berater am Center for Strategie and International Studies in Washington, berichtet von den 33 GIs, die am Golf unter „friendly fire“ durch Uranmunition verwundet wurden. „Die Hälfte von ihnen trägt immer noch beträchtliche Splitter von Uranmunition im Körper ... Alle stehen unter strenger ärztlicher Überwachung. Keiner leidet unter irgendwelcher Strahlenerkrankung, geschweige denn an Leukämie.“<sup>12</sup>

Bei Luttwak erfährt man nichts über das Schicksal anderer unfreiwilliger Versuchsobjekte: Eine Einheit der US-Army hatte nach dem Golfkrieg von DU-Munition beschossene Fahrzeuge und die darin gefundenen Körperteile vergraben oder dekontaminiert. Bis zum Sommer 2006 sind 30 von 50 Soldaten der Truppe gestorben,<sup>13</sup> und nur ein einziger ist nicht am Golfkriegs-Syndrom erkrankt — der, der die ganze

I 1 Alle Angaben und Einzelbeispiele nach International Action Center, a.a.O.

12 Edward Luttwak, FAZ 11.1.2001

13 vgl. Doug Westermann, Ein Verbrechen gegen Gott und die Menschheit, Zeit-Fragen 29.5.2006



Zeit einen ABC-Schutzanzug getragen hatte.<sup>14</sup> David Rokke, damals Kommandeur der besagten Einheit und Direktor eines Pentagonprojektes zur Erforschung der Folgewirkungen der Uran-Munition und, beurteilte den DU-Einsatz im Rückblick als „Verbrechen gegen Gott und die Menschheit“.<sup>15</sup>

Der Unterschied zwischen den beiden Gruppen besteht offensichtlich darin, daß im zweiten Fall, bei den intensiven Aufräum- und Putzarbeiten, massiv Urastaub in die Lunge und das Verdauungssystem gelangte (ein Punkt, der auch bei der Belastung der Zivilbevölkerung eine Rolle spielt - siehe unten), während bei dem von Luttwak angeführten Beispiel die Uransplitter zwar im Fleisch stecken, aber nicht von sensiblen inneren Organen aufgenommen wurden. Marion Falk, eine pensionierte Chemophysiker, der im Lawrence Livermore Laboratorium 20 Jahre lang Atombomben gebaut hat, hat errechnet, daß mehr als 30 Prozent des abgereicherten Urans beim Aufprall der Panzermunition so zerkleinert wird, daß die Partikel nur noch ein Zehntel eines Mikrometers messen oder noch kleiner sind. Damit können sie ähnlich leicht eingeatmet werden wie Aschepartikel im Zigarettenrauch, die im Schnitt fünf Mikrometer groß sind.<sup>16</sup>

Irreführend ist auch eine Studie des deutschen Instituts für Strahlenschutz des Forschungszentrums für Umwelt und Gesundheit (GSF) in Neuherberg. Dort wurde untersucht, in welchem Maße liegende Projektilen Radioaktivität an die Umwelt abgeben. Ergebnis: „Keine gefährdende Uranbelastung des Grundwassers“.<sup>17</sup> Das Problem der Studie ist dasselbe wie bei Luttwak: Im Labor wurden vollständige DU-Geschosse in Erdreichbehälter eingegraben und danach ihre Verwitterung untersucht. Wie aber ist die Wirkung, wenn die Geschosse nicht fast unzerstört in weichen Untergrund eindringen, sondern auf eine harte Oberfläche aufschlagen und dabei explodieren bzw. pulverisiert werden?

14 nach jW, 9.1.2001; im Spiegel vom 15.1.2001 gibt Rokke an, 20 von 100 Soldaten des Dekontaminationstrupps seien gestorben

15 Spiegel 15.1.2001

16 nach Doug Westerman, a.a.O.

17 Uta Bilow, Schnelle Korrosion im Boden, FAZ 21.3.2007

## Das Sterben der Unschuldigen

Die Auswirkungen der radioaktiven Mikropartikel aus den DU-Bomben auf die einheimische Bevölkerung sind verheerend — im Unterschied zu den Besatzungssoldaten müssen sie für immer in den verseuchten Zonen leben. Dr. Jawat Al-Ali (55), Direktor des onkologischen Zentrums des größten Krankenhauses im südirakischen Basra, berichtete 2003 auf einer Konferenz in Japan: „In Basra sind zwei seltsame Phänomene aufgetreten, die ich noch nie zuvor gesehen habe. Das erste ist Doppel- und Dreifachkrebs bei einem Patienten. Zum Beispiel Leukämie und Magenkrebs. Wir hatten einen Patienten mit zwei Krebsarten, einen im Magen und einen in den Nieren. Monate später entwickelte sich der erste Krebs in seiner anderen Niere — nun hatte er drei verschiedene Krebsarten. Das zweite Phänomen ist die Häufung von Krebsfällen in Familien. Wir haben bei uns 58 Familien, in denen mehr als eine Person von Krebs betroffen ist. Dr. Yasin, einer unserer Chirurgen, hat zwei Onkel, eine Schwester und einen Cousin, die krebserkrank sind. Dr. Mäzen, ein anderer Spezialist, hat sechs Familienmitglieder, die an Krebs leiden. Meine Frau hat neun Familienmitglieder, die Krebs haben.“ Und weiter: „Kinder sind besonders anfällig für DU-Vergiftungen. Sie haben eine weitaus höhere Aufnahme rate, weil ihr Blut zur Knochenbildung und -ernährung gebraucht wird und sie viele Weichteile haben. Knochenkrebs und Leukämie waren bisher die Krankheiten, von denen sie am meisten betroffen waren, aber nun ist es auch Lymphkrebs, der sich überall im Körper ausbreiten kann und bisher selten im Alter unter zwölf auftrat, verbreitet.“<sup>18</sup> Serben und Kosovo-Albaner müssen sich heute fragen: Werden die Folgen der DU-Munition bei uns ähnlich sein?

Am 7. Februar 2000 räumte Nato-Generalsekretär George Robertson offiziell ein, daß die Streitkräfte des Paktes während des 78-tägigen Krieges gegen Jugoslawien 31.000 DU-Geschosse abgefeuert hatten. Das entspräche einer Menge von 10,5 Tonnen Uran.

Eine Studie des United Nations Environment Programmes aus dem Jahr 2003 gibt mit Verweis auf Nato-Verlautbarungen geringfügig höhere Zahlen an, nämlich „mehr als 30.000“ Geschosse für das Kosovo, 2.500

18 z.n. Doug Westerman, a.a.O.

für das übrige Serbien und 300 für Montenegro, in der Summe also über **32.800.**<sup>19</sup>

Die jugoslawische Regierung beschuldigte die Nato im Jahr 2000, 50.000 DU-Geschossen abgefeuert zu haben.<sup>20</sup> Das entspräche 15 bis 17 Tonnen Uran. Schweizer Forscher vom Independent Scientific Research Institute in Genf gingen in einer Studie von 40 Tonnen DU-Munition im Krieg gegen Jugoslawien aus.<sup>21</sup> Die serbische Zeitung „Danas“ berichtete über 35 Tonnen DU, 15 Tonnen davon seien auf sieben Orte im Süden Serbiens, vor allem rund um Vranje und Bujanovac, und weitere knapp 20 Tonnen auf 105 Orte in der Provinz Kosovo, insbesondere rund um Prizren und Pec, abgeworfen worden.<sup>22</sup> Allerdings sind diese hohen Werte in den beiden letztgenannten Veröffentlichungen nicht durch Quellen belegt.

Ob die im Vergleich niedrigste Angabe des Pentagon stimmt, ist dennoch unklar - die USA haben nämlich offensichtlich „den Überblick verloren, wie viele Urangranaten im Kosovo abgefeuert worden waren“, wie die britische Tageszeitung „Independent“ nach dem Krieg schrieb.<sup>23</sup>

## **Die Urangräber von Bratunac**

Welche Auswirkungen diese radioaktive Hinterlassenschaft auf die Bevölkerung der betroffenen Region haben wird, läßt sich auf der Grundlage früherer DU-Einsätze kalkulieren. Zum einen sind die Erfahrungen aus dem Golfkrieg 1991 zu berücksichtigen. Eine Studie der britischen Atomenergiebehörde, im November 1991 zum „Independent“ durchgesickert, geht von 500.000 zusätzlichen Krebstoten im Irak aus. Dieser

19 United Nations Environment Programme, Depleted Uranium in Bosnia and Herzegovina, Nairobi 2003

20 Izvestaj SRJ, Posledice: Nato Bombardovanja za Zivotnu Sredinu SR Jugoslavije, Beograd 2000

21 André Gsponer / Jean Pierre Hurni / Bruno Vitale, A comparison of delayed radiobiological effects of depleted-uranium munitions versus fortli-generation nuclear weapons, Genf 10.10.2002

22 Danas (Novi Sad), 4.10.2006, zitiert in Zeit-Fragen, 11.10.2006

23 Independent (London) 22.11.1999

Hochrechnung wurde eine Hinterlassenschaft von 40 Tonnen DU-Munition zugrundegelegt.<sup>24</sup> (In der Realität waren es im Irak zwischen 260 und 400 Tonnen.<sup>25</sup>) Nimmt man für Jugoslawien einschließlich Kosovo ungefähr zehn Tonnen DU an — die vom Pentagon angegebene Zahl —, so würden dort analog ungefähr 125.000 zusätzliche Krebstote zu beklagen sein.

Eine zweite Vergleichsmöglichkeit bietet das Beispiel Bosnien-Herzegowina. Dort setzte Nato bei Luftangriffen gegen die serbische Armee und Bevölkerung Anfang September 1995 nach eigenen Angaben 3,5 Tonnen Uranmunition ein. 90 Prozent der Uranbomben ging auf Hadzici, einen serbischen Ortsteil von Sarajevo, und die Gegend von Han Pijesak, wo sich das Hauptquartier der serbischen Armee befand, nieder.<sup>26</sup> Von Hadzici flüchteten die Menschen später in das ostbosnische Bratunac. Independent-Reporter Robert Fisk hat den Friedhof des Örtchens im Januar 2001 besucht: „Ich sehe 300 Grabsteine, die die Inschrift tragen könnten: An abgereichertem Uran gestorben.“<sup>27</sup> Svetlana Jovanovic, eine Ärztin im örtlichen Gesundheitszentrum, gibt an, daß 650 der insgesamt 7.000 Flüchtlinge aus Hadzici im Zeitraum von Ende 1995 bis Mitte 2004 gestorben seien, davon 40 an Krebs oder Leukämie.<sup>28</sup> Die Filmemacher Frieder Wagner und Valentin Thum fanden für eine WDR-Dokumentation zum Thema DU andere Zahlen: „Von den 3-500 Umgesiedelten aus Hadzici starben in den nächsten fünf Jahren 1.112 an Krebserkrankungen - fast ein Drittel dieser Menschen.“<sup>29</sup>

Eine Untersuchungskommission der UN-Umweltbehörde UNEP aus dem Jahr 2002 stritt dagegen eine Gesundheitsgefährdung durch DU

24 Le Monde diplomatique Juni 1999

25 Scott Peterson vom Christian Science Monitor spricht im Middle East Report 215 von 340 Tonnen. Massimo Zucchetti gibt in seinem Buch Uranio impoverito. Con elementi di radioprotezione ed utilizzo delle radiazioni ionizzanti (Torino 2006) 335 Tonnen an.

26 Ekrem Tinjak, Faruk Boric, Hugh Griffiths, Bosnian say Nato Bombs brought 'Angel of Death' IWPR 15.11.2004; Alix Kroeger, Depleted uranium: Bosnia tests start, BBC 25.1.2001

27 Weitere einhundert starben lt. Fisk an Herzkrankheiten oder Krankheiten der inneren Organe.

28 vgl Ekrem Tinjak u.a., a.a.O.

29 Frieder Wagner / Valentin Thum, die **Störy**: Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra, WDR 28.4.2004

ab. Allerdings leuchtete der Befund nicht einmal Zehra Dizdarevic, Gesundheitsministerin in der prowestlichen Regierung der moslemisch-kroatischen Föderation<sup>30</sup>, ein. „Was mich an dem UNEP-Bericht verwirrt ist, daß die Strahlungsintensität in den kontaminierten Gebieten in Bosnien harmlos sein soll. [...] Aber auf der anderen Seite finden sich in dem Bericht 24 Empfehlungen, wie die Gebiete vor der Strahlung geschützt und gesäubert werden könnten.“<sup>31</sup>

Das Ministerium von Frau Dizdarevic veröffentlichte 2002 eine Krebsstatistik, die die Gefahr für die Gesamtbevölkerung — also auch jenseits der DU-betroffenen Gebiete — beschreibt: Demnach starben 1998 je 1,52 von tausend Bosniern an Krebs, 1999 waren es bereits 2,3 — ein Anstieg von über 50 Prozent.<sup>32</sup>

Für Bratunac gibt es keine gesonderte Aufschlüsselung in der Krebsstatistik. Aber erwiesen ist, daß dort die allgemeine Mortalitätsquote noch höher als im Landesdurchschnitt ist. In Bosnien-Herzegowina insgesamt betrug sie im Jahr 2002 7,9 pro tausend. In Bratunac lag der Jahresdurchschnitt zwischen 1996 und 2003 bei 11,2 pro tausend.<sup>33</sup>

## Die toten Soldaten

Die britische „Times“ errechnete Mitte Januar 2001, daß bis dahin 26 Nato-Soldaten, die zuvor auf dem Balkan eingesetzt gewesen waren, an Krebs gestorben seien. In Italien setzten, im Unterschied zu den anderen Nato-Staaten, in der Folge gründliche Nachforschungen ein. Nach einer im März 2006 veröffentlichten Studie einer Untersuchungskommission des Senats waren seit 1994 bei Missionen in Bosnien und im Kosovo in 124 Fällen Krebserkrankungen aufgetreten und bei 23 Soldaten und Carabinieri tödlich verlaufen.<sup>34</sup> Im Oktober 2007 gab Verteidigungs-

30 Die muslimisch-kroatische Föderation ist der eine Staatsteil Bosnien-Herzegowinas, der andere ist die Republika Srpska (Serbische Republik).

31 z.n. Ekrem Tinjak u.a., a.a.O.

32 AFP, 4.1.2001

33 vgl. Ekrem Tinjak u.a., a.a.O.

34 re., DU in Italien, Zeit-Fragen 29.5.2006

minister Arturo Parisi die Zahl der zwischen 1996 und 2006 an Krebs erkrankten Soldaten mit 255 an, davon seien 37 gestorben. Allerdings bezog sich seine Auswertung nicht nur auf den Balkan, sondern auch auf Afghanistan, Irak und den Libanon. Sowohl die Senatskommission wie der Minister ließen offen, ob DU die Hauptursache der Erkrankungen gewesen war.

Im Gegensatz dazu nannte eine italienische Nichtregierungsorganisation DU explizit als Ursache für das Soldatensterben, und zwar die Gesundheitskontrollinitiative beim italienischen Militär (Osservatorio permanente e centro studi per il personale delle forze armate e di polizia). Die private Expertengruppe ging 2006 davon aus, daß 513 auf dem Balkan eingesetzte Soldaten an DU-Folgen erkrankt und 45 gestorben sind.<sup>35</sup> Im Jahr 2007 kritisierte sie den Parisi-Bericht und verwies auf „andere offizielle Zahlen der Armee mit der fast zehnfachen Zahl an Erkrankten und einer fast dreifachen Zahl von Todesopfern“.<sup>36</sup>

Im Irak sind nach Berechnungen dieser Nichtregierungsorganisation bis zum Jahr 2006 an DU-Verseuchung insgesamt 109 Italiener gestorben.<sup>37</sup> Der Friedensforscher Westerman hat daraus erschreckende Schlußfolgerungen gezogen: „Es wurden nur 3.000 italienische Soldaten in den Irak gesandt, und sie blieben dort jeweils nur für eine kurze Zeit. Die Anzahl von 109 repräsentiert 3,6 Prozent der Gesamtheit. Wird derselbe Prozentsatz an irakischen Bürgern einer vergleichbaren Belastung ausgesetzt, entspräche das der Zahl von 936.000. Da die Iraker dauernd in derselben verseuchten Umgebung leben, wird der Anteil an Opfern höher sein.“<sup>38</sup>

Auch ein Primaner kann berechnen, wie viele DU-Tote im Kosovo (zwei Millionen Einwohner) und im übrigen Serbien (acht Millionen) zu beklagen sein würden, wenn man dieselbe Sterbequote — 3,6 Prozent — zu Grunde legte.

35 Anna Maldini, Balkan-Syndrom in Italien, Neues Deutschland 2.4.2007

36 mit Verweis auf Repubblica vom 09.10.2007 zitiert in rc., Minister bestätigt 255 Tumorerkrankungen von Soldaten im Auslandseinsatz, Zeit-Fragen 15.10.2007

37 Anna Maldini, a.a.O.

38 vgl. Doug Westerman, a.a.O.

Unabhängig davon, ob man die DU-Erfahrungen aus dem Irak, aus Bosnien-Herzegowina oder die Krebsstatistiken der italienischen Soldaten als Vergleichsbasis heranzieht, muß also für Serbien einschließlich Kosovo mit weit über 100.000 zusätzlichen Toten durch die Uran-Verseuchung gerechnet werden.

Da die medizinische Statistik in Serbien seit dem pro-westlichen Regimewechsel im Oktober 2000 nicht mehr funktioniert (oder Daten unterdrückt werden), gibt es für den gegenwärtige Stand des DU- verursachten Sterbens keine Gesamtdaten. Schlaglichter werfen folgende Details:

\* „Seit den Bombardierungen sind Lungen-, Knochen- und Zungenkrebs auf dem Vormarsch. Viele Kinder erkranken daran. Die Anzahl der Fälle ist wenigstens um 30 Prozent gestiegen“, sagte im Jahre 2005 der Investigativjournalist Zorisa Markovic, der sich vor allem um Gesundheitsthemen kümmert und früher für die Nachrichtenagentur Tanjug und heute für die Tageszeitung „Balkan“ arbeitet.<sup>39</sup>

\* „Ein Vergleich der epidemiologischen Daten der Gesundheitsberichte der Stadt Belgrad ein Jahr vor den Bombardements (1998) und fünf Jahre danach (2004) weist auf eine Erhöhung der Gesamtmortalitätsrate (von 10,5 je 1.000 auf 12,1) hin (...). Außerdem belegen die statistischen Daten einen Anstieg bei jährlichen Krebsneuerkrankungen seit 1999 um das Fünffache [...]. Für Kosovo-Metohija fehlen, obwohl unter Uno-Verwaltung, in WHO- wie Unicef-Berichten entsprechende Angaben. [...] Nach Mitteilung des Krankenhauses Kosovska-Mitrovica verzeichnet dieses einen eklatanten Anstieg von malignen Erkrankungen (200fache Erhöhung) gegenüber 1999 sowie eine 17fache Spontanabortrate [...].“<sup>40</sup>

\* „Die Zahl der Menschen, bei denen in Serbien Krebs diagnostiziert wird, ist im Anstieg — besonders seit fünf Jahren. Darmkrebs [...] kam gewöhnlich bei Menschen über 50 und 60 vor, aber jetzt sind es [...]

39 Akira Sucmori, "It's the same here as in Hiroshima and Nagasaki", ZMAC 17.2.2005

40 Ljiljana Verner / Angelika Voß, Die verschwiegenen Auswirkungen der Neuen Kriege. Das Beispiel Jugoslawien, IPPNW Januar 2006, S. 12

Leute um 30. [...] Seit 2003 hat Darmkrebs fast epidemische Ausmaße erreicht. Chirurg Zoran Krivokapic vom Klinikzentrum Belgrad sagt, daß jede Woche 15 Darmkrebsoperationen durchgeführt werden. [...] Allein im Jahr 2006 wurde, der bisherige Spitzenwert, bei 4.000 Menschen diese Krebsart diagnostiziert."<sup>41</sup>

Für die Chemophysikerin Marion Falk, früher an US-Atombombenprogrammen beteiligt (s.o.), paßt die Bezeichnung „schmutzige Atombombe" auf Depleted Uranium „in jeder Hinsicht". Und weiter: „Es ist die perfekte Waffe, um massenhaft Menschen umzubringen."<sup>42</sup> Behaupten unsere Politiker nicht immer, der Einsatz von schmutzigen Atombomben durch Al Qaida sei das Schlimmste, was man sich vorstellen kann? Wie ist es dann zu beurteilen, wenn sie selbst sich der tödlichen Wirkung des Urans bedienen?

41 b92, Cancer incidence in Serbia rising, 17.6.2007

42 z.n. Doug Westerman, a.a.O.



## Epilog

### Der Erste und der Dritte Weltkrieg

„Woher kommen diese Albaner eigentlich?“, fragte Otto von Bismarck, der deutsche Kanzler, auf der Berliner Balkankonferenz 1878. „Wir sind eine kleine Fliege, die der ganzen Welt den Magen umdrehen wird“, antwortete der türkisch-albanische Diplomat Abdullab Fraseri. Bekanntlich kam es nicht genauso, aber ähnlich: Nicht Albanien, wohl aber eine benachbarte Provinz des Osmanischen Reiches war der Zündfunke für den Ersten Weltkrieg. Deutschland und die anderen Großmächte hatten 1878 einen Formelkompromiß bei der Neuordnung Südosteuropas gefunden: Bosnien sollte de jure weiterhin türkisch bleiben, de facto aber von den Österreichern verwaltet werden. 1908 brach Wien diesen Vertrag und annektierte die Provinz auch de jure. Aus Rache wurde 1914 Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo erschossen, der Auftakt zum Ersten Weltkrieg.

Ungefähr 100 Jahre später versuchten es die Nato-Mächte mit einem ähnlichen Formelkompromiß: Nach ihrem Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 setzten sie im UN-Sicherheitsrat die Resolution 1244 durch, die das Kosovo de jure dem südslawischen Staat beläßt, de facto aber der Verwaltung der Vereinten Nationen unterstellt. In der Folge befürworteten die Westmächte jedoch die vollständige Abtrennung der Provinz und ihre von der EU kontrollierte Übergabe an die albanische Bevölkerungsmehrheit. Dies wäre völkerrechtlich möglich, sofern entweder Belgrad zustimmt oder wenigstens der UN-Sicherheitsrat eine solche Lösung billigt. Wenn beide Bedingungen nicht gegeben sind, kann sich das Kosovo nur einseitig, also durch einen Akt illegaler Willkür, zu einem selbständigen Staat erklären. Genau dies hat US-Präsident George W. Bush im Mai 2007 in Tirana vorgeschlagen.

Was passiert, wenn dieser völkerrechtswidrige Plan durchgesetzt wird und die Albaner in der Folge beginnen, ihren neuen Staat von den noch verbliebenen Serben und anderen Minderheiten — etwa 100.000 Menschen - zu säubern? Vielleicht das: An einem schönen Sommertag rücken russische Eliteeinheiten aus dem nahen Bosnien über die Drina und erreichen in den frühen Morgenstunden Pristina, die Hauptstadt des Kosovo. Ein

paar hundert Serben, die sich vor den Pogromen unter den Schutz der UN gerettet haben, säumen die Einfallstraßen und schmücken die Panzer mit Rosen, bieten den slawischen Brüdern Brot und Salz, den traditionellen Gruß. Doch die stählernen Kolosse rasseln weiter, hinaus auf den Flughafen der Stadt, besetzen das Rollfeld. Im Nato-Hauptquartier in Brüssel ist man von dem Coup überrascht, im Oval Office läßt sich die Präsidentin das Rote Telefon bringen. Doch ihr Gesprächspartner im Kreml läßt sich verleugnen, die Lage bleibt unklar. Ist der Handstreich eine Aktion der sowjetisch geprägten Generalität, gar der Auftakt zu einem Putsch der alten Garde? Nach zwei Stunden hektischer Konferenzen ist die Antwort des Nordatlantikpakt klar: Britische Truppen aus dem Kosovo-Korps Eufor kesseln den Flughafen von Pristina ein und fordern den russischen Kommandanten zur Übergabe auf. Nach Ablauf des Ultimatums stürmen Fallschirmjäger den Tower, Apache-Hubschrauber schalten die Artillerie des Gegners aus. CNN verbreitet gerade die Nachricht über die „Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung im Kosovo“, als das U-Boot Wladiwostok, das sich in der Adria auf Tauchfahrt befand, zwei Marschflugkörper auf den kosovarischen US-Stützpunkt Bondsteel abschießt. Der US-Präsident besteigt die Airforce One und gibt der Sechsten Flotte den Befehl, ihre Ankerplätze im Mittelmeer zu verlassen und durch die Dardanellen vorzustoßen, Kurs auf die russische Schwarzmeerküste.

Eine Zukunftsgeschichte? Nur zum Teil. Die beschriebene Eskalation hat bereits begonnen, und zwar am 10. Juni 1999. Nach der Kapitulation der jugoslawischen Armee im Kosovo sind tatsächlich russische Truppen aus Bosnien nach Pristina vorgerückt. Auf ihren Fahrzeugen hatten die Soldaten die Aufschrift Sfor, die sie als Teil der UN-mandatierten Stabilisierungstruppe im Nachbarstaat auswies, hastig zu Kfor umgepinselt. Kfor, das war die gerade erst beschlossene Besatzungsstreitmacht für das Kosovo. Der russische Präsident Boris Jelzin hatte zugestimmt, daß sie unter dem Oberbefehl der Nato gebildet wurde — doch seine Generale wollten wenigstens dafür sorgen, daß Rußland einen strategischen Brückenkopf erhielt.

Fischer berichtet in seinen Memoiren, wie dramatisch die Situation war: „Die wenigen russischen Fallschirmjäger konnten die Nato nach deren Einmarsch im Kosovo nicht wirklich herausfordern, dazu war ihre Zahl zu gering und ihre Bewaffnung zu leicht. Die Besetzung des Flughafens

konnte gleichwohl nichts anderes heißen, als daß sie aus Rußland eintreffende Verstärkung aus der Luft erwarteten, und daraus konnte sich sehr schnell eine sehr gefährliche direkte Konfrontation mit den USA und der Nato entwickeln. [...] Die Situation wurde noch gefährlicher, als die Nachricht bestätigt wurde, daß die russische Regierung um Überflugrechte für Antonow-Truppentransporter bei den Regierungen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien nachgesucht hatte. Es bestand die Absicht, 10.000 Soldaten auf dem Luftweg in das Kosovo oder auch nach Bosnien zu verlegen, um von dort über den Landweg ins Kosovo zu gelangen. Die Ukraine hatte die Überflugrechte bereits erteilt, aber die anderen Regierungen blieben unerschütterlich bei ihrem Nein. Was aber, wenn die russischen Maschinen dennoch fliegen würden? Würden die USA und die Nato sie dann an der Landung hindern? Oder an der Entladung am Boden? Oder die Flugzeuge gar in der Luft abschießen? Hier zeichnete sich die Möglichkeit eines Dramas mit unabsehbaren Folgen ab."<sup>1</sup>

Parallel zum Nervenkrieg um die russischen Flugzeuge spitzte sich die Krise am Flughafen Pristina zu. Die schnell nachrückenden Truppen des britischen Kfor-Kontingents hatten die Kanonen auf die renitenten Besatzer des Flugplatzes gerichtet, Nato-Oberbefehlshaber Wesley Clark gab die Order zum Sturmangriff - da bewahrte ein Mann seine Kaltblütigkeit und verweigerte den Befehl. Michael Jackson, der britische Oberkommandeur der Kfor, brüllte den US-Amerikaner am Telefon an: „Ich werde doch für Sie nicht den Dritten Weltkrieg riskieren.“

Wie der Westen Präsident Jelzin dazu brachte, die Antonow-Truppentransporter zu stoppen, ist nicht bekannt. Das Gefecht um den Flughafen Pristina wurde jedenfalls nur verhindert, weil Jackson standhaft blieb. Clark nahm den Ungehorsam hin, eigentlich hätte er den Befehlsverweigerer von der Militärpolizei festnehmen lassen müssen. Ein deutscher General hat das im Nachhinein kritisiert. „Das schwächliche Zurückweichen von Briten und Amerikanern war sicher die falsche Antwort in einer Situation, die niemals zu einem ernststen Konflikt zwischen der Nato und Russland geführt hätte“, schrieb Klaus Naumann, damals Vorsitzender des Nato-Militärausschusses und damit höchster europäischer Offizier im Bündnis.<sup>2</sup>

1 Joschka Fischer, a.a.O., S. 243-245

2 z.n. Klaus Naumann, Frieden - der noch nicht erfüllte Auftrag, Bonn 2002, S. 60

Wenn sich Belgrad und Moskau einer völkerrechtswidrigen Abspaltung des Kosovo widersetzen oder zu Hilfe eilen, falls es nach Proklamation einer Republik Kosova zu großen Pogromen kommt, wird sich den Nato-Militärs in der Region schnell dieselbe Frage stellen wie Jackson: Sollen wir auf Russen und Serben schießen und so den Dritten Weltkrieg riskieren? Dann kann man nur beten, daß Generale wie Wesley Clark und Klaus Naumann nicht das Kommando haben.

## ANHANG

*„In Bekräftigung des Bekenntnisses zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien ...“*

### **Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats vom 10. Juni 1999**

Der Sicherheitsrat,

eingedenk der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Hauptverantwortung des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

unter Hinweis auf seine Resolutionen 1160 (1998) vom 31. März 1998, I 199 (1998) vom 23. September 1998, 1203 (1998) vom 24. Oktober 1998 und 1239 (1999) vom 14. Mai 1999,

bedauernd, daß die in diesen Resolutionen enthaltenen Forderungen nicht voll erfüllt worden sind,

entschlossen, eine Lösung der ernststen humanitären Lage im Kosovo (Bundesrepublik Jugoslawien) herbeizuführen und für die sichere und freie Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat zu sorgen,

unter Verurteilung aller Gewalthandlungen gegen die Bevölkerung des Kosovo sowie aller terroristischen Handlungen, gleichviel, von welcher Seite sie begangen werden,

unter Hinweis auf die Erklärung des Generalsekretärs vom 9. April 1999, in der dieser seine Besorgnis über die humanitäre Tragödie im Kosovo zum Ausdruck gebracht hat,

in Bekräftigung des Rechts aller Flüchtlinge und Vertriebenen auf sichere Rückkehr in ihre Heimat,

unter Hinweis auf die Zuständigkeit und das Mandat des Internationalen Strafgerichtshofs zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht,

mit Genugtuung über die am 6. Mai 1999 verabschiedeten allgemeinen Grundsätze zur politischen Lösung der Kosovo-Krise (Anlage I dieser Resolution) sowie mit Genugtuung darüber, daß die Bundesrepublik Jugoslawien die Grundsätze angenommen hat, die in den Punkten 1 bis 9 des am 2. Juni 1999 in Belgrad vorgelegten Papiers (Anlage II dieser Resolution) enthalten sind, und daß sie diesem Papier zugestimmt hat,

in Bekräftigung des Bekenntnisses aller Mitgliedstaaten zur Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Staaten der Region, wie dies in der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in Anlage II dieser Resolution zum Ausdruck kommt,

in Bekräftigung der in früheren Resolutionen geforderten substantiellen Autonomie und tatsächlichen Selbstverwaltung des Kosovo,

feststellend, daß die Situation in der Region auch weiterhin eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

entschlossen, die Sicherheit des internationalen Personals zu gewährleisten und dafür zu sorgen, daß alle Beteiligten ihre Verpflichtungen aus dieser Resolution erfüllen, und zu diesen Zwecken tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen,

1. beschließt, daß eine politische Lösung der Kosovo-Krise auf den allgemeinen Grundsätzen in Anlage I dieser Resolution und den weiteren Ausführungen in den Grundsätzen und weiteren erforderlichen Elementen in Anlage II zu beruhen hat;

2. begrüßt es, daß die Bundesrepublik Jugoslawien die in Ziffer 1 genannten Grundsätze und weiteren erforderlichen Elemente akzeptiert hat,

und verlangt die uneingeschränkte Zusammenarbeit der Bundesrepublik Jugoslawien bei deren rascher Umsetzung;

3. verlangt insbesondere, daß die Bundesrepublik Jugoslawien die Gewalt und Unterdrückung im Kosovo unverzüglich und nachprüfbar beendet und nach einem engen Zeitplan, mit dem die Dislozierung der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo zeitlich abgestimmt wird, den nachprüfbaren, stufenweisen Abzug aller militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Kräfte aus dem Kosovo einleitet und abschließt;

4. bestätigt, daß nach dem Abzug eine vereinbarte Zahl jugoslawischen und serbischen Militär- und Polizeipersonals die Erlaubnis zur Rückkehr in das Kosovo erhält, um die Aufgaben nach Anlage II wahrzunehmen;

5. beschließt, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen im Kosovo internationale zivile und Sicherheitspräsenzen zu dislozieren, die über das erforderliche geeignete Gerät und Personal verfügen, und begrüßt es, daß die Bundesrepublik Jugoslawien diesen Präsenzen zugestimmt hat;

6. ersucht den Generalsekretär, im Benehmen mit dem Sicherheitsrat einen Sonderbeauftragten zu ernennen, der die Umsetzung der internationalen zivilen Präsenz überwachen soll, und ersucht den Generalsekretär ferner, seinen Sonderbeauftragten anzuweisen, sich eng mit der internationalen Sicherheitspräsenz abzustimmen, um sicherzustellen, daß beide Präsenzen auf die gleichen Ziele hinarbeiten und sich gegenseitig unterstützen;

7. ermächtigt die Mitgliedstaaten und die zuständigen internationalen Organisationen, die internationale Sicherheitspräsenz im Kosovo gemäß Punkt 4 der Anlage II einzurichten und mit allen Mitteln auszustatten, die sie für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben nach Ziffer 9 benötigt;

8. bekräftigt die Notwendigkeit der raschen und baldigen Dislozierung wirksamer internationaler ziviler und Sicherheitspräsenzen im Kosovo und verlangt, daß die Parteien bei deren Dislozierung voll kooperieren;

9. beschließt, daß die im Kosovo zu dislozierende und tätige internationale Sicherheitspräsenz unter anderem folgende Aufgaben haben wird:

a) Abschreckung von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, Aufrechterhaltung und nötigenfalls Durchsetzung einer Waffenruhe, Gewährleistung des Abzugs der militärischen, polizeilichen und paramilitärischen Bundes- und Republikkräfte aus dem Kosovo sowie Verhinderung ihrer Rückkehr, außer soweit in Anlage II Punkt 6 vorgesehen;

b) Demilitarisierung der Kosovo-Befreiungsarmee und anderer bewaffneter kosovo-albanischer Gruppen, wie in Ziffer 15 verlangt wird;

c) Schaffung eines sicheren Umfelds, in dem Flüchtlinge und Vertriebene sicher in ihre Heimat zurückkehren können, die internationale zivile Präsenz arbeiten kann, eine Übergangsverwaltung eingerichtet und humanitäre Hilfe geleistet werden kann;

d) Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, bis die internationale zivile Präsenz die Verantwortung für diese Aufgabe übernehmen kann;

e) Überwachung der Minenräumung, bis die internationale zivile Präsenz gegebenenfalls die Verantwortung für diese Aufgabe übernehmen kann;

f) gegebenenfalls Unterstützung und enge Abstimmung mit der Arbeit der internationalen zivilen Präsenz;

g) erforderlichenfalls Wahrnehmung von Grenzüberwachungsaufgaben;

h) Gewährleistung des Schutzes und der Bewegungsfreiheit ihrer selbst sowie der internationalen zivilen Präsenz und der anderen internationalen Organisationen;

10. ermächtigt den Generalsekretär, mit Hilfe der zuständigen internationalen Organisationen eine internationale zivile Präsenz im Kosovo einzurichten, um eine Übergangsverwaltung für das Kosovo bereitzustellen, unter der die Bevölkerung des Kosovo substantielle Autonomie



innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann und die für eine Übergangszeit die Verwaltung wahrnehmen und gleichzeitig vorläufige demokratische Selbstverwaltungsinstitutionen schaffen und deren Entwicklung überwachen wird, um die Bedingungen für ein friedliches und normales Leben für alle Einwohner des Kosovo sicherzustellen;

11. beschließt, daß die internationale zivile Präsenz unter anderem folgende Hauptaufgaben haben wird:

a) bis zu einer endgültigen Regelung die Förderung der Herstellung substantieller Autonomie und Selbstverwaltung im Kosovo unter voller Berücksichtigung der Anlage II und des Rambouillet-Abkommens;

b) Wahrnehmung grundlegender ziviler Verwaltungsaufgaben, wo und solange dies erforderlich ist;

c) bis zu einer politischen Regelung die Organisation und Überwachung der Entwicklung vorläufiger Institutionen für eine demokratische und autonome Selbstverwaltung, einschließlich der Abhaltung von Wahlen;

d) Übertragung ihrer Verwaltungsaufgaben auf diese Institutionen, nachdem sie geschaffen werden, bei gleichzeitiger Überwachung und Unterstützung der Konsolidierung der örtlichen vorläufigen Institutionen des Kosovo sowie weitere friedenkonsolidierende Tätigkeiten;

e) Erleichterung eines politischen Prozesses mit dem Ziel, unter Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens den künftigen Status des Kosovo zu bestimmen;

f) in einer Endphase die Überwachung der Übertragung der Machtbefugnisse von den vorläufigen Institutionen des Kosovo auf die im Rahmen einer politischen Regelung geschaffenen Institutionen;

g) Unterstützung des Wiederaufbaus der grundlegenden Infrastruktur und des sonstigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus;

h) Unterstützung der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe in Abstimmung mit den internationalen humanitären Hilfsorganisationen;

i) Aufrechterhaltung der zivilen öffentlichen Ordnung, namentlich durch die Schaffung örtlicher Polizeikräfte und in der Zwischenzeit durch die Dislozierung internationalen Polizeipersonals für den Dienst im Kosovo;

j) Schutz und Förderung der Menschenrechte;

k) Gewährleistung der sicheren und ungehinderten Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ihre Heimat im Kosovo;

12. betont, daß es notwendig ist, koordinierte humanitäre Hilfseinsätze durchzuführen und daß die Bundesrepublik Jugoslawien humanitären Hilfsorganisationen ungehinderten Zugang zum Kosovo gewährt und mit diesen Organisationen zusammenarbeitet, um die schnelle und wirksame Bereitstellung internationaler Hilfe zu gewährleisten;

13. ermutigt alle Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen, zum wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau sowie zur sicheren Rückkehr der Flüchtlinge und Vertriebenen beizutragen, und betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig es ist, so bald wie möglich eine internationale Geberkonferenz einzuberufen, insbesondere für die in Ziffer 11g) genannten Zwecke;

14. verlangt, daß alle Beteiligten, einschließlich der internationalen Sicherheitspräsenz, uneingeschränkt mit dem Internationalen Strafgerichtshof zur Verfolgung der Verantwortlichen für die seit 1991 im Hoheitsgebiet des ehemaligen Jugoslawien begangenen schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zusammenarbeiten;

15. verlangt, daß die Kosovo-Befreiungsarmee und andere bewaffnete kosovoalbanische Gruppen alle Offensivhandlungen unverzüglich einstellen und den vom Leiter der internationalen Sicherheitspräsenz im Benehmen mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs festgelegten Demilitarisierungsbedingungen nachkommen;

16. beschließt, daß die mit Ziffer 8 der Resolution 1160 (1998) verhängten Verbote nicht für Waffen und sonstiges Wehrmaterial gelten, die für die Verwendung durch die internationale zivile Präsenz und die internationale Sicherheitspräsenz bestimmt sind;

17. begrüßt die in der Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen gegenwärtig geleistete Arbeit mit dem Ziel, einen umfassenden Ansatz für die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilisierung der von der Kosovo-Krise betroffenen Region zu entwickeln, einschließlich der Umsetzung eines Stabilitätspakts für Südosteuropa unter breiter internationaler Beteiligung, um die Förderung der Demokratie, wirtschaftlichen Wohlstands, der Stabilität und der regionalen Zusammenarbeit zu begünstigen;

18. verlangt, daß alle Staaten der Region bei der Durchführung aller Aspekte dieser Resolution uneingeschränkt kooperieren;

19. beschließt, die internationale zivile Präsenz und die internationale Sicherheitspräsenz zunächst für einen Zeitraum von zwölf Monaten einzurichten, der verlängert wird, sofern der Sicherheitsrat nichts anderes beschließt;

20. ersucht den Generalsekretär, dem Rat in regelmäßigen Abständen über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten, wozu auch Berichte der Führung der internationalen zivilen Präsenz und der internationalen Sicherheitspräsenz gehören; die ersten Berichte sind binnen dreißig Tagen nach Verabschiedung dieser Resolution vorzulegen;

21. beschließt, mit der Angelegenheit aktiv befaßt zu bleiben.

Auf der 4011. Sitzung mit 14 Stimmen ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung (China) verabschiedet.

Quelle: Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats im Jahr 1999; S. 35-39

196

## Anlage I

Erklärung des Vorsitzenden zum Abschluß des Treffens der Außenminister der G-8 auf dem Petersberg am 6. Mai 1999

Die Außenminister der G-8 einigten sich auf folgende allgemeine Grundsätze zur politischen Lösung der Kosovo-Krise:

(...)

- ein politischer Prozeß zur Schaffung einer politischen Übergangsrahmenvereinbarung, die eine substantielle Selbstverwaltung für das Kosovo unter voller Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens und der Prinzipien der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Länder der Region sowie die Demilitarisierung der Kosovo-Befreiungsarmee vorsieht;

(...)

## Anlage II

Um eine Lösung der Kosovo-Krise herbeizuführen, soll eine Vereinbarung über die folgenden Grundsätze erreicht werden:

(...)

5. Einrichtung einer vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu beschließenden Übergangsverwaltung für das Kosovo als Teil der internationalen zivilen Präsenz, unter der die Bevölkerung des Kosovo substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann. Die Übergangsverwaltung soll für eine Übergangszeit die Verwaltung wahrnehmen und gleichzeitig vorläufige demokratische Selbstverwaltungsinstitutionen schaffen und deren Entwicklung überwachen, um die Bedingungen für ein friedliches und normales Leben für alle Einwohner im Kosovo sicherzustellen.

6. Nach dem Abzug wird eine vereinbarte Zahl jugoslawischen und serbischen Personals die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten, um folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Verbindung mit der internationalen Zivilmission und der internationalen Sicherheitspräsenz;
- Markierung und Räumung der Minenfelder;
- Aufrechterhaltung einer Präsenz an Stätten des serbischen Kulturerbes;
- Aufrechterhaltung einer Präsenz an wichtigen Grenzübergängen.

(...)

8. Ein politischer Prozeß zur Schaffung einer politischen Übergangsrahmenvereinbarung, die eine substantielle Selbstverwaltung für das Kosovo unter voller Berücksichtigung des Rambouillet-Abkommens und der Prinzipien der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Bundesrepublik Jugoslawien und der anderen Länder der Region vorsieht, sowie die Demilitarisierung der Kosovo-Befreiungsarmee. Die Verhandlungen zwischen den Parteien über eine Regelung sollen die Schaffung demokratischer Selbstverwaltungsinstitutionen weder verzögern noch stören.

(...)